



Nur zur dienstlichen Verwendung

**Stenografisches Protokoll**  
der 33. Sitzung  
- endgültige Fassung\* -

**3. Untersuchungsausschuss**

Berlin, den 25. März 2021, 10.30 Uhr  
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1  
Paul-Löbe-Haus, Europasaal (4.900)

Vorsitz: Kay Gottschalk, MdB

Tagesordnung - Beweisaufnahme

<b>Einzigster Punkt der Tagesordnung</b>	<b>Seite</b>
<u>Öffentliche Zeugenvernehmung</u>	
<b>Regina Schierhorn</b> (Beweisbeschluss Z-95)	<b>9</b>
<b>Dr. Jean-Pierre Bußalb</b> (Beweisbeschluss Z-96)	<b>73</b>
<b>Felicitas Linden</b> (Beweisbeschluss Z-97)	<b>115</b>
<b>Susanne Bergsträsser</b> (Beweisbeschluss Z-98)	<b>145</b>

\* Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der Zeugen zur vorläufigen Protokollfassung sind als Anlage beigefügt. Die betroffenen Protokollpassagen sind nachfolgend mit einem \* gekennzeichnet.



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Mitglieder des Ausschusses\*

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
CDU/CSU	Güntzler, Fritz Hauer, Matthias Michelbach Dr. h. c. (Univ Kyiv), Hans	Steiniger, Johannes
SPD	Kiziltepe, Cansel Zimmermann Dr., Jens	
AfD	Gottschalk, Kay	
FDP	Toncar Dr., Florian	Schäffler, Frank
DIE LINKE.	De Masi, Fabio	
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Bayaz Dr., Danyal	Paus, Lisa

### Fraktionsmitarbeiter\*

CDU/CSU	Gerster, Cornelius Brandt, Wolfgang Genske, Marlene Becker, Johannes Günther, Kevin
SPD	Hawxwell, Anne Sacharow, Alexander Heinrichs, Jana Weber, Saskia Schneider, Yannik Sondhauf, Nora Schauhoff, Lenard Schinzel, Boris
AfD	Dabelstein, Lorenz Buchholtz, Immanuel
FDP	Raabe, Lars Reuss, David Iza Schilling, Philipp
DIE LINKE.	Olschewski, Niklas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Kern, Florian

\* anwesend laut Unterschriftenliste



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Teilnehmer Bundesregierung\*

BMF	ORR Rosenberger ARn Koch RD Fritz
BMWi	MR Schiemann RR Gräf RDn Voos RD Ernst
BMJV	Zorn ORR Scholz

### Teilnehmer Bundesrat\*

#### Land

Bayern	RRn Sikler
Hessen	RR Schweers

\* anwesend laut Unterschriftenliste



Nur zur dienstlichen Verwendung



Nur zur dienstlichen Verwendung



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



**Nur zur dienstlichen Verwendung**



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Beginn: 13.44 Uhr)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, dann legen wir los. Und ich begrüße schon mal recht herzlich unsere Zeugen. Und noch mal vor Eintritt in die Tagesordnung, liebe Kolleginnen und Kollegen, eröffne ich unsere 33. Sitzung, die zugleich unsere 19. Beweisaufnahmesitzung ist. Ich stelle fest - schaue noch mal über meine Schulter -, dass die Öffentlichkeit hergestellt ist, und begrüße ganz herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer - mit etwas Verspätung, aber begrüße Sie - sowie die Vertreterinnen und Vertreter der Presse. Außerdem heiße ich wie immer die anwesenden Vertreter der Bundesregierung und des Bundesrates herzlich willkommen. Ebenso begrüße ich recht herzlich die Zuschauerinnen und Zuschauer in den Streamingsälen. Bitte beachten Sie, dass die nachfolgenden Hinweise auch für Sie gelten.

So sind eigene Ton- und Bildaufnahmen von der Sitzung nicht gestattet. Zuwiderhandlungen können nicht nur zu einem Sitzungsausschluss, sondern auch zu einem Hausverbot und zu strafrechtlichen Konsequenzen führen.

Nach diesen einleitenden Hinweisen rufe ich nunmehr unseren **einzigen Tagesordnungspunkt** für heute auf:

### Öffentliche Zeugenvernehmung

**Regina Schierhorn**  
(Beweisbeschluss Z-95)

**Dr. Jean-Pierre Dr. Bußalb**  
(Beweisbeschluss Z-96)

**Felicitas Linden**  
(Beweisbeschluss Z-97)

**Susanne Bergsträsser**  
(Beweisbeschluss Z-98)

**Andreas Mark**  
(Beweisbeschluss Z-99)

Und zur Information für die Öffentlichkeit: Den Zeugen Mark werden wir schriftlich vernehmen, sodass er hier heute nicht physisch erscheinen wird. Wir werden in dieser Reihenfolge die Zeugen auch vernehmen.

### Vernehmung der Zeugin Regina Schierhorn

Unsere erste Zeugenvernehmung startet damit: Regina Schierhorn. Unsere erste Zeugin ist auch schon etwas länger hier am Platze. Frau Schierhorn, ich darf Sie ganz recht herzlich hier bei uns in der Runde begrüßen. Für die kleine Verzögerung möchte ich mich entschuldigen; aber wir hatten heute auch noch einiges zu klären. Aber insoweit wunderbar: Sie sind hier. Ich begrüße Sie herzlich.

Neben Ihnen auch schon ein Bekannter: Dr. Matthias Dann hat Platz genommen. Herr Dann, auch ich darf Sie mit etwas Sichtbehinderung wieder - etwas günstiger Opernplatz hier - begrüßen. Wie Sie wissen, Herr Dann, dürfen Sie die Zeugin beraten, Ihnen steht jedoch kein eigenes Rede- oder Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrer Mandantin während ihrer Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls - und das ist natürlich selbstverständlich - können Sie oder Ihre Mandantin eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen beantragen. - Haben Sie dazu noch Fragen?

**RA Dr. Matthias Dann:** Nein, vielen Dank, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar, danke, Herr Dann. - Frau Schierhorn, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeugin und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Wie immer bedanke ich mich da bei den Zeugen, weil das spart uns in der Summe der vielen Zeugen natürlich auch eine Menge Zeit, vielleicht am Ende sogar einen Tagungstag.

Damit kann ich mich an dieser Stelle auf einige technische Hinweise beschränken. Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu



## Nur zur dienstlichen Verwendung

der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssten, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich Ihrerseits um einen kleinen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann nämlich die Möglichkeit, über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad der Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein, keine Fragen von mir, vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gerne, Frau Schierhorn. - Ja, auch das klappt schon. Jetzt kommt nämlich der übliche Hinweis mit dem Mikrofon. Das ist immer scharf geschaltet, wenn Sie den roten Knopf mit dem Zeigefinger drücken und gleichzeitig das Licht leuchtet. Wenn es blinkt, ist hier ein Mikrofon zu viel angeschaltet. Es ist auch wichtig, dass Sie deutlich und ordentlich reinsprechen, weil eben auch zur Sicherheit eine Tonaufnahme mitläuft.

Ja, Frau Schierhorn, ich würde Sie dann zunächst bitten, zur Person Stellung zu nehmen. Ich würde Sie daher bitten, sich kurz vorzustellen, indem Sie uns Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohn- oder Dienstort mitteilen.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, guten Tag! Mein Name ist Regina Schierhorn. Ich bin 53 Jahre alt, arbeite bei der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht in Frankfurt, bin da im Bereich der Marktaufsicht tätig und leite das Referat „Verfolgung von Marktmanipulation“, in dem eben Marktereignisse daraufhin überprüft werden, ob es Anhaltspunkte für Verstöße gegen das gesetzliche Verbot der Marktmanipulation gibt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Frau Schierhorn, Sie können, wenn Sie das nun wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Frau Schierhorn, Sie haben das Wort.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, ich würde gerne auf ein zusammenhängendes Statement an der

Stelle verzichten, bin aber natürlich sehr gerne bereit, Ihre Fragen zu beantworten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist vollkommen in Ordnung. - Dann - schon gute Übung - starte ich zunächst mal mit einigen allgemeinen Fragen, sodass die Kollegen sich dann gleich auch auf ihre eigenen Sachverhalte und Fragen eben entsprechend konzentrieren können. Deswegen die erste Frage, die ich allen Zeugen hier immer stelle: Wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet? Hatten Sie Gelegenheit, die Akten einzusehen? Wurden Sie von anderen Kollegen oder Abteilungsleitern noch mal kontaktiert? Wie war das?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich habe mir lediglich die Akten, die bei uns im Referat zur Verfügung stehen, an der einen oder anderen Stelle noch mal angeschaut, noch mal einzelne Passagen gelesen, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann eine Frage, die wir allen - zumindest überwiegend - Zeugen auch hier stellen: Hatten oder haben Sie im fraglichen Zeitraum Wirecard-Aktien oder Optionsrechte oder Derivate auf die Wirecard AG gehalten oder besessen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein, nichts dergleichen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nichts dergleichen. - Sie hatten Ihre Aufgabe und Tätigkeit eben schon beschrieben. Wann sind Sie erstmalig auf die Wirecard AG oder die Wirecard an sich aufmerksam geworden innerhalb des Untersuchungszeitraums?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Die erste Untersuchung, die wir durchgeführt haben im Bereich Marktmanipulation, was ja der Zuständigkeitsbereich meines Referats ist, fand 2016 statt, im Februar.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und zu welchem Zeitpunkt haben Sie erstmalig Kenntnis - - So eine Untersuchung ist ja nun erst mal nur ein Hinweis oder so was. Wann hatten Sie erstmalig



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Kenntnis über Hinweise auf mögliche Straftaten oder Verstöße der Wirecard AG erlangt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Na ja, in diesem Zeitraum, wo die erste Untersuchung stattfand, da haben wir eine Untersuchung wegen Marktmanipulation durchgeführt, die allerdings dann - - Die endete mit einer Strafanzeige, allerdings jetzt nicht gegen die Verantwortlichen der Wirecard AG, sondern es ging eben um Marktereignisse, die wir in den Aktien der Wirecard AG festgestellt haben. Und das endete dann eben mit einer Strafanzeige gegen andere Personen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Würde erst mal anfangen mit einem Dokument, was erst, glaube ich, durch diesen Untersuchungsausschuss sehr gekannt geworden ist, nämlich mit dem Zatarra-Bericht. Im Bericht der BaFin an das BMF, also Bundesfinanzministerium, vom 10. Mai 2016 - also wir befinden uns ja auch schon ein bisschen in dem Zeitraum, den Sie eben umrissen haben -, zu finden auf MAT A BMF-4.04 Blatt 274, heißt es - ich zitiere -:

Das Referat WA 23 („Marktmanipulationsverfolgung“) untersucht, inwieweit im Zusammenhang mit der Veröffentlichung eines Research-Bericht einer „Zatarra Research & Investigations“ am 24.02.2016 zur Wirecard AG Anhaltspunkte für Verstöße ... das Verbot der Marktmanipulation vorliegen.

In dem Zusammenhang die erste Frage: Können Sie uns beschreiben, wie diese Untersuchungen aussahen? Was haben Sie da getan?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, es begann eben damit - - Oder Auslöser für die Untersuchung war zunächst mal eine Analyse, die in einem Nachbarreferat geschaltet wurde, durchgeführt wurde. Aber der inhaltliche Ausgangspunkt für die gesamte Überprüfung war ein Bericht aus einem damals unbekanntem Haus, das sich „Zatarra Research“ nannte, der, wenn ich mich richtig erinnere, Ende Februar, ich glaube, am 24. Februar 2016, erschienen ist, der zu starken Kursverlusten

geführt hat und der auch zu zahlreichen Hinweisen, auch Verdachtsanzeigen aus dem Ausland geführt hat. Wir haben diesen Bericht dann zum Anlass genommen, im Hinblick auf das Verbot der Marktmanipulation den Sachverhalt zu prüfen. Und es hat sich dann eben der Verdacht ergeben, dass eine Form von Marktmanipulation im Raum stand, die aus einem Zusammenwirken einerseits von Stellungnahmen über eine Aktie oder einen Emittenten, gekoppelt mit entsprechenden Handelstätigkeiten, dem Eingehen von Handelspositionen - - die dann aus den Folgen, aus den Kursfolgen der Veröffentlichung Nutzen gezogen haben. Und in dem Sachverhalt hat es sich eben so dargestellt, dass zum einen die Veröffentlichung von diesem Bericht, der dann auch noch weiterverbreitet wurde, nicht nur auf der Homepage, wenn ich es richtig erinnere, auch von Zatarra, was bis dato niemand kannte, sondern auch auf „FT Alphaville“ - - und dann erst zu entsprechenden Kursreaktionen geführt hat. Und auf der anderen Seite gab es eben zahlreiche Hinweise auf Positionseingänge und Handelstransaktionen, die, dazu passend, im Vorfeld eingegangen wurden, sodass wir davon ausgehen mussten, dass hier ein kollusives Zusammenwirken - - zumindest der Verdacht darauf bestand, dass es ein kollusives Zusammenwirken von beiden Elementen gab. Und das hat uns dann dazu geführt, dass wir die Anzeigepflicht, die wir aus dem Wertpapierhandelsgesetz haben, ausgelöst sahen, und haben dann eine Strafanzeige, wenn ich richtig weiß, um den 11., 12. Mai 2016 herum dann erstattet.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sie haben da schon meiner zweiten Frage so ein bisschen vorweggegriffen, zu welchem Ergebnis Sie gelangt sind. Das heißt, Ihr Ergebnis war abschließend, dass dieser Zatarra-Bericht ein Teil - in Ihrem Hause, habe ich jetzt so ein bisschen - - Terminus ist - - einer Short-Attacke sein könnte.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, genau. Also, wir haben das eingestuft als eine der drei Hauptvarianten der Marktmanipulation, die es gibt, nämlich die „sonstigen Täuschungshandlungen“, die eben aus diesem kollusiven Zusammenwirken bestehen zwischen einerseits dem Abgeben einer - im rechtlichen Sinn - Stellungnahme -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

das wäre jetzt beispielsweise eine solche Veröffentlichung eines Research-Berichts, oder das kann auch jede Art von Verbreitung von Informationen sein - im Zusammenwirken eben mit dem Eingehen von Handelspositionen. Und der Fokus der Vorwerfbarkeit bei dieser Art der Täuschungshandlung liegt eben darin, dass man die Veröffentlichung mit Blick auf diejenigen tätigt, die dann durch entsprechende Handelspositionen daraus einen finanziellen Nutzen erlangen können.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Der Eindruck drängte sich mir - ich glaube, auch vielen Teilnehmern und Zuhörern - so im Laufe der letzten Monate auf, dass, allgemein gesprochen - ich habe das viele Ihrer Kollegen auch gefragt, die im Hause der BaFin angesiedelt sind -, der Begriff „Shortselling“, „short gehen“, „entsprechend eine solche Position aufzufahren“, doch sehr - mein Eindruck - negativ behaftet ist und nicht wahrgenommen wird als ein durchaus wirksamer - - und was auch viele Marktteilnehmer, auch aus Großbritannien - - oder wir hatten Frau Quadir hier, so habe ich das aber auch gelernt - - zu einem, ich will nicht sagen, vollkommenen Markt, das spreche ich dem Finanzmarkt auch ab, weil - das haben wir, glaube ich, auch rausbekommen - hätte der vollkommene Finanzmarkt richtig den ein oder anderen Bericht schon mal gelesen, wer weiß, was passiert wäre.

Aber meine Frage: Sind Sie im Hause der BaFin - was ist Ihr Eindruck? - Shortselling generell negativ eingestellt? Denn letztlich hätte man aus dem Bericht - - Ich habe ihn hier vorliegen. War ja auch auf Zahlungsmodelle - - wie entsprechend mit Mastercard gearbeitet wurde. Das wird ja auf über 100 Seiten sehr detailliert beschrieben, wo die Schwächen des Unternehmens liegen können. Eine Short-Attacke kann ja auch eine Wahrheit sein. Ja, und wenn einer eine Wahrheit aufdeckt und damit Geld verdient, ist das zunächst mal nicht negativ zu nennen, denke ich. Denn jemand geht ja ein viel wirtschaftlicheres Risiko ein, wenn er short geht. Weil er kann alles verlieren, bis hin zu noch mehr, als was er eingesetzt hat, im Gegensatz zu einer Long-Position. Deswegen meine Frage: Wie nehmen Sie Short-

Attacken oder Shortselling im Hause der BaFin wahr?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, ich kann jetzt für mich sprechen, wie ich Shortselling wahrnehme. Shortseller sind jetzt per se - und da muss man auch bei der Täuschungshandlung aufpassen, die ich vielleicht gleich noch mal erläutere - - Shortselling per se ist nichts Verwerfliches. Es ist einfach eine Form des Handels, die ihre Berechtigung hat und die auch zunächst mal nichts mit Marktmanipulation zu tun hat. Die „sonstigen Täuschungshandlungen“, die zum Teil auch Short-Attacken genannt werden, die aber gleichzeitig auch in die umgekehrte Richtung gehen können - - Also prinzipiell betrachtet kann diese Art von Täuschungshandlung, von Marktmanipulation nicht nur in der Form begangen werden, dass man eine negativ konnotierte Information verbreitet und das mit entsprechenden Handelspositionen, die dann logischerweise eben Leerverkaufspositionen oft wären - - Aber es kann genauso gut so sein, dass die Information, die verbreitet wird, positiv ist und man sich im Vorhinein dann eben anderweitig positioniert, also im Hinblick auf die zu erwartende positive Kursreaktion. Und das, was am Markt an diesen Täuschungshandlungen nicht publik wird, ist eben dieser Zusammenhang einerseits zwischen der Verbreitung der Information und dem Ermöglichen derer, die mit einem sozusagen im selben Lager stehen, mit einem kollusiv zusammenwirken und die gleiche Information teilen, die aber am Markt zu dem Zeitpunkt, wo man die Position eingeht, noch nicht bekannt ist. Das ist sozusagen der Vorwurf, den man macht, aber nicht das Shortselling per se. Sonst müsste man ja im umgekehrten Fall auch das Kaufen von Aktien per se vorwerfen, was ja niemand tun würde.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Spielte da eine Rolle, dass zunächst dieser Zatarra Report anonym war? Weil das könnte ja dem entgegenprechen, wenn man sagt: Na ja, ich kann den nirgendwo zuordnen - ich überspitz jetzt mal -, das war jemand, der sehr altruistisch gehandelt hat, weil sonst hätte er vielleicht - - Keine Ahnung. Spielte das eine Rolle, dass das ein anonym Hinweis war? Und wäre Ihre Bewertung eine andere gewesen oder ist die Bewertung in Ihrem



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Hause eine andere, wenn ein Name dahintersteht?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Wenn man daneben noch versucht, aufzuklären, ob etwas richtig ist, dann spielt es natürlich auch irgendwie - - Oder es spielt eine Rolle, wie glaubwürdig ich dieses Dokument wie diesen Zatarra Research Report einschätzen kann. Kann ich daraus konkret etwas ableiten? Und es ist halt damals, nach meiner Erinnerung, schon aufgefallen, dass einmal dieses Zatarra Research als Research-Haus oder überhaupt als Einrichtung überhaupt nicht bekannt war, dass der Bericht zunächst auf einer Seite veröffentlicht wurde, die unmittelbar vorher erst eröffnet wurde, und dass der Bericht ein paar Tage später, wenn ich mich richtig erinnere, auch nicht mehr dort abrufbar war. Also, insofern kam da eben noch etwas hinzu, was sozusagen die Zweckrichtung, dass es in Richtung einer solchen Täuschungshandlung gehen könnte, unterstrichen hat.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Kann ich sagen: „Short-Attacke“, wenn Sie den Terminus im Hause der BaFin verwenden, ist das schon negativ konnotiert bzw. eine Wertung? Oder ist „Short-Attacke“ bei Ihnen im Hause eher ein neutraler Terminus?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, wir - - Ich muss es vielleicht noch mal kurz auseinanderdröseln. Die „sonstige Täuschungshandlung“ ist eigentlich der formale Begriff, und es hat sich eben eingebürgert, dass man - - Wenn nach oben gepusht wird, da sagt man „Scalping“. Das ist so ein Schlagwort. Und wenn die Richtung nach unten geht, dann hat sich dieses Wort „Short-Attacke“ eingebürgert, aber, wie gesagt, nur wenn dieses kollusive Zusammenwirken zusammenkommt. Es geht nicht drum, dass auf der einen Seite Käufe per se kritisiert werden oder auf der anderen Seite Leerverkäufe per se kritisiert werden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich frage nämlich nur deshalb, weil das könnte ja ein Reizwort gewesen sein. Weil Frau Bäumler-Hösl sprach ja: „Ist mir noch nie untergekommen“, und „Da kommt eine Short-Attacke auf euch zu.“ Und

wenn dieser Ausdruck so negativ im Hause belegt sein sollte, dass da einfach so ein Trigger dann beim Kollegen Kimmer und bei anderen, die wir schon hier hatten, ausgelöst wurde, wenn eine Staatsanwältin dann von diesem Begriff der Short-Attacke spricht. Und mein Eindruck ist aber - Sie können das ja bestätigen oder sagen, nee, da liege ich falsch -, Short-Attacke ist schon eine Wertung im Hause der BaFin dann. Also, mit dem Hintergrund, dass der Kurs durch manipulative Handlungen nach unten gedrückt wird zum wirtschaftlichen Wohl eines Dritten oder Vierten, vielleicht einer Gruppe, die wir noch nicht kennen.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Es beschreibt diese von mir vorhin dargestellte Form der Marktmanipulation mit einem, wenn Sie so wollen, Schlagwort.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm, okay, gut. Ich wäre dann erst mal so weit durch, schau. - Und dann ist der Matthias Hauer für die CDU/CSU an der Reihe.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Herr Vorsitzender. - Frau Schierhorn, vielen Dank für Ihre Ausführungen. - Ich würde gerne einsteigen direkt mit dem Leerverkaufsverbot, und zwar würde mich mal interessieren, ob Sie aus heutiger Sicht der Auffassung sind, dass das Leerverkaufsverbot die richtige Maßnahme war.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, das Problem mit der Antwort auf die Frage ist, dass es weder damals noch heute im Rahmen meines Zuständigkeitsbereichs ist. Also, mein Referat untersucht eben Marktmanipulationsfälle. Und Leerverkaufsmaßnahmen finden - - oder die Thematik Leerverkaufsmaßnahme findet in einem anderen Referat statt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Da gibt es also keine Überschneidungen aus Ihrer Sicht, keine thematischen Zusammenhänge?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Überschneidungen, würde ich sagen, gibt es nicht.\*



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Im Gespräch mit Frau Roegele sollen verschiedene Maßnahmen angedacht worden sein, wo das Leerverkaufsverbot eine davon gewesen ist. Da waren Sie ja sicherlich bei Besprechungen auch dabei. Zum Beispiel soll eine Handelsaussetzung noch in Betracht gekommen sein. Bitte schildern Sie uns doch mal, welche Gespräche es dazu gegeben hat und warum man sich dann für das Leerverkaufsverbot entschieden hat.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich nehme an, Sie - - Oder verstehe ich Sie richtig: Sie sprechen jetzt diesen 15. Februar - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ich frage insgesamt, welche Gespräche es zum Thema Leerverkaufsverbot gegeben hat, bei denen Sie dabei waren oder von denen Sie Kenntnis haben.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Okay. - Also, das ist dann dieser 15. Februar, wo das erste Mal für mich dieses Thema aufkam, 2019 jetzt. Da war es so, dass wir eine Information im Referat erhalten hatten unmittelbar von der Staatsanwaltschaft in München dahin gehend, dass man dort Informationen habe - das wurde zunächst telefonisch mitgeteilt -, die auf eine akut bevorstehende - und jetzt sage ich auch dieses Schlagwort - Short-Attacke hinweisen. Der Kollege hat das Telefonat geführt und kam dann mit der Information zu mir: einmal mit der Information über das Telefonat mit der Staatsanwaltschaft und dann auch mit einem Dokument, was er auf Nachfrage von der Oberstaatsanwältin Bäumler-Hösl erhalten hatte, nämlich einen Aktenvermerk, wo wiederum der anwaltliche Vertreter von Wirecard geschildert hatte, dass es eben eine akut bevorstehende Short-Attacke geben würde. Der Kollege Kimmer, der bei mir im Referat arbeitet und das Telefonat geführt hat, kam dann unmittelbar auf mich zu, hat mir auch diesen Telefonvermerk gezeigt, und ich habe dann - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Welchen Telefonvermerk? Von sich selbst oder von der Frau Bäumler-Hösl mit dem Wirecard-Anwalt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Genau, den Aktenvermerk, der im Prinzip ein Telefonat mit dem

anwaltlichen Vertreter von Wirecard wiedergab. - Und er hat mir auch gesagt, dass in dem Telefonat der Eindruck entstand, dass es hier um etwas Dringendes geht und etwas Wichtiges. Und ich habe dann unmittelbar versucht, einen Gesprächstermin bei Frau Roegele zu bekommen, um sie über diese neue Information, die jetzt plötzlich da war, zu informieren. Und, ja, dann haben wir einen Termin auch bekommen und haben dann gegen 10 Uhr mit Frau Roegele gesprochen, also Herr Kimmer, Frau Roegele und ich, und haben ihr erst mal dieses Schriftstück gezeigt und über das Telefonat berichtet. Und dann wurde eben überlegt: Wie geht man jetzt damit um, also was ist jetzt hier zu tun? Ist hier was zu tun, und, wenn ja, was könnte man tun? - Und das Gespräch hat nach meiner Erinnerung jetzt auch nicht eine lange Diskussion nach sich gezogen, sondern es wurde halt überlegt, was man so als gängige Instrumentarien hat, um möglicherweise präventiv hier einzuschreiten, was ja auch aus meiner Warte eher was Ungewöhnliches ist; denn normalerweise untersuchen wir Fälle, Marktereignisse, wenn sie sich zugetragen haben.

Und wir haben dann am Ende des Gesprächs eben den Auftrag erhalten, noch mal mit der Staatsanwaltschaft zu telefonieren und zu fragen, warum sie uns jetzt die Information gegeben hat, was sie da - - welche Erwartungen oder welche Überlegungen sie daran geknüpft hat. Und das haben wir dann auch gemacht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. - Vielleicht noch mal zu dieser Situation in diesem Gespräch mit der Frau Roegele: 10 Uhr, hatten Sie etwa gesagt.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das war ja auf Basis des Kontaktes dieses Telefonats von Herrn Kimmer mit der Staatsanwaltschaft, ne?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Genau.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und welche Aussage hat denn der Herr Kimmer gemacht, was die Staatsanwaltschaft gesagt hat? Vielleicht können Sie das noch mal aus Ihrer Sicht schildern. Also, einmal hatte er ja diesen Aktenvermerk; aber der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Aktenvermerk, der gibt ja nur wieder, was der Wirecard-Anwalt der Staatsanwältin erzählt hat. Aber was hat denn die Staatsanwältin dem Herrn Kimmer gesagt? Das würde mich interessieren.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja. - Also, der Herr Kimmer kam, sagen wir mal, einigermaßen angespannt zu mir und hat gesagt - ich hoffe, ich erinnere mich da jetzt richtig -, Frau Bäumler-Hösl hätte ihn angerufen, und da stünde jetzt eben möglicherweise was akut bevor. Sie hätte irgendwie so was so in der Form noch nie erlebt. Und bei ihm entstand - und dann auch bei mir logischerweise, als ich es gehört habe - der Eindruck: Da ist wirklich akut eine Situation, die drängt, ja, die in irgendeiner Form jetzt Handlungsbedarf hat, die man nicht einfach jetzt zur Seite legen kann und mal abwarten kann. Das war so der Eindruck, der sich - gespiegelt über das, was mir Herr Kimmer berichtet - bei mir dann auch fortgesetzt hat. Deswegen habe ich ja auch dann versucht, die Information auch an Frau Roegele weiterzugeben.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, das war ja eine recht abenteuerliche Geschichte, die sich da aus dem Aktenvermerk ergab, so mit dem Vorwurf einer Erpressung und - - Inwieweit sind Sie, also Sie jetzt in dem Fall BaFin, der Sache denn nachgegangen, um zu verifizieren oder zu falsifizieren, was jetzt an dem Inhalt dieses Aktenvermerks dran ist, ob das stimmt oder falsch ist? Hat man sich da mal informiert über die Personen, um die es da ging, oder hat das mal auf Plausibilität geprüft? Was ist da passiert?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, für uns war die Plausibilität eigentlich dadurch schon gegeben, dass uns die Staatsanwaltschaft das als sehr glaubwürdig und drängendes, akut anstehendes Thema jetzt quasi zugeleitet hat. Insofern hat sich das schon unmittelbar aus dem Telefonat ergeben.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sie haben ja gerade gesagt, dass die Staatsanwaltschaft da - - „Möglicherweise steht da was akut bevor“, hatten Sie ja gesagt. Aber, ich sage mal, das Thema „möglicherweise“ ist ja jetzt nicht so, dass die angerufen haben und gesagt haben, das passiert sicher,

sondern das ist ja eine Unsicherheit. Und es ist natürlich ein, ich sage mal, recht hanebüchener Vorfall, der da sich in diesem Aktenvermerk wiedergibt. Die Story ist ja schon eine Räuberpistole. - Wie haben Sie die denn - - Haben Sie das überhaupt nicht inhaltlich geprüft?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, das Wort „möglicherweise“, das war jetzt ein Wort von mir. Das - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Genau, deshalb greife ich es auf, weil Sie eben ja auch nicht sicher sein konnten, dass der Vorwurf, der quasi von dem Anwalt von Wirecard geschildert wurde, eins zu eins stimmt.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, aber das - - Es war - - Bei uns war nicht der Eindruck entstanden, dass es etwas sein kann, was irgendwie unwahrscheinlich ist, sondern es hat sich schon sehr glaubwürdig angehört.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, Sie haben das für bare Münze genommen, was da sozusagen in dem Aktenvermerk stand; das kann man ja zusammenfassen, ne?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Wir haben vor allem das, was uns Frau Bäumler-Hösl in dem Gespräch rüberbrachte und was dann bei mir auch so ankam, als glaubwürdig gehalten, ja; wenn Sie so wollen, ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Warum haben Sie sich das eigentlich nicht schriftlich kommen lassen von der Frau Bäumler-Hösl? Also, Sie haben ja den Aktenvermerk; aber in dem Aktenvermerk ist ja keinerlei Bewertung seitens der Staatsanwaltschaft enthalten. Das ist ja nur ein Aktenvermerk über ein Telefonat, wo dann darüber ausgeführt wird, was der Wirecard-Anwalt der Staatsanwaltschaft mitgeteilt hat. Aber haben Sie denn mal nachgefragt, ob denn jetzt die Staatsanwaltschaft zum Beispiel ein Ermittlungsverfahren selbst eröffnet? Oder haben Sie sich das mal irgendwie - - noch was bestätigen lassen? Ich meine, Sie haben ja dann - haben Sie ja gerade



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gesagt - auch noch mal Kontakt zur Staatsanwaltschaft aufgenommen. Was haben Sie denn da angefordert dann von der Staatsanwaltschaft?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, wir haben nichts angefordert, sondern wir haben gefragt, was denn die Erwartungshaltung der Staatsanwaltschaft ist, dass sie uns jetzt das mitgeteilt hat, und haben dann eben auch erklärt, was es möglicherweise - schon wieder „möglicherweise“; streichen Sie dieses Wort - für Handlungsoptionen geben kann. Und da sagte dann - - Wir haben dann nicht die Frau Bäumler-Hösl erreicht, wenn ich es richtig erinnere, sondern den Herrn Bühring, genau. Und der sagte dann, er fände eine Handelsaussetzung jetzt nicht die richtige Option, sondern er sieht im Hinblick auf eine bevorstehende Short-Attacke ein Verbot eben, was sich genau gegen dieses Runterhandeln wendet - - findet er zielgerichteter.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das Leerverkaufsverbot -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - zielgerichteter als die Handelsaussetzung.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und in wessen Kompetenz liegt es, das zu entscheiden, ob es ein Leerverkaufsverbot gibt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich denke mal, in den Händen der BaFin.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, die teile ich nämlich, diese Auffassung. Und da wundert es mich halt, dass Sie bei der Staatsanwaltschaft nachfragen, was für eine Erwartungshaltung die Staatsanwaltschaft an Sie hat, und die quasi fragen, ob Sie ein Leerverkaufsverbot erlassen sollen. - Ist das so üblich, dass Sie immer bei der Staatsanwaltschaft nachfragen, was Sie machen sollen, obwohl das ja in der alleinigen Kompetenz der BaFin liegt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, unüblich war schon mal der ganze Vorfall per se -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das stimmt, ja.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - mit diesem Anruf morgens, wo der Kollege dann eben gesagt hat: Gibt es da auch irgendwas Schriftliches dazu? - Und dann kam der Telefon- - oder der Aktenvermerk. Das Typische, wie wir mit - - Weil Sie sagen: Warum haben Sie da nachgefragt? Der typische Ablauf der Zusammenarbeit mit der Staatsanwaltschaft läuft so, dass wir eine Akte über ein stattgefundenes Geschehen bekommen, und dann bittet uns die Staatsanwaltschaft hinten mit einem Auftrag: Bitte prüfen Sie das im Hinblick - - ob Sie Anhaltspunkte für Marktmanipulation sehen, und schicken Sie es uns wieder zurück. - So ist der übliche Ablauf. Also, diese ganze - - Das ganze Geschehen war von vorneherein extrem unüblich.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Genau. Das teile ich nämlich, und deshalb bin ich so verwundert, dass es da einen Aktenvermerk oder ein Telefonat gibt. Und den Aktenvermerk haben Sie dann vorliegen, und den Rest lassen Sie sich mündlich erzählen. Also, dass man da nicht mal vorher eine Akte sich anfordert oder irgendwie schriftlich mal einen Bericht anfordert oder mal fragt: „Wird denn da ermittelt?“! Und stattdessen sagen Sie, Sie haben bei der Staatsanwaltschaft angerufen, um nach den Erwartungen der Staatsanwaltschaft an Sie zu fragen. Das war Ihr Wort: „Erwartungen“. Und das wundert mich, weil es ist ja allein die Kompetenz der BaFin, ob es ein Leerverkaufsverbot gibt oder nicht. Und da wundert mich eben, dass Sie das abfragen. Aber das war von der Frau Roegele so angeordnet, dass Sie dann bei der Staatsanwaltschaft da noch mal die Erwartungen abfragen, oder wessen Idee war das?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Dass wir noch mal anrufen und noch mal mit der Staatsanwaltschaft sprechen, das war Frau Roegeles Wunsch, ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. Und warum haben Sie dann das mit der Handelsaussetzung nicht gemacht? Weil das die Staatsanwaltschaft gesagt hat, oder haben Sie das aus eigener - - also



## Nur zur dienstlichen Verwendung

„sie“ jetzt kleingeschrieben. Ich nehme mal an, Frau Roegele hat es am Ende entschieden oder wer hat es entschieden, mit dem Leerverkaufsverbot, in Person?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, ich habe es nicht entschieden. Das - - Ja, in letzter Konsequenz wohl schon, ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Was heißt jetzt „wohl schon“? Also, Sie sollen nur sagen, was Sie aus eigener Wahrnehmung auch sagen können oder was Sie von jemanden gehört haben. Dann können Sie sagen: Ich habe von dem und dem gehört, dass der und der das entschieden hat. - Also: Wissen Sie, dass die Frau Roegele das entschieden hat?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich kann Ihnen keinen genauen Moment nennen, wo entschieden wurde, dass es ein Leerverkaufsverbot gibt, weil, solange ich an dem Tag - und ich war nur am Freitag im Wesentlichen involviert - - gab es noch mehrere Gespräche. Es gab dann auch ein Gespräch mit der Börsenaufsicht aus Hessen, wo das Thema besprochen wurde. Nach dem Telefonat mit der Staatsanwaltschaft wurde ich gebeten, die Kollegen von WA 25, die für das Leerverkaufsthema zuständig sind, zu informieren, dass sie sich mit der Thematik befassen sollen. Aber wann dann letztendlich entschieden wurde, dass es gemacht wird - - Natürlich wurden dann - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Meine Frage war auch nicht, wann, sondern, wer es entschieden hat.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ach so. - Auch da war ich dann nicht mehr - - Ich kenne den Punkt nicht, und ich war nicht in dem Gespräch dabei, -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sie wissen nicht, wer es entschieden hat. Ist ja völlig in Ordnung. Wenn Sie es nicht wissen, wissen Sie es nicht.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - wo es definitiv dann hieß: Jetzt ist es entschieden. - Ich weiß es nicht.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut. Okay. - Sie wissen also auch wahrscheinlich nicht, ob es da eine Abstimmung zwischen Frau Roegele, Herrn Hufeld und -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - dem BMF gegeben hat, zu dem Thema.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein, weiß ich nicht.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. - Ist in den Gesprächen, die Sie dazu geführt haben - - Oder ich komme noch mal zurück: Sie hatten jetzt gerade den 15.02. erwähnt. Also, gab es nur den 15.02., wo Sie mit dem Thema befasst waren? Ich hatte Sie ja vorhin gefragt, insgesamt, welche Gespräche zum Thema Leerverkaufsverbot stattgefunden haben, von denen Sie wissen oder bei denen Sie dabei waren. Und da hatten Sie jetzt nur von dem 15.02. erzählt. Gibt es noch weitere Termine, wo Sie dabei waren oder was gehört haben?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Es gibt noch einen Termin, der - - Also, wie gesagt, am Freitagabend war ich aus dem Thema dann raus. Und ich habe dann am Samstag auf mein Diensthandy geschaut und habe gesehen, dass es eine Einladung gibt, auf der ich auch mit auf- - ich glaube, im cc war oder jedenfalls mit draufstand, für ein Telefonat mit ESMA. Und das sollte am Samstagnachmittag, irgendwie 15, 16 Uhr, stattfinden.

Und da habe ich mich dann noch mal erkundigt, ob ich daran teilnehmen soll, weil ich vorher ja - - a) nicht zuständig bin für Leerverkaufsthemen und b) eben gesehen habe, dass ich da auf der E-Mail stehe. Und ich habe dann Frau Roegele - ich glaube, ich habe sie - - entweder habe ich sie angerufen oder eine E-Mail geschrieben; das weiß ich nicht mehr genau. Und dann hat sie gesagt: Wenn Sie Zeit haben, gerne. - Und daraus habe ich jetzt keine Verpflichtung zur Teilnahme abgeleitet, habe dann aber noch mal überlegt und habe gedacht: Na ja, schadet vielleicht nicht, sich es anzuhören.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und deshalb haben Sie dann teilgenommen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Telefonisch, ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ach so, dann haben Sie doch teilgenommen. Okay. - Können Sie davon was erzählen? Was wurde der ESMA dann berichtet?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich weiß es nicht mehr.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. - Wissen Sie, ob in dem Telefonat vielleicht auf Bedenken der Handelsüberwachungsstelle oder der Bundesbank eingegangen wurde gegenüber der ESMA? - Wissen Sie nicht.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich weiß es wirklich nicht mehr, nein.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. - Waren Sie - das war ja beides jetzt, was Sie geschildert haben, der Freitag und der Samstag - danach noch mal irgendwie bei Besprechungen dabei, wo es um das Leerverkaufsverbot ging, zum Beispiel bei der Fragestellung, ob man das verlängert oder ob man es aufhebt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Waren Sie nicht.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein. Also jedenfalls nicht nach meiner Erinnerung. Ich wüsste nicht - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. - Ging es bei den Gesprächen, bei denen Sie dabei waren, auch irgendwann um eine Prüfung der DPR?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Bei den Gesprächen, bei denen ich dabei war: Nein. Aber ich weiß das aus einem Akten- - oder aus einer Telefonnotiz, die mir der Kollege nach meiner Abwesenheit - - oder die ich danach gelesen habe. Ich war nämlich vom 12. bis zum 14. Februar nicht im Dienst, weil meine Tochter krank war, und habe

aber dann über diesen Gesprächsvermerk nachgelesen, dass, wenn ich es richtig erinnere, ich glaube, am 12. Februar Frau Roegele WA 15 gebeten hat, die DPR mit einer Prüfung zu beauftragen, also das Bilanzkontrollreferat gebeten hat, die DPR - - Da gibt es ja diese Zusammenarbeit. Und das Marktmanipulationsreferat, was immer so wahrgenommen wird als den Kontakt mit der Staatsanwaltschaft habend, sollte vorher die Staatsanwaltschaft darüber informieren. Das hat der Kollege Kimmer dann auch gemacht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Könnte das auch sein, dass das am 11. Februar war und dass das eine Besprechung mit WA 23 war?

**Zeugin Regina Schierhorn:** WA 23 ist ja das Referat, wo - - also mein Referat quasi.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, ja; genau. Deshalb frage ich. Aber Sie - - Nach meinen Informationen war das am 11.02. mit WA 23, und Sie waren nicht dabei. Ich wollte nur wissen, ob dieses Gespräch stattgefunden hat oder ob wir über dasselbe Gespräch jetzt reden.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Genau, also - - Ich spreche, um es mal so zu sagen, über einen Telefonvermerk, wo ich meine, der wäre am 12. Februar geschrieben worden, mit dieser DPR-Beauftragung. Und da war meine Vertreterin mit dem - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): „Geschrieben worden“, haben Sie jetzt gesagt. Aber es war ein Gespräch am 11., oder?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich kann es Ihnen nicht mehr sagen. Also, -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut. Okay, dann - -

**Zeugin Regina Schierhorn:** - ich war jedenfalls bei dem Gespräch definitiv nicht dabei. Meine Vertreterin war dabei und der Kollege Kimmer.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut. Dann frage ich gerne in der nächsten Runde da weiter. - Danke.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Kollege Hauer. - Und als Nächstes hat das Wort Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Vielen Dank. - Frau Schierhorn, Sie haben ja schon dargestellt, wie das mit der Short-Attacke ist, was Sie darunter verstehen. Welche Anhaltspunkte hatten Sie eigentlich dafür, dass die Singapur-Berichterstattung in der „FT“ 2019 falsch war, also eine Täuschung war, dass hier also Informationen in den Markt gebracht wurden, die irreführend oder täuschend waren? Sie haben ja vom Tatbestand der sonstigen Täuschungshandlung gesprochen.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, aber diese Anhaltspunkte haben wir ja nicht gehabt und auch nicht aufgegriffen, also das, was ich als Täuschungshandlung begreife, wo wir vorher über den 2016er-Sachverhalt gesprochen haben, der sich eben darin erstreckt, dass Stellungnahmen verbreitet werden im kollusiven Zusammenwirken mit Handelspositionen. Und dabei kommt es ja nicht drauf an, ob die Information, die verbreitet wird, ihrerseits richtig oder falsch ist, sondern dieses kollusive Zusammenwirken - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das sagen Sie. Also, das wäre aber doch ein Fall von Insiderhandel. Also, angenommen ein Journalist spricht mit einem Shortseller, der sagt: „Mensch, ich schreibe übermorgen Folgendes“, der Shortseller geht aus diesem Grund eine Position ein, dann ist es doch ein Fall von Insiderhandel und auch keine Irreführung des Marktes, sondern ein verbotener Insideratbestand. Das ist doch was anderes.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich weiß, dass man das - - hat man früher auch gedacht, und dann gab es 2003 ein BGH-Urteil, wo genau dieser Zusammenhang - - Der kam damals aus einem akuten Fall heraus, und der Fall ist bis zum BGH gegangen. Und der BGH hat dann für dieses Zusammenspiel entschieden: Nein, es ist kein Insiderhandel; es ist Marktmanipulation.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. Aber es muss Sie doch interessiert haben, für die Frage, wie Sie

weiter vorgehen, ob es sich um wahre oder falsche Behauptungen handelte. Das ist doch sehr, sehr relevant.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja. Das ist richtig, dass es, wenn es kursrelevante unrichtige oder irreführende Informationen gibt, die verbreitet werden und die, wie gesagt, auf den Kurs einwirken - - dann kann das ja auch eine andere Form der Marktmanipulation darstellen. Jetzt ist aber das Problem mit solchen Vorwürfen der Bilanzunrichtigkeiten, dass wir das per se so nicht im Rahmen - - Wir können ja keine Bilanzprüfung im Rahmen einer Marktmanipulationsuntersuchung durchführen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, klar.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Und deswegen gab es ja auch dann diese Beauftragung der DPR, um eben zunächst mal festzustellen: Gibt es Unrichtigkeiten in den Bilanzen, die man dann jenseits der Bilanzverstöße auch unter dem Aspekt Marktmanipulation prüfen und bewerten kann? Und da ist eben die gängige Vorgehensweise die, dass man die Experten, die sich mit Bilanzen und deren Unrichtigkeit auskennen, dann eben diese Prüfung durchführen lässt, und dann ist die Frage: Ist es auch eine Marktmanipulation?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aber das kollusive Zusammenwirken, von dem Sie immer sprechen - mich interessiert jetzt erst mal 2019, nicht 2016 -, das ist ja eine pure Vermutung gewesen, eine pure Vermutung gewesen. Wo waren die Tatsachen, die Ihnen vorlagen, die überhaupt auf Kommunikation zwischen Dan McCrum und irgendeinem Shortseller hindeuteten? Hatten Sie da irgendeinen Anhaltspunkt, auch nur ein Sandkörnchen an Fakten, das dieses kollusive Zusammenwirken eigentlich gestützt hat?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, nach unserer Einschätzung hatten wir Indizien, die darauf hindeutet haben, dass es das gab. Was wir in der Tat nicht hatten, war jetzt, was Sie eben sagten, einen konkreten Beweis, der - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ja, aber was waren denn die Indizien für das kollusive Zusammenwirken?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, okay. Die Indizien waren dergestalt, dass wir einmal Hinweise hatten auf einen bestimmten Marktteilnehmer, der benannt worden war, den wir dann in den Handelspositionen auch wiederfinden konnten.

Wir haben des Weiteren eine ganze Reihe von Verdachtsmeldungen bekommen, die vor allem aus einer Jurisdiktion waren und die darauf hingedeutet haben, dass man eben im Vorfeld Bescheid gewusst haben musste über die Information, die nachher in die Öffentlichkeit gelangen wird, und sich entsprechend positionieren konnte. Da gab es eine ganze Reihe von sogenannten Verdachtsanzeigen dann eben auch aus dem Ausland.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Was war denn die Spur zur „Financial Times“? Ich meine, eine Untersuchung in Singapur lief seit 2018. Da kann natürlich dieser und jener mal was von gehört haben. Wo war die Spur zur „Financial Times“? Was hatten Sie sozusagen in der Hand gehabt, das irgendwie die Behauptung gestützt hat, dass es einen irgendwo handhabbaren, rechtlich irgendwie existenten Verdacht gäbe, dass die „Financial Times“ etwas mit dem zu tun hatte, was Sie als manipulative Short-Attacke beschreiben?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, das war eben die Veröffentlichung und dabei eben die auffälligen Handelspositionen. Und es hat sich daraus der Verdacht ergeben, dass aus dieser Ecke der Veröffentlichung bei der „FT“ gleichzeitig Informationen bei den Handelsteilnehmern - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ja, aber das kollusive Zusammenwirken heißt ja nicht, dass beide gleichzeitig die Informationen haben, sondern dass Herr McCrum das wusste, wollte und davon auch profitiert hat. Und es gibt ganz viele andere Erklärungen dafür, zum Beispiel, dass ein Whistleblower die „Financial Times“ informiert hat und parallel auch mit Marktteilnehmern gesprochen hat oder dass der Shortseller, selbst

wenn er manipulieren will, die Position eingeht und der „Financial Times“ Dokumente schickt, obwohl die „Financial Times“ nicht mit ihm Boot ist und mit ihm auch nicht weiter kommuniziert.

Es gibt so viele andere und, ich finde, übrigens auch plausible Erklärungen dafür, was da passiert ist - diese Koinzidenz, wenn man so will, des Artikels mit den Short-Positionen -, dass ich mich einfach weiterhin frage: Wo war ein tatsächlicher greifbarer Anhaltspunkt, dass die „Financial Times“ Teil eines Komplotts ist?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, wie gesagt, wir haben diese Indizien so eingeschätzt, dass sie die Verdachtsanzeigepflicht ausgelöst haben, und ich - - Mehr ist es nicht. Wir haben diese Anzeigepflicht nicht erst, wenn der Sachverhalt quasi bewiesen ist und anklagereif ist, sondern wir haben eine Pflicht zur unverzüglichen Strafanzeige, wenn der Verdacht entsteht, und nicht, wenn alles bewiesen und quasi aburteilsreif ist.

Und wenn man eben auch sieht, dass aus der Anzeige, die wir 2016 gemacht haben, ähnliche Akteure jetzt da wieder aufgefallen sind, dann hat sich für uns ebendieser Verdacht ergeben, auch im Hinblick darauf, dass damals Zatarra über „FT Alphaville“ erst in die Verbreitung kam.

Diese Anzeige hat nie den Inhalt gehabt, dass in der „FT“ Unrichtigkeiten verbreitet wurden, sondern es ging eben um den Verdacht auf dieses Zusammenwirken, und den haben wir halt gegeben gesehen, zumindest als wir die Anzeige erstattet haben.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Meine Zeit ist leider abgelaufen. Aber ich will Sie darauf hinweisen, dass neben dem für mich fehlenden Link zur „FT“ auch die Short-Positionen nicht dargelegt waren. Die Marktüberwachungsstelle hat uns sehr deutlich ausgeführt, dass die Positionen, die überwiegend nach dem „FT“-Bericht kamen, auch eher auffällig waren in Bezug auf Preis als Volumen, abgesehen davon, und hat das ja auch übrigens in einem Bericht an die BaFin geschickt. Kennen Sie den eigentlich - wenn ich das noch fragen darf -, den Bericht der Marktüberwachungsstelle, der im Februar, Ende Februar, auch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

noch bei der BaFin einging zur Frage, ob es eine Short-Attacke gegeben hat?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Sie meinen die Handelsüberwachungsstelle der Frankfurter Börse.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Herr Mitschke, Handelsüberwachungsstelle der Frankfurter Börse, ja.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, den kenne ich.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Hat das zu einer Revision Ihrer Position geführt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, zum einen - - Nein, hat es nicht; um die Frage zu beantworten. Aber ich würde es gern begründen, wenn ich darf.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, ja, klar. Ich bin dann auch fertig.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Dieser Bericht hat als Datengrundlage die Informationen, die isoliert an der Frankfurter Wertpapierbörse vorliegen. Es gab aber Transaktionen auf Handelsplätzen im Ausland, und es gab auch die Verdachtsmeldungen über Transaktionen, die ebenfalls im Ausland stattgefunden haben, und insofern haben wir auf einer anderen Datengrundlage auch agiert. Und dann ist es auch noch so: Die Handelsüberwachungsstelle hat durchaus an der Eurex einen auffälligen Put-Kontrakt auch identifiziert. Im Xetra-Handel haben sie nichts Auffälliges gefunden - zumindest in dieser quantitativen Gesamtbetrachtung -, aber - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Sie haben den allerdings abgeklärt und auch als unverdächtig eingestuft am Ende oder - - Ich bin fertig.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nächste Runde. Heben Sie sich das auf. - Und jetzt Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. - Guten Tag! - Ich würde noch mal gerne auf eine andere Institution eingehen, die lieber keinen Anfangsverdacht sehen wollte, bis es zu spät war, nämlich auf die Staatsanwaltschaft München.

Sie haben da ja jetzt schon einiges dazu gesagt; aber Sie haben nicht das gesagt, was mein Kollege hören wollte. Deswegen konnten Sie an manchen Stellen da nicht so gut ausführen.

Mich würde einfach noch mal dieser Tag interessieren, der mit dem Anruf bei Herrn Kimmer von Frau Bäumler-Hösl begann. Da gab es ja sozusagen dann auch, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, einmal dieses Fax. Also sozusagen die Oberstaatsanwältin - das liegt uns ja vor - hatte das ja alles verschriftlicht und hatte das sozusagen hinterhergeschickt. Wenn ich das richtig sehe, gab es ja dann darüber hinaus noch diese eidesstattliche Versicherung von Herrn Daniel James Harris. Haben Sie die auch gesehen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Mhm.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Die haben Sie auch zur Kenntnis bekommen, diese eidesstattliche Versicherung, die dann noch war.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich habe die gelesen, ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, okay. Ja, ist doch gut. - Ich habe mich gefragt sozusagen - also, weil eben unterstellt wurde, es gab ja keine Akte - - Also, es gab einen schriftlichen Vermerk der Oberstaatsanwältin; es gab da hinterher eine eidesstattliche Versicherung. Ist Ihnen dazu irgendwas gesagt worden, zu diesem Zeugen, was es mit dieser Versicherung auf sich hat? Also von Frau Bäumler-Hösl oder von Herrn Bühring?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, dieser Zeuge, der da berichtet hat über die Aktionen im Vorfeld des „FT“-Artikels - - Das war ja eine Aussage, die hat sich bezogen auf die „FT“-Artikel vom 30.01. und vom 1. Februar, wo er eben auf ein Institut hingewiesen hat, was entsprechende Positionen hatte bzw. deren Kunden, und die konnten wir in unseren Handelsdaten eben auch nachvollziehen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das ist ja noch mal ein spannender Punkt, weil es wird ja - das haben Sie ja eben schon gemerkt - eigentlich so dargestellt, dass Sie da quasi auf irgendwas reingefallen sind, aber - - Also, ich halte noch mal



## Nur zur dienstlichen Verwendung

fest: In diesen Unterlagen sind diese Positionen genannt worden, und die haben Sie überprüft.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Konnten wir nachvollziehen, ja, dass es gepasst hat zu diesem kollektiven Zusammenwirken. Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Ich glaube, das ist noch mal ein wichtiger Punkt, also sprich: Das waren keine irgendwie erfundenen Positionen, sondern das waren Positionen, die zumindest diese Geschichte - wir wissen ja heute, dass es eine Geschichte war, offensichtlich - - Die haben aber dazu gepasst, und die waren nicht ausgedacht.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Welchen Einfluss hatte, sage ich mal, dieser Teil noch mal, was sozusagen die Einschätzung dieser ganzen Geschichte angeht? Wahrscheinlich hat das den Eindruck noch mal verstärkt, dass es was Wichtiges ist.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Es hat auf jeden Fall das Szenario noch mal mehr plausibel erscheinen lassen, weil es eben - - Das ist ja das, was die Staatsanwaltschaften häufig bei uns anfragen, eben dass wir bestimmte Szenarien anhand unserer Handelsdaten, die wir zur Verfügung haben, bewerten, und das ist auch die Information, die wir dann - - oder der Mehrwert, den wir üblicherweise liefern können.

Ich meine, eine Erpressung zu beurteilen, ist eigentlich Sache der Staatsanwaltschaft. Wir sind ja für das Ausermitteln von Tatbeständen außerhalb des Insiderhandels oder der Marktmanipulation nicht die richtige Stelle, also sprich: Das ist nicht unser Zuständigkeitsbereich.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber das, was Sie da eben gerade sagten, das finde ich auch noch mal einen spannenden Punkt: Hat die Staatsanwaltschaft eigentlich irgendwie gesagt, ob sie in Sachen Erpressung auch selbst jetzt tätig werden und ermitteln?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ob sie das in dem Gespräch direkt mit Herrn Kimmer gesagt haben, das weiß ich jetzt nicht. Ich meine mich aber zu erinnern, sie hätten - und das, glaube ich, steht auch auf dem Telefonvermerk drauf - ein Ermittlungsverfahren gegen unbekannt eröffnet. Ich meine, da ist ein UJs-Aktenzeichen drauf.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Aber sozusagen ist es jetzt Ihnen nicht erinnerlich, dass da die Staatsanwaltschaft Ihnen gegenüber auch mal irgendwie gesagt hat, so nach dem Motto: Wir starten jetzt auch unsererseits irgendwelche Maßnahmen. - Okay.

Vielleicht können Sie noch mal einfach so ein bisschen im Zusammenhang berichten. Sie sind dann mit Herrn Kimmer zu Frau Roegele; das hatten Sie ja schon gesagt. Wie lief dieses Gespräch ab? Was war der Inhalt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, der Inhalt war halt dieses ungewöhnliche Ereignis, dass die Staatsanwaltschaft sagt, sie teilt uns jetzt was mit, was man so noch nie erlebt habe - ich glaube, so ähnlich hat sich Frau Bäumler-Hösl ausgedrückt: „Das habe ich so noch nie erlebt“ oder so ähnlich -, und dann haben wir eben überlegt: Warum schicken die uns das jetzt? - Ja, ich meine, letztendlich, wenn da erpresst wird, ist es deren Baustell- - also deren Zuständigkeitsbereich eigentlich. Und, ja, wir konnten ja allenfalls überlegen, was wir in Bezug auf die bevorstehende Short-Attacke tun können.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. Also, ich finde das total nachvollziehbar, wie Sie das schildern. Haben Sie auch diskutiert, zu sagen: „Okay, wir melden der Staatsanwaltschaft München im Prinzip genau das zurück“, so nach dem Motto: „Erpressung, ja, Fall für die Staatsanwaltschaft“ und: „Wir behalten das im Auge“? Also, gab es auch vielleicht die - - Also, Sie haben ja vorhin dann - das ist ja dann der nächste Teil - gesagt: Also Handlungsaussetzung oder Leerverkaufsverbot. - Es gäbe ja noch mindestens die dritte Variante: nichts tun. - War das auch irgendwie Thema, einfach so zu sagen: „Okay, da ist jetzt keine Tätigkeit von BaFin notwendig“?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, soweit ich mich erinnere, war das natürlich auch ein Thema. Aber auf der anderen Seite war ja dann, dass die Staatsanwaltschaft das so drängend gemacht hat, sodass - zumindest ist das meine Erinnerung - - kam schon der Eindruck auf, man erwartet von uns, dass wir tätig werden.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Bei dem Gespräch mit Frau Roegele - vielleicht können Sie das noch mal sozusagen - - wie sind Sie da auseinandergegangen? Wie war die Verabredung, wie es weitergeht?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Dass wir noch mal mit der Staatsanwaltschaft telefonieren sollten, unsere Überlegungen da noch mal schildern. Aber es war noch nichts entschieden.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. So. - Und dann würde mich eben jetzt noch mal genau dieses Telefonat, dieses zweite Telefonat, mit Herrn Bühring interessieren: Wie haben Sie auch die Atmosphäre da wahrgenommen? Wie haben Sie eben - - Also, ich kann vorwegnehmen: Komischerweise konnte sich Herr Bühring gar nicht mehr dran erinnern, dass er überhaupt jemals mit Ihnen gesprochen hat. Deswegen ist es für uns so interessant, zu hören, wie Sie auch das Gespräch wahrgenommen haben.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, es war ein ganz normales, sachliches Gespräch. Ich glaube, es hat jetzt auch nicht ausufernd lange gedauert. Und wir haben im Grunde berichtet, was wir so für Überlegungen am Anstellen sind, und er sagte dann relativ deutlich, dass er eine Handelsaussetzung nicht so für den geeigneten Weg findet, sondern er hielt - glaube ich, so hat er sich ausgedrückt - ein Leerverkaufsverbot für zielführender.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Hat er das denn begründet, warum er die Handelsaussetzung für nicht so geeignet ansieht?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Soweit ich mich erinnere, hat er, glaube ich, gesagt: Dann könnte man ja überhaupt nicht mehr handeln.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das stimmt; ja. - Nein, aber es ist ja sozusagen die Frage, warum gerade - - Also, was ich erst mal spannend finde, also sozusagen: Er hatte schon eine genaue Vorstellung auch von den Instrumenten, die zur Verfügung stehen, oder wie ist - - Oder haben Sie ihm erst mal erzählt: „Also, wir können das machen und das machen“, und er hat dann gesagt: „Hm, nee, dann nehme ich Leerverkaufsverbot, fände ich besser“, oder hat er schon - - Ja, ich sage Ihnen gleich, warum ich das für relevant halte, diese Frage, ja. Aber wie war das?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, nach meiner Erinnerung hat er relativ schnell gesagt, er findet eine Leerverkaufsanordnung den „zielführenden Weg“. Ich glaube, diese Vokabel hat er benutzt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das ist ganz spannend, weil Frau Bäumler-Hösl hat uns hier groß erklärt, dass die Staatsanwaltschaft München da quasi keinerlei Kompetenz hat, in solchen Fragen, und sich genau deswegen dann immer an die BaFin wendet, wenn es um solche Dinge geht. Und das passt ja jetzt nicht so ganz zusammen, wenn Herr Bühring eigentlich schon genau wusste, was er will und - - Okay, also, er hat für ein Leerverkaufsverbot votiert. Und wie haben Sie das dann aufgenommen? Oder wie haben Sie - -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, wir haben das - - oder ich habe es dann zurückberichtet. Wir haben dann das Telefonat beendet, und, ich meine, ich habe Frau Roegele eine Mail geschrieben, weil an dem Tag den ganzen Tag auch eine größere Sitzung - ich meine, es wäre Arbeitskreis Börse oder so was gewesen - mit verschiedenen Teilnehmern aus verschiedenen Bundesländern - - und sie war zeitlich sehr schwer erreichbar. Und ich meine, ich hätte ihr da eine Mail geschrieben mit dieser Information, dass die Staatsanwaltschaft - und da bin ich mir auch ziemlich sicher - - dass er sich zum Leerverkaufsverbot geäußert hat. Und dann gab es um die Mittagszeit rum noch mal ein Gespräch mit der Börsenaufsicht Hessen. Das hatte ich aber, glaube ich, vorhin auch schon mal gesagt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau, das hatten Sie gesagt. - Gab es danach noch mal Kontakt mit der Staatsanwaltschaft?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nicht dass ich wüsste, an dem Tag.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Und - -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Haben Sie jetzt - Entschuldigung, Herr Dr. Zimmermann - gefragt über den 15. oder - - Weil danach gab es schon noch mal Kontakte.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, wann war denn der nächste Kontakt, den Sie mit der Staatsanwaltschaft hatten?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Die nächste Woche dann.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Die nächste Woche.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wieder mit Herrn Bühring?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, genau. Das muss am Mittwoch gewesen sein, ich glaube, am Mittwochabend - war das dann der 20. oder so? -; müsste der 20. gewesen sein. Da haben wir bei der Staatsanwaltschaft angerufen und wollten, glaube ich, eigentlich Frau Bäumler-Hösl erreichen, sind dann aber bei Herrn Bühring rausgekommen und haben das Thema angesprochen, ob die Staatsanwaltschaft in irgendeiner Form die Möglichkeit sieht, dass man dieses Erpressungsthema transparent machen kann am Markt. Da hat Herr Bühring dann nichts Definitives zu gesagt und auf seine Vorgesetzte, die Frau Bäumler-Hösl, verwiesen, die wir dann, glaube ich, erst am Donnerstagfrüh erreicht haben.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ich weiß, die Zeit ist rum. - Aber war dieses Thema „Vertraulichkeit dieser Information“ - - Das war bis dahin immer klar gewesen, dass die Staatsanwaltschaft das nicht weiterkommuniziert haben möchte.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, die Staatsanwaltschaft hat immer deutlich gemacht, dass wir diesen Vermerk aus dieser Akte nicht weiterverbreiten dürften. Es wurde nur, soweit mir bekannt, eine Ausnahme gegenüber ESMA gemacht, und da auch nur mündlich. Aber ansonsten sollte das, um nicht die Ermittlungen zu gefährden, geheim bleiben.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke, Dr. Zimmermann. - Als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Frau Schierhorn, das heißt, ich verstehe Sie richtig: Der BaFin wurde zu keinem Zeitpunkt eine Ermittlungsakte der Staatsanwaltschaft übermittelt - zumindest haben Sie persönlich davon keine Kenntnis -, aus der sich herauslesen lässt, wegen welchem Vorwurf die Staatsanwaltschaft eigentlich ermittelt hat.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Entschuldigung, wenn ich nachfrage: Bezogen auf diesen 15., wo diese Information kam, wo der Aktenvermerk kam, meinen Sie jetzt?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Einfach bezogen auf - - Also, was uns umtreibt ist ja, weswegen die Staatsanwaltschaft eigentlich ermittelt hat. Weil die Staatsanwaltschaft stellt es so dar, sie habe nie wegen Erpressung ermittelt. Und deswegen interessiert mich einfach, ob Sie da mal irgendein Dokument gesehen haben, eine Ermittlungsakte oder irgendetwas.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich habe keine Ermittlungsakte in dem Zusammenhang über dieses eine Schriftstück hinaus gesehen. Ich habe aber, als wir dann am Donnerstag, den 21., mit Frau Bäumler-Hösl telefoniert haben, wo es eigentlich drum gehen sollte: „Kann man die Erpressung öffentlich machen?“ - - hat sie berichtet, dass sie Herrn Marsalek für 12 Uhr zu einer Zeugenvernehmung eingeladen hat. Und sie wollte dann - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Zu dem Erpressungsvorwurf?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, soweit ich mich erinnere, zum Erpressungsvorwurf. Und sie wollte dann da auch das Thema noch mal adressieren, ob die Wirecard selber die Erpressung, die ja über ihren Anwalt zur StA kam, öffentlich machen könnte.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Haben Sie Kenntnis davon erlangt, dass die Staatsanwaltschaft sich auch mit Wirecard oder mit der BaFin näher auch über, ich sage mal, die Medienstrategie ausgetauscht hat, also im Sinne von „Wir kommunizieren das jetzt nur mit ausgewählten Pressevertretern zum Beispiel“?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, also, das war in dem Telefonat, wenn ich es richtig zusammen erinnere, jetzt noch mal auch an dem 21., dass wir, wie gesagt, ursprünglich am 20. Herrn Bühring erreicht hatten, aber dann mit Frau Bäumler-Hösl am 21. gesprochen haben und noch mal gefragt haben, ob die StA denn eine Möglichkeit sieht, diese Erpressung öffentlich zu machen. Und die Staatsanwaltschaft war nach meiner Erinnerung da auch wieder der Meinung: Nein, sie selber möchte das jetzt nicht, aber Wirecard könnte ja eventuell selber das öffentlich machen, bzw. man könnte allenfalls es indirekt bestätigen, wenn Journalisten eben anfragen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und die Staatsanwaltschaft hat auch die Meinung des Wirecard-Vorstands dazu eingeholt, korrekt? Die Staatsanwaltschaft hat sich quasi mit Wirecard beraten, was die richtige Medienstrategie wäre.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, nach dem, was ich von Frau Bäumler-Hösl erfahren habe, haben sie zumindest darüber gesprochen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, sehr interessant. - Was mich noch einmal interessiert, ist: Ist es denn üblich, dass eine Staatsanwaltschaft so konkrete aufsichtsrechtliche Schritte - - Also, ich würde jetzt denken - nicht nur als Bundestagsabgeordneter, auch als Bürger dieses Landes -, dass die BaFin diejenigen sind, die kompetent

sind, zu entscheiden, ob es ein Leerverkaufsverbot gibt oder eine Handelsaussetzung, und ein Staatsanwalt eher nicht, also bei allem Respekt für Wirtschaftsstaatsanwälte. Aber ich meine, die haben Jan Marsalek auch als „Chief Compliance Officer“ bezeichnet. Da weiß ich nicht: Ist das nicht eigentlich, sage ich mal, die Kompetenz der BaFin, so etwas zu entscheiden?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Über die Sachen, für die wir zuständig sind, müssen wir schon selber - - oder muss die BaFin am Ende -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Da waren Sie ja zuständig.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - entscheiden, ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, ich wundere mich einfach nur, verstehen Sie, dass der Staatsanwalt sagt: Nee, ach, wir machen jetzt mal lieber Leerverkaufsverbot als Handelsaussetzung. - Ich meine, der soll vielleicht eine Erpressung oder so aufklären. Aber das andere ist ja eigentlich nicht so sein Fachgebiet, oder?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Gut, aber er wurde halt um seine Meinung gefragt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Anders als die Bundesbank, ja? Gut. - Ich würde gern noch mal fragen zu den Indizien, die Sie auch genannt haben. Also zum Beispiel wurde uns hier geschildert, dass einmal einschlägig gewesen sei, dass irgendein Artikel der „Financial Times“ um 13 Uhr erscheinen sollte. Ist das ein Vorgang, der Ihnen bekannt ist? Ungefähr um 13 Uhr sollte ein Artikel erscheinen der „Financial Times“. Ist Ihnen das jemals untergekommen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** War das vermutlich einer von den dreien, die da im Januar, Februar waren?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, weil es stellte sich dann so raus, dass gar nicht der Artikel erscheinen sollte, sondern das war die redaktionsinterne Deadline an Wirecard, was ja zum Beispiel ein Indiz dafür wäre, dass die Information aus Wirecard selbst heraus kam. Deswegen frage



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ich da so nach, ob das wirklich dann abgeprüft wurde zum Beispiel, ob dieser Artikel wirklich um 13 Uhr dann erschienen ist. Ist das jemals überprüft worden?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich glaube, ich habe Ihre Frage noch nicht ganz verstanden.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Einer der Zusammenhänge war, dass ein Artikel um 13 Uhr erscheinen soll, und dann hätten sich dort Short-Positionen um 13 Uhr aufgebaut; aber offenbar ist der Artikel gar nicht um 13 Uhr erschienen. Deswegen frage ich, ob das jemals verifiziert wurde.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, dass Short-Positionen so exakt - - Das wäre mir jetzt nicht einleuchtend, dass die Short-Positionen so auf einer bestimmten Uhrzeit jetzt - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das ist eine wertvolle Information. - Ist Ihnen denn Artikel 21 der Marktmissbrauchsverordnung bekannt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Können Sie mal kurz sagen, was Ihnen dazu bekannt ist?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, das ist die Vorschrift, die wird - wenn man ein Schlagwort benutzen will - mit „Journalistenprivileg“ bezeichnet. Und es geht dabei darum, dass, wenn es um die - - Es gibt ja mehrere Formen von Marktmanipulation, und wenn es um die Form von Marktmanipulation geht, die die Verbreitung von unrichtigen oder irreführenden Informationen meint, dann ist es ja zunächst mal ein Jedermannsdelikt, und für genau diese Form der sozusagen - wenn - - Bei der journalistischen Recherche spielt dann eben dieses Journalistenprivileg eine Rolle. Da ist Artikel 5 Grundgesetz im Hintergrund, und da kann sozusagen ein Journalist dann nicht dafür belangt werden, wenn er - wie soll ich sagen? - quasi aus Versehen mal eine Ente produziert, aber - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, war ja noch nicht mal eine Ente, aber - -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein, es war jetzt abstrakt geschildert.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, das reicht mir schon. - Dann hätte ich nur noch eine Frage. Hat die BaFin jemals nach Ihrer Kenntnis in Reaktion auf den Zatarra-Bericht irgendein Dokument von Wirecard abgefragt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** In Reaktion auf den - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, wurde konkret gesagt: „Hier, nehmen Sie mal Stellung, Wirecard, und liefern Sie uns hier mal irgendein Dokument, um vielleicht die Vorwürfe zu entkräften“? - Haben Sie keine Kenntnis von?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich kann mich gerade wirklich nicht daran erinnern, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - ob wir da ein Auskunftersuchen geschickt haben. Aber vielleicht ein Satz dazu: Notwendig wäre es nicht gewesen, weil der Fall, so wie er angezeigt war, ja eine Short-Attacke war, wo es nicht auf die Richtigkeit der Information oder deren Falschheit angekommen wären.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nein, weil die BaFin mir in einer parlamentarischen Anfrage geantwortet hat, dass sie auch die Vorwürfe aus dem Zatarra-Bericht unvoreingenommen untersucht hätte, und dann hätte sie zumindest mal Wirecard konfrontieren müssen, wenn sie das getan hätte.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein, man hat in der Tat überlegt, ob man die Richtigkeit oder Falschheit dieser Aussagen in dem Zatarra-Bericht in irgendeiner Form feststellen kann, und das hat man im Rahmen einer Analyse gemacht und kam dann zu keinem Ergebnis in dem Sinne, dass man gesagt hätte, da stimmt alles oder stimmt nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also nein, man hat kein Dokument abgefragt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Regina Schierhorn:** Das war die Analyse, die inhouse gemacht wurde allein anhand des Berichts. Wie gesagt, ich kann mich nicht erinnern, ob auch eine Abfrage stattfand.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann als Nächstes der Kollege Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Hallo, Frau Schierhorn! Ich grüße Sie. - Ich möchte direkt beim Kollegen anknüpfen. Habe ich das jetzt richtig verstanden? Sie sagen, es war eine Short-Attacke im Kontext von dem Zatarra Report, und deswegen wären Sie gar nicht dazu verpflichtet gewesen, sich irgendwelche Dokumente oder Unterlagen zu besorgen. Habe ich Sie da richtig verstanden?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, es ist ja so: Wir untersuchen die Fälle mit einer Arbeitsthese, wenn man so will. Man muss ja immer überlegen, in welche Richtung der Fall geht und was jetzt das ist, was man überprüfen - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das habe ich verstanden. Genau deswegen hatte ich Ihnen ja eine Frage gestellt. Also, habe ich Sie richtig verstanden, dass es so gewesen ist, dass der Zatarra Report veröffentlicht wurde, Sie das auch im Kontext der Short-Attacken als ein Instrument gewertet haben und Sie deswegen gar nicht dazu verpflichtet gewesen waren, den Hinweisen, den Anschuldigungen, den möglicherweise Gerüchten aus dem Zatarra Report irgendwie nachzugehen? Habe ich Sie da richtig verstanden?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Für uns haben sich ein- - Ich glaube, es waren am Ende zwei Aussagen, die wir in der Anzeige wegen der Short-Attacke auch thematisiert hatten, die nicht richtig oder irreführend waren. Aber ansonsten haben wir nicht in die andere Richtung - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut. Ich habe noch nicht ganz verstanden, ob ich Sie richtig verstanden habe oder nicht, weil es eigentlich eine Ja/Nein-Frage ist, aber -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ach so.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - mit Blick auf die Uhr mache ich einfach mal weiter.

Sie haben erklärt, dass eine Short-Attacke eine Form von Marktmanipulation ist. Habe ich Sie da richtig verstanden?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielleicht einfach gerne mit Ja oder Nein antworten.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Da habe ich Sie richtig verstanden. - Auf MAT A BMF-4.04, Blatt 253 gibt es eine Mail der BaFin an Herrn Krüger im BMF, an Frau Geilfus. Da sind Sie auch cc, und da heißt es über den Kursverlauf von Wirecard seit der Veröffentlichung von Zatarra - ich zitiere -:

Es überrascht allerdings viele, dass die „Short-Attacke“ so lange anhält. Fundamentale Kritik wird jedoch auch am Geschäftsmodell der Wirecard AG geübt, da das bisherige Wachstum allein durch die Akquise anderer Unternehmen erfolgt ist und die Bilanz dadurch unnötig aufgebläht und verkompliziert geworden.

Zitat Ende. - Wenn eine Short-Attacke anhält, also Zatarra 2016, Leerverkaufsverbot 2019, kann es ja auch mal darum gehen - - Da geht es ja nicht mehr darum, dass mal kurz Gerüchte am Markt gestreut werden, von denen man dann als Leerverkäufer möglicherweise kurzfristig profitiert, sondern wenn sich da die Analysten uneinig auch über die Ursachen sind, dann ist es ja auch offensichtlich keine eindeutige Marktmanipulation, sondern es gibt widersprüchliche oder unterschiedliche Wahrnehmungen darüber, was eigentlich stimmt am Markt. Und da frage ich mich: Warum hat sich die BaFin hier ohne aus-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

reichende Prüfung auf die Seite von Wirecard gestellt beim Leerverkaufsverbot und den Leerverkäufern Marktmanipulation unterstellt, wenn wir über so einen langen Zeitraum sprechen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, nach meiner Erkenntnis und was mich betrifft, haben wir für die Arbeit, die ich gemacht habe im Referat, uns in keinster Weise auf die Seite von Wirecard gestellt. Diese Form der Marktmanipulation, die wir angezeigt haben - - Wenn Sie sagen, es war unklar, was jetzt stimmt. Das mag sein, aber es hat ja für diesen speziellen Tatbestand auch keine Rolle gespielt. Die Sache war ja - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Für Sie offenbar nicht. Für Sie hat es keine Rolle gespielt.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Es war jedenfalls lange Zeit nicht genug an Informationen da. Ich weise noch mal auf die DPR-Prüfung hin, die stattgefunden hat, wo über die Bilanzen Prüfungen stattgefunden haben. Für uns war es erst zu einem viel späteren Zeitpunkt klar, und da haben wir dann auch Anzeige erstattet wegen Marktmanipulation in Form von unrichtigen Angaben in den Geschäftsberichten. Es hat aber eben vorher nicht genügend vorgelegen, um das zu machen. Wir haben auch, als der KPMG-Sonderuntersuchungsbericht da war, sehr zeitnah auf die beiden Ad-hoc-Mitteilungen von Wirecard reagiert und da entsprechende Strafanzeigen wegen Marktmanipulation, irreführender Informationen seitens Wirecard erstattet.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Würden Sie denn heute sagen, dass es sich beim Zatarra Report um Marktmanipulation gehandelt hat, jetzt in der Rückschau?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, zumindest hatten wir damals den Verdacht, ja, und das war auch nach meiner Erinnerung so richtig, wie wir da vorgegangen sind. Es gibt ja - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie würden es heute wieder so machen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Das weiß ich nicht. Das ist eine hypothetische Frage.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, hypothetisch deswegen, weil wir ja wissen wollen, ob wir klüger aus den Dingen werden, und ich zweifle, ehrlich gesagt, ziemlich häufig in diesem Untersuchungsausschuss daran.

Vielleicht mit Blick auf die Uhr noch eine Frage, damit ich das mal richtig verstanden habe. Sie hatten vorhin gesagt, die Staatsanwaltschaft hat das Leerverkaufsverbot ins Spiel gebracht; aber entschieden haben Sie, also jetzt nicht Sie persönlich, aber Sie als Institution. Wer trägt denn jetzt die Verantwortung für dieses Leerverkaufsverbot? Wer hat das denn entschieden?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Entschieden hat es nicht die Staatsanwaltschaft, sondern die BaFin.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Ja, ja, es klingt manchmal so, als hätte die Staatsanwaltschaft was bestellt. Es wäre ja absurd, wenn Sie bei der bayerischen Justiz möglicherweise irgendwie ein Urteil bestellen würden. Sie haben das entschieden. Ich wollte es einfach nur einmal feststellen an der Stelle, gerade auch weil ja die Bundesbank nicht gehört worden ist in dem Kontext.

Aber meine Zeit ist leider abgelaufen. Wir unterhalten uns dann in der nächsten Runde weiter. - Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Alles klar. Danke, Dr. Bayaz. - Ich nehme den Ball da mal auf und stelle mal meine Taktik oder Fragen hier um. Ich würde da noch anknüpfen wollen. Dieses Gespräch hat uns ja alle verwundert, Staatsanwaltschaft München I. War es nun ein unglaublicher Akt? Ist es vorgekommen? War es eine Ermittlung, was da nun genau die gute Frau Bäuml-Hösl gesagt hat?

Aber laut Staatsanwaltschaft München II gab es noch mal in der zweiten Februarhälfte ein Gespräch - so hat es auf jeden Fall hier die Staatsanwaltschaft München I dargestellt - zur Bloomberg-Drohung mit Herrn Marsalek. Und da ist



## Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt mal für mich die spannende Frage: Ist das vielleicht auch mal zufällig erwähnt worden Ihnen gegenüber durch Staatsanwaltschaft oder den berühmten Flurfunk, dass dann Herr Kimmer gesagt hat oder jemand anders: „Mensch, die haben jetzt sogar noch mal mit dem Marsalek gesprochen zu den Bloomberg-Drohungen“? Ist da irgendwas bei Ihnen über den Flurfunk, wie man so schön sagt, oder vielleicht sogar Ihnen persönlich zur Wahrnehmung gekommen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, woran ich mich eben erinnere, ist das, was ich schon gesagt habe, die Information aus dem Telefonat mit Frau Bäumlner-Hösl, wo sie gesagt hat, sie - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Hat sie noch nie erlebt oder so, ne?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nee, nee, das war ja der 15.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Sie sprachen jetzt, wenn ich die Frage richtig verst-

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Zweite Hälfte, 20./21. Februar, so in etwa, ja.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ach so.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Auch 2019. Da ging es zur Bloomberg-Drohung, und da ist laut Staatsanwaltschaft München I - - Das ist ja kein „Wünsch dir was“; da würde man im Nachhinein auch gerne noch mal so die eine oder andere Frage stellen, aber ist ja kein „Wünsch dir was“. Und da wurde uns gesagt: Ja, wir haben mit dem Marsalek zur Bloomberg-Drohung wohl gesprochen.

Und da ist meine Frage: Klang das bei Ihnen auch im Hause an? Hat die Staatsanwaltschaft das erwähnt? Gab es dazu einen Schriftwechsel, den man nicht entdeckt hat? Vielleicht, kann ja sein. Ist Ihnen dazu was bekannt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Das ist das, was ich vorhin gesagt habe, dass wir an dem 21., nachdem wir am 20. Herrn Bühring erreicht haben, mit Frau Bäumlner-Hösl gesprochen haben, und da hat sie eben nach meiner Erinnerung gesagt: Wir haben heute den Herrn Marsalek für 12 Uhr zur Zeugenvernehmung in Bezug auf die Erpressung einbestellt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, das ist für mich noch mal spa- - Also für 12 Uhr dann. Das Datum wissen Sie nicht mehr? 20./21. oder so? Einfach in dem Gespräch klang das an: für heute.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich glaube, das war für heute, und das war dann der 21., das war der Donnerstag.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Dann notiere ich mir das hier mal. Also am 21. Februar, 12 Uhr. Weil das ist für uns natürlich immer spannend, was die Münchener angeht. Insoweit sehr, sehr spannend.

Können Sie sich erinnern im Zusammenhang mit diesen - - Gab es danach noch ein Gespräch, oder hat Frau Bäumlner-Hösl was zu dem Zeugen anklängen lassen, also wo Sie jetzt wahrnehmen konnten, den sieht die Staatsanwaltschaft als seriös und wichtig an, oder ist Ihnen danach noch mal zu Ohren gekommen, dass die Frau Bäumlner-Hösl gesagt hat: „Mensch, patentter Kerl, der Junge, -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nee.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - dem glauben wir“?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nee.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ist da mal irgendwas - -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nee, an solche Äußerungen kann ich mich nicht erinnern.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nicht erinnern. - Oder im Hause, dass man sagt: „Mensch, der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Marsalek als Vorstand hat da sogar als Zeuge ausgesagt“?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, gut. Das wollte ich noch mal wissen. - Aber ich mache mal da weiter, wo ich weitermachen wollte und den Ball noch mal vom Kollegen Hauer aufnehmen wollte. So, DPR ist ja in dem Zusammenhang auch noch mal, wenn man nach 2016 zurückgeht, ein spannender Sachverhalt. In einem Schreiben von WA 15, Ihrem Referat für Bilanzkontrolle und Transparenzpflichten von Emittenten, an WA 25, Referat Handelsaussetzung, Leerverkaufsüberwachung, Directors' Dealings, vom 10. Mai 2016, nachzulesen auf MAT A BMF-4.04, Blatt 282, heißt es, bei Wirecard untersuche die DPR derzeit „die Bilanzierung in einer laufenden Stichprobenprüfung.“ Ist Ihnen dabei bekannt geworden, wie es zu dieser Überprüfung durch die DPR kam?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich kann das, was Sie zitiert haben, jetzt nicht -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** ... erinnern?

**Zeugin Regina Schierhorn:** - genau einordnen. Was ich zur Prüfung von Wirecard weiß, ist, dass es, wie vorhin schon gesagt, Mitte Februar einen Auftrag an die DPR aus dem Bilanzkontrollreferat gab. Aber ich erinnere jetzt nicht, ob das die von Ihnen erwähnte Prüfung oder eine andere war.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Also, wir wollen hier nur das aus Ihrer Erinnerung, was Sie wirklich wissen. Völlig klar.

Dann würde ich gerne noch mal wissen zu der Mail von Herrn Kimmer und zur „Financial Times“. Da geht es ja auch noch mal um das Leerverkaufsverbot. Am 5. Februar kam in einer Mail, auch nachzulesen auf MAT A BMF-4.33, Blatt 81, an Herrn Bußalb, Leiter des Referats für Leerverkaufsüberwachung, über den Artikel der „Financial Times“ in Kenntnis ge- - Über den haben wir ja schon so ein bisschen gesprochen. Vielleicht haben Sie da noch eine detailliertere Erinnerung. Zudem fragte nämlich Herr Bußalb,

der ja auch heute bei uns zu Gast sein wird, nach Informationen zu Leerverkäufen in Aktien der Wirecard AG seit dem 1. Dezember 2018. Aus welchem Grund hat Ihr Referat die Erstellung dieser Analyse angefordert? Können Sie sich da noch erinnern?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Die Prüfung der Nettoleerverkaufspositionen ist ja auch mit ein Indiz oder kann eine Information liefern im Hinblick darauf, ob eben im Zusammenhang mit dieser Täuschungshandlung, Manipulationsform eben Positionen vorher, vor der Veröffentlichung von Informationen, eingegangen wurden. Kann auch eine Zusatzinfor- -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wurde diese Analyse, oder wie wurde sie dann verwendet? Haben Sie da was gefunden, und, wenn ja, was und wie wurde das verwendet?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Die ist - - Ich weiß jetzt nicht mehr genau, was da bei der Auswertung rauskam, bei den Nettoleerverkaufspositionen per se.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Gab es sonst noch eine weitere Kommunikation - meine Zeit neigt sich auch dem Ende zu - mit WA 25 zu diesem Thema, oder war es damit und mit der Analyse dann abgeschlossen, oder ist da eben weiter kommuniziert worden?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, was unsere Untersuchung wegen Marktmanipulation betraf, haben wir die dann alleine, eigenständig geführt. Es gab erst wieder einen Kontakt mit WA 25, als ebendiese Informationen über die jetzt quasi bevorstehende Short-Attacke kamen und als dann eben Frau Roegele neben der Bitte, dass wir die StA noch mal kontaktieren sollten, danach dann auch darum gebeten hatte, dass wir WA 25 ins Bilde setzen, damit die die ersten Überlegungen anstellen können im Hinblick auf eine mögliche Leerverkaufsanordnung. Sie hat nicht angeordnet, da soll eine gemacht werden, sondern sie hat gesagt, sie sollen sich mal bitte mit dem Thema befassen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Meine Zeit ist jetzt auch rum. Also, insoweit gebe ich jetzt weiter an den Kollegen Dr. Michelbach für die CDU/CSU.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, Herr Vorsitzender, vielen Dank. - Frau Schierhorn, wir haben festzustellen als Untersuchungsausschuss: Es gab ein falsches Gütesiegel für Wirecard durch das Leerverkaufsverbot, von der BaFin erlassen, und wir haben natürlich aufzuklären: Wer ist für das Verkaufsverbot verantwortlich? Und jetzt haben wir natürlich die Bitte, dass Sie zur Aufklärung ohne Ansehen einer Person dazu beitragen, dass wir diese Verantwortung für das Leerverkaufsverbot auch wirklich aufklären können. Und da stellt sich für mich die Frage: Wird jetzt da der Verschiebebahnhof zwischen BaFin und Staatsanwaltschaft München oder/und umgekehrt gemacht oder nicht?

Noch mal ganz konkret: Sie sind praktisch mit dem Herrn Kimmer zur Frau Roegele gerufen worden, und auch die Kolleginnen aus dem Leerverkaufsreferat sollen da anwesend gewesen sein, und der Herr Kimmer hat uns hier angegeben - ich meine, wenn ich mich recht entsinne -, tatsächlich auf gewisse Bedenken im Hinblick auf einige Voraussetzungen der Leerverkaufsverordnung hingewiesen zu haben. Das heißt also, das klingt nicht danach, dass der Herr Kimmer und Sie für ein Leerverkaufsverbot waren. Also, sagen Sie uns noch mal, wie dieses Gespräch gelaufen ist - vielleicht dazu noch mal ganz konkret.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, ich weiß nicht, was Herr Kimmer jetzt genau gesagt hat.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Also, ich habe es ja hier zitiert, -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, ja.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** - also das ist wörtlich Zitat.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, ich persönlich habe gar nicht Detailkenntnisse darüber, wie das Leerverkaufsverbot zu erlassen ist bzw. wie man die einzelnen Voraussetzungen - - welche man

hat und wie man die begründen muss. Da fehlt mir schlichtweg die Kenntnis, weil das überhaupt nicht mein Aufgabenbereich ist. Insofern kann ich jetzt wenig dazu beitragen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Und wer war dann für das Leerverkaufsverbot innerhalb dieser Gesprächsrunde? Weil es können dann nicht nur Leute dabei gewesen sein, die keine Expertise in der Frage hatten, sondern es wurde ja dann erlassen. Also, irgendeiner muss doch gesagt haben: Ich bin für das Verkaufsverbot, und ich unterschreibe es dann auch.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, aber in den Besprechungen, an denen ich am Freitag dabei war, ist nach meiner Erinnerung noch nicht entschieden worden, so wie Sie es eben sagten: Da wird jetzt ein Leerverkaufsverbot gemacht, und ich unterschreibe es auch. - Das war da noch nicht definitiv entschieden.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Aber, ich meine, eine Einschätzung von den Kollegen und Kolleginnen können Sie doch sicher aus einem Gespräch berichten. Also, ich meine, das muss Ihnen doch - das ist ja ein so wichtiger Termin - auch im Nachhinein alles noch mal gewissermaßen im Nachdenken vor Augen geführt worden sein, wie das Gespräch da gelaufen ist. Wenn es auch noch kein endgültiges Fazit gibt, aber es muss doch irgendjemand für das Leerverkaufsverbot eingetreten sein.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, ich weiß es nicht.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Nein, also, Sie müssen uns hier Antwort geben. Also, Sie können sagen - - Na gut, ich will - -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich kann Ihnen nur sagen, ich habe mich bei dem Leerverkaufsverbot nicht positioniert, weil ich, wie gesagt, die - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, und wer hat sich dann positioniert?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich weiß es nicht mehr.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Weil der Herr Kimmer hat sich doch klar positioniert, indem er sagt, er hat hingewiesen auf die Voraussetzungen der Leerverkaufsverordnung und Bedenken geäußert. Also, da muss es doch jemanden gegeben haben, der das Gegenteil von Ihrem Herrn Kimmer ausgesagt hat.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich habe das nicht so in Erinnerung, dass das ein Streitgespräch war, wo die einen dafür und die anderen dagegen waren. Vielleicht erinnere ich mich auch an ein anderes Gespräch. Ich weiß es nicht.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. Sie erinnern sich an ein wesentliches Gespräch nicht, aber drängen hier auf die Fragen von dem Kollegen Dr. Zimmermann und sagen: Uns hat die Staatsanwaltschaft gedrängt. - Da erinnern Sie sich dran. Ist es so, dass die Staatsanwaltschaft da drauf gedrängt hat? Sagen Sie wenigstens mal: Welche Rolle spielte die Information der Staatsanwaltschaft München zum Erlass des Leerverkaufsverbots durch die BaFin?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich glaube schon, dass die mit ein wichtiger Bestandteil war.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Auf welchem Hintergrund, Frau Schierhorn, hat ein gewichtiger Gesichtspunkt der Staatsanwaltschaft eine Rolle gespielt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Da ist öfter das Stichwort „Marktvertrauen“ gefallen, aber, wie gesagt, ich - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, aber nicht von der Staatsanwaltschaft. Ich lege Ihnen jetzt mal - ich bitte, anzuhalten - den Vermerk der Staatsanwaltschaft München I, der hier mehrfach als Grundlage bei den BaFin-Mitarbeitern zurate gezogen wurde, vor. Ich würde Sie bitten, das mal zur Kenntnis zu nehmen und sich mal anzuschauen. Und dann sagen Sie mir bitte, wo da steht, dass Ermittlungen

durchgeführt worden sind, wo da steht, inwieweit da irgendwelches Drängen auf Leerverkaufsverbot stattgefunden hat. Wenn Sie sich das mal anschauen. Wir haben Zeit.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand nehmen Einblick)

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, ich habe das ja schon gesagt. Das ist nach meiner Wahrnehmung der Telefonvermerk, den Frau Bäumler-Hösl erstellt hat, als sie mit Herrn Kimmer telefoniert hat, er darum gebeten hatte, ob sie irgendetwas Schriftliches darüber hat, und dann hat er ihr das zugefaxt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Ja, aber das ist ein Telefonvermerk mit einem Rechtsanwalt von Wirecard, und es steht hier ganz klar drin, dass ohne eigene Stellungnahme der Staatsanwaltschaft oder der Oberstaatsanwältin - - sondern es ist ein Vermerk über ein Telefongespräch des Rechtsanwalts von Wirecard, den sie in diesem Protokoll zusammengeführt hat, und da ist doch überhaupt nicht draus zu ersehen, dass es Ermittlungen gibt oder dass es irgendwelche Weiterungen gibt.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, ein Ermittlungsaktenzeichen ist schon drauf, aber die entscheidende - -

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Matthew Earl, aber nicht ... (akustisch unverständlich)

**Zeugin Regina Schierhorn:** Die entscheidende Information ist ja auch mündlich, telefonisch mitgeteilt worden. Dass wir diesen Vermerk bekommen haben, das war nach meiner Wahrnehmung so, weil der Herr Kimmer danach gefragt hat, ob es auch irgendetwas Schriftliches dazu gibt. Aber das, was sie mündlich mitgeteilt hatte, war schon, so wie es mir berichtet wurde, sehr deutlich, wie vorhin gesagt, dass sie gesagt hat: So was habe ich noch nie erlebt. - Und sie hat schon den Eindruck bei uns erweckt, dass es hier um etwas Dringendes geht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Aber das können Sie doch aus diesem Vermerk überhaupt nicht erkennen. Und die Frau Oberstaatsanwältin und der Herr Staatsanwalt sagen, dass sie nie was anderes vermeldet haben wie diese Stellungnahme des Wirecard-Rechtsanwaltes Enderle. Wissen Sie, einen Verschiebebahnhof können wir hier nicht gebrauchen, Frau Schierhorn. Sie müssen schon sagen: War es die Staatsanwaltschaft, die zum Leerverkaufsverbot geführt hat, oder war es die BaFin? - Also, irgendeiner muss ja jetzt mal sagen, damit wir aufklären können.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Welche Frage stellen Sie mir jetzt konkret?

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Ja, ich stelle Ihnen die Frage, wie das Drängen der Staatsanwaltschaft genau ausgesehen hat, wenn Sie sagen, es war ein wesentlicher Bestandteil für die Entscheidung des Leerverkaufsverbots.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Wie gesagt, die Staatsanwaltschaft hat in dem Telefonat mit Herrn Kimmer, an das ich nur die Erinnerung habe, wie sie mir Herr Kimmer berichtet hat - ich habe selber an dem Telefonat nicht teilgenommen - - Und dann gab es ja dieses zweite Telefonat, wo der Herr Bühring nicht den Eindruck erweckt hat, dass man am besten einfach die Füße still hält, sondern dass er sich schon recht spontan und auch schnell für ein Leerverkaufsverbot ausgesprochen hat, als wir ihm verschiedene Handlungsoptionen benannt haben. Er hätte ja auch etwas anders reagieren können.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Also, ist das glaubhaft, dass ein Staatsanwalt, der keine Ermittlungen, keine Erkenntnisse hat außerhalb seines Aufgabenbereichs, mit Ihnen über ein Leerverkaufsverbot verhandelt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich kann Ihnen nur sagen, wie dieses Gespräch war und was ich daraus weiß.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Und hat er eine Einschätzung Ihnen gegenüber gegeben, der Herr Bühring, wie diese Geschichte von Herrn Rechtsanwalt Enderle von Wirecard glaubwürdig sei oder nicht glaubwürdig sei? Oder hat er das als abenteuerliche Geschichte dargestellt, oder was hat er dazu gesagt in diesem Vermerk, den Sie ja hinterfragt haben?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nach meiner Erinnerung hat er es nicht als abenteuerliche Geschichte hingestellt. Es gab bei einem anderen Anlass auch mal eine Äußerung, wo sich Frau Bäumler-Hösl über Herrn Enderle als vertrauenswürdig geäußert hat.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. Ich gehe davon aus, dass jeder Rechtsanwalt für sich in Anspruch nimmt, dass er vertrauenswürdig ist. Davon gehe ich nun mal aus.

Aber die Initiative ging doch von der BaFin aus hinsichtlich der Entscheidung über das Leerverkaufsverbot oder das Handelsverbot. Und wie muss denn dann, nachdem ja der Herr Staatsanwalt Bühring nicht, sagen wir mal, als Entscheider zurate gezogen werden konnte - - Wer hat dann die Entscheidung getroffen? Wer hat die Initiative übernommen bei der BaFin, und wer hat die Entscheidung für das Verbot dann gefällt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Da ich in die weiteren Entscheidungsschritte - und wer da alles noch einbezogen werden musste - im Detail nicht involviert war, was auch richtig ist, weil es nicht mein Aufgabenbereich ist, weiß ich nicht und kann Ihnen nicht sagen, zu welchem Zeitpunkt die Entscheidung final getroffen wurde.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. Aber über so eine Maßnahme, die alle Jubeljahre oder überhaupt noch nie stattgefunden hat, wird doch in der BaFin gesprochen, welche Maßnahmen und welche Grundlagen dafür eben wesentlich waren und warum man da in den Markt eingreifen musste. Also, Sie können uns doch nicht sagen, dass Sie zwar jetzt vielleicht nicht selber der Entscheider waren, aber es muss doch - ich meine, da hat uns doch der Herr Kim-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mer wesentlich mehr erzählt wie Sie - - Sie müssen doch irgendwo mal hier auch sehen, dass wir einen Auftrag haben in der Demokratie. Sie können doch nicht sagen, Sie wissen nicht, wer die Entscheidungen getroffen hat.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Vielleicht ist der Unterschied auch der, dass der Herr Kimmer, anders als ich, am Wochenende auch vor Ort war und vielleicht auch mehr mitbekommen hat. Aber das ist jetzt Spekulation. Also, ich kann Ihnen nur sagen, was ich mitbekommen habe, und ich verschleierte hier nichts.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. Also, Sie haben scheinbar wenig mitbekommen. So stelle ich das hier mal fest. - Also, ja, das ist für mich schon bitter, Herr Kollege.

Haben Sie denn im Nachhinein mit Frau Roegele oder Herrn Kimmer über den ganzen Sachverhalt noch mal gesprochen? Eine klare Frage, die Sie vielleicht auch klar beantworten.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Was haben Sie da mit besprochen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Wir haben beispielsweise am Mittwoch besprochen, dass wir noch mal auf Bitten von Frau Roegele mit der Staatsanwaltschaft Kontakt aufnehmen und fragen, ob es eine Möglichkeit gibt, dass diese Erpressungsthematik öffentlich, transparent gemacht wird.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Und was wurde dann da veranlasst mit dem Erpressungsfall? Was ist da passiert? Was hat die Staatsanwaltschaft gesagt? Was haben Sie da zur Kenntnis genommen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Sie hat zum einen gesagt, dass sie am Donnerstag den Herrn Marsalek zur Vernehmung eingeladen hatten und dass sie mit dem auch noch mal sprechen wollten, ob irgendwie Wirecard von sich aus die Erpressung öffentlich machen kann oder möchte. Die Staats-

anwaltschaft selber wollte von sich aus die Erpressung nicht öffentlich machen, mit der Begründung „aus ermittlungstaktischen Gründen“.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Und warum wollten Sie das dann öffentlich machen? Warum wollte die BaFin das dann öffentlich machen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Weil die BaFin das Interesse daran hatte, im Nachgang dieses Leerverkaufsverbot besser erklären zu können.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Das heißt, Sie waren gar nicht fachlich-sachlich hinter dem Leerverkaufsverbot gestanden, sondern Sie wollten praktisch die öffentliche Meinung damit auch doch mehr oder minder mit einer Veröffentlichung beeinflussen.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein - -

**RA Dr. Matthias Dann:** Entschuldigen Sie bitte, Herr Vorsitzender. Ich bitte um Erteilung des Wortes in verfahrenstechnischer Hinsicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Bitte.

**RA Dr. Matthias Dann:** Dieser Vorhalt ist aus meiner Sicht nicht korrekt, weil die Zeugin mitnichten gesagt hat oder sich dazu positioniert hat, wie sie zu dem Leerverkaufsverbot inhaltlich steht. Das ist ihr sozusagen in den Mund gelegt worden mit der Frage.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Kann ich jetzt nicht feststellen, aber - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Versuchen Sie es noch mal anders, Herr Michelbach.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Gut. - Also, warum wollte die BaFin diese Veröffentlichung für das Leerverkaufsverbot zu diesem Zeitpunkt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Weil man nach meinem Verständnis und nach meiner Erinnerung besser erklären können wollte, dass alle Facetten, alle Argumente, die eine Rolle gespielt haben,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

eben auch transparent am Markt gemacht werden können.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Also, die BaFin hat gegenüber der Bundesbank versucht, die Bundesbank einzuspannen für ein Leerverkaufsverbot. Da wollte sie die Öffentlichkeit mehr oder minder ins Boot bringen. War da fachlich für das Leerverkaufsverbot die gesetzliche und fachliche Grundlage zu dünn, um dahinterzustehen und das auch wirklich letzten Endes zu verantworten?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Das kann ich fachlich nicht beurteilen.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut. - Kollege Hauer, ich bin am Ende.

(Heiterkeit bei der  
CDU/CSU)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann Kollege Hauer, bitte schön, für die letzten drei Minuten.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Wir wissen ja, dass der Kollege Dr. Michelbach nie am Ende ist. Aber ich übernehme gerne, und zwar möchte ich jetzt noch mal fragen, weil das gerade nicht so beantwortet wurde: Sind Ihnen denn irgendwelche - - oder wer war denn aus Ihrer Sicht für das Leerverkaufsverbot im Hause der BaFin, und wer war dagegen? Also, ich habe Sie jetzt so verstanden, dass Sie sich an gar nichts mehr erinnern, dass Sie nicht einen sagen können, der dafür war, und nicht einen, der dagegen war oder der Bedenken hatte. Können Sie da irgendwas zu sagen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich kann Ihnen sagen, dass mir keine derartigen Kollisionen von Sichtweisen bekannt sind.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. - Dann: Wer war dafür? War Frau Roegele dafür?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Sie hat zumindest darum gebeten, dran zu arbeiten und zu schauen, ob es die Voraussetzungen hergeben, dass man es erlässt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ich habe jetzt mit einer einfachen Frage angefangen, mit Frau Roegele, weil die es am Ende wohl erlassen hat. Insofern gehe ich mal davon aus, dass sie dafür war. Aber haben Sie mir jetzt auch nicht beantwortet. Sie haben jetzt gesagt, sie wollte erst mal noch mal prüfen. Also, war Frau Roegele für das Leerverkaufsverbot? Hat die das Ihnen gegenüber erörtert, oder waren Sie nur bei dem einen Gespräch dabei, wo die Frau Roegele gesagt hat: „Prüfen wir noch mal, wir fragen noch mal nach bei der Staatsanwaltschaft“, oder wissen Sie, wie am Ende Frau Roegele zu dem Leerverkaufsverbot stand?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Am Ende, ich glaube, war es, wenn ich mich richtig erinnere, davon abhängig, wie ESMA sich positionieren würde.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, jetzt haben Sie sich nicht nur auf die Staatsanwaltschaft verlassen, sondern auch auf die ESMA. Aber selbst haben Sie nichts entschieden als BaFin.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Das habe ich - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Na gut. Das war jetzt eine Anmerkung von mir. Das war keine Frage.

Gibt es denn irgendeine kritische Stimme aus dem Hause der BaFin, die Ihnen dazu bekannt gewesen ist, die Bedenken geäußert hat, ob es vielleicht sinnvoll ist, ein Leerverkaufsverbot zu erlassen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Explizit nein.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. - Ich versuche es jetzt noch mal. Ist Ihnen denn auch eine positive Stimme aus der BaFin zu dem Leerverkaufsverbot bekannt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Na ja, es - das habe ich ja jetzt schon mehrfach gesagt - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Nein, Sie haben es mehrfach jetzt nicht beantwortet.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Regina Schierhorn:** Es sollte dran gearbeitet werden, und wenn die Voraussetzungen vorliegen, sollte es erlassen werden.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das hat wer gesagt? Die Frau Roegele?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Das hat sie so nicht explizit gesagt, aber das war die Art und Weise, wie gearbeitet wurde.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und wie hat sich Herr Kimmer dazu positioniert?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich kann mich nicht erinnern, dass er sich gegen ein Leerverkaufsverbot ausgesprochen hätte.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Hat er Bedenken geäußert?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Kann ich mich auch nicht dran erinnern.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Hat er nämlich anders gesagt.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, gut.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Er hat gesagt, er hat Bedenken geäußert.

Ich möchte noch mal zurück auf die DPR-Situation. Da wurde ja in diesem Gespräch, über das wir vorhin gesprochen haben, thematisiert, dass die DPR beauftragt werden sollte mit einer Verlangensprüfung, was die Bilanzen angeht. Ist da irgendwann mal erörtert worden, dass die DPR bei Unterlagen, die gefälscht sind, überhaupt nicht forensische Möglichkeiten hat, also ob DPR das überhaupt feststellen kann, was da geprüft werden soll?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Das kam meiner Meinung nach erst viel, viel später raus, als der ganze Skandal dann aufgerollt wurde. Aber in dem Zeitpunkt 2019/2020 kann ich mich da an keine solchen Diskussionen erinnern, dass die DPR da nicht zuständig - - Das war aber auch etwas, was -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Nein, nicht „zuständig“, dass sie das quasi nicht aufdecken kann, was sie aufdecken sollte, weil es zum Beispiel auch um gefälschte Unterlagen ging.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Die Diskussion war mir zum damaligen Zeitpunkt nicht bekannt. Wie gesagt, danach habe ich das schon wahrgenommen, dass die Diskussionen darum gingen. Aber damals, in 2019? Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke schön. - Ja, ich will da irgendwie noch mal weitermachen, obwohl ich es gar nicht wollte, aber mir kommt das irgendwie ein bisschen - - Also, man gewinnt den Eindruck, in Ihrem Haus wollten alle dieses Leerverkaufsverbot, aber es wollte eigentlich keiner verantwortlich sein. Also, das ist der Eindruck, der sich mir fundamental aufdrückt. Weil zur ESMA hatten wir Herrn van Walsum hier. Den habe ich explizit gefragt: Wie wäre es denn gewesen, wenn Sie Informationen hätten bei dieser Vorlage, von denen Sie objektiv der Meinung sind, die sind falsch? Können Sie die denn überhaupt nachprüfen? - Nein, wir gucken nur auf die Informationen, und wenn das vor uns nach Sachlage richtig ist, sagen wir schon Ja.

Frau Buch sagte dann, das wusste sie gar nicht, immerhin die Vizepräsidentin der Deutschen Bundesbank. Sie hat sich das auch notiert: Das müssen wir bei unseren Entscheidungsprozessen bedenken.

Jetzt könnte ich natürlich sagen, vielleicht wusste das Frau Roegele und hatte einen Informationsvorsprung gegenüber Frau Professor Buch. Aber sich definitiv auf die ESMA zu verlassen, ist Quatsch. Ich habe gesagt, das sind die gleichen Verhältnisse wie 2004, glaube ich, zu Eurostat und wie die Griechen dann Zahlen vorlegten, die hinten und vorne nicht stimmten, und alle sagten: Wir wissen das, aber ihr dürft trotzdem rein, auch wenn die Informationen falsch sind, weil wir dürfen gar nicht sagen, dass die falsch sind, obwohl wir es wissen. Wir müssen akzeptieren, was hier vorliegt. - Und so ist auch die ESMA.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Deswegen jetzt mal meine konkrete Frage: Zumindest bei uns und in meiner Abteilung war es so, dass wir Entscheidungsschritte definiert haben und sogenannte Intervention Points. Das heißt, man kann sagen, Abteilung 1 sagt was, Abteilung 2, 3 trägt was zu 4. Wenn aber Abteilung 2 schon sagt, beispielsweise jetzt WA 25 oder Sie: „Nein, machen wir nicht“, dann ist die gesamte Entscheidungskaskade und -kette gestoppt, und das ist auch gut so, weil nur in dem Gesamtkonzert aller kann man nachher eine zielgenaue Entscheidung treffen, die nicht so Pi mal Daumen - wir visieren die Dartscheibe an, und ob das jetzt den äußeren Ring oder die Dartscheibe verfehlt oder sogar ins Schwarze geht, ist ja eigentlich egal, irgendeiner hat am Ende irgendwie zwar nicht Ja gesagt, aber wir machen es, weil die ESMA zustimmt - - Also, das ist gerade der Eindruck. Deswegen meine konkrete Frage: Wenn Sie Nein sagen in einer Entscheidungskette, die zu einem Leerverkauf führen soll, ist dann Abbruch, sprich: Wird der ganze Vorgang gestoppt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein, weil wir - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, selbst wenn Sie Nein sagen in einer Entscheidungskette der BaFin zum damaligen Zeitpunkt, würde die Entscheidung weiterlaufen und irgendjemand anders, ich sage mal, kann Sie „overrulen“.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein, weil WA 23 in der Entscheidungskette nicht vorkommt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aha. Aber man fragt Sie irgendwie. Das erschließt sich mir nicht.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Man hat mich nicht gefragt - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein, nicht Sie, aber Ihre Abteilung. Sie waren da ja eingebunden.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Die Abteilung ist aber etwas über mir. Ich bin Referatsleiterin in der Abteilung WA 2, und da - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, und wenn Sie jetzt - - Ihre Abteilung und Sie liefern was zu -

das war ja meine Frage - - Das ist ja in jedem Unternehmen so, dass man sagt, wir wollen die und die Maßnahme durchführen, und dann frage ich Marketing, und wenn das Marketing teure Ideen hat, dann fragt man noch mal eine Finanzabteilung: Können wir uns das überhaupt leisten? Ihr wollt einen TV-Spot, und ihr wollt Zeitung, und ihr wollt Internet, und ihr wollt Marktbefragung. - Und dann sagt vielleicht, wenn wir einen guten Finanzbuchhalter haben - - Nee, wenn wir nicht wie Wirecard enden wollen, lassen wir das mal lieber, das Geld haben wir nicht. - Also ist da Stopp. Oder aber jemand sagt: Ey, unser Produkt ist doch gar nicht markteinführungsreif. - Dann ist Stopp. Weil ich kann natürlich viel Geld raus-hauen und das Produkt ist nicht markteinführungsreif; siehe Elchtest.

Nun meine Frage: Da muss es doch bei Ihnen im Hause eine Regelung geben, dass nicht irgendwie Pi mal Daumen irgendjemand, ohne zu entscheiden, doch entscheidet, man macht einen Leerverkauf. Noch einmal: Das ist ja der Eindruck, der sich mir aufdrängt: Frau Roegele war es irgendwie nicht. ESMA, Bundesbank? Mist! Die hat dann gesagt: Wir haben Wochenende. - Ist konkret, wenn Ihre Abteilung - dann definiere ich es so - Nein sagt, die rote Kelle rausholt - - wäre dann der Vorgang gestoppt gewesen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich kann zum einen nicht für die Abteilung sprechen, weil ich nicht die Abteilungsleitung bin, und für das - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, aber Sie kennen doch die Regeln. Jetzt sagen Sie mir bitte nicht, Ihre Abteilungsleiterin würfelt das dann aus. Also, mal angenommen, Sie kommen nach einer gewissenhaften Prüfung zu dem Punkt: „Wir wollen das nicht, das geht nicht“, aus welchen Gründen auch immer - Sie haben eine Untersuchung gemacht, Research -, geben das an Ihre Abteilungsspitze weiter, dann kann doch nicht der Fakt sein: „Ach, heute habe ich Bock auf Leerverkauf, dann machen wir das“, sondern da muss es doch einen klaren Ablauf, eine klare Regel geben, die da sagt: Wenn meine Abteilung und meine Mitglieder meines Referats zum Schluss kommen: „Nein“ - auch das ist für mich Compliance -, dann ist Nein, und dann kann nicht der



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Oberste sagen: Alle sagen in meinem Referat Nein, aber ich sage Ja.

Deswegen noch mal die konkrete Frage: Wenn Sie alle Nein sagen, wäre in dieser Entscheidungskaskade in mehreren Schritten, die ich nicht kenne, Stopp gewesen, oder wäre es dann weitergelaufen, obwohl Sie interveniert hätten?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, das ist - - Also, zum einen ist es hypothetisch, aber grundsätzlich - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein, das ist gar nicht - - Also, hypothetisch ja, aber ich will Ihren Ablauf natürlich kennenlernen. Ich frage Sie konkret zu Ihrer Orga zum Untersuchungszeitraum. Das ist eigentlich der Bezug der Frage, egal was für ein Leerverkauf, sogar nicht mal im konkreten Fall. Angenommen, Sie sagen in einer Entscheidungskette, wo Sie eingebunden sind bei einem Leerverkauf, Nein, meine konkrete Frage - letzter Versuch, sonst gebe ich auch auf -: Hieße das Stopp, oder die Ampel springt auf Rot für den gesamten Vorgang? - Das ist meine Frage.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Wenn etwas in meinem Zuständigkeitsbereich zu entscheiden ist und ich der Meinung bin, es soll nicht gemacht werden, dann gehe ich davon aus, dass auf der nächsten Ebene dieses Votum Berücksichtigung findet. Ich würde nicht sagen, dass es dann automatisch tot ist. Es kommt vielleicht auf das Thema an. Aber ich möchte noch mal sagen: Mein Referat war nicht für die Frage „Sind die Voraussetzungen für eine Leerverkaufsverbotsanordnung erfüllt, ja oder nein?“ zuständig. Deswegen waren wir nicht in dieser Entscheidungskette miteinbezogen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Aber es gibt eine Entscheidungskette.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und wissen Sie zufällig, wer in dieser Entscheidungskette denn letztlich die rote Ampel hätte einschalten können?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich - - Dieses Rote-Ampel-Bild - - Also, ich - -

(Dr. Jens Zimmermann  
(SPD): Wir kommen auch  
nicht mehr ganz mit!)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Na ja, Herr Zimmermann, könnte ich jetzt verstehen, wenn Sie es sagen, aber ich hoffe, in der BaFin gibt es zukünftig jemanden, der zur Ansicht gelangen würde: Es ist rot, und dann ist auch rot. - Das ist eigentlich mein Ansinnen. Also, wenn da viele sagen: „Wir wollen das eigentlich nicht“ - Herr Kimmer ist zitiert worden, einige andere auch -, dann habe ich ja eine Entscheidungslogik, dass ich sage, viele meiner Fachleute sind der Meinung, das sollten wir nicht tun. - Und dann wird es doch getan, und dann sollte es in der Entscheidungskette doch eine Regel geben, dass man sagt: Wenn vier von fünf Abteilungen, die relevant sind, in der Entscheidungskette Nein sagen, dann hoffe ich doch, dass in einer deutschen, gut geordneten Behörde irgendjemand oder dann der Chef sagt: Ja, dann ist auch Nein. - Das ist eigentlich die Frage. Wenn das nicht der Fall wäre, dann heißt das aufgrund der Laune, der Befindlichkeit oder anderer Dinge einer Person, obwohl vier oder fünf Fachleute zum anderen Ergebnis kommen: Wir ziehen es trotzdem durch.

Das Ergebnis kennen wir. Das ist schon eine relevante Frage, und da hoffe ich natürlich, dass gerade weil die SPD für das dort verantwortlich ist - - dass das Einsicht sein muss. Ich habe eine Regel, ich habe einen Workflow, ich habe bestimmte Entscheidungsprozesse, die definiere ich als Regel, und die kann ich nicht brechen, hoffentlich genauso, wenn ein Finanzbeamter feststellt, das Ding ist verfristet. Dann kann der Chef ja nicht sagen: Ist schon verfristet, aber ich habe heute mal Bock, wir machen weiter. - Und das muss ja auch in der BaFin gelten, wenn da Fachleute wie Frau Schierhorn sitzen und andere, die an die oberste Abteilung zuliefern, dass dann irgendwann mal der Prozess erreicht ist: Es sagen zu viele Abteilungen Nein, also bleibt es beim Nein. - Und das müsste auch transparent sein. Also, ich hoffe immer, man kennt die Instanzen-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

züge, weil dann kann ja auch mal ein sehr mutiger Mitarbeiter sagen: Stopp! Ihr überfährt gerade mehrere rote Linien und rote Ampeln. Das geht so nicht. - Das ist eigentlich schon verständlich, finde ich, was ich hier will. Aber gut.

Dann ist jetzt Kollege Toncar für die FDP-Fraktion an der Reihe.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Jetzt ist die SPD an der Reihe, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sie lacht. - Frau Kiziltepe für die SPD-Fraktion. Bitte schön.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Danke, Herr Vorsitzender. - Frau Schierhorn, Sie hatten anfangs, in der ersten Fragerunde, gesagt, dass Sie das Vorgehen der Staatsanwaltschaft für ungewöhnlich, unüblich erachtet haben. Sie haben gesagt, dass Sie sich die Frage gestellt haben: Warum schicken die uns das jetzt, und was ist deren Erwartungshaltung? - Können Sie bitte sagen - - Kennen Sie Frau Bäumler-Hösl?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nur vom Telefon.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Nur vom Telefon. - Können Sie bitte mal darlegen, was das übliche Vorgehen ist? Wie oft melden sich Staatsanwaltschaften, und wie ist das übliche Vorgehen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, das grundsätzliche, übliche Vorgehen ist so, dass man schriftlich Akten zugeliefert bekommt, mit einer Bitte, den Akteninhalt - manchmal wird es auch spezifiziert in einer bestimmten Fragestellung - im Hinblick auf Marktmanipulationen zu überprüfen und das Ergebnis dann eben in Form einer Strafanzeige oder eines Berichts zurückzuliefern. Also, in der Regel sind wir dann tätig, wenn sozusagen das Ereignis auch schon passiert ist, und bekommen halt eine Akte, die wir im Hinblick auf Verstöße - und ich hatte es ja vorhin schon mal gesagt - und dann auf Basis auch der Handelsdaten, der Transaktionsmeldedaten, die wir haben - - sollen wir dann überprüfen, ob sich da Indizien für einen strafbaren Verstoß gegen das Verbot der Marktmanipulation ergeben. Das ist sozusagen -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** ... das übliche Vorgehen.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - das Übliche.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und das Vorgehen der Staatsanwaltschaft München I war sehr unüblich, ungewöhnlich, und man hatte den Eindruck, wie Sie sagten, hier wird von einem was erwartet, abverlangt.

Wie oft passiert so was, dass sich Staatsanwaltschaften melden? Nur um mal eine Zahl irgendwie zu haben.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, dass sich - - Sie meinen jetzt auch, dass sie sich schriftlich melden? - Oh!

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Oft, also viel.

**Zeugin Regina Schierhorn:** 70-mal im Jahr vielleicht. Also, das ist jetzt ein bisschen aus der Luft gegriffen, -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, okay.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - aber, also schon oft.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und es ist üblich, dass eine Oberstaatsanwältin sich bei Herrn Kimmer meldet, der ja weder Referatsleiter ist noch Exekutivdirektor?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, also, in dem Fall war es so, dass der Herr Bühring sich ursprünglich schon am 1. Februar das erste Mal gemeldet hat und nach einem Ansprechpartner gesucht hat, weil er - - Und er kam dann bei einer Kollegin raus, die nicht mehr in unserem Referat tätig war - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Aber Sie haben vorhin gesagt, so was passiert öfters. Dass Herr Bühring jetzt keinen Ansprechpartner kennt, ist ja auch merkwürdig, oder?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, was ungewöhnlich ist, ist, dass man mit so einer akut bevorstehenden Sache und dann eben telefonisch mit „Ja, jetzt muss - - wo der Eindruck entsteht, es muss



## Nur zur dienstlichen Verwendung

was passieren. Das war wohl sehr ungewöhnlich. Dass wir schriftlich Akten übersandt bekommen, das ist nicht ungewöhnlich. Aber ich wollte da vorhin nur sagen: Der Herr Bühring rief eben am 1. schon an und hat auch da mit Verweis auf eine Short-Attacke um den 30. herum eben nach einem Ansprechpartner gesucht, der dafür in der BaFin zuständig ist. Also, es fing im Grunde schon damit an, dass von der Staatsanwaltschaft das Wort „Short-Attacke“ in den Raum gestellt wurde. Und der Anruf am Montag war dann quasi der Rückruf auf die Kontaktaufnahme von Herrn Bühring am 1. Also, das war ja der Freitag - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. - Und dann wurde Herrn Bühring Herr Kimmer als Ansprechperson genannt, oder?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Genau, Herr Kimmer hat dann direkt angerufen, weil er eben der Fallbearbeiter war - wir hatten ja am Freitag schon eine Untersuchung eingeleitet und -, -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Da komme ich auch noch drauf zurück.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - hat dann angerufen, und - das weiß ich jetzt nicht aus eigener Wahrnehmung, aber ich nehme an - er ist eben bei Frau Bäumler-Hösl gelandet und hat sich ihr vorgestellt als der Fallbearbeiter, um halt diesen Konnex dann herzustellen.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. - Dann wollte ich noch mal wissen - das wurde hier auch schon einige Male angesprochen - das mit der Presseöffentlichkeit zu diesem Fall. Können Sie bitte noch mal sagen, warum es Ihr Anliegen war, dass man das presseöffentlich macht.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Das war nicht mein Anliegen, sondern das war eine Bitte von Frau Roegele, noch mal bei der Staatsanwaltschaft Kontakt aufzunehmen und zu fragen, ob man nicht, wie gesagt, diese Erpressung öffentlich machen könnte, weil sie eben auch ein Baustein in dieser Leerverkaufsthematik war. Und da wir ja immer den Kontakt zur Staatsanwaltschaft hatten, haben wir diesen Anruf dann auf Bitten von

Frau Roegele übernommen, obwohl es jetzt eigentlich - -

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. Also, Sie wollten das transparent machen etc.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Genau.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Jetzt zu der Antwort von der Oberstaatsanwältin Bäumler-Hösl. Sie hatten ja auch E-Mail-Kont- - Am Donnerstag haben Sie ja mit ihr telefoniert, und sie hatte gesagt, der Marsalek wird noch mal gehört um die Mittagszeit und sie meldet sich dann, wenn sie das mit dem Wirecard-Vorstand abgesprochen hat etc. Finden Sie diese Pressestrategie - - Das frage ich jetzt auch nur, weil der Compliance-Chef von Wirecard letzte Woche hier war und er auch wiederholt gesagt hatte, ja, Wirecard hat sich, was die Presse angeht, sehr oft mit der Staatsanwaltschaft abgesprochen, Und hier sieht man das ja auch in dem E-Mail-Verkehr, dass die Pressestrategie - - Also, es sieht so aus, als ob die Staatsanwältin die Pressestrategin der Wirecard AG sei, ja, und dann da noch mal abfragt, ob man das möchte usw. Haben Sie sich solche Fragen im Haus auch gestellt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich kann mir oder konnte mir das nur so erklären, dass Frau Bäumler-Hösl ja neben ihrer Tätigkeit als Abteilungsleiterin auch Presseverantwortliche ist bei der Staatsanwaltschaft.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, nicht - - Ja, egal. Ich spare mir den Kommentar. Gut. - Ich wollte dann noch mal zurückkommen - - Sie hatten ja auch gesagt, dass bereits am 30.01. Herr Kimmer sich ja auch damit oder die BaFin sich damit beschäftigt hatte. Am 30.01. erschien ja auch der Artikel von Dan McCrum in der „Financial Times“. Hatten Sie diesen Artikel wahrgenommen, und was war die Reaktion darauf?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Wir haben ihn wahrgenommen. Es gab auch Presseanfragen dazu, weil der Kurs ja recht sank infolge dieser Artikel. Und wir haben dann am 1. Februar entschieden, das näher zu untersuchen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Und wie ging es dann weiter?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Na ja, wir haben halt förmlich eine Untersuchung eingeleitet, haben uns intern Daten angeschaut, haben auch ein Auskunftersuchen an die Wirecard am 8. Februar gestellt.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Gab es auch Gespräche mit der Staatsanwaltschaft in dem Zeitraum 30. bis 15.?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, wie gesagt, es gab am 1. dieses erste Telefonat, wo Herr Bühring auf die Short-Attacke hinwies - also, das wurde da ja so eingeordnet; es war relativ klar formuliert gewesen -, und dann der Rückruf am 4. Jetzt weiß ich nicht, ob es vielleicht noch einen Kontakt gab. Also, es - -

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Wurden Ihnen eigentlich weitere Dokumente zugeleitet von der Staatsanwaltschaft?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Sie haben ja von dem Aktenvermerk gesprochen. Und darüber hinaus? Was gab es noch?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Wir haben von der Staatsanwaltschaft auch die Strafanzeige von der Wirecard bekommen. Die haben die uns auch weitergeleitet, um sie halt bei der Untersuchung mit zu berücksichtigen.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Und die Zeugenaussage?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Die hat man uns erst auf Nachfr- - Sie meinen jetzt dieses Harris-Dings?

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Ja.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Die hat man uns, wenn ich es richtig zusammenbekomme, auf Nachfrage, ich glaube, am 14. oder, ich glaube - - Nee, es war auch am 15. dann, auf Nachfrage. Nachdem der Herr Kimmer das irgendwie in der

Zeitung gelesen hatte, dass es da irgendwie so eine Aussage von jemandem gab, hat er, glaube ich, angerufen und gefragt, und dann hat man uns das zugemailt.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Ist Ihnen bei dieser Zeugenaussage was aufgefallen, bei dieser eidesstattlichen Erklärung von „DJ Harris“, der ja eine sehr schillernde Figur ist? Das muss man ja sagen.

(Dr. Florian Toncar (FDP):  
Eine der schillerndsten! -  
Fabio De Masi (DIE LINKE):  
Dirty Harris!)

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, die Aussage war - - Einmal war sie nicht unterschrieben. Das war das eine.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Ja, sie war nicht unterschrieben.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Aber andererseits hat sie eine Bank thematisiert, deren Geschäfte wir nachher tatsächlich als auffällig identifiziert haben, und die Kunden dieser Bank haben auch tatsächlich im zeitlichen Zusammenhang Geschäfte gemacht.

**Cansel Kiziltepe** (SPD): Haben Sie dann mal nach einer unterschriebenen eidesstattlichen Erklärung gefragt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nee, weil - - Also, für uns war, wie gesagt, der Inhalt dessen, was da drinstand, -

**Cansel Kiziltepe** (SPD): das Wichtigere, ja.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - entscheidend, nämlich einmal - was wir dann ja auch verifizieren konnten - die Aussage, dass da ein Handelsteilnehmer benannt wurde, der dann auch wirklich relevant war. Und zum anderen diese Aussage, dass es im Markt bekannt gewesen sein muss, war, wie gesagt, zwar kein Beweis, aber es war zumindest ein weiteres Indiz dafür, dass irgendwas ja gewesen sein muss, und das haben ja dann auch die ganzen Verdachtsanzeigen aus dem



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ausland bestätigt, die gerade im Vorfeld der Artikel eben auf auffällige Transaktionen hingewiesen haben.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Ja, die Staatsanwaltschaft hatte auch nie eine unterschriebene Version dieses Dokumentes. Das gab es nie, bis heute nicht.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Okay.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Sie hatten gesagt, Sie hatten auch Wirecard befragt. Also, wie liefen dann Ihre Ermittlungen diesbezüglich aus? Was war das Ergebnis dieser Ermittlungen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Das Ergebnis, was ja nur ein vorläufiges war und nur im Hinblick auf die in Rede stehende Short-Attacke, da waren wir der Meinung, genug Indizien zusammenzuhaben, und haben dann die Strafanzeige, zu der wir ja nach § 11 WpHG verpflichtet sind, am 10. April erstattet.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Da wollte ich noch mal nachhaken, weil eigentlich ja ein Ermittlungsverfahren gegen Dan McCrum bereits lief durch die Staatsanwaltschaft.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Das ist richtig, ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Warum hat die BaFin dann noch mal am 9. April Strafanzeige erstattet? Gab es neuere Erkenntnisse, die die Staatsanwaltschaft nicht hatte, oder was war der Grund?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Näheres - - Hat letztendlich mit der Anzeigepflicht zu tun. Wir haben ja - anders als der Normalbürger, der eine Anzeige erstatten kann oder auch nicht - eine Pflicht, Strafanzeige zu erstatten, sobald wir Anhaltspunkte in unseren Prüfungen identifizieren. Wir haben da ja kein Ermessen oder kein Wahlrecht, dass wir sagen: „Ja, die machen wir jetzt mal lieber nicht“, und das hängt auch nicht davon ab, ob jemand anders schon Strafanzeige erstattet hat.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Und läuft das über Ihr Referat, also zeigt WA 23, war das, glaube ich - - erstattet WA 23 Strafanzeige?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Okay. - Und auf Grundlage welchen Verdachts haben Sie das dann gemacht?

**Zeugin Regina Schierhorn:** In dem Fall - - Wir haben ja bei Wirecard insgesamt drei Strafanzeigen erstattet, und die erste war wegen der Short-Attacke. Wir haben dann am 2. Juni 2020 noch einmal eine erstattet, in dem Fall aber gegen Wirecard, wegen zweier irreführender Ad-hoc-Mitteilungen im Zusammenhang mit dem KPMG-Sonderuntersuchungsbericht, und wir haben dann noch mal, als dann der Skandal oder das ganze Drama quasi zutage trat, auch die Unrichtigkeit der Geschäftsberichte angezeigt, einmal wegen Marktmanipulation und einmal auch wegen § 331 HGB.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Vielen Dank. Meine Zeit ist leider um.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Okay.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Frau Kiziltepe. - Als Nächster hat das Wort Dr. Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Warum, Frau Schierhorn, hat denn die BaFin die nun mal sehr begrenzten, aber doch vorhandenen Unterlagen zum Thema, na ja, Marktmanipulation, die sie hatte, nicht der Bundesbank weitergeleitet, als es um das Leerverkaufsverbot ging, oder den Vermerk der Staatsanwaltschaft?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, erst mal: Wenn, dann hätte das das Leerverkaufsreferat gemacht. Aber die klare Ansage war ja, dieser Vermerk ist nicht weiterzugeben. Und nach meiner Kenntnis ist ja - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wer hat die Ansage wem gegenüber gemacht?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Die Staatsanwaltschaft hat uns das gesagt.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Genau. Wer wem gegenüber, aus Anlass welchen Kontakts? Weil auf dem Vermerk steht nichts von „vertraulich“.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Da gibt es einen Telefonvermerk drüber. Ich meine, das Telefonat - - Wer hat das geführt? Ich glaube, es hat - - Nee, das haben sie auch noch mal in dem zweiten - - Als wir, nachdem wir mit Frau Roegele gesprochen haben, noch mal angerufen haben, haben sie auch gesagt, wir sollen dieses Fax nicht Dritten oder überhaupt jemandem zur Kenntnis geben. Und es wurde dann - das ist aber jetzt etwas, was ich nicht aus eigener Beobachtung weiß - noch mal nachgefragt, ob wenigstens eine Offenlegung gegenüber ESMA in Ordnung ist.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Warum haben Sie nicht nachgefragt bei der Staatsanwaltschaft oder beim Anwalt von Wirecard, wer mit Bloomberg gemeint ist? Da steht ja, wenn ich aus dem Vermerk zitieren darf, MAT A BMF-4.StA, Blatt 2:

Es gab in den letzten Tagen einen oder mehrere Anrufe

- völlig unbestimmt, ne? also, eigentlich weiß man ja, ob man einen oder mehrere Anrufe hatte -

von Mitarbeitern von Bloomberg

- unbestimmt, keine Ahnung, wer das war -,

unter anderem beim Compliance Officer Jan Marsalek.

Völlig vage. Meine Bewertung: Katastrophe, auf so was überhaupt eine Maßnahme aufzubauen.

Aber jetzt frage ich Sie mal: Haben Sie mal nachgefragt, wer mit Bloomberg eigentlich gemeint war aus Sicht des Anzeigerstatters? Das ist doch eine wichtige Frage.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nee, haben wir nicht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aha. Warum nicht?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich nehme an, weil man davon ausging, dass es Bloomberg ist.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Also, Sie sind davon ausgegangen, dass ein oder mehrere Anrufer in einem oder mehreren Calls - so genau weiß das keiner; Namen werden auch nicht genannt - gesagt hat: „Ich bin der Herr Soundso, ich arbeite für Bloomberg, und jetzt aber 6 Millionen, sonst kommt was“? Haben Sie das sozusagen für gegeben gehalten oder für schlüssig gehalten?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Wir haben es für glaubwürdig gehalten, auch deshalb, weil wir es jetzt nicht in Form eines anonymen Hinweises direkt bei der BaFin bekommen haben; da hätte man die Sache vielleicht noch mal anders bewertet. Aber ein guter Teil der Glaubwürdigkeit beruhte eben auf dem Weg, den diese Information zu uns genommen hat.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Also, das haben Sie ja schon immer wieder betont. Bei der Staatsanwaltschaft wird genau umgekehrt argumentiert; die sagen, die BaFin kennt sich mit Finanzmarkt aus.

Ist Ihnen übrigens bekannt, dass Bloomberg eine Tochtergesellschaft hat, Bloomberg Trading Facility B. V., die nach § 53b berechtigt ist, in Deutschland MiFID-Services zu erbringen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein. - Weil ich meine: Wenn so ein Unternehmen mit so erpresserischen Dingen unterwegs ist, hätte man ja mal überlegen können, ob das eigentlich richtig ist, dass dasselbe Unternehmen auch in Deutschland, unter Ihrer Aufsicht MiFID-Services erbringt. Aber das war nicht Thema, wenn ich Sie richtig verstehe.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Bei mir nicht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ich versuche, einfach zu verstehen, wie man das so für bare Münze nehmen konnte. Und wenn Sie es für bare Münze nehmen, sage ich mal, dass Bloomberg so was zutrauen ist, und Sie haben ein Unternehmen,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

das in Deutschland tätig ist und da machen Sie nichts, dann kriege ich das jedenfalls auch nicht zusammen.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Gut, das ist - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. Es war so, Sie haben sozusagen das jedenfalls nicht für problematisch gehalten, dass Bloomberg dann weiterhin irgendwie da in Deutschland Geschäfte machen darf, obwohl hier erpresst wird; okay.

Was war denn beim Leerverkaufsverbot die Gefahr für die Marktintegrität? Das ist ja Tatbestandsvoraussetzung, ist *die* Tatbestandsvoraussetzung gewesen, auf die sich das Leerverkaufsverbot gestützt hat. Das ist eine präventive Maßnahme - das heißt, die BaFin muss das bewerten; das hat nichts mit der Staatsanwaltschaft zu tun, die ist repressiv unterwegs -, eine Gefahrenabwehrmaßnahme, die verhältnismäßig sein muss, also geeignet, erforderlich und angemessen sein muss. Was war die Gefahr für die Marktintegrität? Und was waren Ihre Erwägungen, dass dieses Instrument, gesetzt den Fall, es hat eine Gefahr bestanden, verhältnismäßig war? Haben Sie das geprüft?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein, ich habe das nicht geprüft, weil ich mich mit den Voraussetzungen und ob sie erfüllt sind bezüglich der Leerverkaufsanordnung, nicht befasst habe.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das ist ausgesprochen bedauerlich, weil Frau Geilfus gesagt hat, die Gefahr sei von ihr auch nicht geprüft worden, sondern von den Kollegen aus dem Bereich WA 23, also Ihnen. Also hat es im Endeffekt keiner geprüft, oder müssen wir Sie da noch mal zusammen vernehmen? Ich kann Ihnen das Zitat von Frau Geilfus gerne vorlegen. Sie hat gesagt:

Nein, wir waren da interdisziplinär unterwegs. Es gab eine Art Team über die Referate hinweg. (?)

Auf mehrfache Frage hat sie immer wieder gesagt:

Ich kann Ihnen nicht sagen, worin die Gefahr für die Marktintegrität bestand und warum das ein verhältnismäßiges Instrument war, warum wir das ausgewählt haben und warum das auch angemessen war. (?)

Insofern hatte ich, ehrlich gesagt, hauptsächlich von Ihrem Auftritt heute die Erwartung, dass ich jetzt erfahre, was Frau Geilfus mir nicht beantworten wollte und anderen auch nicht beantworten wollte.

Haben Sie das abgewogen, haben Sie Alternativen erörtert? Ich meine, 6 Millionen Euro sind natürlich viel Geld, aber im Verhältnis zu einem Leerverkaufsverbot ja nun vielleicht auch die sozusagen - - Also man verbietet dem Markt, zwei Monate zu handeln, um Wirecard vor 6 Millionen zu schützen? Das ist ja eine Unwucht. Wer hat das beurteilt? Es muss ja jemand beurteilt haben. Wenn das Leerverkaufsverbot rechtmäßig war, muss es jemanden gegeben haben in der BaFin, der sich diese Fragen gestellt hat, und das muss auch dokumentiert sein. Und wenn das die Abteilung von Frau Geilfus war, hätte ich diese Aussage auch gerne; denn dann haben wir einen Widerspruch, den wir weiter aufklären müssen. Wenn Sie es waren, wüsste ich es auch gerne. Und wenn es jemand Drittes war, wüsste ich es auch gerne. Wer war das, wer hat diese Abwägung getroffen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, ich war es nicht. Ich habe die Voraussetzungen für die Leerverkaufsanordnung nicht geprüft. Ich war involviert ab dem Zeitpunkt, wo diese Information ins Haus kam. Aber in die Ausarbeitung der Leerverkaufsanordnung und die Vorbereitungen dazu war ich im Detail nicht involviert, und das war auch richtig so.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Es konsterniert mich, weil Frau Geilfus schon meine Frage als quasi, ich würde mal sagen, ein bisschen inkompetent empfunden hat, weil sie meinte, das könne sie doch gar nicht wissen und das müsse man doch eigentlich auch sehen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber Sie wissen, dass Sie es nicht waren, und Sie wissen, wenn ich das noch mal zusammenfassen darf, aber auch nicht, wer an Ihrer Stelle diese Prüfung der Verhältnismäßigkeit des Leerverkaufsverbots und überhaupt der Gefahr für die Marktintegrität vorgenommen hat innerhalb der BaFin.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich weiß nur, dass der Kollege Kimmer diese Kolleginnen unterstützt hat über das Wochenende hinweg und, wenn es Fragen zu den Handelsdaten gab, da quasi geguckt hat und sie unterstützt hat. Aber letztendlich ist die Federführung in WA 25, was diese Leerverkaufsanordnung betrifft.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ich sehe das, Frau Schierhorn, genauso, also ich bin da Ihrer Meinung. Nur, die Kollegin, die die Federführung hatte, hat in der Tat gesagt, dass sie für diesen ganz erheblichen Prüfteil keine Verantwortung trägt. Aber nur, dass Sie sich jetzt nicht angegriffen fühlen: Ich sehe die Verantwortung für das Leerverkaufsverbot in der Theorie jedenfalls auch klar, und zwar nicht bei Ihnen. - Okay.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Jetzt wird wahrscheinlich auch das mit meinen Entscheidungsschritten deutlich. Aber okay. - Dann wäre jetzt der Kollege Fabio De Masi an der Reihe für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Frau Schierhorn, ich will vorwegschicken, dass ich weiß, dass das sehr unangenehm ist hier, die Fragen meiner Kollegen, aber es geht, glaube ich, keinem darum, Sie jetzt hier persönlich oder so anzugreifen, sondern wir wollen wirklich Sachverhaltsaufklärung betreiben, weil die Verantwortung, die wird auch weiter oben getragen in der BaFin.

Ich will noch mal zu sprechen kommen auf WA 25 und die Vorbereitung des Leerverkaufsverbots. Haben Sie jemals Kenntnis erlangt auch von Zweifeln an der Rechtmäßigkeit des Leerverkaufsverbots, die es vielleicht in der BaFin gab?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Es ist mir nicht - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ist Ihnen nie irgend-etwas -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ist mir nicht aufgefallen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - bekannt geworden; okay.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich habe mitbekommen, dass es unter Umständen eine Herausforderung ist in der Begründung. Aber das ist ja oft so.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Was meinen Sie mit „Herausforderung in der Begründung“?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Dass man überlegen muss, welche Begründungsschritte hier zu machen sind, was man - - Aber das ist ja bei jeder anderen Arbeit auch so, dass man - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Um das gewünschte Ergebnis zu bekommen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Na ja, was heißt: um das gewünschte Ergebnis - - Um halt eben begründen zu können, wenn es eins gibt, dass es ...

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** ... rechtlich sauber ist.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Genau.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ist es denn eigentlich - - Also, ich würde jetzt erwarten - ich frage jetzt ganz naiv -, bei so einem gewichtigen Vorgang - Single Issuer Short-Selling Ban für ein einzelnes Unternehmen ist ja sehr selten; Sie haben ja selber gesagt, ein sehr herausgehobener Vorgang -, dass man da nicht [sic!] genau veraktet, auf welcher Rechtsgrundlage wer wann was entscheidet. Ist das denn nicht üblich in der BaFin?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Doch, es sind schon Aktenvermerke üblich, aber dieses Wochenende war auch, glaube ich, sehr besonders vom zeitlichen Ablauf her. Also, was ich mitbekommen habe, ist, dass die Kollegen, die unmittelbar an dieser Sache gearbeitet haben, da auch bis in die Nacht hinein gearbeitet haben, und - das weiß ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt nicht genau - irgendwo gibt es da sehr enge Fristen, auch was den Einbezug von ESMA angeht. Man muss da sehr - - Also, da geht es irgendwie um Stunden, nicht um Tage nach meiner Wahrnehmung.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, ja, das ging auch wild hin und her, mit einer SMS zum Beispiel, die nicht mehr da ist bei der Bundesbank, und Frau Roegele kennt sie angeblich nicht. Also, das schien durchaus eine sehr eigenwillige Kommunikation - -

Ich will Sie noch mal fragen: Sie sind eingegangen auf die Verdachtsmeldungen der FCA - korrekt? -, Sie haben Verdachtsmeldungen genannt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Aus dem Ausland, ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja. Von der FCA?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Es gab von verschiedenen -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Von verschiedenen.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - ausländ- -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Können Sie mir sagen, wie viele es gab, insgesamt, ungefähr, also jetzt einen Range sozusagen? Ich will Sie jetzt nicht festlegen auf acht, neun oder elf. Aber ungefähr?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich glaube, weit über 100.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Weit über 100. Okay. - Und waren das aufbereitete Verdachtsmeldungen im Sinne von eigenen Erkenntnissen von Aufsichtsbehörden, oder war das eher „Marktteilnehmer haben Aufsichtsbehörden kontaktiert und die haben das dann weitergeleitet“, also so, wie das bei uns die FIU manchmal macht?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, diese Verdachtsmeldungen werden üblicherweise von Marktteilnehmern erstellt, die dazu eine Pflicht haben, die an die jeweilige Heimataufsicht dann

abzugeben, und soweit ich weiß, wird da schon zumindest so eine Art Qualitätssicherung gemacht. Und dann gehen die STORs an die Märkte, die auch davon betroffen sein können.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Aber haben Sie denn gesehen, dass da eigene Bewertungen vorgenommen wurden? Weil - ich sage Ihnen ganz ehrlich - ich kenne das jetzt aus dem Geldwäschebereich mit der Financial Intelligence Unit. Das mit der Qualitätssicherung ist so Ansichtssache, ne?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, es war jedenfalls kein Analysebericht. Den STORs ist jetzt kein Analysebericht beigeheftet, wie man das von Verdachtsmeldungen - - So, wie ich Geldwäscheverdachtsmeldungen schon mal aus einer StA-Akte gesehen habe, ist es ja so: Da ist die Geldwäscheverdachtsmeldung und dann gibt es so einen FIU-Analysebericht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau. Das war hier nicht?

**Zeugin Regina Schierhorn:** So was gab es da nicht, nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und können Sie mir sagen - - Sie haben vorhin von Marktteilnehmern gesprochen, die sozusagen, ja, verdächtig aufgetreten wären. Können Sie denn mal die besonders signifikanten Marktteilnehmer nennen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, Namen kann ich jetzt wirklich im - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das waren Einzelpersonen oder Institutionelle?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Das waren eher Institutionelle, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - und die haben eben - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und da können Sie keinen einzigen benennen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich glaube, das dürfte ich jetzt auch gar nicht. Aber ich habe sie wirklich jetzt im Moment nicht - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich weiß nicht, können wir mal kurz die Zeit anhalten? - Könnte ich mal rechtliche Beratung haben vom Sekretariat, ob sie das benennen darf oder nicht? - Ach so, läuft weiter. Ja, runden wir großzügig auf. - Ja, gerne. Ich bin nur Erfahrungsjurist.

**RD Dr. Frank Raue (BT):** Na ja, das hängt natürlich zum einen von der Aussagegenehmigung ab. Ich weiß jetzt nicht, was die Zeugin konkret hindert, ob es irgendwelche geheimhaltungsbedürftigen Dinge sind, sodass man das nur in eingestufte Sitzung sagen dürfte. Davon hängt das ab.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, nach meinem - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Kann vielleicht mal das BMF sagen, oder?

**RD Robert Fritz (BMF):** Also, ich weiß jetzt hier auch nicht, ob es ausländische FIUs sind und inwieweit Grundrechtsrelevanz besteht. Das ist jetzt schwierig. Also, wenn Sie Zweifel haben, eher in eingestufte Sitzung.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, dann heben wir das noch mal auf. - Dann aber: Was Sie ja vielleicht beantworten können, ist, ob die Marktteilnehmer, die Ihnen da sozusagen unterkamen, denn auch zwischen 2016, Zatarra-Bericht - was ja schon mal eingeordnet wurde im Zusammenhang mit einer Short-Attacke -, und dem 15.02.2019, ob die dazwischen auch irgendwie auffällig waren aus Ihrer Sicht oder nur wirklich 2016 und dann 15. Februar 2019?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, was wir gemacht haben bei der Untersuchung, ist eben: festgestellt, dass einige derer, die 2019 im relevanten Zeitraum gehandelt haben, auch in 2016 beteiligt waren. Insofern war uns natürlich - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber 2017/2018 nicht.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein - weiß ich nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, Sie haben sich nur diese Zeitpunkte angeguckt, -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - wo quasi ihre Arbeitshypothese schon war: „Da geht es um eine Short-Attacke“, aber ob die vielleicht dazwischen auch schon mal solche Handelsmuster hatten - -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, man nimmt üblicherweise dann schon so einen Beobachtungszeitraum, der jetzt nicht -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Klar.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - auf einen Tag beschränkt ist. Aber man schaut sich nicht drei Jahre am Stück an oder vier.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und können Sie denn sagen, ob irgendjemand in der BaFin nach Ihrer Kenntnis Kontakt hatte zu Rechtsanwältin Enderle oder Vertretern der Kanzlei Bub Gauweiler?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, für andere weiß ich nicht, aber ich hatte keinen Kontakt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber Sie haben auch nicht Kenntnis davon bekommen, dass andere Kontakt gehabt haben?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nein. Okay.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - nach meiner Erinnerung nicht, nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Die Zeit wurde jetzt nicht weiter betätigt, aber ich bin großzügig und sage, sie ist abgelaufen.

(Heiterkeit)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Da bin ich ja glücklich, da bin ich happy. - Dann Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, das waren die längsten 43 Sekunden, aber ich wollte den Kollegen nicht verpetzen, weil der war gerade so im Flow.

Frau Schierhorn, Sie sagten, dass Ihnen auch der KPMG-Bericht bekannt war, also das Sondergutachten meine ich.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Mhm.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wann war Ihnen denn der nichtöffentliche Teil aus dem KPMG-Bericht bekannt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Wir haben den angefordert - ich meine, mich zu erinnern - Mitte Mai, und der kam dann auch.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Kurze Zeit später?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich glaube, ja. Ich weiß jetzt nicht mehr genau, wann.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Am 3. Mai 2020 gab es eine Ad-hoc-Meldung von Wirecard, ein Dokument veröffentlicht mit dem Titel „Kernaspekte des KPMG-Berichts über die unabhängige Sonderuntersuchung der Wirecard AG“, in dem hat Wirecard auf sechs Seiten über den KPMG-Bericht berichtet und weiter offene Fragen angesprochen. Kennen Sie dieses Dokument?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Diese Ad-hoc-Mitteilung?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich habe es gerade nicht vor Augen. Also, ich kenne zwei andere, die sich auch mit dem KPMG- - aber ich meine, die wären von anderem Datum.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Von Wirecard selbst, meinen Sie, oder von jemand anders?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Von Wirecard.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. - Ja, ich glaube, insgesamt waren es drei Stück. Das kann sein.

Ich möchte mal aus diesem Dokument - das wurde dem Kapitalmarkt, der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt; es hat nichts mit dem nicht-öffentlichen Teil des Anhangs zu tun - vom 3. Mai zitieren. Da steht:

**Wirecard bilanziert korrekt: Die Bilanzierung unseres Drittpartneresgeschäfts ist durch externe Rechtsgutachten ... sowie durch eine gutachterliche Stellungnahme zur Anwendung von IFRS im Falle von Treuhandkonten untermauert.**

Zitat Ende. - Stellt die Aussage, also die Kenntnis des KPMG-Berichts vorausgesetzt, Ihrer Ansicht nach eine Marktmanipulation dar?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Es war nach heutiger Sichtweise auf jeden Fall eine unrichtige Angabe drin.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und zum damaligen Zeitpunkt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Zum damaligen Zeitpunkt waren wir, als wir uns den Sonderuntersuchungsbericht angeschaut haben, zu dem Ergebnis gekommen, dass man noch nicht mit Bestimmtheit feststellen kann, dass die Bilanzierung tatsächlich falsch ist, weil KPMG von Prüfungshemmnissen sprach und von nicht aufklärbaren Geschäftsvorfällen, weil die Unterlagen nicht beigebracht werden konnten. Wir haben uns aber dann die beiden Ad-hoc-Mitteilungen, die vorher von Wirecard veröffentlicht wurden, angeschaut - ich glaube, es war eine aus dem März und eine vom 22. April - und haben die dann gegen die Aussage im Sonderuntersuchungsbericht gelesen und haben daraus eine



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Marktmanipulation erkannt, und die haben wir dann auch, am 2. Juni, angezeigt. Möglicherweise hätte man auch noch diese Ad-hoc-Mitteilung mitnehmen müssen.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Mit welchem Ergebnis?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Die Anzeige?

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Informationsgestützte Marktmanipulation durch die Wirecard AG.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und dann wurde das mit der Insolvenz ein paar Wochen später nicht mehr weiterverfolgt, weil Sie gesagt haben: „Das hat sich jetzt eh alles zer schlagen“, oder?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Wir haben es ja verfolgt, wir haben es ja angezeigt bei der Staatsanwaltschaft.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, genau. Und was ist daraus geworden? Wissen Sie das?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Meiner Meinung ist es noch nicht abschließend - - Also, wir haben noch -

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, die Ermittlungen laufen noch.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - keine Rückmeldung bekommen, dass es - - Genau, das müsste eigentlich noch laufen.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, das Interessante, finde ich - deswegen reite ich ein bisschen auf dem Punkt rum -, ist, dass Herr Geschonneck - das ist der Autor des KPMG-Sondergutachtens oder der verantwortliche Partner der Firma KPMG, der auch hier als Zeuge im Untersuchungsausschuss geladen war - die Frage, ob denn aus seiner Sicht die Ad-hoc-Mitteilung von Wirecard eine Grundlage gehabt hat zu dem

Zeitpunkt der Veröffentlichung, also 3. Mai, klar verneint hat. Das heißt, das Wissen gab es, aber da hatten Sie offensichtlich eine andere Perspektive, Sie wussten es nicht.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Wir wussten zu dem Zeitpunkt noch nicht definitiv, dass Wirecard die Bilanzen gefälscht oder - - Habe ich Sie jetzt falsch verstanden? Ich weiß nicht.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja, man muss sich das so vorstellen: Es gibt das KPMG-Sondergutachten, wo draufsteht: „Wir können nicht nachweisen, ob 1 Milliarde Euro auf dem Treuhandkonto nun steht oder nicht“ - und lässt diese Frage offen. Und eine Woche später veröffentlicht Wirecard eine Ad-hoc-Mitteilung, die dem sozusagen widerspricht und sagt: Wir sind von allen Anschuldigungen freigesprochen. Die Bilanz ist korrekt testiert. - Das ist ja ein Widerspruch, und mit diesem Widerspruch muss man sozusagen umgehen. Deswegen komme ich nicht ganz sozusagen auf den Trichter, warum das für Sie nicht irgendwie Alarmglocken hätte bedeuten müssen, einem Vorwurf der Marktmanipulation an der Stelle nachzugehen zu dem Zeitpunkt.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Marktmanipulation in Bezug - - durch - - mittels dieser Ad-hoc-Mitteilung?

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Genau.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, da haben Sie recht. Die hätten wir vielleicht als Nachtrag noch hinterherschicken müssen. Aber wir hatten ja schon - das kann ich jetzt nur so sagen - zwei Ad-hoc-Mitteilungen kurz vorher\* als marktmanipulativ angezeigt. Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, warum die dritte nicht auch.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht die letzten Sekunden. - Ich komme noch mal auf den Zatarra Report zurück, den Report, den die BaFin im Jahr 2016 bewertet und als Vermerk auch dem BMF zur Verfügung gestellt - - Frau Geilfus war bei uns hier im Aus-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

schuss und hat erklärt, dass der Vermerk sozusagen in Gänze nicht von ihr kam, sondern da hätten unterschiedliche Abteilungen zugeliefert. Jetzt wollte ich fragen, ob auch aus dem Referat Marktmanipulation was beigesteuert wurde.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ist es der Vermerk, der hier liegt, an Herrn Brinckmann?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich weiß nicht, an wen er adressiert war; das kann schon sein. Ich zitiere mal aus einem Stück. Das würde mich jetzt einfach mal interessieren; das war auch schon in der öffentlichen Berichterstattung. Keiner fühlt sich dafür verantwortlich, für den Teil. Deswegen wollte ich jetzt mal fragen, ob Sie den kennen. Und zwar heißt es dort:

Auffällig ist, dass die verdächtigen Personen (darunter neben natürlichen Personen auch anglo-amerikanische „Hedge Fonds“) dem Anschein nach einen recht einheitlichen kulturellen Hintergrund haben - überwiegend israelische und britische Staatsangehörige.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja. Ja. Ich - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sagt Ihnen das was?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Kommt das von Ihnen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Es kommt nicht von mir persönlich, sondern von einem damaligen Mitarbeiter aus meinem Referat. Natürlich ist mir auch bekannt, was das für Wellen geschlagen hat, weil die Formulierung natürlich - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wann hat es Wellen geschlagen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Na ja, vor Kurzem oder - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Ich frage deswegen, weil es ist ja fünf Jahre alt und hat offenbar erst mal keinen gestört in der Zeit.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, wegen diesem „kulturellen Hintergrund“, was aus meiner Sicht eine absolut untaugliche Formulierung ist. Aber diese Formulierung stand weder in der Strafanzeige, noch kann ich mich erinnern, die jetzt explizit gebilligt zu haben. Ich kann Ihnen nicht sagen, wie - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber hier steht sie.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Bitte?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie steht nicht in der Anzeige - das stimmt -, aber sie steht hier in diesem Vermerk, an dem mehrere Menschen mitgearbeitet haben und ja dann auch irgendwie ihr Okay gegeben haben. Ich will einfach nur aufklären sozusagen, wer derjenige war, der das beigesteuert hat, da Sie das ja offenbar auch mitgetragen haben.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, der Fallbearbeiter hat den Text - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Können Sie den Namen mal sagen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Auch, wenn er nicht mehr bei der BaFin arbeitet?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

(Die Zeugin berät sich mit ihrem Rechtsbeistand)

**Zeugin Regina Schierhorn:** Es war der Fallbearbeiter Herr Haupt.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Herr Haupt.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Mhm.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(RA Dr. Matthias Dann, an RD Robert Fritz (BMF) gewandt: Mit den Persönlichkeitsrechten des Mitarbeiters haben Sie keine Bedenken?)

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja? - Sprechen Sie weiter.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Wie gesagt, ich kann nicht mit Bestimmtheit mehr sagen - ich habe es versucht, als damals die Fragen dazu kamen, aufzuklären -, ob ich den explizit abgesehnet habe. Ich kann es nicht mehr genau sagen. Ich weiß nur, dass ich ein paar Tage vorher mal auf Dienstreise war, mehrere Tage im Ausland. Ansonsten kann ich dazu nur sagen, dass die Formulierung nicht richtig ist und nicht in Ordnung ist. Sie führt völlig auf ein Gleis, wo weder der Bearbeiter noch ich hinwollten oder jemals hinwollen. Ich glaube, es war der Versuch, eine Einheitlichkeit im Hinblick auf die geografische und staatsangehörigkeitliche - da fängt das Adjektiv schon schwierig an - - diese Gemeinsamkeit auszudrücken, und da ist dieser unglückliche Begriff gewählt worden. Eigentlich hätte man „staatsangehörigkeitliche Gemeinsamkeit“ sagen müssen.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja. Also, der kulturelle Hintergrund ist das eine, die Staatsangehörigkeit das andere. Sie schreiben ja auch von israelischen Staatsangehörigen; ich wüsste jetzt gar nicht, wer das sein sollte. Oder wissen Sie das?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Bayaz.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Da waren, also in der Strafanzeige mit den auffälligen Handelspositionen, mehrheitlich Personen aus zwei Jurisdiktionen betroffen.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut. Meine Zeit ist abgelaufen. - Danke. Aber, es ist, glaube ich, auch wichtig, dass Sie noch mal richtiggestellt haben, was da Ihre Intention war.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann Kollege Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender. - Frau Schierhorn, mich würde interessieren: Bevor ein Leerverkaufsverbot erlassen werden kann, da wird doch bestimmt eine Analyse der Nettoleerverkaufspositionen durchgeführt, oder?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Das weiß ich nicht. Ich habe noch nie mitgearbeitet an einer solchen Anordnung.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ich wundere mich halt, dass Sie damit eigentlich nichts zu tun haben, aber bei doch einigen Gesprächen dann, die auch im kleinsten Kreis erfolgt sind, dabei gewesen sind. Also, warum sind Sie denn zum Beispiel bei dem Gespräch mit Herrn Kimmer und Frau Roegele dabei gewesen, wenn Sie überhaupt nichts mit dem Ganzen zu tun gehabt haben als WA 23?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Na ja, wir sind - - Ich habe ja explizit um das Gespräch mit Frau Roegele gebeten, als diese Information von der Staatsanwaltschaft am 15. Februar in der BaFin in meinem Referat ankam und - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber das Thema Marktmanipulation spielt gar keine Rolle bei Leerverkaufsverboten?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein.\*

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut, das ist ja eine Aussage; da können wir ja mit arbeiten. - Der Kollege Toncar hatte ja gerade schon auf die Diskrepanz zwischen Ihrer Aussage und der von Frau Geilfus hingewiesen, zwischen WA 23 und WA 25, dass man jeweils dem anderen da sozusagen die Verantwortung zuschiebt, ohne dass wir jetzt eine Feststellung oder ich eine Feststellung vornehme, wer da jetzt richtig liegt. Das klären wir dann sicherlich mit einer anderen Ebene.

Dann würde mich als Nächstes interessieren: Nach Erlass des Leerverkaufsverbots gab es ja - das ist ja befristet erlassen worden - - Wissen Sie,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ob da irgendwie eine Verlängerung mal geprüft wurde oder ob eine Aufhebung geprüft wurde?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein, meines Wissens nicht; aber ich weiß es auch nicht mit Sicherheit.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber es wird ja nicht einfach auslaufen gelassen. Man macht sich ja wahrscheinlich Gedanken darüber, nehme ich jetzt mal an - hoffe ich jetzt mal.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, nach meiner Erinnerung war das so gedacht, dass es da auslaufen sollte nach den zwei Monaten.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm. Ja, ja, das stimmt. Aber es ist ja die Fragestellung, ob man sich zwischendurch mal Gedanken macht: Können wir vielleicht früher aufheben, oder müssen wir es verlängern? - Da ist Ihnen nichts bewusst, nichts bekannt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich weiß es nicht mehr, -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - ob da was besprochen wurde.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Dann möchte ich noch mal zu dieser Nachfrage bei der Staatsanwaltschaft kommen, nach Erlass des Leerverkaufsverbots. Das klingt für mich so, als würde man händeringend irgendwie nachträglich eine Begründung für irgendwas suchen, was man vorher zu verantworten hat. Was war der Anlass, dass Sie, BaFin, bei der Staatsanwaltschaft nachgefragt haben, was die Veröffentlichung dieser Unterlagen der Staatsanwaltschaft angeht? War das, weil jetzt der Sturm der Öffentlichkeit auf Sie eingebrochen ist, oder was war der Hintergrund?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Der Hintergrund waren ja das Medienecho und viele Presseanfragen in der Pressestelle. Und nach meiner Erinnerung hat man dann eben überlegt, es wäre doch besser, wenn man alle Bausteine - und da eben auch

diese Erpressungsthematik - mit transparent machen könnte, um eben das volle Bild auch in der Öffentlichkeit transparent werden zu lassen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm. - Apropos volles Bild: Es gab nämlich E-Mail-Verkehr, an dem waren Sie auch beteiligt. Es gibt ja eine E-Mail - das ist MAT A BMF-4.04, Blatt 243 - von Frau Linden an, unter anderem, Sie, wo eine Sprachregelung zu Wirecard dargelegt wird. Ich lese Ihnen das mal vor. Da steht:

Entsprechend Ihres Vorschlags, werden wir gegenüber Anfragen, ob wir verlängern oder nicht, keine Aussage gegenüber Bürgeranfragen etc. machen. Es bleibt lediglich bei der Eingangsbestätigung. In Bezug auf ESMA teilen wir ESMA mit, dass wir noch keine Entscheidung hierzu getroffen haben, und werden ESMA vorab am Vorabend informieren.

Ist Ihnen diese E-Mail bekannt? Die ist vom 03.04., an Sie, unter anderem, gegangen.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, ich kann mich jetzt an die nicht erinnern.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut, dann lege ich sie Ihnen einmal vor. - Einmal bitte die Zeit stoppen. - Die handschriftliche Ergänzung darauf ist von mir, also davon nicht irritieren lassen, bitte. Das können Sie gerne in Ruhe durchlesen.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand lesen in diesen Unterlagen)

Sind Sie fertig mit Lesen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Habe ich das richtig wiedergegeben - E-Mail 03.04. von Frau Linden an Sie zur Sprachregelung Wirecard - mit dem Zitat, was ich gerade genannt habe?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Regina Schierhorn:** Wobei die E-Mail nicht nur an mich, sondern - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Habe ich ja gesagt: unter anderem an Sie.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ach so, Entschuldigung.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Habe ich das richtig wiedergegeben?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja. Da ist aber auch noch ein geschwärzter Teil, den man nicht lesen kann.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Richtig. Das ist dann, wenn - - Die Schwärzung ist jetzt nicht durch mich vorgenommen, sondern dann durchs BMF vorgenommen worden. Offensichtlich betraf das noch eine andere Thematik, die nichts mit Wirecard zu tun hat. Aber darum geht es ja auch nicht. Es geht um die Sprachregelung zu Wirecard. Und da ist eine Formulierung, die sich genau mit der Thematik, die ich Sie vorhin gefragt habe, „Verlängern oder nicht?“ - - Und da haben Sie gesagt, da sei mit Ihnen nicht drüber gesprochen worden.

(RA Dr. Matthias Dann: Das hat sie nicht gesagt!)

Und jetzt gibt es eine E-Mail - Sie können gleich, wenn Sie es anders gesagt haben, es gerne noch mal anders darstellen -, wo konkret mit Ihnen sich ausgetauscht wird zu dieser Fragestellung.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Aber eben nicht nur mit mir. Also, da wird ja jetzt unterstellt, dass das mein Vorschlag gewesen wäre.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das können Sie jetzt alles richtigstellen. Dann sagen Sie, wessen Vorschlag es war und warum Sie die E-Mail gerade nicht erwähnt haben, als ich genau gefragt habe: Wurde das mit Ihnen erörtert, Themat- - oder ist Ihnen dazu was bekannt, „Verlängern oder nicht?“

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich habe die E-Mail nicht erwähnt, weil sie mir nicht erinnerlich ist. Und sie ist auch, wenn Sie den weiteren Verlauf nehmen, in WA 25 abgeheftet worden nach dem weiteren E-Mail-Verkehr. Deswegen - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Was haben Sie denn mit der E-Mail gemacht? Sie haben sie ja auch bekommen.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Das weiß ich - - Wenn ich mich nicht erinnern kann, wie soll ich - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sie erinnern sich jetzt auch nicht, nachdem Sie sie noch mal gesehen haben?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein, nein. Ich glaube nicht, dass das mein Vorschlag war.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sie wissen es aber nicht mehr genau.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. - So, dann machen wir direkt weiter. Ich lege Ihnen das nächste Dokument vor. Allerdings müssen wir jetzt hier einen stillen Vorhalt machen, weil das VS-Vertraulich, amtlich geheim gehalten ist.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann die Zeit kurz stoppen. Ich mache dann noch mal die Äußerung zu.

Da wir auch Gäste haben, die unter Umständen nicht die Sicherheitseinstufung haben, machen wir es immer so - damit niemand eventuell mit dem Opernglas da reinschauen kann -, dass Sie bitte unter diesen Balustradenring mit Ihrem Anwalt gehen; dort wird Ihnen dann dieser Vorhalt gemacht. Lesen Sie sich den ganz in Ruhe durch. Sie dürfen dann aber aus dieser Mitteilung, was auch immer Sie dann sehen, nicht zitieren oder Sonstiges, sondern Sie dürfen sagen: „Ja“, „Nein“ „Kannte ich“, also geschickt durch Nichtssagen etwas sagen oder bejahen oder verneinen, wie auch immer.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Lesen Sie sich das jetzt in Ruhe durch mit Ihrem Rechtsbeistand, Herrn Dr. Dann, und dann schauen Sie es sich an.

(Der Zeugin werden am Rand des Sitzungssaales Unterlagen vorgelegt - Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand nehmen Einblick)

Herr Hauer, können Sie die Tagebuchnummer noch sagen? Dann können wir das gleich gut protokollieren.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das würden wir gleich einreichen, weil das ist ja gerade da vorne.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Alles klar. Nur, dann haben wir es. Das passt. - Herr Becker kann es auch gerne wieder mitbringen, wenn es gleich gesichtet ist.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Nach dem, was Sie da - - Ich frage Sie erst einmal, wie Sie das bewerten, diesen unterstrichenen Teilsatz dieser E-Mail. Können Sie dazu was sagen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, ich war jetzt eben etwas erstaunt, das zu lesen, weil das, was ursprünglich geplant war, meiner Meinung nach richtig war.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Was war denn ursprünglich geplant?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Soll ich es jetzt doch vorlesen, oder?

(RA Dr. Matthias Dann: Sie darf doch nicht aus dem Dokument zitieren!)

Das, was -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Nein, Sie dürfen hier nicht zitieren, aber Sie dürfen natürlich Ihre -

**Zeugin Regina Schierhorn:** - vor der Streichung - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - Erinnerung wiedergeben.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja. Das, was vor der Streichung war, war meiner Meinung nach so richtig.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also so, wie es in dem ursprünglichen Dokument steht, -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - war es richtig.

Wer hat denn entschieden, dass es ein Leerverkaufsverbot gibt? Das frage ich Sie jetzt noch mal nach der Einsichtnahme hier dieses Dokuments. War das eher die BaFin oder eher die Staatsanwaltschaft?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Entschieden hat es die BaFin, würde ich sagen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Durch eigene Prüfung oder durch Übernahme der Position der Staatsanwaltschaft?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nach dem, was ich mitbekommen habe, hat man schon die Voraussetzungen selbst geprüft.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm, klang vorhin anders. - Warum wendet man sich denn als BaFin an die Staatsanwaltschaft und lässt sich dann da zum Handeln veranlassen, wenn man selbst zuständig ist?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Es war ja so, dass die Ursprungsinformation von der StA kam -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Die Information.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - und dann - - Ja, die auslösende Information kam ursprünglich von der Staatsanwaltschaft, und dann hat man über Handlungsmöglichkeiten gesprochen, als der Rückruf erfolgte. Aber die Information, die das ausgelöst hat - - Wir haben ja nicht für uns in einem völlig von der Staatsanwaltschaft unabhängigen Sachverhalt etwas entschieden und haben



## Nur zur dienstlichen Verwendung

uns dann quasi die Zustimmung der Staatsanwaltschaft geholt, sondern es war ja andersrum: Die Staatsanwaltschaft ist mit einem Szenario auf uns zugekommen, was dringlich und Handlungsbedarf war, und dann haben wir überlegt, wie wir reagieren; so rum war es ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Können Sie mir denn zustimmen nach dem, was Sie gerade als Dokument gesehen haben, dass das ein brisantes Thema war, diese Fragestellung, dieses Spannungsfeld zwischen Staatsanwaltschaft und BaFin?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Gut, ob diese Entscheidung, die da - - dieser eine Satz, ob der jetzt als brisant eingestuft wurde - - Also, grundsätzlich muss man sagen: Es finden öfter Korrekturen, wenn ein Dokument in die Hierarchie geht, statt, dass Vorgesetzte Sätze raus oder ergänzt haben wollen. Insofern kann ich daraus jetzt nicht per se eine Brisanz ableiten. Aber ich kann ableiten, dass die Autorin dieses Satzes eben diesen Zusammenhang nicht hergestellt haben wollte.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, warum, warum aus Ihrer Sicht?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich weiß es nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Warum wollte man diese Informationen raus haben?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Weiß ich nicht. Deswegen habe ich ja eben gesagt, es hat mich ein bisschen gewundert, weil die Ursprungsinfo kam ja von dort.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut, ich nehme das mal so erst einmal zur Kenntnis und komme da vielleicht gleich noch mal drauf zurück.

Mich würde noch mal interessieren das Verhältnis der BaFin zur ESMA. Hat man sich bei dem Leerverkaufsverbot auf die ESMA verlassen, oder wie war da die Abstimmung zwischen BaFin und ESMA? Ich habe das vorhin so verstanden, dass man quasi mal gehört hat, was die ESMA dazu sagt, um das dann so zu machen. Aber vielleicht schildern Sie das noch mal.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, nach meiner Wahrnehmung war es wichtig für die BaFin, eine positive Opinion von ESMA zu haben, und ich glaube, wenn dies nicht erfolgt wäre, wäre möglicherweise die Sache auch nicht weiterverfolgt worden.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also ohne ESMA-Zustimmung kein Leerverkaufsverbot, sagen Sie.

**Zeugin Regina Schierhorn:** So nehme ich - - habe ich es wahrgenommen, ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Weil die BaFin da eher neutral zu dem Zeitpunkt stand und auf die ESMA gewartet hat - könnte man das so sagen? Oder war die BaFin auch für ein Leerverkaufsverbot und hat nur quasi der Form halber gewartet, dass die ESMA das bestätigt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich kann nur sagen, der BaFin war wichtig, dass ESMA dem zust - also eine positive Opinion abgibt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm, da möchte ich Ihnen gern ein Dokument noch mal vorhalten. Das gleiche Spiel wie gerade: wieder VS-Vertraulich, amtlich geheim gehalten; da müssen wir wieder einen stillen Vorhalt machen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Dann bitte ich, kurz die Uhr zu stoppen, und dann gehen wir wieder über den Rangring.

(Der Zeugin werden am Rand des Sitzungssaales Unterlagen vorgelegt - Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand nehmen Einblick)

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Es geht darin ausschließlich um den Absatz, der auch markiert ist. Vielleicht zeigen Sie, Herr Becker, den noch mal.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Jetzt könnte ich natürlich pingelig sein, weil die Kamera hält da auch drauf. Wenn jetzt das Dokument für einen Moment und so - - Sollten wir vielleicht das nächste Mal, wenn die lesen - Herr Fleischer,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt bin ich auch mal pingelig - - sollte die Kamera da nicht draufhalten; das würde ich gerne so haben wollen, damit meine Kollegen aus der Geheimschutzstelle auch weiter eine schweißfreie Stirn haben. Also, die Kamera, wenn es geht, bitte woandershin, aber nicht auf die Kolleginnen und Kollegen, die gerade einen stillen Vorhalt lesen. - Ja, perfekt; merci.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): So, Sie konnten das Dokument einsehen?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau, und da vielleicht auch gleich wieder im Anschluss die MAT-Nummer.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Kommt sofort zu Ihnen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Super. Dann geht es weiter.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Es geht ja um diesen letzten längeren Absatz dieser BaFin-Mail, aus den höchsten Sphären der BaFin, und da würde mich mal interessieren, wie Sie das einschätzen: Würden Sie meine Auffassung teilen, dass das, was dort niedergeschrieben ist, belegt, dass man als BaFin einem Leerverkaufsverbot positiv gegenüberstand zu dem Zeitpunkt, als diese Mail verfasst wurde?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, was Sie mich jetzt fragen, verlangt ja von mir eine Bewertung von Sachverhalten und - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Für mich klingt das so, als würde die BaFin sehnsüchtig darauf warten, dass jetzt nur noch die ESMA auch ihr grünes Licht gibt. War das damals die Situation bei der BaFin? Das würde sich ja durch diese Mail belegen. Ich gehe auch davon aus, dass es genau so war, und fühle mich durch diese Mail bestätigt. Deshalb frage ich Sie das noch mal.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, aber ich kann diese Mail nicht bewerten. Ich kann auch keine Bewertungen jetzt dazu abgeben.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. Sie haben es nur vorhin so dargestellt, dieses Verhältnis zwischen BaFin und ESMA, als würde sich die BaFin zurücklehnen, würde das recht neutral sehen und würde dann einfach das machen, was die ESMA sagt.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein, was ich gesagt habe, ist: Nach meiner Wahrnehmung war es wichtig, eine positive Opinion von ESMA zu erhalten - mehr habe ich nicht gesagt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Können Sie denn bestätigen, dass diese Mail hier, ich sage mal, darauf hofft, dass es eine positive Opinion der ESMA gibt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, ich kann die Mail nicht bewerten; tut mir leid.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mit einem Erwarten könnte ich leben - Hoffnung ist arg spekulativ.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut. Sonst noch Fragen? - Dann wären wir mit den Fragen durch.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. Danke für die Gutschrift. - Ich würde dann noch mal fragen wollen. Ich hatte vorhin ja schon - und auch der Kollege Hauer - auf diese DPR-Geschichte - - Stellung bezogen, und am 15.02. - ich wollte jetzt nur noch mal absichern, ob das richtig ist - waren Herr Kimmer und Sie bei Frau Roegele. Das ist richtig?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dazu zwei Kolleginnen vom Leerverkaufsbereich, also Geilfus und Weick-Ludewig. Das ist auch richtig?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein, in der Besprechung, als wir die Informationen mit der Staatsanwaltschaft hochgetragen haben, da waren nur Herr Kimmer und ich dabei.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Das heißt logischerweise, dann kann von denen natürlich keine Skepsis oder Bedenken - - Gab es denn,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

weil aus dem Sitzungsprotokoll vom 12.02. auf Seite 101 - - sagt, zwei weitere Kolleginnen - „Kolleginnen“ wird dort bewusst gesagt. Können Sie sich an die denn erinnern - also Herr Kimmer, Sie, Frau Roegele -, wer die anderen beiden Kolleginnen dann waren, wenn nicht Frau Geilfus und Frau Weick-Ludewig?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Das kann nur eine andere Besprechung dann gewesen sein, jedenfalls nicht die am Vormittag, über die ich die ganze Zeit gesprochen habe.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, gab es denn - - Und wann wäre die andere aus Ihrer Erinnerung gewesen, und wer war bei dieser anderen Besprechung - -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Die müsste später gewesen sein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich will jetzt das Datum nicht genau wissen, aber wer war denn - -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also am selben Tag irgendwann, und ich nehme an, das waren die beiden Kolleginnen, die Sie benannt haben.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also es gab am selben Tag noch ein zweites Meeting oder später, am 16., 17., 18. - ich weiß es nicht; ich gucke jetzt nicht auf den Kalender -, an dem Tag später oder - -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, es gab - - Irgendwie gab es ja da ganz viele Besprechungen an dem Tag, und eine war wohl auch irgendwie am frühen Nachmittag oder um die Mittagszeit. Aber was da jetzt genau besprochen wurde, weiß ich nicht mehr.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Waren viele Meetings auf jeden Fall.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, da war - - Man war eigentlich mehr unterwegs als an seinem Arbeitsplatz an dem Tag.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Aber es gab dann sozusagen an diesem 15.02. ein Meeting mit

Ihnen, Herrn Kimmer, Frau Roegele und den anderen beiden Kolleginnen, das nicht das war, über das wir bisher geredet hatten, aber ein weiteres Meeting, das stattfand, und zu dem waren diese in diesem Sitzungsprotokoll umschriebenen zwei Kolleginnen Frau Geilfus und Frau Weick-Ludewig. - Das wäre dann richtig von mir dargestellt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, ich denke, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Können Sie sich - weil im Protokoll steht, eine der beiden Kolleginnen hatte Skepsis, Bedenken gegenüber den Voraussetzungen, vor allen Dingen aus der Leerverkaufsverordnung heraus - denn entsinnen, welche der beiden Kolleginnen hier Skepsis bezüglich der Leerverkaufsverordnung und damit auch des Leerverkaufsverbots geäußert hat?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nee, ich weiß es nicht sicher.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Weil das ist ja schon was Markantes.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Es scheint ja dann eine der Kolleginnen mal gewesen zu sein, die eine Meinung gehabt haben. Alle anderen habe ich ja bisher so wahrgenommen: Ja, wir haben jemand anders gefragt, und man erwartet irgendwann eine Entscheidung der ESMA, vielleicht sagt die Bundesbank auch was dazu. - Die hat ja dann nichts gesagt. Aber diese Kollegin hat ja mal was anderes gesagt. Deswegen denke ich mal, das ist so ein Punkt, den könnte man erinnern beim angestregten Nachdenken. Aber Sie wissen nicht, welche Kollegin gesagt hat: „Ich habe Bedenken bezüglich der Leerverkaufsverordnung und zum Leerverkaufsverbot“?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich kann mich auch an so eine explizite Äußerung, ehrlich gesagt, nicht erinnern.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Wenn das so ist, ist es so; da kann man, sage ich noch mal, nichts machen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich würde die noch mal etwas konkretisieren wollen. Auch das hat der Kollege - ich weiß jetzt nicht, ob es Herr Hauer war oder Kollege Bayaz; das weiß ich jetzt nicht mehr - - Also, es ging noch mal um die Tage danach. Da haben Sie ja eigentlich auch eine Wahrnehmung gehabt. Dann gab es da eine neue Bewertung innerhalb Ihres Hauses. Ich darf Sie zitieren aus einem Schreiben vom 20. Februar, zu finden auf MAT A BMF-4.61 [sic!], Blatt 6. Sie schreiben hier - ich zitiere wörtlich -:

Vor dem Hintergrund des aktuellen Medienechos auf das Leerverkaufsverbot der BaFin kontaktierten Frau Schierhorn und Herr Kimmer die StA München. Die zuständige Presseverantwortliche war nicht verfügbar. Daher wurde Herr Bühring, der zuständige Dezernent des Wirecard-Verfahrens angerufen.

Es wurden die Möglichkeiten einer Kommunikation der StA hinsichtlich der Ermittlungen zu dem Wirecard-Verfahren besprochen, insbesondere, ob die StA

- München -

die Ermittlungen wegen der Erpressung der Wirecard offenlegen könnte.

Können Sie noch mal näher erläutern, wie es zu dieser Mail kam? Denn die scheint ja ein bisschen zu dokumentieren, ob Skepsis im Hause der BaFin bezüglich der Richtigkeit dieser Entscheidung aufkommt. Ich frage das deshalb - - ob man nicht vielleicht dieser Kollegin, die diese Äußerung getätigt haben soll laut Sitzungsprotokoll, aber leider - ich habe den Namen nicht - recht hatte - - Weil das ist ja schon - auch was Sie hier schreiben - eine klare Wahrnehmung. Ich nenne das im Nachhinein dann immer vielleicht eine Möglichkeit, in der Öffentlichkeit über gutes Marketing eine Schadensbegrenzung zu erreichen.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, das ist die Mail oder das ist die Nachricht über das Telefonat,

was ich vorhin schon einige Male erwähnt habe, wo Frau Roegele uns bat, bei der Staatsanwaltschaft noch mal zu fragen, ob diese Erpressung nicht transparent gemacht werden könnte von deren Seite aus. Das hat die Staatsanwaltschaft dann ja nicht gewollt, aus ermittlungstaktischen Gründen, und hat dann von sich aus, wie gesagt, angeboten oder vorgeschlagen: Sie sprechen da mal mit der Wirecard, ob die das irgendwie öffentlich machen. Ansonsten würden sie höchstens - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Hat Frau Roegele Ihnen gegenüber geäußert, warum sie nun auf einmal es doch begrüßen würde, dass - ich weiß noch nicht, wie ich die nennen soll - die nicht durchgeführten/angekündigten Ermittlungen in Erpressungssachen durch Frau Bäumler-Hösl/Bühring/StA I jetzt auf einmal doch in die Öffentlichkeit sollen? Hat da Frau Roegele mal klar was Ihnen gegenüber oder einer Kollegin oder in einem Telefonat geäußert, was Sie uns hier mitteilen können?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, nach meiner Wahrnehmung war das so, dass es auf das, wie es ja hier auch steht, „Medienecho“ - - dass die Pressestelle, weil das - - Das Typische ist ja, die Pressestelle fragt dann bei der Leitung nach: Was ist jetzt die Sprachregelung, welche Äußerungen tätigt man? - Und vor dem Hintergrund war, glaube ich, die Anweisung dann an uns, mit der Staatsanwaltschaft auf so eine - - dass man diesen Punkt auch noch mal öffentlich machen kann. Ich glaube, es ging mehr um die Erklärung - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, war das jetzt eine Anweisung - Sie haben jetzt selbst „Anweisung“ gesagt - oder war das jetzt -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Na ja, wir sollten das - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - aus dem Gespräch raus? Also, eine Anweisung klingt ja noch mal eine Spur administrativer.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Na ja, also, wir sollten bei der Staatsanwaltschaft anrufen und - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** ... das erwirken.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Das ist für mich - -  
Das habe ich dann zu machen, ja, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Na klar.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - ob es nett gesagt ist  
oder nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Darum geht es ja  
gar nicht. Es geht eigentlich nur darum: Sind Sie  
angewiesen worden oder hat man Sie instruiert:  
„Frau Schierhorn, rufen Sie bitte bei der Staats-  
anwaltschaft München an“ - also, Frau Roegele  
kann es ja dann nur gewesen sein - „und sehen  
Sie zu, dass wir das endlich öffentlich machen  
können, damit wir Punkt, Punkt, Punkt in der Öff-  
entlichkeit darstellen können“?

**Zeugin Regina Schierhorn:** So war es sicher  
nicht formuliert. Es war eher: Fragen Sie noch  
mal nach, ob man das nicht öffentlich machen  
kann.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich kann auch eine  
Anweisung charmant verpacken, oder ich kann  
sagen: Machen Sie es jetzt! - Also, da gibt es tau-  
send Wege, die nach Rom führen. Natürlich kann  
ich auch durch die Blume sagen: Reden Sie doch  
mal mit denen, damit wir das veröffentlichen  
können; das wäre mir schon sehr wichtig, Frau  
Schierhorn.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, im Ergebnis  
sollten wir fragen, ob man es öffentlich machen  
kann, -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - ob die StA es von  
sich aus öffentlich macht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Alles klar. Gut.  
Danke. - Dann Dr. Zimmermann für die SPD-  
Fraktion.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank, Herr  
Vorsitzender. - Vielen Dank für Ihre Aussagen  
bisher. Ich habe mir noch mal angeschaut, was

uns der Herr Bühring hier erzählt hat, als er bei  
uns zu Gast war, und deswegen wollte ich da  
jetzt noch mal kurz mit Ihnen drüber reden, weil  
das nicht so ganz zusammenpasst mit dem, was  
Sie uns berichtet haben. Aber ich habe es ja vor-  
hin schon erzählt: Herr Bühring hat hier gesagt,  
dass er eigentlich an die Telefonate oder das Te-  
lefonat mit Ihnen und Herrn Kimmer keine aktive  
Erinnerung hat. Aber ich habe ihn damals zum  
Beispiel gefragt:

... wenn Sie das noch mal ganz  
kompakt aus Ihrer Sicht schildern  
könnten, würden Sie diese beiden  
Instrumente sozusagen charaktéri-  
sieren in den Unterschieden?  
Sozusagen ... Handelsaussetzung  
versus Leerverkaufsverbot.

Das hatte ich Herrn Bühring gefragt. Und dann  
hat Herr Bühring erst mal gesagt:

Ich bin kein Experte für diese Sa-  
chen.

Da habe ich gesagt:

Ja, gut, aber Sie sind die Wirt-  
schaftsstaatsanwaltschaft in Mün-  
chen.

Und dann sagt er:

Verzeihung, Herr Zimmermann.  
Das ist natürlich richtig, dass wir  
die Wirtschaftsstaatsanwaltschaft  
sind. Aber wir ermitteln Straf-  
taten.

Also so was wie Erpressungen wahrscheinlich.

Wir befassen uns nicht mit den  
Verwaltungsmöglichkeiten in Be-  
zug auf Handelsaussetzung und  
Ähnliches. Ich kann Ihnen ab-  
strakt sagen, dass ich weiß, dass  
eine Handelsaussetzung insbeson-  
dere dann vorgenommen wird,  
wenn Kurse massiv abstürzen. Das  
kann ich Ihnen aus der Presse sa-  
gen.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Das ist das eine, was er erzählt hat. Dann habe ich noch mal ein bisschen nachgehakt, und dann sagte er:

Also, ich glaube, ich habe das vorhin schon gesagt. Ich habe keine Erinnerung an solche Gespräche.

Also das Telefonat mit Ihnen.

Insbesondere habe ich keine Erinnerung daran, dass ich eine Handelsaussetzung nicht gewünscht habe, weil man da irgendwas hätte offenlegen müssen und weil das schlecht für Wirecard gewesen wäre. ... Ich kann der BaFin da zu keinen Maßnahmen raten oder irgendetwas anregen oder sonst irgendetwas.

Das hat uns der Staatsanwalt Bühring hier erzählt. - Wenn ich Sie vorhin aber richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, dass der Herr Bühring schon klare Vorstellungen hatte, dass er ein Leerverkaufsverbot möchte und keine Handelsaussetzung. Habe ich das richtig in Erinnerung?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, er hat ein Votum abgegeben, so würde ich es mal ausdrücken, dass er eine - und das Wort „zielgerichteter“ fiel meiner Meinung nach - Leerverkaufsanordnung für zielgerichteter fände, um einer Short-Attacke quasi zu begegnen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Mhm. Ja, das ist interessant, wenn man sich eigentlich an Gespräche nicht erinnern kann, was er dann alles hier gesagt hat. - Hat denn der Herr Bühring explizit darauf hingewiesen, dass Sie das alles prüfen müssen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Die Erpressungen? Nein. Können wir ja nicht.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Na ja, Herr Bühring - - Weil Herr Bühring nämlich dann auch sagte:

Wenn wir darüber gesprochen haben, dann mit Sicherheit kam von mir die Aussage ...

Was auch schon eine super Aussage ist. Also, er weiß, er kann sich nicht erinnern, aber wenn er mit Ihnen darüber gesprochen hätte, dann hätte er gesagt:

Das müsst ihr prüfen. Ihr müsst prüfen, welche und ob ihr Maßnahmen einleiten wollt.

Aber da können Sie sich nicht dran erinnern, dass er das gesagt hat?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Er hat auf jeden Fall kein Caveat eingebaut in die Richtung: „Das müsst ihr alles selber prüfen“, und vor allem hat er nicht deutlich gemacht, dass Zweifel an der Glaubwürdigkeit der gelieferten Informationen bestehen. Das ist ja das Entscheidende hier, dass wir das eben für glaubwürdig gehalten haben zum damaligen Zeitpunkt. Da wurde weder darauf hingewiesen, dass die Staatsanwaltschaft selber Zweifel hätte, oder sonst wie, sondern wir haben das, gerade weil es eben von der Staatsanwaltschaft kam, noch mal anders eingeordnet, wie man einen bloßen Hinweis von einem Anleger vielleicht einordnen würde.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, das ist nachvollziehbar. Man würde ja jetzt nicht sagen: Wenn eine Information von der Staatsanwaltschaft kommt, dann muss ich besonders vorsichtig sein, weil - - Ja, finde ich nachvollziehbar.

Und es ging ja auch dann - da haben wir uns auch schon mehrfach drum gedreht - um diese Nichtweitergabe der Information. Ich sage mal: Hat das irgendwie - - haben Sie sich da - in Anführungszeichen - auch unter Druck gesetzt gefühlt, zu sagen: „Okay, wenn die da so darauf bestehen, dann müssen das ja irgendwo heiße Informationen sein“?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ganz genau. Warum muss man es vertraulich behandeln, wenn es eh unglaubwürdig ist? Also, das hat natürlich dazu beigetragen, dass man es noch mal für wichtig und für glaubwürdig hält.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Dann noch mal kurz das Thema ESMA. Also, man hat das Ganze,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

den ganzen Vorgang dann sozusagen an die ESMA weitergegeben, und ich gehe natürlich mal davon aus, dass man es - ich weiß nicht, ob Sie dazu was sagen können - in der Erwartung dort hin gegeben hat, dass es ein positives Votum gibt. Warum würde man es dann sonst an die ESMA weiterleiten?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Da bin ich mit den Abläufen für so eine Leerverkaufsanordnung nicht im Detail vertraut. Ich glaube, das ist einfach ein Schritt in der Checkliste, der abgearbeitet werden muss, -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, ja, -

**Zeugin Regina Schierhorn:** - die Opinion einholen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** - genau. Aber wahrscheinlich würde man es nicht - - weil wenn - - Was würde passieren bei einem negativen Votum der ESMA?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich glaube, es wäre nicht verboten, das trotzdem zu verhängen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja. Okay. Aber ich gehe davon aus, dass man es gemacht hat in der Erwartung, dass es ein positives gibt, und ich gehe auch davon aus, dass man es wahrscheinlich bei einem negativen nicht gemacht hätte; aber das werden wir dann mit Sicherheit auch Frau Roegele noch mal fragen.

Aber wir haben in diesem Thema sozusagen unterschiedliche Baustellen: Leerverkaufsverbot, Marktmanipulation. Also Stichwort „Marktmanipulation“: Da sind wir bei Ihnen sozusagen an der richtigen Stelle, was die Zuständigkeit angeht. Richtig?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** So. - Das andere Thema, das große Thema bei Wirecard, ist aber eigentlich Bilanzmanipulation. Da sind wir bei Ihnen nicht an der richtigen Stelle. Richtig?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Richtig.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. - Und diese beiden Stränge sind ja auch unterschiedlich bearbeitet worden. Sie hatten vorhin ja auch auf die DPR verwiesen, und wir haben auch eine E-Mail von Ihnen gefunden; die ist schon aus 2017. Die ist auch nur NfD eingestuft. Die ist vom 23. Februar 2017. Da ging es um diesen „manager magazin“-Artikel. Da hatten Sie mit Herrn Eufinger und Herrn Krieg Korrespondenz. Ich weiß nicht: Können sich da dran erinnern, dass Sie sich dazu ausgetauscht haben?

**Zeugin Regina Schierhorn:** An diese Mail, jetzt bevor Sie mir sagen, was drinsteht, nicht, aber ich weiß, dass wir uns den „manager magazin“-Artikel angeguckt haben im Hinblick darauf, ob der auch in Richtung Short-Attacke geht. Und ein Kollege aus meinem Referat hat sich den dann im Detail angeschaut und kam zu dem Ergebnis, es ist eine sehr ausgewogene Berichterstattung in dem Artikel, sodass man da jetzt nicht in Richtung Short-Attacke weitermachen sollte bzw. prüfen sollte, dass aber -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wir haben da ja auch noch mal die Mail für Sie.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - okay! -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Da können Sie gleich reinschauen. - Ja?

**Zeugin Regina Schierhorn:** - eher wahrscheinlich Fehlverhalten von Bilanzbetrügereien oder Bilanzmanipulationen von Wirecard vielleicht mal eine nähere Betrachtung erforderten. Ich habe dann - vielleicht ergibt sich das hieraus auch - - Nee. Jedenfalls habe ich dann den Abteilungsleiter informiert - das war damals Herr Eufinger -, und der hat dann, glaube ich, das Bilanzkontrollreferat eingeschaltet, und er hatte auch mit Frau Roegele telefoniert über den Sachverhalt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. Sie haben hier auch - das ist die untere Mail - an Herrn Eufinger genau das geschrieben: dass da doch recht ausgewogen berichtet wird, dass es ein neuer Sachverhalt ist und dass sich die Vorwürfe ja eigentlich eher gegen Wirecard richten. Und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

der Herr Eufinger hatte dann auch darauf geantwortet:

Die Kollegen der DPR, die schon einmal Wirecard geprüft haben, sind heute im Haus. Ich denke, wir sollten den weiteren Gang auch von der Rückmeldung von WA 15 abhängig machen.

Das heißt aber sozusagen, dieses ganze Thema Bilanzmanipulation ist schon im Jahre 2017 auch nach dem „manager magazin“-Artikel Richtung DPR adressiert worden, -

**Zeugin Regina Schierhorn:** So ist es.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** - weil das ja auch dafür eigentlich die richtige Stelle ist.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Genau, weil wir nicht die Bilanzexperten sind, sondern das sind eben die Kollegen aus der Bilanzkontrolle in Zusammenarbeit mit der DPR, und die müssen dann Bilanzfragen klären. Natürlich kann man danach, wenn die Bilanzfrage geklärt ist, noch prüfen, ob sich daraus auch eine Marktmanipulation ergibt. Aber man kann nicht umgekehrt vorgehen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Haben Sie dann irgendwie von der DPR da irgendwie auch noch mal eine Rückmeldung zu dieser Sache bekommen oder „manager magazin“-Artikel oder irgendwie anders insgesamt in Sachen Wirecard mal?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Jedenfalls nichts, was uns dann dazu gebracht hätte, wie ich es eben sagte, aufsatteln zu können und zu sagen: Okay, hier ist die Tathandlung, das ist die Bilanzunrichtigkeit, die können wir jetzt auf tatsächliches Einwirken auf den Börsenpreis prüfen und dann daraus den Verdacht auf eine strafbare Marktmanipulation gewinnen.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau. Das heißt also, es lag Ihnen da keine weitere Rückmeldung von der DPR vor, was Sie dann auch bei der Abwägung des Leerverkaufsverbots hätten mit einfließen lassen können, also im Sinne von - - also sozusagen, es gibt - -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, es gab schon mal was, aber das hat nicht zu einem Befund geführt, wenn man so will.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja. Okay. - Herzlichen Dank für Ihre Auskünfte.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke, Herr Dr. Zimmermann. - Dann hat als Nächstes das Wort Herr Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Danke schön, Herr Gottschalk. - Da mache ich gerade mal weiter; denn, Frau Schierhorn, Sie haben ja am 26.02. ein Auskunfts- und Vorlageverlangen an die Wirecard AG gerichtet. Das ist in Ihrem Referat verantwortet, ne? Ist das richtig?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Mhm.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, genau. - Da ging es ja - korrigieren Sie mich - um die Frage, ob die Finanzberichterstattung von Wirecard korrekt war oder nicht.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, wir haben zunächst mal am 8. Februar ein Auskunftsersuchen an die Wirecard geschickt.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das war das Anhörungsschreiben, ne?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Stimmt. Das war erst die Anhörung.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** War die Anhörung, und am 26.02., wie ich es gesagt habe, ging dann das AuV raus.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, und da ging - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** So sagt meine Tabelle.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, okay, dann habe ich das jetzt vergessen mit dem zweiten Schreiben. Jedenfalls haben wir da gefragt nach weiteren Informationen, was sich bezog auf die von der Wirecard erstattete Strafanzeige. Wir haben auch nach Unterlagen gefragt, -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Genau.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - ich glaube, den - - War das nicht dieser Rajah & Tann-Bericht, den wir -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Rajah & Tann. Da kommen wir gleich raus.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - da angefordert haben?

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Sie haben sehr wohl im Rahmen dieses AuV die Finanzberichterstattung der Wirecard AG hinterfragt, und zwar zu einem Zeitpunkt, in dem parallel die DPR die Bilanzen geprüft hat.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein, parallel ist nicht ganz richtig. Das war davor, weil die Initialzündung war ja an dem 8. Februar, und da war die DPR noch nicht beauftragt.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Nein, die DPR wurde am 15.02. beauftragt, am 14., also um das Leerverkaufsverbot herum, und hat ja aber erst nach der Insolvenz berichtet. Also, die DPR-Prüfung lief von Februar bis mindestens Juli. Und Sie haben wiederum ebenfalls im Februar eine Machtmissbrauchsuntersuchung eingeleitet wegen Finanzberichterstattung, und insofern - -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein, nicht wegen Finanzberichterstattung.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Dann sagen Sie es. Also, Rajah & Tann Singapore war doch der Inhalt Ihres Auskunfts- und Vorlageverlangens nach § 6 WpHG.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, und es waren vor allem auch diese Transaktionen, die in der Anzeige von Wirecard drinstehen, die wir auch - - nähere Informationen dazu haben wollten.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Sie haben also - - Aber Sie haben auch Fragen gestellt in Bezug auf - - Es wird ja zumindest immer gesagt zumindest, es wurde in alle Richtungen ermittelt.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, wir haben umfassend Fragen erstellt.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Na also. Genau. - Waren Ihre Untersuchungen dann der Anlass dafür, dass Wirecard im Sommer ein Bußgeld bekommen hat wegen - -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein, das war eine andere Thematik.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Andere Thematik.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Die Bußgelder waren, glaube ich, irgendwann im April, um Ostern rum.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Stimmt, die Veröffentlichung erfolgte dann im Sommer.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Da hat sich - - Nee, Wirecard hat sich, glaube ich, gegen die Veröffentlichung gewehrt.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Es gab Gegenwehr, und im Sommer wurde dann veröffentlicht. So war es.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, und die Bußgelder waren nicht aus meinem - - also haben jetzt nicht Marktmanipulation, sondern die haben irgendwelche Hinweisbekanntmachungen, Veröffentlichungen, die sie auch aus der Bilanzdecke hätten machen müssen, betroffen.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Okay. - Sie haben unter anderem die verschiedenen Versionen des Rajah & Tann-Berichts in Bezug auf Singapur angefordert. Wann haben Sie die denn ausgewertet, die Berichte?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Na, zunächst mal war ja nur der Preliminary Report vom 20. März geliefert worden im April, und der Final ja dann deutlich später. Den Bericht von 2018 hatten wir über einen Whistleblower-Hinweis erhalten, und - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Warum hat den die Wirecard nicht vorgelegt? Sie haben ja - - Das war ja von Ihrer Anfrage umfasst, ne?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, ich glaube, da haben sie sich irgendwie auf irgendwelche Rechte in Singapur berufen, und wir haben dann gedacht, wenn ich es richtig erinnere, wir haben ihn ja eh.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Und wissen Sie noch, wann Sie ihn hatten, den vollständigen Report, in dem auch die Namen erscheinen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Den ersten von 2018 oder den finalen?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Den sogenannten Tiger Report, die Vollversion. Das sind 48 Seiten. Es gab ja auch so - - diese Zusammenfassung, wurde ja von Wirecard selbst erstellt und nicht von Rajah & Tann.

(Vereinzelt Heiterkeit)

So muss man es machen. Aber es gibt ja verschiedene Berichtsversionen, aber der - - Sagen wir mal, es gibt einen Tiger Report, 48 Seiten oder so, 49, 17.08.2018. Hat denn irgendeiner - ich will es mal so fragen, bevor wir uns über die Versionen hinweg irgendwie unterhalten - dieser Berichte bei Ihnen irgendeine Aufsichtshandlung ausgelöst?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, wir haben ein Amtshilfeersuchen an eine ausländische Behörde gestellt.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Seit wann wissen Sie, dass der Name Jan Marsalek im Rajah & Tann-Bericht mehr als einmal auftaucht und auch im Zusammenhang mit Urkundenfälschung und Betrug?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Das kann ich Ihnen nicht mehr sagen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Vor oder nach der Insolvenz? Wann haben Sie davon - - oder haben Sie es überhaupt schon mal gehört, oder ist das völlig neu?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Gelesen habe ich es vor der Insolvenz.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das ist doch der Mann, der im Bäumler-Hösl-Vermerk der Staatsanwaltschaft auch als Zeuge bewertet wird. Der sogenannte Compliance Officer, der mit Bloomberg telefoniert hatte und erpresst worden ist, war Herr Marsalek, und der kommt im Rajah & Tann-Bericht 17-mal vor im Zusammenhang mit kriminellen Handlungen, und der Bericht empfiehlt dringend, auch das Verhalten von Herrn Marsalek weiter zu erforschen. Ist das irgendwann mal bei Ihnen aufsichtlich angekommen, oder ist das alles erst im Zuge der Nachbereitung bekannt geworden?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, diese Information, dass der da vernommen wird als Zeuge im Februar -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das ist klar, ja.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - und später die Lektüre des Rajah & Tann-Berichts, das lag ja zeitlich ein bisschen auseinander. Außerdem haben wir ja die Vernehmung nicht durchgeführt oder angeordnet. Das sind zwei voneinander völlig unabhängige Ereignisse.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, nichtsdestotrotz - - Also, man hat in einem Bericht ein Vorstandsmitglied, das beschuldigt wird erheblicher Dinge, auch wenn der Bericht sagt, man muss weiter forensisch untersuchen; so sagt das der Bericht. Und dieselbe Person ist Hauptbelastungszeuge bei der Staatsanwaltschaft und führt ein Leerverkaufsverbot herbei, mit einer Aussage, die in sich nicht schlüssig ist. Deswegen frage ich mich nur, ob das mal sozusagen gegeneinandergelegt wurde.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Wir haben jedenfalls versucht, Informationen zu bekommen, was sich da in Singapur zugetragen hat, und es ist ja auch bekannt, dass die dortigen Ermittlungen immer noch nicht abgeschlossen sind.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja. - Nun gab es ja 2019 weitere „FT“-Berichte. Einer führte im Oktober dann am Ende zur KPMG-Prüfung durch den Aufsichtsrat. Warum - - Ich meine, die BaFin ist



## Nur zur dienstlichen Verwendung

hoheitlich, sie ist Behörde. Sie wird im öffentlichen Interesse tätig; das wird der Aufsichtsrat nicht. Es ist übrigens auch denkbar, dass der Aufsichtsrat irgendwie mit beteiligt bei Manipulationshandlungen - - Warum hat die BaFin keine eigenen Schritte ergriffen, sondern alleine die KPMG-Prüfung im Auftrag des Aufsichtsrats, sprich der Aktionäre, laufen lassen? Das, finde ich, sind unterschiedliche Aufgaben, die da wahrgenommen werden. Warum hat die BaFin nichts Eigenes gemacht?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Wir haben ja was Eigenes gemacht über diese Bilanzkontrollschiene.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Die lief aber, wenn es um - - Na ja, okay. Also, Sie fanden, das reichte - ja? - angesichts der Dimension der Vorwürfe? Also, da reden wir ja nun wirklich über massive Marktmanipulationen, das, was der „FT“-Bericht im Oktober geschildert hat. Okay.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Aber wie gesagt, unser - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Haben Sie im Oktober noch mal drüber nachgedacht, ob die DPR-Prüfung wirklich ausreicht als Reaktion angesichts der neuen Qualität der Vorwürfe, die im Oktober aufkamen, die ja den Aufsichtsrat auch zum Handeln veranlasst haben? Haben Sie da intern noch mal drüber nachgedacht, ob die BaFin nicht auch nachlegen muss und mehr tun muss?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Wir wussten, dass es wichtig ist, dass wir jetzt eine klare Aussage bekommen zu der Frage: „Wie ist es mit der Bilanz?“, und die konnten wir uns ja nicht selber beantworten, die Frage. Insofern waren wir auf diese Aussagen aus der Bilanzkontrollprüfung angewiesen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Mhm.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann ist als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke an der Reihe.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen Dank. - Frau Schierhorn, haben Sie denn damals von den Aufsichtsbehörden in Singapur Rückmeldungen bekommen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, ne? Das ist auch interessant, weil Herr Hufeld hat das damals bei uns im Ausschuss anders dargestellt. Das ist schon mal zumindest aufschlussreich.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Allerdings keine inhaltliche zum Sachverhalt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ach so. Was haben Sie denn zurückbekommen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Dass sie nicht zuständig sind.

(Heiterkeit)

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aha, und von welcher Aufsichtsbehörde sprechen Sie da? Von der Commercial Police of Singapore?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein, Amtshilfe von der Finanzaufsicht geht an die Finanzaufsicht dort, und an die haben wir uns auch gewandt und - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und die haben an die Commercial Police of Singapore verwiesen.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Die haben dann gesagt, es ist so, wie wir quasi, wenn bei uns ein Verfahren bei der Staatsanwaltschaft läuft, auf die Staatsanwaltschaft verweisen würden.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, okay. - Und hat die Commercial Police of Singapore mit Ihnen kommuniziert, also nicht mit Ihnen persönlich, sondern mit der BaFin?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Wir hatten keinen direkten Kontakt. Wir haben dann noch mal nachgefragt, aber immer an unser Pendant, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ach so.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Regina Schierhorn:** - weil wir nicht die Rechtshilfe umgehen wollten.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber haben die sich irgendwie geweigert, Ihnen benötigte Informationen zur Verfügung zu stellen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein, haben sie nicht, -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - aber haben über die MAS dann erfahren, dass die Ermittlungen noch laufen, dass es noch keine Ergebnisse gibt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Wollte ich nur sagen: Die haben auch ganz transparent, sogar teilweise auf ihrer Homepage, informiert.

Es ist doch korrekt, dass Sie am 28. Januar 2019 den Preliminary Report Rajah & Tann, den Kollege Toncar angesprochen hat, erhalten haben, also noch bevor Sie Ihre abschließende Beurteilung da vorgenommen haben zur Marktmanipulation. Und es ist doch auch korrekt, dass dort auch nahegelegt wird, dass es unter Umständen auch strafrechtlich relevante Verstöße von Wirecard in Deutschland geben könnte. Korrekt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, nach meiner Wahrnehmung waren vor allem strafrechtlich relevante Verstöße in Singapur das Thema bei dem Rajah & Tann-Bericht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, aber reden jetzt über den Preliminary Report. Korrekt? Also, prüfen Sie das vielleicht noch mal, weil nach meiner Kenntnis ging es dort um Singapur und Deutschland. Und ich sage das nur vor dem Hintergrund, weil Sie sich ja auf einen Vermerk der Staatsanwaltschaft stützen, die als einen ihrer Zeugen Herrn Marsalek, den Chief Compliance Officer, wie die Staatsanwaltschaft schrieb - - sich auf ihn bezieht, aber gleichzeitig liegt Ihnen ja ein Bericht vor, aus dem hervorgeht, dass unter Umständen genau diese handelnden Personen wie Herr Marsalek sich strafbar machen. Und das ist ja etwas, was man, sage ich mal, in den Abwägungsprozess miteinbeziehen sollte, oder?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Aber ich - - Vielleicht darf ich das kurz richtigstellen. Ich habe mich doch auf nichts berufen. Ich habe nur berichtet, dass wir im Zuge des Versuchs, den Erpressungsversuch transparent zu machen, mit der StA Kontakt aufgenommen haben, die im Zuge des Gesprächs erklärt hat, sie vernimmt heute Herrn Marsalek. Mehr war es ja nicht. Das ist jetzt nicht so, dass das in irgendeine inhaltliche Bewertung bei uns oder Positionierung eingeflossen wäre.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja, das scheint mir auch Teil des Problems zu sein, dass - - Aber gut.

Dann will ich noch mal auf einen anderen Sachverhalt zurückkommen. In dem Sachstandsbericht an das BMF heißt es, die BaFin habe das BMF am 14. Februar 2019 darüber informiert, dass wegen Marktmanipulation in alle Richtungen, das heißt auch gegen die Wirecard AG, untersucht werde. Welche Untersuchungen haben hierzu denn stattgefunden?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Na ja, über diese DPR-Schiene lief die Bilanz, der Bilanzaspekt. Dann haben wir im Juni 2020 die irreführenden Ad-hoc-Mitteilungen angezeigt, und als dann - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also wenige Tage vor der Insolvenz. Ja, genau. Aber jetzt kommen wir mal auf die DPR zurück. Sagt Ihnen der Aufsatz von Professor Klöhn in der „Zeitschrift für Wirtschaftsrecht“ zu der Frage, ob der BaFin nicht Befugnisse aus § 6 Wertpapierhandelsgesetz erwachsen, um eine Bilanzkontrolle bei Wirecard vorzunehmen, also aus der Wertpapieraufsicht, etwas?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, ja. Mir ist bekannt, dass es verschiedene Rechtsauffassungen in der Literatur gibt -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - zu dem Verhältnis.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau. Ich will nämlich noch mal hier drauf eingehen, weil das, ich glaube, auch für die Sachverhaltsaufklärung noch wichtig ist, dass es nämlich zwei Rechtsquellen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gibt: Es gibt § 6 Absatz 17 Wertpapierhandelsgesetz, wo davon die Rede ist, dass die BaFin berechtigt ist, für Überprüfungen - allgemein Überprüfungen - Wirtschaftsprüfer heranzuziehen. Und dann gibt es eben auch §§ 106 ff. Wertpapierhandelsgesetz, wo über die Heranziehung von Wirtschaftsprüfern im Rahmen des Enforcement-Verfahrens gesprochen wird. Das heißt, ich habe einmal Enforcement-Verfahren und einmal Überprüfung. Wenn es also nur um das Enforcement-Verfahren ginge, das quasi der BaFin zur Verfügung steht, dann wäre ja der andere Hinweis überflüssig.

Hat das in Ihren Erwägungen jemals eine Rolle gespielt, dass Sie vielleicht auch darüber hinausgehende Rechte haben, Überprüfungshandlungen vornehmen zu lassen, auch indem Sie Wirtschaftsprüfer oder Ähnliches beauftragen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, unsere bisherige Praxis - und die war auch schon vor Wirecard so angelegt - ist eben, dass bei den Unternehmen, die der Bilanzkontrolle unterliegen, dieser Weg der speziellere Weg ist und der zu gehen ist und, wie vorhin schon gesagt, sich daran dann die Frage anknüpft, wenn die Tathandlung Bilanzunrichtigkeit da ist, die Frage der Marktmanipulation durch noch weitere Prüfschritte, die dann zu machen sind, auch eben festzustellen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Abschließend - ich kratze schon wieder hart an der Zeit - : Haben Sie Kenntnisse zur Abstimmung mit der Bundesbank in der Sache Leerverkaufsverbot?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich weiß, dass man Kontakt hatte mit der Bundesbank, aber - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber Sie waren da inhaltlich nicht eingebunden.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich war inhaltlich nicht involviert.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Wir haben ja vorhin hier schon thematisiert MAT A BMF-4.22, Blatt 6, wo es eben um diese Anforderungen des BMF ging, und da steht ja explizit drin, dass - -

Also, das BMF versucht einzuholen im Auftrag des Bundeskanzleramtes, und zwar „nur öffentlich bekannte Informationen“. Warum denn nur öffentlich bekannte Informationen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Das kann ich jetzt leider nicht zuordnen. Können Sie mir das noch mal erklären?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wir können das vielleicht einfach noch mal vorlegen über meinen Referenten. Das ist jetzt aber nichts, was so eingestuft ist, dass das unter der Balustrade geschehen muss, nur damit Sie das besser nachvollziehen können. Das ist dann auch meine letzte Frage.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Die Zeugin liest in diesen Unterlagen)

Es soll jetzt auch keine böse Fangfrage sein. Ich bin einfach nur über diese Formulierung - - Warum denn nur öffentlich bekannte Informationen? Die kann das Finanzministerium ja auch selber googeln.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Letztendlich ist es eine Frage, die die Kollegin an mich stellt. Ich weiß es nicht, warum sie die Frage so gestellt hat.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber das ist - - War das irgendetwas, was Sie - - Also, haben Sie dann gesagt: „Okay, jetzt gucken wir wirklich nur, was irgendwie öffentlich ist“, oder wie gehen Sie um mit so einer Anfrage? Weil da wird zum Beispiel auf eine Kleine Anfrage von mir und von der FDP und von Grünen verwiesen und so. Also, das kriegt man ja auch noch selber hin im Finanzministerium.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja. Aber ich weiß nicht, warum die Frage so gestellt wurde.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Das tut mir leid.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): - das akzeptiere ich. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Fabio De Masi. - Und dann haben wir noch mal Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielen Dank. - Frau Schierhorn, ich habe noch mal eine Frage. Wir hatten uns vorhin über das Thema Marktmanipulation in der Ad-hoc-Meldung unterhalten. Sie erinnern sich? Ist ein Stündchen her. Können Sie mal aus Ihrer Rückschau beschreiben, wann bei Ihnen das erste Mal der Moment aufgekommen ist, wo Sie gesagt haben: „Vielleicht ist ja doch was dran an diesen Vorwürfen“?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Definitiv\*, als der KPMG-Sonderuntersuchungsbericht draußen war. Was man da so gelesen hat mit den Prüfungshemmnissen und dass Unterlagen nicht vorgelegt werden konnten, das fand ich zumindest bemerkenswert, ja.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wurden Sie eigentlich vorab mal irgendwie über Zwischenstände dieses Gutachtens auch auf informellem Weg oder so informiert, oder war es wirklich das allererste Mal am 28. April, glaube ich, oder 27., wo Sie mit dem Thema konfrontiert gewesen sind?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, ich habe erst dann diesen Bericht gesehen. Vorher - - Ich hatte auch keinen Kontakt zu KPMG.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und jetzt sagen Sie, das hat zumindest ein Umdenken - - Was heißt „ein Umdenken“? Sie haben es in Betracht gezogen oder ernster in Betracht gezogen. Hat es denn bei Ihnen zu einer Reaktion geführt, dass Sie sich alte Entscheidungen noch mal angeschaut haben in dem Lichte der Erkenntnisse der Sondergutachten, also sei es Zatarra Report - welcher Vermerk wurde damals geschrieben? - oder sei es die Entscheidung zum Leerverkaufsverbot? Hat es zu einer Wiedervorlage geführt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, die Entscheidungen, die in meinem Referat getroffen wurden - das wäre ja dann die Zatarra-Strafanzeige gewesen. Bei der ist ja tatsächlich - - Da ist ja tatsächlich auch ein Strafbefehlsantrag erstellt worden, und der ist dann nachher in den § 153a StPO, Einstellung gegen Auflage, gemündet. Insofern war das Verfahren da ja schon abgeschlossen. - Und was hätte ich noch überdenken sollen?

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Leerverkaufsverbot.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Das war nicht mein Bereich, zu überdenken.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja, gut, die Marktmanipulationen in dem Kontext ja schon.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Sie meinen die, die wir von den drei Artikeln - - die wir angezeigt haben, diese Anzeige vom 10. April sozusagen?

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Reden wir 2019 oder - -

**Zeugin Regina Schierhorn:** 2019.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nee, weil die für ein anderes Thema stand. Die stand ja nicht für das Thema, ob die Aussagen in den „FT“-Berichten richtig oder falsch waren.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ich fasse mal - -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Es war ja nach wie vor die Frage offen: Was ist jetzt eigentlich mit der Bilanzierung bei Wirecard? Und da hat es zugegebenermaßen gedauert, bis aus der Bilanzkontrollecke ein Ergebnis kam bzw. kommen sollte. Aber, ja, die Short-Attacken-Anzeige war ja deswegen nicht unwichtig geworden.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und die Anzeige oder die Ermittlungen gegen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

McCrum? Die sind ja dieses Jahr eingestellt worden, glaube ich, im Herbst 2020 - -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Anfang September, ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** September, genau. Hat das noch mal zu einer Neubewertung geführt? Denn zwischen April/Ende April und September liegen ja auch einige Monate.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Wir haben schon Ende Juli ein Gespräch mit der Staatsanwaltschaft geführt, um uns zu erkundigen, wie denn der Sachstand in dem Verfahren ist, und da hatte uns die Staatsanwaltschaft schon mitgeteilt, dass sie den rechtlichen Aspekt verlagern werden, so wie sie es dann auch in ihrer Einstellungsverfügung gemacht haben, wobei das ein bisschen durcheinandergeht mit verschiedenen Tatbeständen. Aber was unsere Anzeige betraf, haben sie dann Ende Juli schon gesagt, sie können dieses kollusive Zusammenwirken nicht nachweisen und sie gehen deswegen jetzt den Weg weiter Richtung Insiderhandel. Das heißt, die Positionen, die eingegangen sind, also gehandelt haben vor dem Bericht, werden weiter in den Ermittlungen behalten im Hinblick auf Insiderhandel, aber die beiden Journalisten - - dagegen wird voraussichtlich eingestellt werden, weil eben dieser Zusammenhang nicht nachweisbar ist und - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Gut, das hat aber mit dem KPMG-Gutachten erst mal nichts zu tun, sondern das war einfach der Ermittlungsstand der Staatsanwaltschaft.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Genau. Deswegen sage ich ja, dass die Anzeige wegen der Short-Attacke damit nicht unmittelbar was zu tun hat.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Okay. Ich will ja verstehen, zu welcher Reaktion das quasi geführt hat. Aber ich fasse mal zusammen, dass die Veröffentlichung des KPMG-Sondergutachtens in Ihrem direkten Zuständigkeitsbereich nicht zu einer Neubewertung oder zu einer Konsequenz in irgendeiner Form geführt hat.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Konsequenz insoweit schon, als wir uns sehr genau noch mal die Veröffentlichung der Wirecard zu diesem KPMG-Untersuchungsbericht angeschaut haben und da eben festgestellt haben, dass die doch deutlich zu positiv berichtet haben, und deswegen wegen irreführender Ad-hoc-Mitteilung Strafanzeige noch mal erstattet haben, diesmal gegen die Wirecard.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau, diesmal. Alles klar. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Bayaz. - Dann schaue ich zur CDU/CSU. - Keine Fragen mehr. Ich habe für die AfD auch keine Fragen mehr. Die SPD hatte mir vorher mitgeteilt, sie hat auch keine mehr. Dann schaue ich zu Dr. Toncar. - Bitte schön, Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Vielen Dank. - Ich würde gerne noch mal wissen: Was ist Ihnen bekannt über die Involvierung von Herrn Hufeld in die Marktmissbrauchsuntersuchungen gegen Wirecard, aber auch gegen Wirecard-Kritiker, gegen Journalisten und beim Leerverkaufsverbot? Wo haben Sie mit ihm entweder, ich sage mal, in seiner Anwesenheit über das Thema gesprochen, oder welche Entscheidungen hat Herr Hufeld rund um Verkaufsverbot, Strafanzeigen, Marktmissbrauchsuntersuchungen getroffen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, die Strafanzeige wegen der Short-Attacke gegen Dan McCrum und die anderen ist vor Abgang zum Mitzeichnen nur bis zur Frau Roegele gegangen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Mhm.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Was war der andere Punkt?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Vielen Dank. Das war hilfreich. - Wie war es beim Thema Leerverkaufsverbot? Was war dann die Rolle von Herrn Hufeld?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Da weiß ich es nicht.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Und gab es Punkte, wo Herr Hufeld auch beteiligt war bei Entscheidungen rund um Untersuchungen, die sich 2019 oder 2020 gegen Wirecard gerichtet haben?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Da ist mir nur in die Richtung erinnerlich, dass wir berichtet haben. Also, wir haben mal nach dem - - Es gab ja mal einen BMF-Bericht so im Februar, den 20. rum, und es gab danach noch mal eine Briefing-Bitte um den 7./8. März herum, wo wir noch mal den Sachstand, was wir da alles machen, liefern sollten. Da habe ich mit zu beigetragen. Aber persönlich gesprochen habe ich nur einmal mit Herrn Hufeld. Ich weiß nicht mehr genau, wann das war. Da war er auch in Frankfurt, und da wurde ich mehr oder weniger spontan zu einer Besprechung hinzugerufen, die er mit Frau Roegele hatte, und da ging es drum, wie genau der Amtshilfeaustausch mit der Behörde in Singapur war. Da hat er sich die Akte noch mal angeguckt.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Mhm. Okay. - Hatten Sie jemals Kontakt mit Vertretern der Wirecard AG oder deren beauftragten Anwälten, Beratern, Dienstleistern im Haus?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich jetzt persönlich?

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ja.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein. Also, ich hoffe, ich sage jetzt nichts Falsches bei Dienstleistern, wenn die in anderem Zusammenhang mal aufgetaucht sind, aber - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Nee, nee, natürlich offen, offene Vertretung. Aber zum Beispiel Rechtsanwalt Enderle?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nee, den kenne ich gar - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Nee. Aber zum Beispiel bei Frau Rahmstorf hat sich Burkhard Ley immer wieder mal telefonisch gemeldet, wie wir aus den Akten wissen.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Okay. Auch den kenne ich nicht persönlich.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Kennen Sie nicht. - Wie sieht es bei Frau Roegele aus? Hatte Frau Roegele Kontakt mit Wirecard-Management oder mit Anwälten, Beratern?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ist mir nicht bekannt. Tut mir leid. Weiß ich nicht.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Nein, das ist ja eine vollständige Aussage. - Was wissen Sie über die Involvierung des Bundesfinanzministeriums rund um das Thema Leerverkaufsverbot?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Boah\*, was\* weiß ich darüber? Das, was ich zuletzt jetzt gelesen habe. Ich meine, ich habe - - Boah,\* das ist jetzt schwierig. Ich glaube, aus BMF-Berichten weiß ich, dass BMF zu bestimmten Zeitpunkten informiert wurde, aber -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ist Ihre einzige Erkenntnisquelle - -

**Zeugin Regina Schierhorn:** - ich kann es nicht aus eigener Anschauung - -

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Ist die einzige Erkenntnisquelle BMF-Berichte, oder haben Sie eigene Erinnerungen, eigene Korrespondenz, eigene Erlebnisse, irgendwas, wo Sie mit dabei waren?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, ich kann mich an kein Telefonat oder Gespräch, wo ich jetzt mit dem BMF - - wo ich dabei gewesen wäre, erinnern.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Alles klar. - Ist irgendwann mal erwogen worden, das DPR-Verfahren auf die zweite Stufe zu heben und in die BaFin zu ziehen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** DPR?

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Die Bilanzkontrolle durch die DPR; von der hatten wir es ja schon. Ist irgendwann mal erwogen worden, gewissermaßen die nächste Stufe zu zünden und das Verfahren in die BaFin zu holen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Weiß ich nicht. Nee.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Alles klar.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Toncar. - Dann als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Ich habe eigentlich nur noch eine Frage, Frau Schierhorn. Es gibt ja von der Unternehmensberatung Sopra Steria die Empfehlungen, Einsparungen vorzunehmen. Es gibt auch eine Organisationsuntersuchung, die bis heute bei der BaFin andauert, und in diesem Zusammenhang soll die zuständige Exekutivdirektorin darum gebeten haben, dass an sie Repriorisierungsvorschläge unterbreitet werden, um, ich sage mal, die Arbeit in der BaFin zu bewältigen. Haben Sie Kenntnisse davon?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, es gab schon länger immer mal wieder so Repriorisierungsrounden, wo man eben aus dem eigenen Bereich Vorschläge machen konnte, sollte, welche Dinge vielleicht effizienter gestaltet werden können oder wo man auch einsparen könnte, als Vorschläge quasi.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay. - Ist es korrekt, dass diese Unternehmensberatungsgesellschaft von allen Abteilungen im Geschäftsbereich Wertpapieraufsicht eine pauschale Einsparung von 16 Prozent der Arbeitskräfte gefordert hat? Ist das mit Ihrem Kenntnisstand übereinstimmend?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, ich kann mich dunkel erinnern, dass es so eine Art Daumenregel da gab, aber wie konsequent das angewandt wurde, weiß ich nicht.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Aber Sie hatten jetzt nicht - ich frage das vor diesem Hintergrund - den Eindruck, dass, ich sage mal, die Personalsituation bei Ihnen oder so in der Abteilung es verhindert hat, dass Sie vielleicht die Dinge, die wir jetzt heute hier aufbereitet haben, etwas eingehender hätten untersuchen und beurteilen können.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein, weil uns klar war, dass der Fall wichtig ist und - -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay. Das heißt, das hätten Sie leisten können, aber Sie haben es nicht geleistet.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Na ja, die letzte Schlussfolgerung würde\* ich jetzt nicht ganz\* mittragen. Wir haben das getan, was wir machen konnten.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Ja? Also, wenn ich jetzt für mich noch mal zusammenfasse: Staatsanwaltschaft schreibt Vermerk mit Kronzeugen, britischer Drogendealer, über eine vermeintliche Erpressung, von der die Staatsanwaltschaft später behauptet, dass sie diese gar nicht verfolgt hätte, und BaFin erlässt auf der Grundlage nach Empfehlung von Staatsanwaltschaft Leerverkaufsverbot. - Dann klingt das für mich nicht wie ein, sage ich mal, besonders sauberes Behördenhandeln, aber vielleicht haben wir da einfach unterschiedliche Auffassungen.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Mhm. Soll ich das jetzt kommentieren?

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Nee, müssen Sie nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dr. Bayaz hat keine Fragen mehr. Dann schaue ich ein letztes Mal in die Runde. - Ich stelle fest, dass hier in öffentlicher Sitzung kein Bedürfnis mehr besteht. Besteht Bedürfnis, in eingestufte Sitzung noch Sachverhalte zu befragen? - Auch das kann ich nicht erkennen. Wunderbar. Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat.

Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage inhaltlich zu korrigieren, richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss Ihrer Vernehmung.

Bevor ich Sie beide aber nun entlassen kann, müssen wir noch ein Schweigegebot erlassen;



## Nur zur dienstlichen Verwendung

denn Sie haben heute zwei Unterlagen, die als VS-Vertraulich eingestuft sind, vorgehalten bekommen.

Frau Schierhorn, Herr Rechtsanwalt Dr. Dann, Sie hatten Einblick in zwei VS-Vertraulich eingestufte Unterlagen. Sie müssen daher entsprechend § 174 Absatz 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes zur Verschwiegenheit verpflichtet werden. Ich stelle ein solches Schweigegebot zur Abstimmung. - Ich höre und sehe keinen Widerspruch. Damit ist dieses Schweigegebot so beschlossen.

Ich stelle fest: Der Ausschuss macht der Zeugin Schierhorn und ihrem Rechtsbeistand Dr. Dann die Geheimhaltung der als Geheim oder VS-Vertraulich eingestuften Tatsachen zur Pflicht, die ihnen heute durch die Vernehmung in der Sitzung zur Kenntnis gelangt sind.

Zweitens. Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand Dr. Dann werden darauf aufmerksam gemacht, hingewiesen, dass derjenige, der gegen die auferlegte Schweigepflicht verstößt, sich strafbar machen kann.

Jetzt sind wir durch. Ich bedanke mich ganz recht herzlich bei Ihnen beiden, wünsche Ihnen jetzt noch einen guten Tag. Genießen Sie noch ein bisschen von dem Frühlingswetter, was wir heute in Berlin schon haben. Bleiben Sie vor allen Dingen in dieser recht schwierigen Zeit gesund. Kommen Sie gut nach Hause, und ich wünsche jetzt schon mal frohe Ostertage. - Vielen Dank.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Danke. Auf Wiedersehen!

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut, ich würde ganz kurz noch, wenn wir es machen könnten - - Aber jetzt ist er nicht da. Herr Fritz wollte gerne noch was richtigstellen zu den Akten, aber das können wir nur in einer entsprechenden Beratungssitzung, und die ist natürlich nichtöffentlich. Das hätten wir jetzt auch schnell machen können, aber jetzt sehe ich ihn nicht.

(RA Dr. Matthias Dann:  
Herr Vorsitzender!)

- Ja?

**RA Dr. Matthias Dann:** Entschuldigen Sie bitte. Ich bleibe Ihnen noch etwas erhalten, weil ich sozusagen auch neben dem nächsten Zeugen sitzen werde.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja.

**RA Dr. Matthias Dann:** Würden Sie jetzt zehn Minuten unterbrechen, oder wie wird der weitere Ablauf sein, wenn ich fragen darf?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich denke mal, zehn Minuten haben Sie Zeit. Ja, machen Sie zehn Minuten Pause. Das ist für Sie ja auch ein Marathon. Völlig in Ordnung. Und wir beraten eben ganz in Ruhe.

Ich rufe den nächsten Zeugen zwar schon zu uns, aber, ich würde sagen, so gegen 18 Uhr machen wir dann weiter mit der Zeugenvernehmung, und dann kann der Anwalt Dr. Dann auch mal kurz durchpusten.

Ich gucke zu Herrn Fleischer: Haben wir Nichtöffentlichkeit? - Noch nicht. Dann warten wir noch so lange, und dann ist eine kurze Beratungssitzung.

(Unterbrechung des  
Sitzungsteils Zeugen-  
vernehmung, Öffentlich:  
17.48 Uhr - Folgt  
Beratungssitzung)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Wiederbeginn des  
Sitzungsteils Zeugen-  
vernehmung, Öffentlich:  
18.18 Uhr)

### Vernehmung des Zeugen Dr. Jean-Pierre Bußalb

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Bußalb, ich heiße Sie recht herzlich im Namen des Ausschusses willkommen. Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand, Herr Dr. Matthias Dann, Platz genommen. - Auch Ihnen ein zweites Mal ein herzliches Willkommen im Namen des Ausschusses! Herr Dann, wie immer darf ich Sie recht herzlich darum bitten, dass Sie den Zeugen nicht beraten. Ihnen steht auch kein Rede- und Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während der Aussage keine Hinweise, vor allen Dingen inhaltlicher Natur, geben. Aber selbstverständlich können Sie gegebenenfalls zum Zwecke der Beratung eine kurze Unterbrechung beantragen. - Bestehen zu diesen Ausführungen noch Fragen?

**RA Dr. Matthias Dann:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar, danke. - Herr Dr. Bußalb, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Dafür vielen Dank, weil das spart uns in der Summe sehr, sehr viel Zeit.

Daher kann ich mich an dieser Stelle auf einige technische Hinweise beschränken. Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin entsprechend die Unterlage vorlegen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwür-

dige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad dieser Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nein, keine Fragen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar. - Den nächsten Hinweis haben Sie auch schon antizipiert: Immer das Mikro einschalten, weil wir als Rückfallebene und auch für späte Stunden immer das Tonband hier mitlaufen haben. Das Mikro ist eingeschaltet, wenn der rote Button und LED-Leuchtring leuchten; dann ist Ihr Mikro scharfgeschaltet.

Herr Bußalb, ich würde Sie nun zunächst kurz zu Ihrer Person vernehmen. Daher würde ich Sie bitten, uns kurz Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohn- oder Dienort mitzuteilen.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ich bin Jean-Pierre Bußalb, bin promovierter Jurist, wohnhaft [REDACTED] Ich leite das Referat WA 25 - Bereich Leerverkäufe, Directors' Dealings, Handelsaussetzungen -, bin 52 Jahre. - Habe ich was vergessen?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein, wunderbar. Danke schön, Herr Bußalb. - Herr Dr. Bußalb, Sie können, wenn Sie das nunmehr wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand dieser Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, also, ich nehme an, das ist so ein bisschen\* das Eingangsstatement, was ich machen darf, und davon würde ich ganz gern Gebrauch machen. Da bedanke ich mich auch dafür.

Da möchte ich gleich zu Beginn zwei Punkte herausheben, einmal, dass ich selbst die Leerverkaufsmaßnahme nicht erlassen habe. Ich bin letztlich dafür nicht verantwortlich und war ab dem 15.02.2019 und über dieses Wochenende gar



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht in den Prozess mit einbezogen. Ich hatte am 15. Februar 19 eine zahnärztliche Behandlung und war schon gar nicht in Frankfurt.

Mir wurde gesagt, dass Frau Roegele in dieser Zeit sozusagen das Heft in die Hand genommen hat und die Maßnahme dann ergriffen hat. Sie hat mich in diesem Zeitraum nicht informiert, und ich erhielt auch keine Weisung oder Anweisung, ins Büro zu kommen. Und als ich dann am 18.02.19 ins Büro kam, da war letztlich diese Maßnahme schon ausgesprochen. - Das vielleicht nur mal so als Rahmen und als ersten Punkt.

Der zweite Punkt, den ich gleich hier an der Stelle anmerken möchte, das ist so der Komplex Saffhet Capital und die Fondsmanagerin Frau Quadir, die bis zum 25.02.19 ja in WA 25 unbekannt war, und auch ihr Fonds war nicht bekannt.

Sie wandte sich am 25.02. an Frau Roegele in einer E-Mail mit der Bitte, diese Leerverkaufsmaßnahme zu besprechen. Und schon in dieser Eingangs-E-Mail outete sie sich jetzt nicht irgendwie als Whistleblowerin, als Hinweisgeberin, sondern wollte allgemein in Bezug auf die Maßnahme diesen Ban besprechen, diese Maßnahme besprechen. Und sie bot jetzt schon hier in Bezug auf Wirecard keinerlei Hintergrundinformation an.

Nach Abstimmung im Haus mit der stellvertretenden Abteilungsleiterin, Frau Linden - und diese wiederum, die sich mit Frau Roegele abgestimmt hat - - habe ich schon am 26.02. Frau Quadir dann geantwortet und ihr gleich zu Beginn in der E-Mail - - habe ich sie darum gebeten, auf jeden Fall Hintergrundinformationen, was auch immer, der BaFin zur Verfügung zu stellen.

Danach ist ein bisschen Zeit ins Land gegangen, und am 15. März 19 sendete Frau Quadir dann eine E-Mail und wies auf einen allgemein gehaltenen Brief, an mich adressiert, hin, der auch immer noch oder\* im Internet auch zu lesen ist und den sie im Internet veröffentlicht hat. Darin kann man lesen, dass es ihr in erster Linie um diesen Ban ging. Also, es wurde, wenn man das genau

liest, schon auf Seite 1 und auf den beiden letzten Seiten klar, dass, ja, sie sich nicht so sehr als Whistleblowerin hier geoutet hat. Sie hat - - Ihr geht es in erster Linie um den Ban, aber sie führt hier keine stichhaltigen Punkte oder Kritiken oder Sonderwissen in Bezug auf Wirecard an. Also schon gar nicht, wie ich später dann in der Presse auch gelesen habe, hat sie Geldwäschehinweise angeboten oder hier Hinweise in Bezug auf Vorstände. Das ist ja auch - - Na ja, wäre auch ein bisschen sonderbar in einem im Internet veröffentlichten Brief.

In der Tat wurden dann noch mal die „FT“-Vorwürfe bzw. diese Ausführungen von ihr zusammengefasst. Und dann, so ab Seite 7, kritisiert sie die BaFin massiv dahin gehend, wir seien voreingenommen, wir würden protektionistisch handeln, seien parteilich, nicht auf der Höhe der Zeit, so in diesem Duktus. Also, das kann ich nur zurückweisen.

Letztlich, in unseren Augen - und auch das habe ich natürlich im Haus abgestimmt -, ergab zu diesem Zeit- - in diesem Stadium der Brief keinerlei neue Erkenntnisse. Und daher empfanden die Hausleitung und Frau Linden und ich, dass wir jetzt keinen Gesprächsgrund hier erkennen konnten.

Das wären so die beiden Punkte, die ich gleich zu Beginn darlegen wollte. Und dafür bedanke ich mich.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sehr gerne. Und das ist auch Ihr gutes Recht. - Dann würde ich wie immer die Runde einleiten mit allgemeinen Fragen, die wir allen Zeugen hier stellen: Wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet? Hatten Sie Gelegenheit, Akten aus dieser Zeit - ich glaube, Sie sind zwischenzeitlich versetzt worden - noch einzusehen? Sind Sie noch mal von Kollegen kontaktiert worden, die Sie dann vielleicht mit Wissen oder anderen Dingen informieren wollten oder aufschlauern wollten?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also zunächst: Ich bin nicht versetzt worden. Ich bin seit dem 1. September 2017 Referatsleiter von WA 25.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ah, okay.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Die Bereiche habe ich genannt. Ich habe in der Tat mir noch mal die Akten angeschaut und bin in mich gegangen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Können Sie ein wenig erläutern, was die Aufgaben und die Tätigkeiten bei der BaFin im Untersuchungszeitraum waren, hier natürlich speziell um diesen Zeitraum, nehmen wir mal 2016, 15, 17 jetzt, was da Ihre Tätigkeiten waren?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Genau. Also, ich bin, wie gesagt, seit 1. September Referatsleiter dieses Referats. Davor war ich im Bereich WA 5; das ist die Prospektabteilung. Da habe ich WA 53 geleitet: Billigung von Verkaufsprospekten für Wertpapiere, IPOs, Inhaberschuldverschreibungen, auch Zertifikate. Da war ich allerdings nur fünf Monate, bis man eben - - Frau Roegele, Frau Bergsträsser an mich herangetreten sind, ob ich nicht ab September 17 eben WA 25 übernehmen möchte. Das habe ich dann übernommen.

Und die Tätigkeitsbereiche dieses Referats haben sich seitdem nicht geändert. Wir überwachen im Grunde ja den Leerverkaufsbereich, sprich: die NLP-Melder. Die müssen eben jeden Tag die NLPs, die short sind, melden an uns. Das wird aggregiert. Da bekommen wir einen Überblick, in Bezug auf welche Finanzinstrumente - - wie hoch letztlich diese Short-Rate, wenn man so sagen kann, ist. Das ist mal ein Punkt.

Dann überwachen wir die Market Maker. Das ist im Grunde - - um im Grunde im Markt für Liquidität - - Dass im Markt für Liquidität gesorgt wird und letztlich ordnungsgemäße Preisbildung und eine Effizienz der Märkte hergestellt wird, müssen die Market Maker im Grunde ihre Ausnahmen bei uns anzeigen. Das überwachen wir.

Daneben, ein ganz anderer Bereich, Bereich der MAR: Die Directors' Dealings werden von meinen Kollegen überwacht. Im Grunde: Vorstände, Aufsichtsräte zum Beispiel müssen die Geschäfte, die sie in Bezug auf die Emittenten, bei denen sie eben tätig sind, jetzt „in a nutshell“ - - müssen das melden.

Und dann sind wir grundsätzlich auch für die Handelsaussetzung zuständig, inwieweit die BaFin eben da die Ermächtigungsgrundlagen im WpHG hat.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann die Frage, die wir fast allen Zeugen hier stellen: Hatten Sie Wirecard-Aktien oder Derivate, also Optionsscheine etc., welcher Art auch immer, long oder short, auf die Wirecard AG?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nein, zu keinem Zeitpunkt, nichts dergleichen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Wann sind Sie erstmalig auf die Wirecard AG in diesem Gesamtkontext, den wir hier behandeln, aufmerksam geworden? Können Sie sich daran erinnern?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, da kann ich mich erinnern. Ich meine, das war im Jahr 2018, als die Wirecard in den DAX aufgenommen wurde. Da wurde ich als erstes Mal auf dieses Unternehmen letztlich aufmerksam.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Im Zuge der Öffentlichkeit oder im Zuge vielleicht einer Diskussion auch innerhalb des Hauses bezüglich der DAX-Aufnahme Wirecards?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Im Zuge der Medienöffentlichkeit. Und dann ist es so, dass eine Aufnahme eines Unternehmens in den DAX im Grunde dafür sorgt, dass die täglichen Meldungen, die bei uns referatsintern erstellt werden, und die Montagmeldung, die an Herrn Hufeld geht, also ans Direktorium geht oder an bestimmte Mitglieder des Direktoriums, aber auch an die Bundesbank - - also, dass wir da die Wirecard mit aufgenommen haben, auch in dem Bereich, jetzt auch im untechnischen Sinne, der Finanzunternehmen, um eben da taggleich sehen zu können - und jeden Montag dann die Leitung und die Bundesbank -, inwieweit NLP-Positionen in Bezug auf Wirecard bestehen, abgebaut werden, aufgebaut werden, alles aggregiert. Keine Einzel-NLP-Holder sind da ersichtlich, müsste man ermitteln. Aber in diesem Zusammenhang bin ich drauf aufmerksam geworden.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und wann waren Sie das erste Mal in Prüfungen im Zusammenhang mit der Wirecard AG eingebunden?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Entschuldigen Sie, In was einge-

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Entschuldigung, ja. Wann waren Sie das erste Mal im Zusammenhang mit der Wirecard AG in Prüfungen eingebunden, also bezüglich der Wirecard AG? Wann das erste Mal?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Da müssten Sie mir das Wort „Prüfungen“ präzisieren.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also die in Ihren Tätigkeit- - Überwachung, Prüfungen, dass also tatsächlich die Wirecard sozusagen in Ihr Tätigkeitsfeld eingetreten ist.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Na ja, also letztlich eingetreten an jenem Montag, dem 18.02., wobei ich am Sonntag zuvor abends in meinen Blackberry geschaut habe und da ein, zwei E-Mails - mehr waren das nicht - gesehen habe, dass da etwas im Busch\* ist oder wahrscheinlich schon entschieden. Da wurde mir eine E-Mail weitergeleitet - ich meine, es war von Frau Roegele -, dass BoS eine positive Stellungnahme abgegeben hat in Bezug auf den Ban. Aber letztlich das ganze Ausmaß\* am Montag, nach Erlass des Bans.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich würde da noch mal nachfragen wollen. Wir hatten ja Herrn Kimmer hier, und in dem Zuge haben wir natürlich auch alles, was so Herr Kimmer im Hause kommuniziert hat, angeschaut. Und ich habe damals auch schon Herrn Kimmer mit einer Mail vom 5. Februar 2019 konfrontiert, nachzulesen auf MAT A BMF-4.33, Blatt 81. Und da erkundigte sich Herr Kimmer im Hinblick auf die Untersuchung von WA 23 im Zusammenhang mit den „Financial Times“-Artikeln bei Ihnen über Leerverkäufe in Aktien der Wirecard AG. Wie setzte sich dieser Austausch fort, bzw. stand da schon erstmalig dieses Leerverkaufsverbot für Sie im Raum, sozusagen wie der berühmte rosa Elefant?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nee, keineswegs. Also zunächst: Ich kann mich an diese E-Mail nicht erinnern. Aber auf jeden Fall in dem Zeitraum bis zum 15.02. wurde das überhaupt nicht in WA 25 diskutiert.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wir legen Ihnen die mal vor.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, legen Sie sie mir vor.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge liest in diesen Unter-  
lagen)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Schauen Sie sich die in Ruhe an.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Kann ich mich nicht mehr dran erinnern. Aber gut, ich nehme das zur Kenntnis.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber das sind Sie? Ich sage jetzt mal, es gibt jetzt keinen Namensdoppelgänger in der BaFin?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das kann ja auch alles sein. Ich habe auch schon ganz viele Dinge erlebt.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nee.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, insoweit frage ich da auch noch mal nach.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nein, aber ich kann mich - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber Sie können sich an diesen Austausch mit Herrn Kimmer - -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ich kann mich daran nicht mehr erinnern; das tut mir leid.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Das nehme ich so dann zur Kenntnis. - Es gibt noch auf MAT



## Nur zur dienstlichen Verwendung

A BayStMJ-2.CD.14.02, Blatt 30 ff. einen Vermerk der Oberstaatsanwältin Bäumler-Hösl über ein von ihr mit dem Rechtsanwalt Enderle der Kanzlei Bub Gauweiler & Partner geführtes Telefonat, in dem dieser ihr mitgeteilt habe, Bloomberg hätte 6 Millionen Euro - das ist ja heute schon sehr oft und auch schon im Vorfeld thematisiert worden - von Wirecard gefordert und würde sich gegebenenfalls eben - - Wenn die nicht gezahlt werden, gibt es eine negative Berichterstattung. Zudem würde „eine weitere Attacke auf Wirecard befürchtet“.

Die Staatsanwältin ließ der BaFin diesen Vermerk am 15. Februar ja dann zukommen; das haben wir auch schon alles hier diskutiert, auch auffindbar auf MAT A BayStMJ-2.CD.14.02, Blatt 36. Ab wann hatten Sie Kenntnis bzw. Ihr Referat Kenntnis von diesem Fax? Können Sie das - -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Zunächst mal zu meiner Person: Ich meine, ich habe erst dieses Fax gelesen - - Man muss da vielleicht auch unterscheiden zwischen Kenntnis und mal wirklich das Fax gelesen haben.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, na klar.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Zunächst mal: Gelesen habe ich das, glaube ich, das erste Mal im letzten Sommer, als wir im Grunde konfrontiert waren mit den vielen Kleinen Anfragen Ihrer Kollegen, auch Ihren, und das Ganze aufgearbeitet haben. Da habe ich es das erste Mal gelesen, jedenfalls soweit ich das erinnere.

Kenntnis davon, dass es so etwas gibt, Sonderwissen der Staatsanwaltschaft, habe ich erlangt im Grunde in dieser Woche, als ich wieder im Büro war, ab dem 18., wobei mir keine richtigen Details gesagt wurden. Es hieß nur, die Staatsanwaltschaft München hat Sonderwissen in Bezug auf Wirecard; deshalb habe die Hausleitung auch den Ban erlassen.

Ich habe dann auch gefragt: Was ist denn das? - Ja, in der Tat würde, ohne dass da Details genannt wurden, Wirecard bedroht, erpresst, wobei

ich den genauen Wortlaut jetzt dieser Worte, die man verwendet hat, nicht mehr im Kopf habe.

Jetzt haben Sie aber auch das Referat angesprochen. Ich denke, dass Frau Geilfus, die ja an diesem Wochenende dann Dienst tat, da detailliertere Kenntnisse hatte. Aber ich weiß nicht, ob man ihr das Fax wirklich gezeigt hat oder ob man ihr wirklich auch im Wortlaut oder jedenfalls sehr detailliert den Inhalt geschildert hat.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann schaue ich zu den Kollegen der CDU/CSU, und dann macht Matthias Hauer weiter. Bitte schön.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Bußalb, vielen Dank, dass Sie da sind heute und unsere Fragen beantworten. - Ja, da ist man bei der BaFin, und dann gibt es so ein Leerverkaufsverbot, was wahrscheinlich einmal im Leben vorkommt. Und dann ist man der Zuständige, und dann sind Sie beim Zahnarzt. Also, das ist ja schon erstaunlich. Und dann genau in dem Zeitraum. Haben Sie sich da nicht gewundert, dass man Sie da nicht irgendwie trotzdem mal angerufen hat oder vielleicht mal - - Ich sage mal, Sie sind ja Fachmann in dem Bereich, habe ich jetzt auch Ihrer Vita natürlich entnommen. Haben Sie sich da nicht gewundert, dass man Sie da jetzt - - Sie haben ja gesagt: Ich wurde nicht informiert.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, zunächst mal ist es so, dass - - Man hat ja einen Vertreter, eine Vertreterin, und ich kann mich eigentlich jederzeit, wenn ich nicht da bin, auch auf die Kompetenz von Frau Geilfus verlassen. Das ist so mal der eine Strang.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das ist Ihre Vertreterin, die Frau Geilfus.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Sie ist meine Vertreterin in jedem Bereich. Das ist so mal der eine Strang.

Der zweite Strang ist, dass natürlich Frau Roegele jederzeit auch jetzt die Kompetenzen der Referatsleiterinnen, Referatsleiter an sich ziehen kann, ob die jetzt da sind oder nicht da sind; das



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ist ihr gutes Recht oder war ihr gutes Recht. Also, das ist möglich.

Und so der dritte Strang, was mir auch so ein bisschen auch hinterher schon gewahr wurde: Dieses Sonderwissen der Staatsanwaltschaft sollte jedenfalls zu dem Zeitpunkt, als diese Maßnahme ja im Gange war, auch sehr begrenzt bleiben und auch hausintern nicht gestreut werden, das Fax nicht weitergegeben werden zum Beispiel. Und damit habe ich mir dann letztlich erklärt, dass man mich nicht ins Büro geholt hat.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also hat in dem Fall entschieden die Frau Roegele.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, mir wurde im Nachgang gesagt, Frau Roegele hätte bereits am Freitag das Heft in die Hand genommen oder hätte jetzt gesagt, sie macht das jetzt. Das ist vom Hörensagen. Ich kann es - - war nicht dabei.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das heißt, die Entscheidung ist dann am Freitag gefallen.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, wohl im Laufe des Freitags. Jedenfalls war immer, was man mir gesagt hatte, auch Voraussetzung, dass die ESMA auch zustimmt, zustimme. Aber es bahnt sich ja so was dann an, und es hat sich dann eben so ab Freitag dann in diese Richtung entwickelt. Wann die Entscheidung getroffen wurde, kann ich nicht sagen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. - Und wie war jetzt die Einbindung von der Frau Geilfus, die Ihre Vertreterin ja war?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gut, die hatte freitags Dienst und - - Jetzt verstehe ich nicht, was Sie unter Ein-

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ich will jetzt wissen: Hat quasi - - Sie hatten gesagt, Frau Roegele hat das Heft in die Hand genommen. Das war Ihre Begrifflichkeit. Hat sie quasi das zur Chefsache gemacht und hat gesagt: „Ich kümmere mich jetzt“? Oder hat die Frau Geilfus da quasi Vorbereitungsarbeiten gemacht? Oder was hat die Frau Geilfus genau gemacht?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, so wie ich - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Dass die Frau Roegele entschieden hat, habe ich verstanden. Aber was hat Frau Geilfus als Ihre Vertreterin gemacht?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gut. So wie man mir das gesagt hat und ich dann später den Akten entnommen hatte, hat sie dann im Grunde, ja, die Sache ausgeführt. Ich meine, da ist ja eine Menge Arbeit auch zu verrichten. Man muss sich erst mal Gedanken machen, eventuell auch kritische Gedanken: „Geht das?“, also sich dann auch mit der Hausleitung ins Benehmen setzen. Dann muss man die Subsumtion vornehmen, die Dinge abwägen. Das sind ja erst mal Gedankenprozesse, die sie dann als Vertreterin wohl gemacht hat.

Dann muss man das Ganze ja langsam mal anfangen zu Papier zu bringen, wenn das idealerweise am Montag in Kraft treten soll, dann die ganzen Austausche mit der ESMA vorbereiten, das BMF wohl informieren. Ich habe erfahren, dass es da auch Austausch mit dem BMF gab, auch mit der Bundesbank.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das haben wir auch bei Twitter gelesen, ja. - Das war nur eine Bemerkung am Rande, Entschuldigung. Führen Sie gerne fort.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, diese ganzen Dinge, die müssen ausgeführt werden. Das macht in der Re- - macht eigentlich die Leitung nicht. Aber da ist natürlich enger Austausch dann mit Frau Roegele. So stellte ich mir das vor oder stelle ich mir das vor. Ja, diese ganze Betreuung hat sie gemacht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das heißt, sie hat das umgesetzt, sage ich jetzt mal, das Leerverkaufsverbot.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Mhm.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. - Die Umsetzung passiert ja sozusagen nach der Entscheidung: Wir machen es. - Danach muss es ja umgesetzt werden. Aber mich interessiert jetzt noch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mal der Prozess hin zur Entscheidung, wer da Vorarbeiten geleistet hat. Was muss da vorher gemacht werden, vor so einem Leerverkaufsverbot? Welche Analysen, welche Daten werden gesichtet? Können Sie das noch mal darlegen?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gut, also, so wie ich das gesehen habe in den Akten, wurden im Grunde ja die Kursentwicklungen in Bezug auf die Wirecard-Aktie ab Februar herangezogen. Da gab es Kursrutsche, da gab es starke Volatilitäten.

Vor allem hat man aber auch - und das Sonderwissen hat letztlich nur die BaFin - die Netto-Leerverkaufspositionen herangezogen. Die haben sich aufgebaut bis zum 15. Also, ich denke, da kann kein Zweifel darüber bestehen.

Die Kollegen haben sich - so haben sie es mir gesagt, und das habe ich den Akten entnommen - mit WA 23 kurzgeschlossen. Letztlich wurden sie da informiert, dass da eben Sonderwissen der Staatsanwaltschaft vorhanden ist.

Dann hat man auch sich an diesen Ablaufplan, den wir in der Tat als vorbereitet - den wir in der Schublade haben - - Den hat man herangezogen, haben die Kollegen herangezogen, geschaut: Wer ist zu beteiligen? Unter anderem die Bundesbank, jetzt nicht de jure - das möchte ich an der Stelle betonen -, aber aufgrund des Ablaufplans, dass man da noch mal eine Stimme hat. Und dann die ESMA-Stationen sind abzuarbeiten.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Für das Leerverkaufsverbot ist WA 25 zuständig und nicht WA 23, richtig?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** So ist es. Das ist getrennt. WA 23 macht die Marktmanipulationen, wir haben die Leerverkäufe.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm. - Wissen Sie, wie die Position der Bundesbank zu dem Leerverkaufsverbot war?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, ich habe gelesen, jetzt nicht nur in der Presse, dann auch in den Kleinen Anfragen und auch dann in den

Antworten und das, was veröffentlicht wurde, dass die Bundesbank da kritisch eingestellt war.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. Wissen Sie, ob das der ESMA mitgeteilt wurde, diese kritische Einstellung?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das weiß ich nicht.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. Ich kann es Ihnen sagen: Es ist nicht mitgeteilt worden. - Die Zeiten nach dem Leerverkaufsverbot, nachdem das erlassen wurde: Wie geht man dann damit um? Da waren Sie ja dann wieder im Einsatz. Da gab es ja vorher auch, ich sage mal, Mailverkehr. Was passiert jetzt nach dem Zeitpunkt, wo es ausläuft? Wird verlängert, oder wird nicht verlängert? Wie ist das gelaufen, der Prozess?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, man muss vielleicht eins sehen: So schnell - - Wir hatten ja eine Frist oder ein Geltungsdatum des Bans bis hin zu Ostern, also zwei Monate. So schnell haben wir jetzt nicht über die Zeit nach Auslaufen nachgedacht. Im Grunde waren wir erst mal in der Tat befasst, im Tagesgeschäft die Presseanfragen abzuarbeiten, auch die vielen, vielen Anfragen der Marktteilnehmer, wie sie sich jetzt im Grunde zu verhalten haben.

Es ist ja jetzt kein Leerverkaufsverbot erlassen worden, sondern im Grunde - - Im Rahmen der Verhältnismäßigkeit sind wir da eine Stufe drunter, im Grunde, dass NLP-Positionen nicht weiter begründet oder aufgebaut werden sollen. Und das ist eine diffizile Geschichte. Da kann ich ja long gehen, oder ich kann short gehen - jetzt ganz vereinfacht -, wenn ich gleichzeitig long gehe, eventuell auch noch durch Derivate irgendwie verwendend.

Also diese Dinge haben wir in der Tat intensiv erst mal, ich würde sagen, die ersten beiden Wochen in der Hotline, aber auch viele Anrufe außerhalb der Hotline - ich weiß, es gab auch E-Mail-Verkehr dazu - mit den Marktteilnehmern abgearbeitet. Der Ban stand erst mal.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das wundert mich eben, dass - - Ich glaube Ihnen das, dass Sie da zwei Wochen gerödelt haben, intensiv. Und da wundert es mich halt, dass das Verbot so von Freitag auf Samstag irgendwie zustande gekommen ist und Montag in Kraft getreten ist, morgens. Und das, was Sie gerade beschrieben haben, hätte das nicht eigentlich davor stattfinden müssen, vor Erlass des Verbots, also dass man sich da intensiv die Analysen, die Netto-Leerverkaufspositionen anschaut, dass man das noch mal mit der Bundesbank rückkoppelt? Also, ich stelle mir das einfach sehr umfangreich vor. Wieso hat man das nicht davor gemacht?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gut. Also, meines Wissens musste es eben ab Freitag - jetzt in Anführungszeichen - sehr schnell gehen, weil man im Haus dieses Sonderwissen der Staatsanwaltschaft - das wurde auch immer wieder betont - sehr ernst genommen hat, sich drauf verlassen hat, es glaubhaft befand, sodass zum Beispiel Dinge wie die Anhörung der Allgemeinverfügung oder sich intensiv mit der Bundesbank auszutauschen, in den Augen der Kollegen - und ich kann nur für die sprechen - da zurücktreten mussten und letztlich auch dies rechtlich vor diesem Hintergrund auch so sein durfte.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Na gut, ob das rechtlich so sein durfte, ist jetzt eine Einschätzung; die teile ich jetzt nicht. Ich halte schon das Leerverkaufsverbot für falsch und glaube auch, dass das auf rechtlich sehr wackeligen Beinen steht, wenn das auf Zuruf der Staatsanwaltschaft dann irgendwie die BaFin entscheidet. - Wissen Sie, warum man sich bei der BaFin nicht mal irgendwie die Akte hat kommen lassen von der Staatsanwaltschaft?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Das ist der Beritt von WA 23. Die sind da die Spezialisten. Die haben da die engen Kontakte zur Staatsanwaltschaft. Das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, für die Staatsanwaltschaft ist Kontakt WA 23 und für das Leerverkaufsverbot zuständig WA 25.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Genau. Weil ja - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Die sprechen dann im Idealfall irgendwie miteinander.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, die Zuständigkeiten sind getrennt, und Marktmanipulation ist eben ausschließlicher Beritt von WA 23. Und ich denke, die Kollegen und ich, wir haben zunächst mal den Kollegen der 23 auch zu vertrauen, wenn die sagen, dass da, ja, glaubhafte Tatsachen oder glaubhaftes Wissen der StA uns zugänglich gemacht wird und dass wir dann prüfen sollen, ob wir da nicht reagieren können.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Haben denn die Kollegen von WA 23 dann der Staatsanwaltschaft gesagt: „Wendet euch mal an WA 25, weil die sind ja für das Leerverkaufsverbot zuständig“, oder wie ist das gelaufen?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nicht dass ich wüsste, nein, dass da was - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Weil das ist ja dann so ein bisschen stille Post, wenn - - Weil vorhin Frau Schierhorn hat uns gesagt, WA 23, Marktmanipulation - - Also, mit Leerverkaufsverboten haben die - - hat das gar nichts zu tun, Marktmanipulation, mit Leerverkaufsverbot. Und jetzt sagen Sie uns, was ich Ihnen auch glaube, WA 23 korrespondiert halt mit der Staatsanwaltschaft.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, WA 23 korrespondiert mit der Staatsanwaltschaft, WA 25 nicht, und die StA wurde auch nicht an uns verwiesen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Können Sie noch mal was zu dem Kontakt zur BaFin sagen - nicht BaFin, sorry -, zum BMF sagen, was Ihnen da bekannt ist?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber gut, trinken Sie erst mal ruhig einen Schluck. Könnte länger werden heute.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, mir ist bekannt, was mir Frau Geilfus berichtet hat, auch im Nachgang, und was ich auch in den zahllosen Kleinen Anfragen dann gelesen habe, auch natürlich von ihr ausgearbeitet, dass es an jenem Wochenende, ohne dass ich jetzt den genauen - - die genaue Uhrzeit weiß, da auch auf Fachebene, also WA 25, mit Kollegen im BMF Austausch gab. Aber was die detailliert besprochen haben, das kann ich Ihnen nicht sagen. Das weiß ich nicht. Also, es ist dann wohl auch sehr schnell eventuell auch auf Leitungsebene katapultiert worden. Aber da kann ich nur spekulieren.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber man spricht doch bestimmt nachher noch mal darüber, ob das jetzt so eine gute Idee war. Wenn man so ein heftiges Verbot, so eine heftige Maßnahme erlässt, dann kommt da auch ein großes mediales Interesse. Dann stellt man sich doch wahrscheinlich die Frage: Sollen wir es wieder zurücknehmen? Oder sollen wir es vielleicht sogar verlängern? - Also, das würde mich noch interessieren.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gut. Also, zunächst mal ist die Entscheidung getroffen, und die halte ich auch für vertretbar in Bezug auf den damaligen Zeitpunkt, Zeitraum. Dass wir jetzt viele andere Fakten hier auf dem Tisch haben - und deshalb sitze ich ja auch hier -, das ist ja klar. Aber im Grunde die Tatbestandsvoraussetzungen des Artikel 20 und auch der Durchführungsverordnung, die haben ja schon so ein bisschen eine Einschätzungsprärogative in die Zukunft gehend. Das geht ja gar nicht anders.

Man hat ja, wenn man eine Entscheidung für die Zukunft trifft und wenn man eine Ermessensentscheidung trifft, ja oft - - nie alle Tatsachen, wie wir sie jetzt haben, auf dem Tisch. Also, so ein bisschen so eine Einschätzungsprärogative, die haben wir da. Und das ist ja auch das, was ESMA und der europäische Gesetzgeber uns auch zubilligen.

Und die Gründe, die wir anbrachten, die halte ich - immer mit der Brille des damaligen Zeitpunkts, und auf das kommt es ja allein an - für vertretbar. Und dann überlege ich nicht gleich am Montag, Dienstag, Mittwoch, selbst wenn es

eventuell Gesichtspunkte gibt, die man auch anders sehen kann - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Nicht am Montag, Dienstag, aber vielleicht einen Monat später, wenn man zum Beispiel schon sich überlegt, wie man das Auslaufen gestaltet. Da könnte man ja vielleicht auch drüber nachdenken, ob man dann es nicht einfach zurücknimmt, wenn man schon drüber nachdenkt: Wir lassen es auslaufen.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Na gut, es gab jetzt im engeren Sinne keine Gründe, das vor Auslaufen zurückzunehmen. Also, einmal hatten wir, um mal die Seite zu betrachten, drei Widersprüche, also jetzt im Rechtssinne, davon einer etwas ausführlicher. Die Marktteilnehmer haben sich da, was die Kritik angeht von einigen wenigen, doch sehr zurückgehalten, haben das akzeptiert.

Und zum Zweiten wurden keine Gründe vorgebracht und jetzt wirklich keine stichhaltigen, konkreten Gründe, die wirklich so stichhaltig sind, dass sie unsere Begründung umgestoßen hätten, zumal ja - das wäre auch schwer geworden - dieses Sonderwissen, was die StA uns gegeben hat, eben bei uns war. Und da wäre es schwer gewesen, das dann irgendwie von außen infrage zu stellen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wenn da jetzt nicht die Oberstaatsanwältin anruft, sondern vielleicht nur der Staatsanwalt, wäre das ein Unterschied gewesen?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Das müssen Sie WA 23 fragen. Also, das kann ich - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Oder wenn ich da jetzt anrufe und sage: „Ich habe da was gehört; da ist was im Busch“ und ich - -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gut, also, dann würde ich Sie erst mal bitten, konkret das irgendwie zu belegen oder -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Sehen Sie! Genau darauf wollte ich hinaus.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** - konkrete Aus- -  
Zumindest - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das hätte ich nämlich auch gemacht. Ich hätte gesagt: „Belegen Sie mir das bitte“ und nicht: „Rufen Sie mir das am Telefon durch“.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gut, wir hatten keinen Kontakt mit der Staatsanwaltschaft in der 25. Deshalb kann ich da jetzt nicht etwas in Bezug auf die Kollegen dazu sagen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. Nur, am Ende hat es ja WA 25 in Zusammenarbeit mit Frau Roegele irgendwie entschieden. Jedenfalls sind Sie zuständig, und dass natürlich die Chefin immer zuständig ist, ist auch klar. Aber das wäre eben meine Erwartungshaltung gewesen: dass man in der eigenen Zuständigkeit - und das ist ja BaFin-Zuständigkeit, das ist nicht Staatsanwaltschaftszuständigkeit -, dass man dann sich auch eine vernünftige Entscheidungsgrundlage - - und das auch noch mal prüft, ob da was dran ist oder nicht, und nicht auf telefonischen Zuruf so was entscheidet.

Sagen Sie mir noch mal bitte, nach Ihrem Aktenstudium, wie Sie das festgestellt haben, wann die Entscheidung genau gefallen ist: „Es gibt ein Leerverkaufsverbot“, zu welchem Zeitpunkt. - Also, es war an dem Freitag, haben Sie gesagt.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, ich gehe mal davon aus, dass es sich verdichtet - - Also, die interne, hausinterne Entscheidung Freitagnachmittag, -abend, aber immer noch abhängig von der Bedingung, dass die ESMA zustimmt. Und ich denke, das haben die Kollegen und auch Frau Roegele sehr ernst genommen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Die ESMA-Zustimmung. Da hat man drauf gehofft, nehme ich mal an, -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Na ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - weil man ja selbst das Leerverkaufsverbot wollte.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, ich denke, die Kollegen, Frau Roegele, haben gute Gründe vorgetragen, und die ESMA ist sehr wohl da in der Lage, da doch dem nicht einfach zu folgen. Die sind da sehr kritisch, sehr hinterfragend, können das sein. Und das ist kein Automatismus.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber Sie haben ja gesagt: Die ESMA hatte gute Gründe. - Aber hätte man die ESMA dann nicht zumindest über die Bedenken der Bundesbank in Kenntnis setzen müssen? Hat man ja nicht. Die hat man ihr vorenthalten. - Okay.

Weil meine Zeit jetzt langsam für diese Runde zu Ende geht, nur noch eine abschließende Frage zu einem ganz anderen Thema: Sie halten ja auch Vorträge. Ist das richtig?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, ich halte Vorträge.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Beim Management Circle. Ist das richtig?

(RA Dr. Matthias Dann: Ist das Gegenstand dieses Untersuchungsausschusses?)

- Ja, selbstverständlich. Sonst würde ich es nicht fragen. Also, ich wollte jetzt mich nicht fortbilden, aber - -

(RA Dr. Matthias Dann: Nein! Aber dieser Rückschluss ist auch nicht zwingend!)

Ich kann gerne, sodass es für jeden offensichtlich ist, direkt auch konkret fragen: Bei Ihren Vorträgen, die Sie halten, können Sie sagen, ob da auch mal Mitarbeiter von Wirecard dabei waren? Weil Sie haben ja hier - ich sehe hier: „Bildung für die Besten“ - zu allen möglichen Finanzthemen, Finanz- und Rechnungswesen usw. - -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Das sagt mir jetzt nichts. Also, ich habe im Management Circle das letzte Mal - - Das war anberaumt. Ich habe das meines Wissens aufgrund der Covidkrise dann



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gar nicht wahrgenommen. Da hätte ich in Bezug auf Sustainable Finance was vortragen sollen. Das habe ich dann nicht gehalten. Aber in der Tat, was wir gemacht haben: Wir haben im Bereich Directors' Dealings zum Beispiel - das habe ich selbst gehalten - den Emittentenleitfaden besprochen. Mir ist es nicht bekannt, dass sich da Wirecard-Mitglieder angemeldet haben.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das können Sie aber auch nicht ausschließen.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ich kann es auch nicht ausschließen, nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, hier sind ja als Schwerpunkte genannt bei Ihnen, auf dem Management-Circle-Angebot hier der „Top-Experte“ - so das Zitat -:

Der langjährige Mitarbeiter der BaFin ... verfügt über ... breite Erfahrung bei der Beaufsichtigung von Finanzdienstleistungsunternehmen, Finanzprodukten und des Kapitalmarktes - der Leiter des Referats für Handelsaussetzung, Leerverkaufsüberwachung ...

Und dann: „Schwerpunkte: Aufsichtsrecht ...“ Also, das sind ja schon Punkte, die jetzt mit Ihrer beruflichen Tätigkeit einfach auch eins zu eins einhergehen.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Mhm. Ja, ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, wenn ich jetzt bei Wirecard wäre und hätte so was - - Da würde ich mich erst mal bei Ihnen beim Seminar anmelden. Aber das können - - Aber, haben Sie jetzt gesagt, das können Sie nicht ausschließen.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ich bin nicht für die - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wann haben Sie denn - - Was haben Sie denn für Seminare da gehalten? Also, Sustainable Finance war eines. Was haben Sie - -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Das habe ich eben nicht gehalten. Das fiel aus. Management Circle - - Ich meine, es ist schon über zehn Jahre her. Da ging es damals noch um das Prospektrecht. Da habe ich was gehalten zu Verkaufsprospekten für Vermögensanlagen, meine ich - aber das ist schon weit zurück -, nicht mal zu Wertpapieren. Aber - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also aktuell jetzt nicht, die letzten fünf Jahre oder so.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nein, nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Weil Sie sind immer noch auf der Homepage.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja. Ach ja - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut, dann haben wir das auch geklärt.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Das Netz vergisst nie, ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Dann leite ich jetzt weiter, mache alle Kollegen darauf aufmerksam: Wir haben jetzt eine namentliche Abstimmung. Ich übergebe jetzt an Dr. Florian Toncar zum Fragerecht, bitte den Kollegen Michelbach, kurz zu übernehmen, und bin dann so in circa zehn Minuten wieder hier. Und alle Kollegen sollten jetzt sehen, dann zur Namentlichen zu gehen. - Danke.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Vielen Dank. - Herr Bußalb, vielen Dank für Ihre Auskünfte bisher. Ich bin über einen Begriff, den Sie mehrfach verwendet haben, ein bisschen gestolpert, nämlich „Sonderwissen der Staatsanwaltschaft“. Können Sie noch mal präzisieren, was Sie damit meinen? Was ist denn „Sonderwissen der Staatsanwaltschaft“ jetzt in Ihrem aufsichtlichen Kontext?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Na ja, jedenfalls war das jetzt Wissen, das nicht allgemein bekannt sein durfte und man auch nicht streuen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

durfte und das eben die Staatsanwaltschaft München WA 23 mitgeteilt hat, in welcher Form auch immer. Das meine ich damit.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja. Aber war das Sonderwissen der Staatsanwaltschaft gegenüber der BaFin oder gegenüber Dritten, also der Öffentlichkeit?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, Letzteres weiß ich nicht. Gegenüber der BaFin, so verstehe ich das.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, aber das - - Sagen wir mal so: Ich frage das deshalb, weil ja die Staatsanwaltschaft für die Strafverfolgung zuständig ist und die BaFin im Bereich der Finanzmärkte für die Gefahrenabwehr. - Wollen Sie sich beraten? Dann machen wir kurz - - Ja, bitte.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, also, ich verstehe das - - Wenn ich Sie richtig verstehe, war das eben Wissen, das die Öffentlichkeit nicht haben durfte, aber die BaFin eben schon. Und daher wurde uns das auch kanalisiert mitgegeben.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das hat jetzt die Beratung eben ergeben.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, damit ich da hier auf den Trichter komme. Letztlich ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das ist ein bisschen was anderes, als Sie vorher gesagt haben, aber in Ordnung. - Aber heißt das, dass die BaFin aus Ihrer Sicht das volle Wissen zu den staatsanwaltlichen Tätigkeiten - nenne ich es mal, weil ich das Wort „Ermittlungen“ in dem Zusammenhang für übertrieben halte -, zu den staatsanwaltlichen Ermittlungen hatte am 15., 16., 17., 18.02.? Oder hat die Staatsanwaltschaft gegenüber der BaFin Informationen auch nicht offenbart, die Sie abgefragt haben?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Das weiß ich nicht. Also, das weiß ich nicht, ob wir da - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aber - -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Es wurde uns wohl - WA 23 meine ich - eben der Inhalt dieses Faxes zur Kenntnis gegeben. Aber Weiteres darüber hinaus, das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Mich wundert nur, dass Sie dann immer vom Sonderwissen der Staatsanwaltschaft sprechen, wenn es eigentlich auch Sonderwissen der BaFin ist. Sie sind ja eigentlich von der BaFin. Es ist ja dann Ihr Aufsichtswissen letztlich.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, gut. Also, ich wollte damit sagen, dass es eben doch im engen Bereich gehalten wurde und die Öffentlichkeit auf keinen Fall davon erfahren durfte.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, gut. Aber das ist ja im Aufsichtshandeln jetzt normal, dass Sie nicht alles rausgeben, ganz im Gegenteil. Das machen Sie auch sonst. Also, deswegen finde ich schon ein bisschen überraschend, dass hier von Sonderwissen die Rede ist.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Dann habe ich mich nicht richtig ausgedrückt.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, Sie haben ja den Begriff sozusagen ein bisschen eingeführt. - Haben Sie, nachdem die Handelsüberwachungsstelle der Frankfurter Wertpapierbörse Ende Februar den Bericht an die BaFin geschickt hat - dessen Kernaussage war: keine auffälligen Short-Positionen vor der Berichterstattung, sondern danach -, haben Sie da nicht mal erwogen, die Maßnahme zurückzunehmen? Ich meine, damit ist der Maßnahme doch eigentlich die faktische Grundlage entzogen worden. Denn wenn die Positionen nach der Berichterstattung eingegangen worden sind, dann kann man über vieles spekulieren und ob da erpresst wird oder nicht; aber den Kontext zwischen Berichterstattung und Short-Positionen, der ist damit ja eigentlich zerstört.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, dieser Sachverhalt, von dem Sie reden, der wurde mir eigentlich letztlich bekannt - dass die HÜSt da was



## Nur zur dienstlichen Verwendung

mitgeteilt hat -, ich weiß nicht, dieses Jahr oder - - Jedenfalls im Herbst, bei Aufbereitung, zum damaligen Zeitpunkt wusste ich davon nichts.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wem hat denn - - Also, ich sage mal, die untersuchen: Gibt es Leerverkaufspositionen, und wann sind sie entstanden? - Wer in der BaFin um Gottes willen kriegt denn diese Information, wenn es nicht Ihr Referat ist? Wer ist denn noch näher an dem Thema dran als Ihr Referat?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, so wie ich es meine, hat das WA 23 bekommen. Aber man muss da unterscheiden: Die HÜSt hat ja wirklich nur Wissen in Bezug auf zum Beispiel Shortselling, Shortseller in ihrem kleinen Bereich; nehmen wir mal die Börse Frankfurt. Aber so das große Bild, „the bigger picture“, die NLP-Positionen - und das ist ja noch mal eine andere Hausnummer -, das hat allein WA 25. Und genau das haben wir ja herangezogen oder haben die Kolleginnen und Kollegen herangezogen beim Erlass der Leerverkaufsmaßnahme. Aber das Wissen der HÜSt, sei es jetzt auch an WA 23 dann kommuniziert, das ist ja wirklich nur ein kleiner Ausschnitt, untergeordnet.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ich würde Ihnen gerne was vorlesen. Und zwar im Zuge der sozusagen Berichterstattung dann ans Parlament. Im Juli 2020, also vor noch nicht so langer Zeit, gab es ja unheimlich viele E-Mails, die da auch bei Ihnen verschickt worden sind. Ich kann sie Ihnen auch gleich geben, aber ich lese sie gerne erst mal vor, damit auch alle wissen, was da so geschrieben wurde. MAT A BMF-4.22, Blatt 156 - da schreibt erst Frau Geilfus an Frau Schlothauer, und Sie sind cc gesetzt -:

Hallo Frau Schlothauer ...

- usw. usf. -

Alleine aus den NLP

- Nettoleerverkaufspositionen -

lässt sich kein Eingreifen aus Leerverkaufssicht begründen. Daher ist die angedachte Visualisierung schwierig. Auch weil in 2019 die Anstiege der NLP

- Nettoleerverkaufspositionen -

gerade nicht vor dem Bericht, sondern danach waren. Dies sieht man aus dem Chart.

Ich gebe es Ihnen gerne, wenn Sie es noch mal lesen wollen. - Sie haben mir jetzt eben in Antwort auf meine Frage nach der Handelsüberwachungsstelle gesagt, dass es noch mehr gab. Aber wenn ich jetzt mal das nehme, was in Ihrer Behörde vorhanden war, dann hat sich da kein anderes Bild ergeben zu dem, was ich Ihnen gerade vorgelesen habe. Deswegen würde ich gerne wissen, ob Sie vielleicht da noch mal präzisieren wollen, wie Sie das mit der Chartentwicklung und den Netto-Leerverkaufspositionen jetzt vielleicht doch noch mal etwas präziser ausdrücken möchten.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Was die HÜSt da genau geschickt hat - - Ich habe den Bericht nicht gelesen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Und hier wird ja in der Tat Bezug genommen darauf, dass die NLPs sich ja wohl anscheinend - so wird es hier aufgeführt, wenn ich es richtig vernommen habe - eben erst nach dem HÜSt-Report aufgebaut haben. Das spricht ja gerade dafür dann, dass der Ban zumindest vertretbar ist.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein, nein, nicht nach dem HÜSt-Report, sondern nach dem „FT“-Bericht. Das, was Sie gerade gesagt haben, ist, dass WA 25 einen breiteren Blick hat als die Handelsüberwachungsstelle.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Mhm.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Und in den E-Mails, wo Sie mit dabei waren, wird aber ausgeführt, dass auch aus diesen Informationen bei WA 25



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sich sozusagen ergibt, dass die Anstiege der Netto-Leerverkaufspositionen insgesamt nicht vor, sondern nach den „FT“-Berichten waren. Das ist doch ein Widerspruch zu dem, was Sie gerade gesagt haben. Und jetzt frage ich Sie: Wenn das der Kenntnisstand der BaFin war, dass WA 25 gewusst hat, die Positionen sind erst hinterher angestiegen, warum ist die Maßnahme dann nicht unverzüglich zurückgenommen worden?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Na ja, also, das ist so eine Gemengelage. Im Grunde gab es die negative Berichterstattung. Und sukzessive haben sich die NLPs erhöht. Es gab die Kursrückgänge, Abstürze, die Volatilitäten. Und das haben eben die Kolleginnen herangezogen als Bild, mit der damaligen Brille auf, diesen Ban zu erlassen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, aber acht Wochen dann halt mal stehen lassen und nix gemacht, obwohl man hinterher ja doch auch durchaus genauere, genaue Analysen hatte.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gut, man muss ja auch schauen - - Man muss ja - - Man kann ja da nicht - - Wann würden wir dann den Ban aufheben? Nach zwei Wochen? Drei Wochen? Man muss auch gucken: Gibt es noch irgendwie Anhaltspunkte für Short-Attacken? Gibt es die nicht?

Jedenfalls, wenn ich es richtig verstehe, hat WA 23 da auch noch ermittelt. Und das war wohl auch ein Grund, warum wir den Ban, wie Sie sagen, erst mal stehen gelassen haben. Der war eben in Kraft, rechtlich.

**Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach:** Okay, vielen Dank. - Ich rufe den Herrn Dr. Zimmermann von der SPD auf.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Guten Abend! - Ich würde gerne mit Ihnen noch mal die ganze Geschichte mit der Frau Quadir durchgehen, weil das - - Ich habe den Eindruck sozusagen, das kam als - - Sie war ja auch hier, groß gefeiert worden ihr Auftritt

hier. Kritische Nachfragen sind da mir sehr negativ ausgelegt worden. Aber ich habe mich gefragt - vielleicht können Sie das noch mal ein bisschen erläutern -: Wie lief das genau ab? Wie sind Sie sozusagen an den Vorgang drangekommen?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Mal gucken.

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Wenn ich mich richtig entsinne, gab es ja am 15. Februar 2019 eine E-Mail von der Frau Quadir an die Frau Roegele, in welchem sie um ein Gespräch bittet, sehr allgemein gehalten, und im Grunde der Short Sale Ban thematisiert werden möge - und nur das. Und sie würde ganz gerne ihre „formal position on the short sale ban“ hier mit ihr besprechen. Und ich meine, da hat sie auch schon irgendwie gesagt, sie sei da und da in Frankfurt oder zumindest in der Nähe.

Und das wurde dann über die Frau Linden an mich runtergegeben, mit der Bitte: Wie sollen wir darauf reagieren? - Ich habe mir das dann angeguckt, und in der Tat waren wir natürlich gleich der Auffassung: Auf jeden Fall soll sie da, wenn sie eine bestimmte Position hat oder auch Informationen hat, die uns geben. Aber die Leitung, meine Vorgesetzten, waren auch sehr, sehr kritisch oder auch, ja, letztlich ablehnend in Bezug auf ein Einzelgespräch, weil wenn wir da den Ban und das, was zu ihm führte, mit ihr besprechen sollen, dann sind wir sehr schnell im Bereich der Verschwiegenheitspflichten, der rechtlichen Verschwiegenheitspflichten. Und daher wurde an dieser Stelle dann ein Gespräch abgelehnt.

Aber auf jeden Fall - und ich habe das ja gleich am Anfang der E-Mail verortet - habe ich drum gebeten, dass sie uns Informationen gibt. Und am 26.02., einen Tag später, habe ich das schon versandt, nachdrücklich um Informationen gebeten.

Und Frau Quadir hat - ich meine, am selben Tag - auch geantwortet und auch Verständnis gezeigt für die Verschwiegenheitspflicht und in Aussicht gestellt, dass sie in der Tat da noch mal, ja, was



## Nur zur dienstlichen Verwendung

liefern wird, Informationen liefern wird, hat an der Stelle auch nichts Konkretes zu Wirecard angeboten, keinerlei Hinweise.

Und dann kam eben - - Dann ging noch mal geraume - - etwas Zeit ins Land. Doch am 15.03., meine ich, ja, kam dann eben noch mal eine E-Mail und auch, ich meine, die Verlinkung mit dem Brief.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Mhm. Was war, sage ich mal, Ihre Auffassung damals zu diesem ganzen Vorgang? Also, wie haben Sie das empfunden?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Na ja, man guckt natürlich zunächst mal auch mit der juristischen Brille drauf: Ist das Ganze als Widerspruch zu werten zum Beispiel? Da ist die E-Mail - - Gut, die vielleicht noch nicht, aber der Brief. Und das haben wir dann doch sehr schnell verworfen, habe ich auch mit Frau Linden besprochen. Also, einmal gibt es da keine Wörter, die darauf hindeuten, wie „I oppose to“ oder - - Auch die Form, dass sie das wirklich ins Internet stellt, ist jetzt nicht typisch für einen Widerspruch. Aber letztlich: Sie war ja in WA 25 - oder vielmehr ihr Fonds da - völlig unbekannt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Und hatten Sie den Eindruck, dass die Frau Quadir quasi einfach das - - Ich meine, wenn man den Brief dann liest: Das ist eine sehr lange Abhandlung, warum sie eben der Meinung ist, dass ein „short selling ban“ die falsche Entscheidung ist, also dass sie das quasi eher so eben einfach sagen wollte: Also, ich halte es für eine falsche Entscheidung, und das hat auch negative Auswirkungen auf meinen - - auf die Effizienz am Kapitalmarkt usw. Oder hatten Sie den Eindruck, dass sie quasi als Whistleblowerin Informationen an Sie geben wollte in dieser Sache?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ich hatte überhaupt nicht den Eindruck - weder bei ihren E-Mails noch bei ihrem Brief -, dass sie sich als Hinweisgeberin, als Whistleblowerin, hier outen will. Es gibt keinerlei Anhaltspunkte.

Sie schreibt in der Tat sehr viel auch in Bezug auf die wirtschaftlichen guten Zeiten\* der Leerverkäufer, die ich auch allgemein gesprochen unterstreiche. Also, ich sehe in der Tat das Positive darin in Bezug auf Liquidität, Markteffizienz, Preisbildung. Aber hier in Bezug auf Whistleblowing oder konkrete Hinweise in Bezug auf die Vorstände von Wirecard oder, wie ich später in der Presse gelesen habe, dass sie gegebenenfalls Geldwäschehinweise hätte geben wollen: Also, ich kann da nichts finden.

Sie schreibt ja - ich kann da vielleicht mal zitieren, zum Beispiel Seite 1 -:

However, the purpose of my correspondence is not to discuss the many reasons my fund is short Wirecard.

Na ja, ich hätte mir dann schon gedacht: Wenn ich Whistleblower bin - - Gut, ich muss jetzt vielleicht nicht sagen, ich bin jetzt zu dem und dem Zeitpunkt short, aber ich habe doch hier gewichtige Gründe, warum ich short bin; denn bei Wirecard ist a), b), c), d) im Argen.

Und dann auch gegen Ende schreibt sie - und das hört sich für mich doch sehr wie Mutmaßung an -, also auf Seite 14:

In this letter ... enforcement to Wirecard because the company may be lying, misleading the markets, and taking advantage of its investors. It may be an unbridled unprecedented abuse of public trust ...

Also, ein Hinweisgeber, der sagt: „is lying because first, second, third“. - Und das fehlt hier.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wie wäre, sage ich mal, wenn sie damals - quasi in der ersten Kontaktaufnahme an Frau Roegele - - wenn sie da geschrieben hätte: „Hello, I am a whistleblower“, wäre das dann - - Hätte das einen anderen Prozess ausgelöst?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, auf jeden Fall. Also, ich denke auf jeden Fall, dass wir dann



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nachgefragt hätten: Was sind denn Ihre konkreten Anhaltspunkte, die Sie haben? Können Sie die benennen? Bitte benennen Sie die; wir brauchen die, was es auch immer ist. - Und wenn wir nicht zuständig sind, dann geben wir das weiter.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wie endete sozusagen Ihre Brieffreundschaft mit Frau Quadir?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gut, also, wir sind dann hausintern nach Veröffentlichung des Briefs zur Auffassung gekommen, dass wir in der Tat den Brief bestätigen, den Eingang bestätigen, aber dass es nicht angebracht ist, jetzt noch mal drauf hinzuweisen, konkrete Informationen zu liefern. Ich denke, so professionell ist sie natürlich.

(Im Sitzungssaal ertönt eine Lautsprecherdurchsage)

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ich warte kurz.

**Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach:** Sie können weiterfahren.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Jawohl, wird gemacht, Herr Vorsitzender. - Also, Sie haben dann - - Sie haben sozusagen - - Es ging dann nicht mehr weiter. Also, das heißt, es hätte ja auch sein können, dass sich Frau Quadir - - Also, hat sie sich noch mal danach an Sie gewandt?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, also, ich meine, es war dann - - War das Ende 2019? Jetzt muss ich überlegen. - 2020, glaube ich, gab es noch mal über den „Aktionär“ - -

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

Ja, im Juli 2020 kam über die - - über unsere Abteilung „Kommunikation“ eine Anfrage. Da hat sich Frau Quadir wohl an den „Aktionär“ gewandt, und „Der Aktionär“ hat sich dann an K gewandt und K an mich. Und darin wird ausgeführt vom „Aktionär“ oder von den Redakteuren, dass Frau Quadir nie eine Antwort

erhalten hätte auf ihre Eingaben bei der BaFin. Also, ich meine, es war sehr allgemein gehalten.

Und dann habe ich an unsere Kommunikationsabteilung nach Sichtung der Akten zurückgeschrieben, dass wir in der Tat doch Korrespondenz mit Frau Quadir hatten. Also, sie hat auf jeden Fall hier auch eine Antwort von mir oder von der BaFin erhalten. Das war, glaube ich, das einzige Mal dann noch, indirekt letztlich.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Indirekt. Also, ich glaube, das kann man zumindest mal auch an den - - Uns liegen ja sowohl Ihre E-Mail-Korrespondenzen, der Brief, die Weitergabe an Sie - - Also, das liegt uns ja alles vor. Und so wie ich das - - So wie Sie es ja jetzt auch noch mal geschildert haben - also sprich: Frau Quadir hat sich direkt an Frau Roegele gemeldet -: Das ist intern an Sie weitergegeben worden. - Sie haben, finde ich, auch sehr freundlich ihr geantwortet und sie aufgefordert, gerne die Informationen zu schicken. Die Informationen sind geschickt worden. Sie haben es bestätigt, aber zu keinem Zeitpunkt ist - -

Also, ich habe auch - - Ich habe über - - Wir haben das auch noch mal sehr genau durchgeschaut, ob irgendwo das Thema Geldwäsche - - Weil das wird ja über die Presse kolportiert, ne? Also, Frau Quadir hat bei der BaFin sich gemeldet und wollte Infos zu Geldwäsche bei Wirecard loswerden. Und dann hat sie nicht mal eine Antwort bekommen. - Also, das ist irgendwie so die Story, die da draußen rumgeistert. Und ich habe den - - Ich sehe es wie Sie; nichts von den beiden stimmt. Also, Sie haben ordentlich geantwortet, haben sie eigentlich sogar auch noch ermutigt, Informationen Ihnen zukommen zu lassen, aber man sucht die Hinweise und das Thema Geldwäsche im Speziellen in den ganzen Unterlagen vergeblich.

Ist außer Ihnen - - Oder ist das dann irgendwie intern noch mal besprochen worden, der Vorgang? Oder hatten Sie da mit jemand anderem noch Kontakt dazu oder haben sich ausgetauscht?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, in Bezug auf den „Aktionär“ weiß ich es jetzt nicht genau, ob



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ich da mit Frau Linden noch mal gesprochen habe. Ich glaube, ich habe es ihr zur Kenntnis gegeben zumindest. Aber natürlich bei der Korrespondenz im Frühjahr 2019: Das ist in enger Abstimmung von meiner Seite mit Frau Linden erfolgt, und ich denke, die hat sich mit Frau Roegele abgestimmt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Gab es dann im Zuge sozusagen der Insolvenz und dann auch der Aufarbeitung, sofern es eben noch in den Untersuchungszeitraum fällt - - Ist das noch mal dann aufgearbeitet worden und intern noch mal irgendwo diskutiert worden, der Umgang damit?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, ich meine, wir mussten bei einigen Kleinen Anfragen da noch mal drauf eingehen. Mir fällt eine ein, wo wir noch mal Stellung genommen haben und wo Frau Linden und ich auf jeden Fall die Korrespondenz noch mal gesichtet haben, weil wir es ja auch nicht mehr so in Erinnerung hatten nach zwei Jahren - oder nach anderthalb.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber da ist dann auch - - Da sind Sie auch nicht - - Also, sozusagen, da haben nicht plötzlich die Alarmglocken geläutet, und man hatte so das Gefühl, man hat da eine Leiche im Keller.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Na ja, gut, es wurde ja sehr früh in der Presse, wie Sie auch zu Recht bemerkt haben, gesagt, sie hätte da - - sie ist Whistleblowerin, und sie hätte bestimmte Hinweise, zum Beispiel in Bezug auf Geldwäsche. Und natürlich habe ich geschaut: Habe ich was überlesen? Oder - - Aber nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, genau. Ich habe es - - Ich konnte es ja auch nicht finden. - Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke schön, Dr. Zimmermann. - So, jetzt wäre Die Linke dran. - Dann wären Bünd- -

(Abg. Fabio De Masi (DIE LINKE) betritt den Sitzungssaal - Dr. h. c. (Univ

Kyiv) Hans Michelbach  
(CDU/CSU): Ist schon da!

- Wow! Also, das ist - - Wir haben es abgesprochen. Das ist eine Punktlandung hier; da ist Herr De Masi. Das ist gut, prima. Lassen Sie sich Zeit. Sie sind jetzt dran, aber die Uhr läuft noch nicht. - Bitte schön.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen, vielen Dank. - So, ich muss mich jetzt kurz sortieren. - Herr Bußalb, sagen Sie mal, haben Sie denn Kenntnis davon erlangt, dass es an der Rechtmäßigkeit des Leerverkaufsverbots, also an der Rechtsgrundlage, Zweifel gab intern, innerhalb der BaFin?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, mir wurde mitgeteilt, dass man an jenem Freitag oder Wochenende auf jeden Fall die Tatbestandsmerkmale des Artikel 20, ja, durchaus kritisch beleuchtet hat.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Kritisch beleuchtet und im Zuge dieser kritischen Beleuchtung vielleicht auch sich nicht immer hundertprozentig sicher war, ob das rechtmäßig ist?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gut, ich meine, bei einer Ermessensentscheidung, die ja notwendigerweise den Blick auch in die Zukunft weist oder wo man nicht alle Tatsachen dahat, aber dennoch bestimmte Anhaltspunkte da sind - ich habe sie vorhin erwähnt -, muss man schauen, ob man eben als Jurist das auch sauber subsumieren kann.

Und ich denke, die Kollegen haben eine vertretbare Entscheidung damals getroffen, immer Blick auch\* damals. Dass das jetzt alles ganz anders aussieht, das ist - - das weiß ich.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Es gibt ja sehr klare Tatbestandsvoraussetzungen, also was die Frage von, ja, globaler Wichtigkeit von Finanzinstituten und Ähnliches angeht. Gab es denn da irgendeine Person, die nach Ihrer Auffassung - - Also, haben Sie mitbekommen, dass spezifische Personen, die in diese Entscheidungsprozesse einbezogen waren, da Zweifel geäußert haben?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Das ist mir nicht bekannt. Also, was ich sagen kann: Wenn man - - Wenn Sie zum Beispiel Bezug nehmen auf den Artikel 24 der Delegierten Verordnung, die ja so ein bisschen den Artikel 20 auch ausfüllen soll: Da wird zum Beispiel ESMA-seitig - und ich sehe das genauso, die Kolleginnen auch - - Das sind wie Regelbeispiele; das ist nicht abschließend.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Sie sagen, das ist nicht abschließend.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Das ist nicht abschließend. Man kann es eben auch weiter sehen. Also, ich mache ein Beispiel: Wenn da von dem - - Wenn da der Begriff, zum Beispiel Finan-

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich kenne die Diskussion. Nur - wenn ich kurz einhaken darf -: Ihnen ist also keine Unterlage der BaFin bekannt, in der die Auffassung vertreten wird, dass das eine abschließende Liste sei?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ist mir nicht bekannt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Fällt mir jetzt jedenfalls nicht ein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Weil wenn ich mich jetzt richtig erinnere - ich habe ja dann noch mal eine zweite Runde -, ist mir so eine Unterlage bekannt. Deswegen frage ich. - Okay.

Gab es denn - - Sie haben das vorher bereits teilweise beantwortet, aber gab es denn Widersprüche gegen diese Allgemeinverfügung?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Genau, es gab drei Widersprüche, wobei zwei wohl von letztlich derselben Person stammen oder - - eine natürliche Person und ihr Verein; also, ich würde die mal zusammenfassen. Und dann gab es eben noch einen Widerspruch eines Fonds, vertreten durch eine Großkanzlei.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau. Und wenn so ein Widerspruch ergeht, dann muss man sich doch sehr gründlich darüber Gedanken machen, wie man den beantwortet. Und können Sie das mal ein bisschen schildern, ob das auch erfolgt ist?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Genau. Also, ohne dass ich jetzt hier den Widerspruchsführer nenne - - Na ja, also, es wurde, glaube ich, in der Tat, meine ich, sehr schnell Widerspruch eingelegt nach Erlass dieser Maßnahme. Und dann kam nach geschlagenen sechs Wochen die Begründung, zwei Wochen vor Auslaufen des Bans.

In der Tat haben wir uns im Fachreferat - - Da gibt es ja zwei Stufen im Widerspruchsverfahren, einmal das Referat oder die Station, die abhilft oder nicht abhilft, und es gibt dann noch unser Rechtsreferat, ZR 2, das dem Widerspruch stattgibt oder nicht stattgibt. Und da haben wir uns Gedanken gemacht in Bezug auf die einzelnen Punkte, die in diesem - - in der Widerspruchsbegründung dann angeführt werden, und haben uns damit auseinandergesetzt und sind zu dem Schluss gekommen, dass wir nicht abhelfen. Und das Rechtsreferat, das hat dem Widerspruch auch nicht stattgegeben.

Und da will ich an der Stelle gleich betonen: Das ist auch kein Automatismus. Die sehen Dinge durchaus auch anders und bewerten sie dann anders und geben dann auch statt oder gäben statt, wenn sie das anders sehen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Vielleicht dürfte ich hier - - Ich darf hieraus zitieren, wenn ich das richtig sehe - das ist VS-NfD -: MAT A Bundesbank-3.02, Blatt 46. Das ist:

[Entwurf einer] Allgemeinverfügung der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ... zum Verbot der Begründung und der Vergrößerung von Netto-Leerverkaufspositionen in bestimmten Aktien

Auf Seite 3 steht in Bezugnahme auf Artikel 24:



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dabei handelt es sich nach der abschließenden Aufzählung in Artikel 24 Absatz 1 um Handlungen, Ergebnisse, Tatsachen oder Ereignisse, von denen vernünftigerweise anzunehmen ist ...

Also, ein offizielles Dokument der BaFin - hat hier den Briefkopf usw. usf. - kommt zu einer anderen Auffassung, als Sie geschildert haben. Möchten Sie darauf noch mal eingehen?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gut, letztlich ist natürlich der Artikel 24 mit seinen Buchstaben abschließend. Aber ich will vielleicht auch drauf hinweisen, um es vielleicht - - um es zu präzisieren: Insbesondere die Begriffe hier wie, ich meine, „Finanzinstitut“ - - fällt in dem 24 c. Das ist ja jetzt keine Definition. Da wird nicht Bezug genommen in den Kommentaren oder in den ESMA-Statuten oder auch in anderen Verordnungen auf bestimmte Definitionen - zum Beispiel im\* Kreditwesengesetz hätte man ja Bezug nehmen können - oder auf andere bankrechtliche Regularien.

Also, insofern ist man da bei der Auslegung - und das meinte ich damit - durchaus auch offen. Man muss sich hier nicht entlangangeln, nicht unbedingt, an engen Definitionen, wie Sie in der Norm vorgehen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Na ja, entweder sind die Definitionen abschließend oder nicht.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Hier sind sie es nicht in meinen Augen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** In Ihren Augen sind sie es nicht, aber in den Augen Ihrer Behörde waren sie es, und insofern ist das ja durchaus relevant.

Meine Zeit ist aber um, und ich glaube, Herr Kollege Bayaz setzt das dann fort.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau. - Dann hat der Kollege Bayaz für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, wenn ich den Auftrag von dem Kollegen bekomme, dann will ich den natürlich ausführen.

Sie sehen, Herr Bußalb, das ist ja tatsächlich so ein Widerspruch, der im Raum steht, weil Sie hatten jetzt vor fünf Minuten gesagt, das sei - - Oder: Sie haben das als nicht abschließende Liste gesehen und jetzt gerade dem Kollegen De Masi doch zugestanden, dass der Paragraph, aus dem er zitiert hat, doch abschließend war. So, und deswegen können Sie verstehen, dass wir auch uns da besonders reinhängen, -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Mhm, verstehe ich.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - um das irgendwie aufzuklären, weil wir das schon ein paarmal gehört haben - jetzt nicht nur von Ihnen, sondern auch gerade vonseiten der BaFin -, aber offenbar schwarz auf weiß uns ja etwas anderes vorliegt. Wenn das die rechtliche Grundlage ist, auf die man sich gestützt hat, und sie abschließend ist, dann ist für uns immer noch unklar, was jetzt eigentlich der Sachverhalt war, auf dem diese Entscheidung gefällt wurde.

Sie sagten gerade ja, das seien so Finanzunternehmen - ein nichttechnischer Begriff. Aber wenn man mal genau reinschaut - ich habe das jetzt gerade nicht vorliegen, aber wir haben es hier auch rauf und runter gekaut; ich würde sagen, ich traue mir jetzt da zu, ein halber Experte zumindest zu sein -, dann ist das natürlich eine Genese vor dem Hintergrund der Finanzkrise gewesen: systemrelevante Institute. - Ich sage jetzt mal, „Lehman Brothers style“. Sie würden mir zustimmen, dass es sich bei der Wirecard nicht um so eine Größenordnung gehandelt hat.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Mit Wissen jetzt auf jeden Fall.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das hat sogar Herr Wexeler, der Vorstandsvorsitzende der Wirecard Bank - selbst Herr Zielke, alle möglichen Zeugen, die wir hier gehört haben -, auch so gesehen. Und deswegen fragen wir, was jetzt eigentlich die Grundlage genau gewesen ist.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Aber dann würden Sie ja, wenn Sie auch sagen, mit dem Wissen heute - - Dann würden Sie auch, jetzt als jemand, der auf den Sachverhalt noch mal schaut, mir jetzt auch zustimmen, dass die Rechtsgrundlage, die nötig gewesen wäre, eben nicht existiert hat.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Mit Wissen heute existiert sie nicht. Allerdings mit Wissen Februar 2019, denke ich - und das ist auf jeden Fall eine Ermessensvorschrift mit nicht eng gefassten Definitionen, sei es der 20, sei es der 24 -, konnte man das subsumieren.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das finde ich aber eine faire und eine klare Aussage, Herr Bußalb. Vielen Dank, weil das haben wir so in der Deutlichkeit bislang immer noch nicht gehört, sondern da hat man versucht, es sich immer irgendwie noch hinzubiegen.

Jetzt möchte ich mal fragen: Habe ich das vorhin richtig verstanden? Waren Sie - - Am Montag, also quasi nach dem Wochenende, waren Sie ganz normal wieder auch im Büro?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Da war ich dann wieder im Dienst, ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Haben Sie da an die Kollegen Fragen gestellt? Hat man sich den Prozess noch mal angeschaut? Haben die Kollegen - - Haben Sie die Kollegen, weiß ich nicht, gelobt und gesagt: „Hätte ich genauso gemacht“, oder haben Sie sich was zeigen lassen, weil das war ja ein besonderer Ablauf zwischen dem Freitag und übers Wochenende? Da würde mich mal interessieren: Auch so informell, was hat da stattgefunden?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, natürlich habe ich mir die Allgemeinverfügung erst mal in Ruhe durchgelesen. Ich habe mir, soweit Zeit war - das will ich hier auch einschieben - - mich da briefen lassen. Wir haben uns auseinandergesetzt.

Ich habe dann auch erstmalig Kenntnis bekommen von dem, was die Staatsanwaltschaft - - oder grob Kenntnis bekommen von dem, was die Staatsanwaltschaft uns kommuniziert hat. Und

im Übrigen haben wir die Fragen der vielen - - die vielen Anfragen der Marktteilnehmer beantwortet und die Presseanfragen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ist Ihnen bekannt, ob es jetzt in der Wertpapieraufsicht der BaFin einen Evaluierungsprozess zum Leerverkaufsverbot gegeben hat? Hat man die Abläufe noch mal analysiert? Lessons Learned? Hat man vielleicht noch mal Sachverhalte konkretisiert: „Bundesbank ist künftig immer, no matter what, einzubeziehen“? - Können Sie dazu was sagen?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Genau. Also, in der Tat war die Innenrevision der BaFin zweimal bei WA 25: im Frühsommer und dann noch mal im Spätsommer oder im Herbst. Da hat man - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** 2019 oder 2020?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** 2020, 2020. Da wurden die Dinge eben in deren Augen evaluiert, und die sind zu dem Schluss gekommen, dass die Prozesse, also insbesondere auch der Ablauf des Prozesses an jenem Wochenende mit WA 23, soweit ich das erinnere - - dass das ordnungsgemäß ablief.

Und in der Tat: Jetzt sind wir dabei im Zuge der Neuaufstellung der BaFin, uns einzubringen im Rahmen der vielen Projekte, Unterprojekte und auch in der WA 2, wie wir uns auf jeden Fall verbessern können und verbessern müssen. Das kann ich unterstreichen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und die Rolle der Bundesbank in dem Kontext und die Abstimmungsprozesse mit der Bundesbank?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Da möchte ich auf eines hinweisen: Es gibt ja - - Man muss ja da unterscheiden: einmal de jure - Sie kennen die Diskussion - mit dem Benehmen bei den Handelsaussetzungen, aber nicht bei den Leerverkäufen - - Das ist ja das eine. Und in der Tat gibt es den internen Ablaufplan, den Sie auch kennen in Bezug auf Handelsaussetzungen, auch in Bezug



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auf die Leerverkaufsmaßnahmen. Und ich erinnere mich, dass ich selbst aus dem „sollte beteiligt werden“ lange vor Erlass des Bans, meine ich, ein „ist“ drübergeschrieben habe mit meinem lila Kuli als Referatsleiter, weil ich - weiß nicht, wann das war, 2018 oder - - auf jeden Fall vor Wirecard - sichergestellt haben wollte, dass, wenn wir so was machen, jetzt nicht „sollte beteiligt werden“ - - Nein, wir beteiligen die Bundesbank unabhängig von den gesetzlichen Regularien, und das ist letztlich ja auch an dem Wochenende passiert, zumindest telefonisch.

Aber in der Tat müssen wir auch da schauen: Stichwort - das ist jetzt auch ein bisschen Spekulation in die Zukunft -: Was können - - Wo können wir - - Will ich jetzt auch nicht vorgreifen, aber: Wo können wir eventuell von der Bundesbank noch Wissen anzapfen in Bezug auf Marktrecherche, NLPs und solche Dinge? Aber klar, da sind wir dran.

(Im Sitzungssaal ertönt eine Lautsprecherdurchsage)

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Vielleicht können wir kurz stoppen. Die Zeit ist eh schon vorbei. - Aber eine Frage hätte ich noch.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gerne. - Lassen Sie sich nicht irritieren. Das ist der Final Call für die namentliche Abstimmung. Wir haben das gleich noch mal. - Und dann noch mal Dr. Bayaz, bitte.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber das heißt, Herr Bußalb: Also, Sie waren derjenige, was ich gut finde, der diesen Leitfaden quasi dazu gebracht hat, dass da am Ende auch explizit drinsteht: Die Bundesbank ist zu beteiligen. - Und in der heutigen Rückschau hat man gegen den eigenen Leitfaden an der Stelle verstoßen. Man kann es ja nicht anders ausdrücken.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Na ja, „beteiligen“ kann ja vielschichtig sein. Es ist auf jeden Fall nicht immer ein Benehmen, wenn das Gesetz es nicht so vorschreibt, wie im Leerverkaufsbereich. Ein Beteiligen kann aber auch jetzt formelles Beteiligen sein, Benehmen, aber auch ein informelles.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sagen Sie mal rein qualitativ - jetzt nicht de jure, sondern vom politischen Verständnis -: Würden Sie sagen, es ist angemessen beteiligt, wenn ich die Bundesbank frage, die Bundesbank trommelt all ihre Abteilungen, die Markt Kompetenzen haben, ab, diese kommen zu dem Ergebnis, aus unterschiedlichen Gründen: „Wir sehen hier nicht das Leerverkaufsverbot gut begründet“, und dann sagt die BaFin oder wer auch immer - das haben wir bis heute nicht geklärt, weil die SMS ja verloren gegangen sind seltsamerweise, wer jetzt das eigentlich abbestellt hat - - Aber würden Sie da zum Ergebnis kommen, man hat die Bundesbank da angemessen beteiligt?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Jetzt muss ich gerade mal kurz unterbrechen.

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Lassen Sie mich die Frage anders stellen, Herr Bußalb. Lassen Sie mich die Frage so stellen: Als Sie damals mit dem lila Kugelschreiber - habe ich es richtig beschrieben, ja? - das „ist zu beteiligen“ da reingesetzt haben und sich dabei was gedacht haben: Wenn Sie das, was Sie da erwartet hätten, jetzt auf diesen konkreten Fall anlegen, würden Sie sagen, diese Beteiligung ist nach Ihrem - - was Sie jetzt und heute wissen, angemessen abgebildet worden oder nicht?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, mit dem Wissen von heute ist es nicht angemessen. Aber versetzen Sie sich auch mal in - -

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Volles Verständnis! Wir wollen ja klüger werden. Es geht ja auch um den Blick nach vorne. Deswegen kann man ja auch Dinge mit dem heutigen Wissen mal bewerten.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Auf jeden Fall, mit dem heutigen Wissen, muss das intensiver erfolgen.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Also, ist doch eine klare Antwort.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut, danke. - Dann mache ich mal weiter und setze da noch mal ein bisschen auf.

Ich bin auch der Meinung, wir müssen ja auch nach vorne schauen und lernen, und meine Meinung ist auch: Vielleicht sollte tatsächlich rechtlich eine gemeinschaftliche Abstimmung hierzu stattfinden, insbesondere weil die Kollegin Buch - ich hatte es auch Ihrer Kollegin vorhin gesagt - feststellte, sie wusste nicht mal - ich weiß nicht, ob Sie es wussten oder wissen -, dass die ESMA - ich habe es allen jetzt schon gesagt - eigentlich noch nicht mal das Recht hat, nachzufragen, wenn sie objektiv der Meinung ist, dass da was falsch ist. Das steht ihr nicht zu.

Wir hatten nämlich Herrn von Walsum, der zuständig war, und der hat ja in, ich finde, für mich erschütternder Wahrheit gesagt: Nee, da kann auch was Falsches drinstehen. Das ist nicht unsere Aufgabe. - Und auf eine Nachfrage hin: Na ja, wenn wir Verbesserungsbedarf bei der BaFin feststellen, dann können wir der das sagen. - Ich sage: Und dann? - Ja, nach drei Jahren fragen wir mal wieder; da haben wir das auf Wieder-vorlage. - Und wenn sie es dann nicht behoben haben? - Ja, dann sagen wir das denen noch mal, weil wir dürfen es nicht dem Ministerium oder der Regierung dann mitteilen, dass da was im Argen liegt.

Insoweit halte ich mehr als denn je geboten an der Stelle, dass in Zukunft wieder, und zwar juristisch festgezurr, die Bundesbank, da sie die Expertise hat - - Und man muss nicht immer alles doppelt - - Auch das ist vielleicht eine Effizienz der Verwaltung und eine Möglichkeit, Gelder einzusparen. Wenn wir zwei gute Behörden haben und die eine hat Expertise in dem Bereich, wie Sie es beschrieben haben, ja, Mann, dann macht es doch Sinn, dass ich die Bundesbank nutze und die BaFin sich auf andere spannende Sachverhalte für die Zukunft konzentriert und man gut zusammenarbeitet. Da muss es ja keinen sportlichen Wettkampf geben an der Stelle. Das halte ich immer für ein bisschen komisch.

Aber gut, das wollte ich einfach da an der Stelle - - auch weil Frau Buch sich es dann gleich

notiert hat und sagte, wusste sie nicht. Weil das macht dann auch für die Bundesbank natürlich auf der anderen Seite vielleicht was aus, wenn man weiß, was die ESMA kann und was sie nicht kann. Ich habe das immer mit Eurostat verglichen und dem Beitritt Griechenlands zum Euro. Ähnlicher Sachverhalt: Zahlen falsch, und keiner kontrolliert es nach und darf es auch nicht.

Gut, dann komme ich mal zum Juristischen hin. Nach Erlass des Leerverkaufsverbots - - Das ist ja nach Verwaltungsverfahrensgesetz - § 28 usw. - möglich, dass es Widersprüche gegen eine Allgemeinverfügung gibt. Und es gibt eine Kanzlei Allen & Overy - - vom 14. März; nachzulesen auf MAT A BMF-6.04, Blatt 346 ff. Die führen nämlich so ein Widerspruchsverfahren.

Am 12. April schrieb Frau Geilfus an die Referatsleitung von ZR 2, Rechtsreferat für WA, Wertpapieraufsicht, und Kompetenzstelle für Verfassungs-, Verwaltungs- und Europarecht, dass dem Widerspruch aus Sicht des Fachreferats nicht abgeholfen werden könne, „da die Allgemeinverfügung rechtmäßig“ sei; nachzulesen auf MAT A BMF-6.04, Blatt 345. Wie intensiv hat sich Ihr Referat nochmals - - und zwar mit dem rechtlichen Vortrag hier der Beschwerdeführer auseinandergesetzt?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, wir haben uns damit intensiv auseinandergesetzt, sowohl die Frau Geilfus als auch ich. Wir waren auch sehr gespannt, muss ich sagen, nach Einlegung des Widerspruchs dieser Großkanzlei, wann denn endlich die Begründung kommt, weil das war eigentlich ein Widerspruch, vor dem wir auch Respekt hatten ein Stück weit. Und dann sind wir eben im Grunde die einzelnen Punkte der Kanzlei durchgegangen und kamen zu dem Schluss, dass die Gründe nicht zwingend waren, diejenigen unserer Maßnahme zu erschüttern oder eben zu kippen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber aus dem Prozess dieser Überprüfung konnten Sie Dinge für die Zukunft ableiten, die eventuell einen strukturierten Reformprozess begleiten?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gut, ich meine, ich habe vor allem im Prospektbereich viele Widersprüche erlebt. Die sind sehr verschiedenartig in Bezug auf die einzelnen Rechtsgebiete. Ich glaube, da kommt es sehr auf den Einzelfall drauf an, wie man da mit dem Widerspruchsführer umgeht, wie der argumentiert. Das kann man jetzt nicht pauschal sagen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, gut. - Dann würde ich den Film noch ins Jahr 2020 fortspannen, nämlich bezogen auf die Wirecard AG und Insiderhandel durch Vorstände der Wirecard AG. Am 29. Mai 2020 erstellten Sie eine DIS-Meldung, also eine interne Direktionsinformation, sowie einen Bericht an das BMF gemäß Abschnitt III Ziffer 1 und 2 der Grundsätze für die Ausübung der Rechts- und Fachaufsicht des BMF über die BaFin; nachzulesen ist dies auch auf MAT A BMF-4.06, Blatt 73 ff.

In dem Bericht führten Sie aus, dass die MB Beteiligungsgesellschaft, also Markus Braun Beteiligungsgesellschaft, am 28. Mai 2020 laut DD-Meldung - also Directors'-Dealings-Meldung - Aktien der Wirecard AG in Höhe von 2,5 Millionen Euro gekauft habe. Die Gesellschaft sei eine eng verbundene Person zu Markus Braun und damit meldepflichtig nach Artikel 19 Absatz 1 MAR in Bezug auf Managers' Transactions. Es bestehe der Verdacht, „dass während des 30-tägigen Handelsverbotszeitraums vor Veröffentlichung des Jahresabschlussberichts für 2019 gem. Art. 9 Absatz 11 MAR in unzulässiger Weise gehandelt“ worden sei.

Was können Sie zu diesem Vorgang berichten, und welche Einzelheiten haben Sie da noch in Erinnerung?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Genau. Also, wir hatten im Grunde drei Verdachts-DD-Meldungen in Bezug auf den Komplex Wirecard und in Bezug auf Herrn Braun. Und bei demjenigen, den Sie zitieren - des Handelns des Herrn Braun in Bezug - - im Verbotszeitraum, im Grunde vor Veröffentlichung der Zahlen -, da fiel eben meinem Kollegen im Bereich DD auf, er hat da gehandelt, und es gelte doch der Verbotszeitraum; denn die

Wirecard AG habe für den und den Termin Zahlen angekündigt. Und immer die 30 Tage davor - - Die haben ja für mehrere Termine immer Zahlen angekündigt; da verschiebt sich dann der Verbotszeitraum immer mit.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Richtig.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Und in einem davon hat eben Herr Braun gehandelt, und das fiel uns auf. Dann haben wir das im Grunde gleich verarbeitet, vermerkt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau, da geht die gleiche Frage: Wie haben Sie es verarbeitet, und erfolgte hierzu auch ein Austausch mit der nun schon legendären Staatsanwaltschaft München I, mit der ja auch Ihr Haus enge Verbindung pflegt? Gab es da dann einen Austausch mit Herrn Bühring, Frau Bäumler-Hösl? Und welche Rückmeldung erhielten Sie auch zu diesem Sachverhalt, den Sie eben beschreiben, als Ergänzung dann vom BMF? Denn ich denke mal, das ist ja schon ein Punkt, der dann auch dem BMF gemeldet wird. Und dann wäre natürlich interessant, wem Sie es dort und wie Sie es dort gemeldet haben.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, der Prozess ist so, bei allen DD-Verstößen, dass wir den Sachverhalt so aufbereiten, dass wir es vermerken, dass wir es subsumieren, einen Entscheidungsvorschlag machen. Und wenn wir zu dem Schluss kommen, dass es bußgeldbewehrt ist - und das war es hier angesichts der Höhe und, ja, auch des Verbotszeitraums; das ist schon ein eklatanter Verstoß, jetzt nicht nur irgendwie eine Verfristung in der Meldung -, dann geht das intern, innerhalb der BaFin, an das Referat WA 17 in der Abteilung WA 1. Und die haben meines Wissens das dann sehr schnell aufbereitet und haben es dann an die Staatsanwaltschaft weitergegeben - ich meine, auch München.

Diese Details, wie WA 17 das aufbereitet und weitergibt, das entzieht sich meiner Kenntnis. Wir sind das Fachreferat; die sind die Bußgeldstelle. Die haben das meines Wissens deshalb weitergegeben, damit es im Grunde im Rahmen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

der Bildung einer Gesamtstrafe da einfließen kann.

In Bezug auf den BMF-Bericht ist mir nicht bekannt, dass - - Oder: Ich erinnere mich nicht, dass wir da Rückmeldung bekommen haben.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Auch wenn meine Zeit abgelaufen ist: Aber Sie müssen das ja auch nicht immer dienstlich erfahren haben. Ich kenne das auch; es gibt ein Mitarbeiter-Casino. Da sitzt man mal beim Mittag zusammen mit einem Kollegen, einem früheren Kollegen. Ich kenne das auch so, dass man sich dann durchaus mal über Dinge der anderen Abteilungen - - „Hast du das gehört?“ und „Wir haben es jetzt dahin geschickt und haben mit dem geredet“. Das ergibt sich schon so. Das ist nicht nur Flurfunk meistens; das Mitarbeiter-Casino ist ja noch angenehmer.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, in diesem Zeitraum, so ab Mai, da waren wir sehr eingebunden dann sukzessive, dann zumindest ab der Pleite, im Aufarbeiten des Falles, sodass das letztlich ein Detail war von vielen anderen Verstößen, die dann ans Tageslicht kamen. Ich habe mich da mit niemandem ausgetauscht. Wir haben es aufbereitet und haben es versucht so schnell wie möglich abzuarbeiten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann Matthias Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Herr Vorsitzender. - Herr Dr. Bußalb, noch mal zurück zu dem - beim Leerverkaufsverbot - - zu dieser Ermessensentscheidung. Es war ja eine Ermessensentscheidung. Habe ich richtig verstanden, ne?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und das Ermessen war auch nicht auf null reduziert bei dieser Ermessensentscheidung, oder?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, ich denke nicht, dass irgendwie irgendwo meine Kolleginnen - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Gut, ich gehe davon aus, dass die Kolleginnen sich da Gedanken dazu gemacht haben. Aber eine Entscheidung zu treffen, heißt ja nicht unbedingt, dass das Ermessen auch reduziere - also auf null oder auf eins reduziert sein muss.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Da haben Sie recht; deshalb frage ich. Also, dass eine Entscheidung vertretbar ist, das ist ja das eine. Aber es gibt ja auch die Möglichkeit, dass Ermessensentscheidung auf null reduziert ist und es gar keine andere Handlungsmöglichkeit für eine Behörde gibt. Und das ist ja eine ganz - - Also, das ist ja eher eine rechtliche Frage auch, -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Mhm.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - ob es hier - und das können Sie ja sagen als Fachmann -, ob es in diesem Fall so war. War es auf null reduziert?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, wie es jetzt Frau Roegele gesehen hat, das weiß ich nicht. Also, ich für mich als Jurist würde es jetzt nicht als Entscheidung im Rahmen einer Ermessensreduzierung auf null sehen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, das teile ich, sehe ich nämlich auch nicht so. Ich glaube, man hätte auch anders entscheiden können. Ich glaube, anders wäre es richtig gewesen, nicht nur vertretbar, sondern auch richtig. Aber das ist meine Einschätzung.

Ich habe verstanden, dass Sie gesagt haben, die Entscheidung halten Sie für vertretbar, die getroffen wurde. Aber wir halten fest: Auch nach Ihrer Einschätzung war es eben nicht alternativlos, das Leerverkaufsverbot zu erlassen, weil es eben nicht eine Ermessensreduzierung auf null war, sondern es wäre - - Es ist schon Ermessen ausgeübt worden, und Sie haben gesagt, vertretbar ist das gewesen aus heutiger Sicht.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Aus der Sicht von damals.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Auch aus Sicht von - - Okay.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Na ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, aus Sicht von heute, wie Sie damals die Informationslage vorgefunden hatten. - Aber ich frage Sie mal: Hätten Sie denn damals genauso entschieden?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Das ist spekulativ. Also - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Haben Sie sich ja am Montag bestimmt gefragt. Sie haben ja bestimmt - - Ich meine, Sie sind ja der Fachmann. Sie sind ja Referatsleiter. Sie treffen da auf so eine Entscheidung, die Ihnen mitgeteilt wurde. Da sagen Sie doch nicht wochenlang: „Habe ich keine Meinung zu“, sondern Sie haben sich ja wahrscheinlich schon überlegt: „War das jetzt so klug“ oder: War es rechtlich richtig?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Es war rechtlich vertretbar und richtig. Man muss ja immer im Hinterkopf behalten oder auch als Grundlage dieser Entscheidung, die das auf jeden Fall mitgeprägt hat im Grunde - - die Kommunikation mit der Staatsanwaltschaft, sei es auch über ein anderes Referat.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ich verstehe das schon, dass, wenn die Chefin entschieden hat: „Es ist so“, dass Sie dann eher danach suchen, ob das vertretbar ist, und da vielleicht jetzt nicht aktiv rumlaufen und sagen: Das war ein Fehler von der Frau Roegele.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gut, da hätte ich auch zwingende oder noch besser vertretbare Gründe haben müssen, auch auf der Hand haben. Na ja, also, man muss sich immer irgendwo auseinandersetzen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ich verstehe ja - - Ihr persönliches Handeln verstehe ich da ja auch. Es war ja da auch schon entschieden, und Sie hatten damit ja nichts zu tun. Insofern hat mich nur Ihre Meinung dazu interessiert und Ihre Sichtweise von damals.

Ich würde Ihnen gerne mal - - Oder ich frage Sie erst mal: Was sagen Sie denn - - Sie haben ja das Leerverkaufsverbot sich dann angeschaut an dem Montag. Fanden Sie das gut umgesetzt, so handwerklich?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, im Rahmen dieses zeitkritischen Momentes waren die wesentlichen Punkte in der Entscheidung enthalten.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Haben Sie jetzt aber nicht meine Frage beantwortet, ob das handwerklich gut gemacht war.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Man kann es immer besser machen. Also, ich kenne durchaus Bescheide, die haben 50 Seiten, noch mehr; da setzt man sich noch mehr damit auseinander. Aber es gibt auch Entscheidungen der BaFin, jeder Behörde, die auch kurz ausfallen, wo im Grunde nur die wesentlichen Gesichtspunkte beleuchtet werden. Das haben die Kolleginnen gemacht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. - Ich will Ihnen mal einen Vorhalt machen; den dürfen Sie auch am Platz diesmal anschauen, weil er nicht geheim ist. Da würde ich Sie bitten, mal von der Mail den letzten Satz vorzulesen. - Lesen Sie die Mail ruhig erst mal in Ruhe durch; ist ja nicht so lang.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Ich kann für die Zuschauer schon mal verraten, dass es eine Mail der Bundesbank ist.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, hier wird ausgeführt: „Den Bafin-Vermerk finde ich außerdem auch handwerklich nicht gut.“

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Genau; da geht es um das Leerverkaufsverbot und um diesen Entwurf. Und das ist ja schon harter Tobak, wenn die Bundesbank sagt: Handwerklich schlecht gemacht, dieses Leerverkaufsverbot. - Können Sie sich vorstellen, was die da meinen?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, das ist ein guter Punkt. Mich hätte schon da auch interessiert: Wo sind denn die konkreten Punkte, die wirklich handwerklich nicht gut sind oder schlecht sind? - Das wird hier auch nicht ausgeführt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, finde ich total sympathisch, dass Sie direkt denken: Wo hätte man es besser machen können? - Also, finde ich ja, auch jetzt ohne Scherz - - Also, finde ich erst mal eine gute Herangehensweise.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ich meine, letztlich, wenn man es jetzt mal juristisch im weitesten Sinne sieht - und wir haben ja auch, ja, kein Geheimnis, Amtshilfeverfahren, oder, auch jetzt mal unabhängig, wir hätten auch Widerspruchsverfahren noch intensiver gehabt -: Gründe hätten wir auch noch nachschieben können, sprich: um das Handwerkliche dann eben noch zu unterfüttern.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, nur: Das Handwerkliche war ja nicht das Hauptproblem, sondern die Bundesbank hatte ja auch inhaltliche Bedenken. Aber das hatten wir ja gerade schon erörtert.

Wenn so ein Entwurf rumgeschickt wird so einer Leerverkaufsverordnung, geht es dann nur noch darum, wie es gemacht wird, also wie es umgesetzt wird, oder ist dann auch noch das Ob in Frage gestellt?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Guter Punkt! Also, normalerweise, typischerweise wird natürlich erst entschieden: Jetzt Leerverkaufsverbot. - Aber wenn man es mal genereller sieht, Verfügungen der BaFin oder Verwaltungsakte der BaFin, wird natürlich - - Ja, das ist ein Prozess, aber letztlich wird gedanklich vorentschieden: Wir machen es. - Und dann wird die Begründung ausformuliert, und dann sieht man ja noch mal, wo es hakt. Und dann wird geguckt, und wenn man dann noch mal zum Schluss käme, das Ergebnis ist doch nicht haltbar, dann wird es jetzt auch nicht durchgeboxt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. - Können Sie noch mal bitte deutlich machen diese Tatbestandsvoraussetzungen des Leerverkaufsverbots? Können Sie uns das noch mal darlegen? Was ist Voraussetzung dafür?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gut, also, ich habe es jetzt nicht auswendig. Letztlich ist der Artikel 20 als Ermessensentscheidung - - Und wenn da eben es gute Gründe gibt in Bezug auf das Shortselling eben zum Beispiel, das Marktvertrauen hier gefährdet, dann können wir letztlich hier bestimmte Maßnahmen ergreifen, wobei in der Rechtsfolge das auch sehr offen ist. Aber letztlich die Details: Ich kann den Artikel jetzt nicht runterbeten.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. Dann bleiben wir bei dem Marktvertrauen; damit haben Sie es ja begründet - Sie als BaFin, jetzt nicht Sie persönlich; wissen wir ja jetzt. Welche Voraussetzungen hat denn die Störung des Marktvertrauens?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gut, ich denke, ein Gesichtspunkt ist eben, wenn zum Beispiel die Preisbildung hier gefährdet ist, wenn im Grunde das Vertrauen der Anleger oder der Marktteilnehmer gefährdet ist oder schon gestört ist, also im Grunde jetzt, was auch den Handel angeht.

Es geht hier jetzt, um es mal abzugrenzen, nicht um die Finanzstabilität, nicht um das Große und Ganze, wo ja die Bundesbank auch mit zuständig ist. Aber hier geht es auch mehr ums Kleinteilige, Stichwort „Volatilitäten“, Stichwort „NLPs, die massiv ansteigen“, Stichwort „Kursrutsche“, auch massiverer Art - das sind solche Dinge, die da mit reinspielen -, und vor allem eben auch Stichwort „DAX-Unternehmen“.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Auch Stichwort „Kovarianz“?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, das ist jetzt zum Beispiel so ein Fachbegriff, der fiel. Allerdings weiß ich nicht, ob der in diese Begründung mit eingeflossen ist.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, ich frage es natürlich, weil wir es hier schon diskutiert hatten in diesem Ausschuss. - Wurde denn die Kovarianz der Wirecard-Aktie mit anderen DAX-Titeln auch in die Bewertung, ob Ansteckungsrisiken vorliegen, einbezogen?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, soweit ich weiß, hat man - das ist jetzt vom Hörensagen -, da WA 23 - ich meine, Herr Kimmer, aber legen Sie mich da nicht fest - - auch etwas ausgearbeitet dazu und geguckt, wie sich das verhält zu anderen Titeln. Ja, in der Tat scheint man das gemacht zu haben, hat das verglichen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Die Bundesbank kommt da ja zu einer anderen Beurteilung: dass kein Ansteckungsrisiko vorliegt.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, die uns aber nicht vorlag. So wie ich das mitbekommen habe von den Kolleginnen, wurde ihnen das nicht - jedenfalls nicht schriftlich - und wenn mündlich, dann höchstens - das weiß ich nicht - rudimentär mitgeteilt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, das Schriftliche wurde ja abbestellt; das kann ich Ihnen verraten. Es gab ja Rücksprache mit der Bundesbank. Es sollte ja eine Stellungnahme geben, aber als dann die Bundesbank eine andere Auffassung vertreten hat als die BaFin, wollte man dann doch keine Stellungnahme mehr hören. Dann hätte man es ja vielleicht sonst der ESMA mitteilen müssen.

Hat man denn eine ökonomische Analyse irgendwie durchgeführt zu Wechselwirkungen mit anderen DAX-Titeln?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, soweit ich das weiß, nicht in einer bestimmten Intensität. Ich kenne die Details nicht, was sich WA 23 da konkret angeschaut hat.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Wissen Sie, ich habe jetzt so ein paar einzelne Sachen gefragt. Da haben Sie mir immer gesagt: Das ist nicht gemacht worden.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Beziehungsweise ich weiß es nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Können Sie denn sagen, was gemacht wurde, was für Analysen?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, im Grunde hat man sich die Kursentwicklung angeschaut, die Volatilitäten, die NLPs.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber die Kursentwicklung könnte ja auch damit zusammenhängen, dass es zum Beispiel einfach eine Berichterstattung in der „Financial Times“ gibt; die ist kritisch. Dann geht es ein bisschen runter oder auch viel runter. Das muss ja jetzt nicht irgendwelche anderen Gründe haben, oder da müssen ja nicht irgendwelche bösen Leerverkäufer vorher was gewusst haben, nur dass ein Kurs runtergeht.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ich denke, letztlich war es diese Mitteilung der Staatsanwaltschaft und dann bezogen auf die Kursentwicklung. Es hat sich ja jetzt nicht nichts getan. Es gab ja durchaus eben auch Anzeichen bei den Kursen: Volatilitäten - ich habe es schon aufgezählt -, Erhöhung der NLP. Das ist ja - - Es gibt Werte in der Montagmeldung, die laufen so,

(Der Zeuge macht eine Handbewegung)

teilweise über Monate, Jahre. Das ist ja noch mal was anderes.

Aber in der Tat: Man muss immer im Hintergrund behalten, dass da eben von der StA uns etwas kommuniziert wurde, jedenfalls WA 23 und indirekt dann an die WA 25.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, aber die BaFin kann sich doch nicht blind auf das verlassen, was die Staatsanwaltschaft dazu liefert. Also, irgendwie sind Sie ja auch zuständig. Dann können Sie doch auch sagen: „Das soll künftig die Staatsanwaltschaft machen“, wenn Sie eh eins zu eins blind das machen, was die Staatsanwaltschaft von Ihnen erwartet.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gut, das - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, Sie wollten jetzt antworten; ich verstehe auch, dass der Anwalt da zuckt an der Stelle. Schade, hätte ich natürlich gern Ihre Antwort zu gehört, war natürlich eher eine Bewertung meinerseits. Ich versuche das jetzt mal in eine Frage - -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ich denke, dass die Kolleginnen und Kollegen nicht blind - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, aber was haben sie denn gemacht? Das will ich ja gerade rausfinden.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Im Grunde - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, Sie sagen, das haben sie nicht gemacht, das haben sie nicht gemacht. Am Ende war es die Staatsanwaltschaft, die Meldung. Aber was haben denn die zuständigen Kollegen, die das - - Die Staatsanwaltschaft hat null Zuständigkeit; Sie haben als BaFin die volle Zuständigkeit. Da kann man sich doch nicht auf einen Dritten verlassen. Sie haben ja mir auch richtigerweise gesagt: Wenn der Herr Hauer anruft, hätte ich mir das auch belegen lassen.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Wir hatten die „FT“-Artikel, in Zusammenarbeit mit WA 23 die Kursentwicklung und den Aufbau der NLPs, so ein bisschen die Vorgeschichte der Vergangenheit. Das haben sich die Kolleginnen angeschaut, und das floss dann letztlich - - Ich meine, das StA-Wissen konnten wir nicht in die Begründung reinschreiben, aber ich denke, das, was da war - und das war etwas -, das findet sich auch in der Begründung wieder. Wie gesagt, es gibt viele Werte, da tut sich gar nichts.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber ist das nicht komisch, dass Sie das Hauptargument, also das aus BaFin-Sicht Hauptargument, nicht in die Begründung schreiben? Ist die Begründung dadurch dann nicht falsch? Also, weil Sie ja - - Es war ja was anderes maßgeblich, nicht das, was in der Begründung steht.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Wir können ja den Ermittlungserfolg oder die Ermittlungen, von denen - - wir eben gute Gründe hatten, dass die in der Tat laufen, nicht gefährden.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Wie haben Sie denn als BaFin überprüft, ob es da überhaupt noch Ermittlungen gibt? Weil einen Ermittlungserfolg kann man ja nur dann gefährden, wenn Ermittlungen laufen. Vielleicht hat ja die Staatsanwaltschaft gar nicht ermittelt.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gut, das ist der Beritt von WA 23. Ich gehe davon aus, das wäre uns dann auch kommuniziert worden.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Da gehe ich auch von aus, weil ja WA 23, habe ich jetzt gelernt - - ist die Kommunikation mit der Staatsanwaltschaft. WA 25 ist das Thema Leerverkaufsverbot. Also, da haben Sie nichts gehört von den Kollegen von WA 23?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Es wurde uns diesbezüglich, dass das eingestellt wurde, nichts kommuniziert.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Mhm. Aber man hat sich da auch nicht - - Ich meine, Sie haben - - Sie sind ja auch nicht gehindert, bei WA 23 nachzufragen: „Kommuniziert das mal mit der Staatsanwaltschaft“, oder selbst auch vielleicht nachzufragen.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, gut, also, mir ist nicht bekannt - wir haben ja wöchentliche Referatsleitersitzungen, und Frau Schierhorn berichtet da immer ausführlich über aktuelle Dinge -, dass sie da etwas Gegenteiliges berichtet hätte, dass da etwas eingestellt wäre, eingestellt worden wäre.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja, ich denke, wenn das doch ein Argument ist, das da nicht reinzuschreiben, dass man dann auch nachfragt, ob das überhaupt sein kann, dass man die Ermittlungserfolge gefährdet. - Okay, nehme ich so zur Kenntnis, wie Sie es gesagt haben.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Ich komme noch mal zu einem anderen Thema, um das ein bisschen aufzulockern. Und zwar habe ich hier eine Mail von Ihnen. Da ist es eine Weiterleitung einer Mail. Die möchte ich Ihnen gerne mal vorhalten; das ist MAT A BMF-4. - tja - 03 oder 08 oder 09 - das kann ich jetzt hier nicht so richtig lesen -, Blatt 177. Es ist auf jeden Fall eine Mail von Ihnen vom 27. Februar 2019, 8.42 Uhr. Ich denke, damit kann man das auch identifizieren, um welches Dokument es geht, hier fürs Protokoll. Ich lege Ihnen das einmal vor.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)

Ich habe da einen Text unterstrichen, handschriftlich; um den geht es mir. Vielleicht können Sie einmal sagen, wer die Mail - - Oder Sie können ja vielleicht einmal vorlesen, was da unterstrichen ist, nachdem Sie die Mail in Ruhe gelesen haben.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Genau, also - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wissen Sie, von wem die Mail ist?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, weiß ich, Frau Quadir.

My meeting request is to present  
my fund's position on this regula-  
tion in person and also

- das haben Sie unterstrichen -

provide additional materials,  
which you may consider in any  
future actions either related to  
Wirecard or other issuers.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, das heißt, kurz nach dem Erlass des Leerverkaufsverbots kam diese Mail von Frau Quadir. So. Und da geht es um zusätzliches Material.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Genau. Was - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber wieso haben Sie das nicht angefordert von ihr?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Hatte ich ja bereits schon. Ich meine, das ist doch die Antwort-E-Mail vom - - auf meine vom 25. Und sie stellt ja hier in Aussicht, sie kommt noch praktisch mit ihren Informationen oder ihrem Material. - Es war ja schon angefordert. Und auch hier - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber es ist ja nichts bei Ihnen angekommen. Haben Sie da nicht nachgehakt? Also, ich meine, es geht ja hier um zusätzliches Material, was Bezug auf Wirecard und Leerverkaufsverbot hat.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Es kam ja dann im - - Also, wir haben dann in der Tat zugewartet. Es ist jetzt nicht unüblich, dass das auch etwas Zeit in Anspruch nimmt, wenn man etwas anfordert, und dann kriegt man nur noch mal eine Antwort: „Da kommt noch was“, dass da eine geraume Zeit ins Land geht, so wie hier. Also, hier hat es ja in der Tat dann noch mal nach Erlass ja vier Wochen gedauert, bis dann der Brief kam. Und das war dann das „additional material“ wohl.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, gut, das habe ich aus den Akten anders festgestellt, und ich habe auch die Aussage von der Frau Quadir so in Erinnerung, dass sie nicht besonders amused war über das Verhalten der BaFin. Und die fühlte sich da eher abgewimmelt von der BaFin. Das können Sie aber nicht nachvollziehen, dass - -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nein, das kann ich nicht nachvollziehen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Dann können Sie die Mail wieder zurückgeben; vielen Dank. - Ja, dann gebe ich zunächst an den Kollegen Güntzler weiter.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Ja, vielen Dank. - Ich darf, Herr Vorsitzender? - Ja.

Ich habe noch mal eine Nachfrage bezüglich der tatbestandlichen Voraussetzungen für das Leerverkaufsverbot. Wenn ich es richtig verstanden habe, geht es ja um das Marktvertrauen.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Mhm.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Und das bezieht sich ja nicht - - Oder: Es bezieht sich ja auf den gesamten Markt und nicht auf den Markt der von dem Leerverkauf dann betroffenen Aktie. Sehe ich das richtig?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Das kann sich auch auf Einzelwerte beziehen. Das kann durchaus auch so begrenzt angenommen werden, dass das in Gefahr ist. Es muss sich nicht auf die gesamten Börsenwerte, alle Finanzinstrumente beziehen.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Also, wenn - -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, „kann“ oder „begrenzt“: Das ist ein offener Begriff ein Stück weit.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Ja klar; ich versuche nur, zu verstehen - das hat der Herr Kollege Hauer ja auch schon ein bisschen angesprochen-, wenn ich eine sehr volatile Aktie habe, ob das sozusagen ausreicht. Oder der hat das ja so schön mit der Kovarianz benannt. Also die Frage: Muss man sich nicht ansehen, dass der Gesamtmarkt oder das Vertrauen in den Gesamtmarkt nicht gegeben ist aufgrund besonderer Vorkommnisse, um dann tatsächlich dieses scharfe Schwert des Leerverkaufsverbots zu ziehen?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, ich denke, mit dem Wissen von heute muss da mehr gemacht werden, müssen wir da für die Zukunft mehr machen. Ich denke, das ist - - Das fällt unter Lessons Learned. Also, ich denke, das kann ich unterstreichen.

In Bezug auf die Kenntnisse damals haben die Kolleginnen das eben, ja, nicht unbedingt anders gesehen, aber sie haben eben im Grunde mit dem Wissen, was sie hatten - - kamen sie zu dem Schluss, dass da durchaus eine Gefahr bestand.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Also, Sie haben jetzt damit gesagt - - Oder: Ich verstehe Sie richtig, dass das Marktvertrauen auch durch eine hohe Schwankung, die von außen beeinflusst ist, auf einen Titel getrübt sein kann.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Genau. Also, im Grunde war das ja ein DAX-Wert damals. Da hat man eben im Grunde auch so ein bisschen diesen Begriff oder diese Befürchtung der Ansteckung darin gesehen. Aber in der Tat kann da ein Titel betroffen sein. Es kann aber ausstrahlen.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Muss ich denn nicht - ich glaube, Sie haben es eben auch schon fast gesagt - diese Ausstrahlung auch prüfen, bevor ich dann dieses scharfe Schwert ziehe?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Auf jeden Fall muss man sich das angucken. Man muss das prüfen, ja.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Haben Sie Kenntnis davon, ob das geschehen ist?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, in welchem Detailgrad an jenem Wochenende, das weiß ich nicht. Aber auf jeden Fall haben sich die Kolleginnen das angeschaut.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Ich hatte Sie eben so verstanden, dass Sie sich montags irgendwelche Charts angeguckt haben, -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): - als Sie dann wieder im Amt waren. Bezogen die sich auf solche Zahlen, oder habe ich Sie da missverstanden?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, sukzessive habe ich mir dann in der Tat auch die weiteren Dokumente dann angeschaut, in der Tat auch die Charts, ja.

**Fritz Güntzler** (CDU/CSU): Und ist das denn nun untersucht worden oder nicht? Das habe ich noch nicht so ganz verstanden. Also, hat man - -

Einerseits könnte man die Vorstellung nach den vielen Fragen und Antworten haben: Die Staatsanwaltschaft hat angerufen bei 23, wenn ich es richtig jetzt verstanden habe, weil die den Kontakt halten. 23 sagt 25, da ist irgendwas im - - könnte was im Argen liegen. Und dann hat 25 ge-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sagt, das könnte einen Verlust des Marktvertrauens darstellen, und deshalb machen wir Leerverkaufsverbot. - Also sehr holzschnittartig jetzt dargestellt.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, ich denke, eines der Argumente, soweit ich das weiß, war eben, dass das, mit der damaligen Brille, doch ein aufsteigender DAX-Titel war. Und insoweit hat man das geprüft und kam zu dem Schluss, dass das gegeben sein kann.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Was jetzt?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Diese Ansteckungsgefahr.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Aber sie ist nicht dokumentiert worden.

Haben Sie denn bei späteren Recherchen das gesehen? Also, ich habe, wenn ich da so ein bisschen - -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ich gebe zu, dass der „paper trail“ da gegebenenfalls etwas dünn ist.

**Fritz Güntzler (CDU/CSU):** Okay, gut. - Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Da wir jetzt eine namentliche Abstimmung haben, würde ich fragen, ob das okay ist: Ich würde jetzt runtergehen, übergebe an Herrn Michelbach und würde mich dann quasi „queuen“ und hinter Bündnis 90/Die Grünen in dieser Runde stellen. Dann würde ich jetzt ganz in Ruhe zur Wahl runtergehen, wenn das keine Widerspruchs- -

(Lisa Paus (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie könnten es jetzt noch in Ruhe schaffen, und dann könnten Sie gehen!)

- Also, mir wird das zu knapp nachher dann. Ich habe schon ein paarmal ganz knapp eine Na-

mentliche verpasst, und dann hat mich der Präsident angegrinst. Das sollte mir diesmal nicht passieren.

Also, ich würde jetzt, wenn das in Ordnung ist, runtergehen. Und dann stelle ich mich am Ende dieser Runde an und übergebe dann an Herrn Michelbach, und vorher, da ich jetzt aussteige, wäre dann der Kollege Zimmermann oder Frau Kiziltepe an der Reihe.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Im Sinne der Zeiteffizienz und weil der Zeuge schon sehr umfangreich und zufriedenstellend Auskunft gegeben hat, hätten wir erst mal keine weiteren Fragen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, alles klar. Gut. Vielleicht mache ich davon auch gleich Gebrauch. Aber ich gehe jetzt erst mal runter, und dann ist genau Dr. Toncar dran. Und ich bin dann mal weg.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Vielen Dank. - Ich gucke dann - - Ich frage so lange, bis der Herr De Masi da ist; der wäre als Nächstes dran. Nein.

Herr Bußalb, Sie haben ja ganz stark - und da sind Sie nicht der Einzige - darauf abgestellt, dass die Staatsanwaltschaft und deren Bewertung der sogenannten Anzeige auch für Ihre Maßnahmen ganz stark meinungsbildend gewesen sei. Nichtsdestotrotz ist ein Leerverkaufsverbot ein Verwaltungsakt der BaFin. Die BaFin unterschreibt es, und sie verantwortet es auch. Und sie muss das Vorliegen der Voraussetzungen auch prüfen.

Und ein Leerverkaufsverbot ist im Aufgaben- - Instrumentenkasten der BaFin eher am oberen Ende, was den Schweregrad angeht, einzustufen. Ein massiver Grundrechtseingriff über acht Wochen hinweg trifft pauschal den gesamten Markt, auch viele, die nichts, aber auch gar nichts falsch gemacht haben.

Vor dem Hintergrund will ich Sie fragen: Gab es eigentlich mal eigene Bemühungen der BaFin, den Sachverhalt aufzuklären, der Ihnen von der Staatsanwaltschaft übermittelt worden ist?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Das müssen Sie die Kollegen von WA 23 fragen. Also, Sie beziehen sich hier auf das, was die Staatsanwaltschaft uns übermittelt hat?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja. Dann will ich nicht die Kollegen von WA 23 fragen, sondern Sie fragen: Ist Ihnen je zu Ohren gekommen, dass irgendwer in der BaFin im Kontext Leerverkaufsverbot jemals eigene Mittel zur Aufklärung des Sachverhalts und sozusagen zur Verifizierung dieser ganzen Vorgänge - - getroffen hat? Oder haben Sie sich eins zu eins auf die Staatsanwaltschaft verlassen?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, wenn Sie jetzt diesen Bilanzkomplex ansp- -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein, ich meine das Leerverkaufsverbot.

Dann frage ich mal präzise: Warum hat die BaFin nicht bei Rechtsanwalt Enderle angerufen? Der ist im Vermerk erwähnt. Sie wussten, dass das die Quelle ist, auf die die Staatsanwaltschaft sich stützt. Sie sind selbst Behörde. Sie sollen handeln. Sie haben Ihre Befugnisse, und dazu gehört auch, zu ermitteln, was los ist. Warum haben Sie bei Herrn Enderle nicht angerufen?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Die BaFin wusste das, ich selbst wusste das nicht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Na klar, Sie nicht, aber die BaFin.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Mir ist nicht - - Ich weiß es nicht. Ich kann auf Ihre Frage nur mit Nichtwissen antworten.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Warum hat die BaFin nicht bei Wirecard angerufen? Der Emittent, die Quelle der belastenden Informationen, Herr Marsalek, ist im Vermerk der Staatsanwaltschaft namentlich erwähnt. Die BaFin darf das ja; sie darf ja den Sachverhalt aufklären. Es ist aber nicht passiert.

Wurde da je mal drüber gesprochen? Also, ist Ihnen da irgendwann auch noch mal zu Ohren

gekommen, dass man darüber mal nachgedacht hat, mal die eigenen Ermittlungsbefugnisse zu nutzen, statt nur die Staatsanwaltschaft irgendwie immer vorzuschieben?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Lassen Sie mich kurz überlegen. - Ich weiß es nicht. Ich kann es nicht sagen. Es kann sein, dass man es auch erwogen hat, aber jedenfalls nicht WA 25.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. Das ist jetzt natürlich eine Bewertung - die müssen Sie gar nicht kommentieren -: Aber natürlich geht das.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Na ja, aber was gemacht und - - Das weiß ich nicht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Man darf mit Enderle sprechen, man darf mit Wirecard sprechen, wenn das die Quelle der Staatsanwaltschaft ist, und hätte es, glaube ich, auch tun müssen.

Wurde denn, sagen wir mal - - Das ist ja auch übrigens interessant: Am 18. April lief das Leerverkaufsverbot dann aus, und am 24. April kam der nächste „FT“-Artikel über das TPA-Geschäft, übrigens einer, der schon sehr klar auf die Fakten der Bilanzmanipulation gedeutet hat, die drei Tochtergesellschaften namentlich genannt hat, über die betrogen wurde.

Also, sechs Tage nach dem Auslaufen Ihres Leerverkaufsverbots kam der nächste „Financial Times“-Artikel. Haben Sie da nachgedacht, das irgendwie vielleicht wieder aufleben zu lassen, oder war das dann überhaupt kein Thema mehr?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, da haben wir nicht darüber nachgedacht, das wieder aufleben zu lassen, weil wir keine Anhaltspunkte zu nächst oder überhaupt für Short-Attacken, die noch folgen könnten, hatten. Mir - - jedenfalls nicht mehr bekannt oder bewusst, dass das diskutiert wurde.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Dann gehen wir mal in den Oktober. Im Oktober, 15. Oktober, hat die „FT“ berichtet, dass drei Tochtergesellschaften 50 Prozent des Umsatzes und 100 Prozent des Konzerngewinns liefern. Das führte ja



## Nur zur dienstlichen Verwendung

auch zur KPMG - - Es führte zu heftigen Kursausschlägen, zu heftigen Kursausschlägen nach unten und zum KPMG-Bericht. Haben Sie - - Also, da können Sie jetzt nicht sagen: Da gab es keine Marktreaktionen. - Da gab es natürlich auch heftigen Verkaufsdruck auf die Aktie nach einem sehr kritischen Artikel. Wie war die Bewertung da?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, wir haben nicht diskutiert, da eine Leerverkaufsmaßnahme in Betracht zu ziehen. Ich kann mich jedenfalls nicht daran erinnern.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Haben Sie sonst irgendwann noch mal, außer im Februar 2019, an ein Leerverkaufsverbot für Wirecard gedacht, für Wirecard-Titel gedacht?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Auch nicht im Rahmen der Covidkrise, um das vielleicht mal anzumerken.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, Deutschland war ja eines der nicht wenigen, aber doch eines der größeren Länder - - Italien, Frankreich, Spanien, viele kleinere, auch die Österreicher, haben ja Leerverkaufsmaßnahmen letztes Jahr im März erlassen. Ich habe mich im Haus - - Ich wurde auch gefragt. Ich habe mich im Haus dagegen ausgesprochen. Die Leitung hat das genauso gesehen. Und es gibt Studien, die sagen, dass sich dann der DAX - - ist dann schneller aus der Krise gekommen aufgrund der Tatsache, dass wir keine Leerverkaufsmaßnahmen ergriffen haben, als andere Länder.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay, ja, in der Tat, da gab es auch die Diskussionen letztes Jahr.

Vielleicht noch mal zu Frau Quadir, weil Sie so ein bisschen auch drauf abgestellt haben, dass sie

sich ja Ihnen gegenüber sehr vorsichtig oder zurückhaltend oder relativierend manchmal ausgedrückt habe.

Ich meine, man muss ja mal das mit ihrer Brille sehen. Matthew Earl hatte bereits 2016 eine Anzeige bekommen - - dann 2019 wieder ins Visier geraten. Dan McCrum war zum damaligen Zeitpunkt Gegenstand eines Ermittlungsverfahrens. Ist das nicht nachvollziehbar, dass, sagen wir mal, Wirecard-Kritiker sehr, sehr, sehr vorsichtig geworden sind aufgrund staatlicher Maßnahmen gegen Kritiker und vielleicht auch deshalb einfach drauf verzichtet haben, sehr direkt mit Vorwürfen zu kommen und viele Wenns und Danns einzubauen, eher zu ihrem eigenen Schutz? So interpretiere ich das nämlich.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gut, jedenfalls, ich meine, dieser Brief und auch ihr Kontakt, der war ja unmittelbar nach Erlass der Maßnahme.

Das mag so sein, wobei ich nicht weiß - - Also, ich meine, wenn gutes Whistleblowing, Whistleblowing zu einem Erfolg führen will, dann muss ich mit harten Fakten kommen und auch dagegenhalten, wenn man der Auffassung ist, dass wir wirklich falsch liegen. Das wäre jedenfalls meine Einstellung als Whistleblower.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Da gebe ich Ihnen recht. Aber ein Umfeld, in dem das ermutigt wird, ist vielleicht auch nicht das, wo der Kritiker der Erste ist, der angezeigt wird, und der Haupttäter dann irgendwann aus dem Land spaziert.

Das wäre vielleicht auch einfach eine Lektion, die man lernen muss: dass das natürlich Auswirkungen hat auch auf andere, die sich vielleicht melden wollen.

Gab es denn sonst noch mal - - Wissen Sie über den Februar hinaus über Kontakte Ihres Referats zu Vertretern von Wirecard, der Rechtsabteilung, Burkhard Ley oder Vorständen oder Compliance oder wer auch immer da - -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, es gab - - Also, wir haben im - - Die WA 26 im April hat in



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Bezug auf einen „FT“-Artikel eine Ad-hoc-Untersuchung gemacht dahin gehend - muss ich mal gucken - ,

(Der Zeuge blättert in seinen Unterlagen)

ob diese Ad-hoc rechtzeitig war bzw. ob der Aufschub rechtmäßig war. Und da wurde sich auch mit dem Rajah-&-Tann-Bericht auseinandergesetzt. Ich glaube, ich habe das als Vertreter auch abgezeichnet. - Ja, ich habe das abgezeichnet.

(Im Sitzungssaal ertönt eine Lautsprecherdurchsage)

Und in der Tat stand ja im Raum, ob beim - - bei Wirecard Singapur es da Bilanz- - oder, sagen wir mal, unlau- - fehlerhafte Buchungen gab. Und da haben sich die Kollegen von der 26 - es war meines Wissens im April oder jedenfalls im Frühjahr - damit auseinandergesetzt und hatten in der Tat Kontakt mit den Rechtsvertretern von Wirecard. Und da wurde eben vorgebracht: Wirecard selbst hat Rajah & Tann beauftragt, Fehlerurs- - Fehlerforschung anzustellen.

Die Kollegen haben sich meines Wissens den Bericht auch geben lassen, die WA 26. Im Grunde kam dann heraus, dass in der Tat da bestimmte Buchungsfehler vorlagen, die aber bei Weitem nicht, jetzt mit der Nachschaubrille, das Gewicht hatten oder gar den Auslöser gegeben haben, dass das Wirecard-Haus eingestürzt ist, hier diese Geschichte um Rajah & Tann.

Und dann wurde zu Recht kein Ad-hoc-Verstoß festgestellt. Das habe ich auch abgezeichnet als Vertreter.

**Dr. Florian Toncar** (FDP): Danke schön.

**Stellvertretender Vorsitzender Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach:** Vielen Dank, Kollege Toncar. - Ich habe nun den Kollegen De Masi, bitte.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Herr Bußalb, darf ich noch mal

fragen: An dem Freitag, als Sie da Ihren Zahnarzttermin hatten, war das ein sehr kurzfristig anberaumter Termin oder - -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nein, nein. Das war - -

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Der stand schon länger fest.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Das war längere Zeit vorgeplant. Ich meine, da wurden mir auch eine oder zwei Plomben ausgetauscht.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Nein, Sie müssen keine - - Das erwarte ich nicht von Ihnen. Das ist Ihre Privatangelegenheit.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Was ich sagen will: Es war jetzt nicht auch gerade nur so: „Kommen Sie mal hier wieder weg“, sondern es war wirklich auch von Gewicht.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay. Ich will nicht - - Um Gottes willen!

Hatten Sie jemals zu den leerverkaufsbeschränkenden Maßnahmen Kontakt mit Personen, sage ich mal, die nicht Behörden repräsentiert haben im engeren Sinne, also jetzt im Fall Wirecard - - also, sagen wir mal, aus dem politischen Raum Akteure, die sich erkundigt haben, sagen wir, weiß ich nicht, Kai Diekmann oder wer auch immer.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nein, nein. Kann ich verneinen.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay. - Es wurde auch nie noch mal intern, zum Beispiel von Ministerien oder so, angefordert, ob man denn noch mal in der Rückschau das Ganze bewerten sollte rechtlich, oder Ähnliches?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nein.

**Fabio De Masi** (DIE LINKE): Okay. - Was mich jetzt noch interessieren würde: Als die Staatsanwaltschaft mit dieser Erpressungsstory kam, von der die Staatsanwaltschaft ja behauptet, dass



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sie gar nicht maßgeblich gewesen wäre - - Das ist ja hier das Interessante. Also, die Staatsanwaltschaft sagt immer: Erpressung, haben wir gar nicht deswegen ermittelt. - Und BaFin sagt immer: Uns wurde eine Erpressung mitgeteilt. - Jetzt können Sie vielleicht das Problem nicht lösen. Ich will nur darauf aufmerksam machen, dass bei diesem Erpressungsvorwurf ja nahegelegt wurde, dass negative Bloomberg-Berichterstattung drohen würde. In kurzen Zeitabständen ist dem aber vorausgegangen: kritische Berichte der „Financial Times“ am 30.01., am 31.01., am 1. Februar, am 4. Februar, am 7. Februar und am 8. Februar. Auch andere Medien hatten zuvor bereits kritisch berichtet.

Auch bei der bereits 2016 vermuteten Short-Attacke waren ja keine signifikanten Marktvertrauensverluste eingetreten. Und jetzt soll ein Artikel von Bloomberg sozusagen das Ganze kippen oder soll diesen Effekt haben, Marktvertrauensverlust.

Haben Sie sich das denn mal näher angeguckt, also auch die Abfolge der Berichterstattung? Selbst wenn man jetzt die These teilen würde, das ist quasi eine böswillige konzertierte Aktion von Journalisten: Warum denn jetzt - - Ausgerechnet dieser eine Artikel bedroht jetzt fundamental das Marktvertrauen.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ich denke, Bloomberg ist dann auch noch mal noch bedeutender. Gut, „FT“ ist ja schon eine Hausnummer. Aber im Grunde war wohl die Befürchtung im Raum, dass es jetzt, salopp gesagt, überhandnimmt und - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, ich sage mal so, wie früher - - Ich habe in der Schule immer so Autoquartett gespielt, so „Zylinder sticht“. Kennen Sie noch, nicht? Das heißt, Bloomberg sticht jetzt sechs „FT“-Artikel oder so.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nein. Also, ich denke, so kann man das jetzt nicht sehen. Aber letztlich - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, Bloomberg ist der, weiß ich nicht, Audi GT oder so.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** So möchte ich mich jetzt nicht verstanden wissen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Aber letztlich hat man doch Weiterungen befürchtet, jetzt mit der Sicht damals - bitte so sehen -, mit der Sicht damals, dass das irgendwie jetzt immer weitere Kreise zieht, oder haben das die Kollegen eben so angenommen. Und das hat sie dann motiviert, so zu handeln.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Haben Sie denn selbst mal, jetzt neben irgendwelchen Konferenzen oder wo das jenseits Ihrer Kontrolle war, sonst noch mal Austausch gehabt mit Vertretern von Wirecard? Kann sein, dass Sie das bereits gefragt wurden, und ich hatte das nicht - - Nein?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Hat denn Frau Roegele sich noch mal explizit mit Ihnen ausgetauscht, was die Außenkommunikation dieser Entscheidung angeht?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Die Frau Roegele nicht, aber vor allem Frau Geilfus, die ja dieses Wochenende eben gearbeitet hat und auch im Fall dann drin war damals, war natürlich auch mit mir dann, mit unserer Kommunikationsabteilung dann auf jeden Fall in den - - vor allem in den ersten Tagen oder in der ersten Woche, ersten zehn Tage intensiv befasst, wie wir kommunizieren, aber Frau Roegele nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Später noch mal, also zu späteren Zeitpunkten? - Sagen Sie ruhig - -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ich überlege. - Meines Wissens nicht. Ich - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Sie sind da ganz sicher?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Wenn Sie mir jetzt was vorlegen, gerne. Ich - - Mir fällt jetzt nichts ein. - Oder was sagen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Und haben Sie noch mal mit Vertretern von anderen Behörden später darüber kommuniziert?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gut, also, als dann der Ban in Richtung Auslaufen ging, also in Richtung dieses Karfreitags, meine ich, war es, hatten wir natürlich davor Kontakt mit der ESMA, mit den Kollegen, die wissen wollten, wie da unsere Marschrichtung ist. Mit denen haben wir uns aber auch nur kurz dann wenige Tage davor - ich erinnere mich an ein Telefonat mit ESMA-Kollegen - - eben gesagt, dass der Ban dann ausläuft.

Ansonsten kann ich mich nicht erinnern, was jetzt diese Wirecard-Sache angeht. Also, es gab noch mal im Nachgang Kommunikation meines Wissens in Bezug auf Akteneinsicht. Da hat die ESMA nicht goutiert, als wir da Akteneinsicht mal gewährt hatten. Aber das war ja schon - - Das ist nachgelagert.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Da hat die ESMA? Ich habe es akustisch nicht verstanden: Da hat die ESMA nicht - -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Wir hatten ja Akteneinsicht gewähren müssen. Und da hat die ESMA da noch mal kritisch nachgefragt, inwieweit da auch ihre Dokumente betroffen waren. Aber das war schon nachgelagert. Das ging schon in den Sommer dann 2019.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und gab es denn noch mal - - Im Zuge des Ausbruchs der Coronakrise gab es ja durchaus - - Also, zum Beispiel der Parlamentarische Staatssekretär Bareiß, der hat zum Beispiel - - war relativ empfänglich für Argumente noch mal für ein allgemeines Leerverkaufsverbot, wo er lobbyiert wurde. Gab es denn da in diesem Zusammenhang oder in diesem Zeitraum noch mal Diskussionen in der BaFin, die auch unter dem Gesichtspunkt Wirecard geführt wurden?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nicht dass ich wüsste, nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und wurde überhaupt ein allgemeines Leerverkaufsverbot noch mal erwogen? Also, gut - -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, ich wurde in der Tat von der Hausleitung gefragt, von Frau Roegele - war auch Herr Hufeld, Herr Röseler im Boot; da gibt es auch E-Mails -, nachdem klar war, dass viele europäische NCAs, Staaten das ergreifen werden - also, das ging auch sehr schnell -, wie denn WA 25 dazu steht. Und ich habe mich da sehr kritisch geäußert. Ich habe das in diesem Maßstab nicht als geeignetes Instrument angesehen, weil ich der Meinung bin, dass man diese Covidkrise oder, sagen wir mal, dieses - - Es war ja im Februar/März, dieser Kursabfall - - dass der nicht durch die Leerverkäufe ausgelöst ist, sondern durch das allgemeine - - durch den allgemeinen Abverkauf - - habe mich kritisch geäußert. Und die Hausleitung hat das genauso gesehen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Nee, das ist nur interessant, weil ich war zum Beispiel einer derjenigen, die damals ein Leerverkaufsverbot gefordert haben. Sehen Sie! Und da hätte ich es noch eher verstanden sozusagen als in diesem - - mit diesem Single-Issue Ban, als bei Wirecard.

Aber gut, ich bin auch durch mit der Zeit.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank. - Herr Bußalb, ich würde Ihnen gerne mal Ausschnitte zeigen aus der Stellungnahme der Bundesbank, auch vom 15. Februar 2019. Ich glaube, die Zeit können wir einfach gut investieren. Ich würde Sie einfach mal bitten - - Das sind so drei kurze - - Kurzbewertungen. Vielleicht wollen Sie die einfach mal auch gerne laut vorlesen.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Er  
liest in diesen Unterlagen)



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ab „16 Uhr“?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
So ist es.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gut.

16 Uhr: Im Zentralbereich F wird eine weitere Analyse intern kommuniziert:

Mit Hilfe eines dynamischen Korrelations- und Volatilitätsmodells (DCC-GARCH Modell) können Hinweise gesammelt werden, ob von einem bestimmten Marktsegment Ansteckungseffekte ausgegangen sind. In der akademischen Literatur wird ein ausgeprägter Anstieg von Paarkorrelationen - hier zwischen den täglichen Veränderungen der Aktienpreise - als Indiz für solche Ansteckungseffekte interpretiert. Für Wirecard zeigt eine entsprechende Analyse mit Daten bis zum 15. Februar 2019 **keine auffälligen Ansteckungseffekte** zu anderen Finanzunternehmen (Allianz, Deutsche Bank, Deutsche Börse, Commerzbank, Eurostoxx, Banken Index). Die Paarkorrelationen bewegen sich auch am aktuellen Rand innerhalb der historisch „normalen“ Bandbreite zwischen 0,2 und 0,4. Insoweit liegen keine Hinweise für mögliche systemische Risiken durch eine Schieflage von Wirecard vor.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Genau. Und dann geht es weiter mit dem Zentralbereich M, der ein bisschen später eine Antwort formuliert hat.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Genau.

Auch europäische und deutsche Finanztitel, die von gedämpfteren Konjunkturerwartungen und flachen Zinsstrukturkurven beeinträchtigt werden, konnten zuletzt wieder mit der breiten Marktentwicklung Schritt halten. Bei den

großen deutschen Banken dürften Fusionsgerüchte und eine vom Markt positiv aufgenommene Jahresberichterstattung (Commerzbank) hierzu beigetragen haben. Für eine von Wirecard ausgehende Ansteckung der sonstigen deutschen, börsennotierten Finanzindustrie gibt es auf Basis der Preisentwicklungen an den Märkten derzeit keine Anzeichen.

Und dann noch mal 20.30 Uhr:

F steuert eine weitere Bewertung bei:

Exzessive Preisbewegungen und Spillover-Effekte auf andere Marktteilnehmer erscheinen daher unwahrscheinlich. Auch ist die gesamtwirtschaftliche Bedeutung des Unternehmens im Vergleich zu anderen Finanzinstituten eher gering. Die Ausführungen der BaFin zu möglichen Verwerfungen werden daher zumindest bezweifelt.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Vielen Dank. - Würden Sie sagen, mit der Rücksch- - Sehen Sie das zum ersten Mal? Oder lesen Sie das zum ersten Mal? Also, jetzt im Originaltext.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ich meine, ja. Also, ich habe es schon mal in einer Zusammenfassung, glaube ich, gelesen, aber in der Ausführlichkeit und in dem Kontext: Ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Und würden Sie sagen, dass die Tiefe dieser Qualität tiefer ist und qualitativer ist als das, was Sie bei den Kollegen in Ihrem Haus gesehen haben bei der Entscheidung zum Leerverkaufsverbot?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, zumindest ist es breiter aufgestellt. Es wird hier mehr beleuchtet.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Und würden Sie sagen, dass die Analysen, die Sie gerade gesehen haben - dahinter gibt es übrigens auch noch sehr viel anderes Material; das ist



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die Kurzzusammenfassung -, dass die in ihrer Tiefe der Qualität das entkräften würden, was die Kollegen in Ihrem Haus gesagt haben?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Da muss ich wieder eine Bewertung vornehmen. Ich denke, wir haben jetzt alle die Fakten - -

(Der Zeuge berät sich mit seinem Rechtsbeistand)

Ja, ich muss keine Bewertung vornehmen, aber gut - - Sagen wir es mal - - Vor dem Hintergrund von Lessons Learned und mit Blick in die Zukunft, denke ich, ist so was hilfreich.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das finde ich doch eine klare Aussage. Ich habe gar keine weiteren Fragen. Mehr wollte ich von Ihnen nicht wissen. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich hatte mich ja hinten angestellt, aber ich habe auch - - Das nehme ich mit, was Sie eben gesagt haben: Lessons Learned.

Ich habe keine weiteren Fragen, schenke die Runde oder die sieben Minuten dem Ausschuss und schaue dann in einer neuen Runde zu den Kollegen der CDU/CSU.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender, für die Aussetzung Ihrer Frage.

Ich darf den Herrn Dr. Bußalb noch mal um die Verbindung mit der Deutschen Bundesbank befragen. Herr Dr. Bußalb, die Vertreter der Bundesbank haben uns hier erklärt, es gebe eine mit der BaFin abgestimmte Liste marktrelevanter DAX-Konzerne, also DAX-Konzerne, die man unter besondere Beobachtung vielleicht setzen sollte. Wirecard, so hat man uns erklärt, habe nicht auf dieser Liste gestanden.

Das heißt, man ging beiderseits, bei der Bundesbank wie bei Ihnen, davon aus, dass Unwuchten bei Wirecard keine Auswirkungen, keine schwe-

ren Auswirkungen zumindest, auf den Gesamtmarkt hätten - - oder auf den Gesamtmarkt auswirken würde.

Können Sie mir erklären als Fachmann, weshalb die BaFin vor diesem Hintergrund auf die Idee kommen konnte, Bewegungen beim Leichtgewicht Wirecard würden einen Schaden beim Marktvertrauen nach sich ziehen? Das ist doch, fachlich gesehen - - Und deswegen hat ja die Bundesbank auch so Stellung genommen, wie sie genommen hat.

Jetzt will ich mal von Ihnen hören als zuständiger Mann in der BaFin, wie Sie das beurteilen, was ich gerade im Vorhalt gegeben habe.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, zunächst mal: Die Liste der wichtigsten DAX-Unternehmen, die Sie ansprachen, die ist mir jetzt nicht positiv bekannt. Es mag so was geben. Also, ich bin da jedenfalls nicht involviert gewesen oder jetzt nicht involviert - - von dieser Liste Kenntnis zu haben.

Ich weiß allerdings, dass die Montagmeldung, die im Grunde die Netto-Leerverkaufspositionen der wichtigsten Finanzunternehmen, jetzt mal im untechnischen Sinne, auch der wichtigsten Banken, das im technischen Sinne - - aber auch überhaupt die wichtigsten - ich meine, es sind 30 - DAX-Unternehmen - - Die sieht sie sehr wohl jeden Montag, die erbitten sie auch. Das ist auch dieser Austausch in der Leerverkaufsverordnung, wo die Bundesbank in der Tat mit einbezogen ist. Das meint das. Da ist die Wirecard mit drin. Und das sieht die Bundesbank auch - - und daher wahrscheinlich auch mit eingeflossen in die Analysen, die mir Ihr Kollege Bayaz hier gerade gezeigt hat oder vorgehalten hat. Da sehen die sehr wohl eben dann doch Hintergrundinformationen dazu und kamen eben zu diesem Schluss.

Aber jetzt von vornherein zu sagen, die Wirecard ist nicht auf der konkreten Liste, die Sie ansprachen - - Schlussfolgerung: Das muss auseinanderlaufen, die Stellung - - die Auffassung der Bundesbank von der der BaFin. Also, das halte ich ein bisschen für zu kurz gegriffen. Auf diese Liste, die Sie ansprachen, denke ich, kommt es



## Nur zur dienstlichen Verwendung

jetzt für unser Spektrum hier, Leerverkäufe, nicht so sehr an.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Gut, aber dass die Bundesbank nach einem Schreiben vom 31. Juli 2013 darauf hingewiesen hat - - Und das BMF hat mit dem Schreiben vom 31. Juli 2013 darauf hingewiesen gegenüber der BaFin und der Bundesbank, dass der Bundesbank in der Regel die Möglichkeit zur Stellungnahme zu beabsichtigten Maßnahmen - Leerverkaufsverordnung - gegeben werden sollte.

Das heißt also, es ist eine klare Anweisung bei der BaFin vorhanden, eine klare Anweisung bei der Bundesbank durch das Bundesfinanzministerium gegeben, und das hat scheinbar bei Ihnen niemand interessiert.

Hat die BaFin aus Ihrer Sicht mit der Information um 11.45 Uhr, der Zusendung des Entwurfs und einer Entscheidung ohne eine schriftliche Stellungnahme der Bundesbank die Bundesbank nicht beteiligen wollen, oder was war der Hintergrund?

Sie haben sich Räuberpistolen von einem Anwalt und über die - - über einen Vermerk der Oberstaatsanwältin zu eigen gemacht. Aber das, was Sie sollten, nämlich eine offizielle Stellungnahme der Bundesbank einholen, das haben Sie nicht getan.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, ich war bei dem Prozess an jenem Wochenende nicht beteiligt.

Ich weise vielleicht auf zwei Dinge hin: Jetzt wissen wir, dass es eine Räuberpistole war. Damals wussten wir es nicht. Das möchte ich noch mal betonen.

Und das Zweite: Ich denke, es gab Austausch mit der Bundesbank. Die Details, wie sich da vor allem Frau Roegele dann entschlossen hat zu agieren: Das entzieht sich meiner Kenntnis.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Es gibt ja Menschen, die das Glück der späten Geburt für sich in Anspruch nehmen. Sie

nehmen fortlaufende hier das Glück der Abwesenheit im Amt für sich in Anspruch.

Wissen Sie, wenn ein Abteilungsleiter - ich versetze mich mal in Ihre Lage - dann wieder nach dem Wochenende ins Amt kommt und schwerwiegend dieses Leerverkaufsverbot, das in seiner ganzen Laufbahn noch nie erlassen wurde - - Dann fragt er doch: Was habt ihr gemacht? Was ist mit der Bundesbank? Was ist mit den Vorgaben? Was ist mit dem BMF?

Also, ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Ihre Einlassungen ärgern mich, weil einfach hier irgendwie nicht richtig aufgrund Ihrer Position eine Klarheit und eine klare Aussage - -

Ich fordere Sie noch mal auf, hier, Herr Dr. Bußalb, zu sagen: Was haben Sie dann ab Montag im Amt gemacht? Wurden Sie informiert? Wurden Sie nachträglich beteiligt? Haben Sie Korrektur verlangt? Oder wie auch immer.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ich denke, ein Rechtsreferatsleiter und ein Jurist im Rechtsstaat, der muss auch die rechtlichen Regeln beachten.

Die Bundesbank war de jure jetzt nicht - - war kein Benehmen einzuholen. Es waren keine Unterlagen von ihr einzuholen. Das sieht die Leerverkaufsverordnung nicht vor. Insoweit muss ich meine Kolleginnen und insoweit die Frau Roegele in Schutz nehmen. Das ist rechtmäßig erfolgt.

**Dr. h. c. (Univ Kyiv) Hans Michelbach** (CDU/CSU): Das gegenseitige In-Schutz-Nehmen, das ist von A bis Z hier natürlich von uns schon erkannt.

Ich würde dem Kollegen Hauer das Wort übermitteln.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Bitte schön.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Vielen Dank, Herr Dr. Michelbach. - Der BaFin oder auch WA 23 zumindest war ja auch bekannt, dass es eine DPR-Prüfung hinsichtlich der Bilanzen von Wirecard gab. War das WA 25 auch bekannt?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, nicht in diesem Februarmonat 2019. Ab wann das dann uns bekannt wurde, das kann ich exakt nicht sagen, später jedenfalls.\*

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. Das heißt, die Abteilung, die für den Erlass des Leerverkaufsverbots zuständig war, hat nicht gewusst bei Erlass, dass es im Raum - - oder: dass es eine DPR-Prüfung der Bilanzen von Wirecard gab, obwohl es gerade um Vorwürfe rund um Wirecard sich handelte.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ich wusste es nicht. Ich gehe davon aus, dass Frau Geilfus es auch nicht wusste oder auch die anderen Kollegen nicht.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, ich muss gestehen, das schockiert mich jetzt ein Stück weit. Es war jetzt zwar eine Frage von mir, aber ich habe jetzt gedacht, Sie sagen: Natürlich haben wir das gewusst. Das haben wir ja zugrunde gelegt, ist ja ein wichtiger Punkt.

Es ist ja auch kein alltäglicher Punkt, dass so eine Prüfung hinsichtlich der Bilanzen von Wirecard in einem behördlichen Verfahren stattfindet, wenn es auch um dieses Unternehmen ging. Okay, das, finde ich, ist jetzt eine sehr interessante Information.

Dann würde ich Sie bitten, mal darzulegen: WA 25 - das ist ja Ihre Abteilung oder Ihr Referat - - Können Sie mal sagen: Über wie viel Menschen reden wir da? Wie viel arbeiten da?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, wie viel sind denn das? - Das ist so - - Zwölf. Ja, zwölf. Das kommt so ein bisschen drauf an. Manchmal haben wir noch jemand ausgeliehen, aber so 12, 13. Ich weiß jetzt nicht - - Wie viel waren es Februar 2019? Noch ein, zwei mehr.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay, so um die zwölf, sagen wir mal.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und was ist so der fachliche Background dahinter? Was machen - - Was sind das so für Leute, die da arbeiten?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, der höhere Dienst, mit mir, wir sind zu dritt - also ich, und ich habe noch zwei Referentinnen und noch einen Referenten, der allerdings schwer krank ist. Wir sind Juristen. Also, hD ist - - Wir sind alles Juristen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also dreimal höherer Dienst?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Genau. - Also, der Referatsleiter bin ich, hD, und dann noch drei weitere Juristen im hD.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also Sie plus drei.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Genau.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, mich interessiert jetzt vor allem der höhere Dienst. Okay, also Sie plus drei.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Wobei: Ein hD macht letztlich nur die Directors' Dealings und die Handelsaussetzungen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, für das Leer- Oder, ich sage mal, Kompetenz im Bereich Leerverkauf haben Sie natürlich.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Und Frau Geilfus.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und Frau Geilfus.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Und dann haben wir die Sachbearbeiter - das ist im Grunde meistens Fachhochschule -; das sind Wirtschaftswissenschaftler.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, finde ich krass, muss ich sagen, weil ich stelle jetzt fest, dass bei Ihnen, ich sage mal, zwei Leute im Referat da Kompetenzen mitbringen im Bereich Leerverkauf. Jetzt kommt ein, ich will jetzt nicht sagen: Jahrhundertereignis. Aber es kommt ein einmaliges Ereignis im Leben einer BaFin-Karriere,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

und da sind 50 Prozent, und dann auch noch der Chef davon, von beiden - - ist nicht da. Da können Sie nichts für. Aber da hätte ich Sie doch gefragt, auch wenn - -

Das kann ich eben nicht verstehen: dass man sozusagen freiwillig auf 50 Prozent der Kompetenz verzichtet. Also, ich würde doch in der Situation mir alle Kompetenz ranholen, die ich finden kann, und würde Sie auch am Wochenende anrufen und auch vielleicht in einer Situation, wo Sie vielleicht nicht so gut sprechen können gerade, aber denken. Das kann ich nicht so ganz nachvollziehen. Können Sie dazu was sagen?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, letztlich - - Ich meine, es war am Sonntagabend; da habe ich diese E-Mails gelesen, und am nächsten Tag war ich dann im Büro und habe - - war dann voll im Bilde.

Warum da vonseiten Frau Roegele nichts kam - - Ich weiß es nicht. Auf jeden Fall: Sie - ich habe es schon gesagt - hat eben das Recht, da auch einzutreten und das zu machen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Na klar, aber sie hielt ja Sie offenbar für entbehrlich bei der Entscheidung, fachlich.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Dazu kann ich nichts sagen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja offensichtlich, sonst hätte sie ja nicht ohne Sie entschieden.

Also, ich erlebe Sie hier als absoluten Fachmann. Deshalb hätte ich Sie da an ihrer Stelle, also an Stelle von Frau Roegele, auf jeden Fall einbezogen und gefragt, wie da Ihre Situat- - oder wie Ihre Sicht auf die Dinge ist - - und finde es auch nahezu mehr als fahrlässig, da auf so eine große Kompetenz zu verzichten bei der Entscheidung, wenn man genau zwei Menschen hat in dem Referat, die sich damit auskennen.

Ich habe noch mal eine andere Frage zum Thema der Ministervorlage zu dem Vorgang. Sind Sie da in irgendeiner Weise einbezogen gewesen - die Vorlage, die für Herrn Scholz war?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nein. Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Über Herrn Kukies und -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - Franke und Cless. - Waren Sie nicht einbezogen. Wissen Sie auch nicht, ob da die - - Aber die BaFin - - Wissen Sie, ob die BaFin einbezogen war?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Das weiß ich nicht, nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay, gut. Dann frage ich dazu auch nicht weiter.

Ich habe auch keine weiteren Fragen mehr. - Danke sehr.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich habe noch eine kleine jetzt. Ich hatte ja eben schon mal verzichtet.

Das, was der Kollege Hauer da schildert - - Haben - - Das ist natürlich eine Bewertungsfrage. Frage ich anders: Hatten Sie je Streit mit Frau Roegele oder so?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nein. Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Weil man könnte ja denken: Jetzt ist die Katze nicht zu Hause - Sie kennen den Spruch - und der Fachmann - ich habe auch schon alles in 30 Jahren erlebt -, und dann macht man mal so was. Das drängt - - Sie können das verstehen, dass man, wenn wir das jetzt hier mit so viel Licht gerade belegen, den Punkt - -

Ich habe mich auch immer gefragt: Warum war das so und diese Eile und alles so im, gestatten Sie mir den saloppen Ausdruck, Schweinsgalopp? Und dann, am Montag, kamen Sie ja in die BaFin, und da war das Kind, sagen wir es mal so, oder das Leerverkaufsverbot in den Brunnen gefallen. Das ist so mein Eindruck.

Aber Sie hatten nie Streit oder -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - Dissonanzen -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - mit Frau Roegele, die vielleicht so ein Verhalten, wie vom Kollegen Hauer - -

Gut, dann sage ich auch mal - dann schenke ich sechs Minuten -: Ich bin dann auch durch.

Dann wäre die SPD - - Aber die hatte schon gesagt, im Sinne der Zeiteffizienz verzichtet sie. Dann geht es weiter mit Dr. Toncar.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Keine Fragen von der FDP.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, Dr. Toncar hat auch keine Fragen. Ich gucke zu - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Keine Fragen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Keine Fragen. Dann schaue ich zu Bündnis 90/Die Grünen. - Auch keine Fragen.

Dann stelle ich fest, dass hier in öffentlicher Runde keine Fragen mehr bestehen. Gibt es, der guten Ordnung halber, noch Bedarf, in nichtöffentlicher Sitzung Fragen an den Kollegen Dr. Bußalb zu stellen? - Auch das kann ich nicht erkennen. Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat.

Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen, Dr. Bußalb, ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder Sachverhalte zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss Ihrer Vernehmung.

Vorhalte hatten wir nicht diesmal. - Gut, dann brauchen wir auch kein Schweigegebot.

Dann darf ich mich bei Ihnen recht herzlich bedanken, -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gerne.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - wünsche Ihnen jetzt noch einen angenehmen Abend, auch natürlich bei Dr. Dann, der heute ja eine Doppelschicht gefahren hat insoweit. Ihnen wünsche ich auch gute Heimkehr nach [REDACTED].

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und in dieser schwierigen Zeit: Bleiben Sie mir beide gesund.

**RA Dr. Matthias Dann:** Danke.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gerne. - Vielen Dank.

Dann bitte ich jetzt die Zeugin Felicitas Linden zu uns.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Vernehmung der Zeugin Felicitas Linden

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Frau Linden, ich heiße Sie recht herzlich im Namen des Ausschusses willkommen. Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand, Dr. Rainer Birke, Platz genommen. Auch ihn begrüße ich recht herzlich.

Herr Birke, wie Sie sicherlich noch wissen, dürfen Sie die Zeugin entsprechend beraten. Ihnen steht jedoch selbst kein Rede- und Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrer Mandantin während ihrer Aussage keine weiteren inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie oder Ihre Mandantin selbstverständlich eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung mit Ihnen beantragen. - Gibt es dazu noch Fragen?

**RA Dr. Rainer Birke:** Keine Fragen, Herr Vorsitzender.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke schön, Herr Birke.

Frau Linden, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeugin und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab übersandt.

Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung einverstanden erklärt. Wie immer an dieser Stelle danke ich dem Zeugen und dem Rechtsbeistand dafür, weil uns das in der Summe der Zeugen eine Menge Zeit erspart.

Insoweit kann ich mich an dieser Stelle auf die technischen Hinweise beschränken.

Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin diese Unterlage auch vorlegen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sons-

tige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegend schutzwürdige Interessen verletzen würde, so bitte ich um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad dieser Sitzung zu beschließen. - Gibt es zu diesen Hinweisen noch Fragen?

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

- Nein. Gut. - Dann möchte ich Sie noch bitten, immer darauf zu achten, das Mikrofon einzuschalten. Das wird insbesondere umso dringlicher, wenn unser Stenografischer Dienst, dem ich an dieser Stelle auch einen ganz herzlichen Dank und Gruß zusende für die unermüdliche Arbeit hier - - Aber als Rückfallebene haben wir eben auch hier immer die Tonaufnahme.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gut. - Frau Linden, ich würde Sie also zunächst kurz zu Ihrer Person vernehmen. Da würde ich Sie bitten, sich kurz vorzustellen. Würden Sie uns Ihren Vornamen, Namen, Alter, Beruf und Ihren Wohn- oder Dienstort mitteilen?

**Zeugin Felicitas Linden:** Guten Abend! Mein Name ist Felicitas Linden. Ich bin 52 Jahre alt, bin bei der BaFin seit dem Jahr 2000 beschäftigt, leite dort jetzt seit Mai letzten Jahres die Abteilung „Marktüberwachung, Marktinfrastruktur“ - das ist die Abteilung WA 2 - und wohne und lebe in [REDACTED].

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar. - Frau Linden, Sie haben jetzt die Möglichkeit, im Zusammenhang darzustellen, was Ihnen über den Gegenstand dieser Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort.

**Zeugin Felicitas Linden:** Also, ich habe jetzt keine Erklärung, wenn das jetzt ... (akustisch unverständlich) Da wollte ich jetzt keine Erklärung in der Form abgeben. Ich weiß, dass es der ganze Themenkomplex Wirecard ist. Deshalb bin ich heute hier. Aber ich hätte jetzt kein Ziel, noch mal eine Erklärung dazu abzugeben.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist auch Ihr gutes Recht. - Dann würde ich, wie immer, mit den allgemeinen Fragen ein bisschen anfangen. Dann würde ich für die Kollegen schon mal so ein bisschen abräumen. Das sind Fragen, die wir allen Zeugen so stellen. Also entsprechend die erste Frage, die ich immer stelle: Wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet?

**Zeugin Felicitas Linden:** Ich habe noch kurSORisch mir die Akten angeguckt, also, jetzt nicht voll, aber ich habe mir noch mal, soweit die Zeit das eben erlaubte, ein paar Sachen angeguckt dazu.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das ist ja eine lange Zeit, aber ich würde es auf den Untersuchungszeitraum beschränken. Das ist der 01.01.2014 bis zum 8. Oktober 2020. Können Sie uns kurz Ihre beruflichen Stationen innerhalb der BaFin seit - - oder innerhalb des Zeitraums skizzieren?

**Zeugin Felicitas Linden:** Seit 2014?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm.

**Zeugin Felicitas Linden:** 2014 war ich in der Abteilung WA 4 beschäftigt, also die Abteilung, zuständig für Assetmanagement, Investmentfonds, wenn ich das jetzt noch richtig in Erinnerung habe. Ich bin dann für sechs Monate - damals noch getrennt - zur FMSA gegangen, war dort tätig. Das ist ja jetzt integriert; das ist jetzt der Geschäftsbereich „Abwicklung“. Der war damals ja noch eine eigenständige Behörde. Bin 2015, November 2015, zurückgekommen zur BaFin. War dann in der Abteilung WA 5 - das ist die Abteilung für Prospekte -, hatte dort Referatsverantwortung, und bin dann im Sommer 2017 in die Abteilung WA 2 gewechselt, damals als Referatsleitung, zuständig für Finanzmarktinfrastrukturen. Ich hatte in der Zeit gleichzeitig die stellvertretende Abteilungsleitung inne und war in dem betreffenden Zeitraum - - Also, der Wirecard-Zeitraum begann für mich im Januar 2019, Februar 2019; denn in diesem Jahr, von Dezember 2018 bis Januar 2020, war die ursprüngliche Abteilungsleitung krank, sodass ich in dieser Zeit die Stellvertretung hatte und die Verantwortung

für mein Referat für Finanzmarktinfrastrukturen. Und dann bin ich 2020 tatsächlich in die Position der Abteilungsleitung dann eingetreten. - Das sind jetzt so meine Stationen in diesem Zeitraum.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar. - Nur eine kurze Frage aufgrund Ihrer Schilderung: WA 5, Prospekte, hatten Sie dann Berührung - - weil Herr Dr. Bußalb aussagte, er hatte auch aus der Prospekt- - über Prospekte-, Prospektbeschreibung und ETC, alles, was so mit Prospekten zusammenhängt, zu tun. Hatten Sie da eine gemeinsame Zeit in der Abteilung?

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, wir hatten eine gemeinsame Zeit. Ich hatte damals in der WA 5 das Referat WA 51; das war „Grundsatzfragen Prospekte“. Also, wir waren mit der Prospektverordnung, mit Rechtsfragen betraut. Und wenn ich mich richtig erinnere, war Herr Dr. Bußalb damals, glaube ich, als Referent im Referat WA 54. Aber wir waren praktisch in einer Abteilung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau. Nur weil er das vorhin auch so geschildert hatte, deswegen dachte ich: Da könnte ja eine Überschneidung gewesen sein.

**Zeugin Felicitas Linden:** Genau, da waren wir in einer Abteilung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Meine Frage, die wir allen stellen - nicht verwundern -: Hatten Sie im Untersuchungszeitraum Wirecard-Aktien oder -Derivate, sprich: Optionsscheine, ob nun long oder short?

**Zeugin Felicitas Linden:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein. - Sie haben es ja auch so ein bisschen beschrieben, wann so dann die Kontaktaufnahme auch mit Wirecard in beruflichem Sinne erfolgte. In welche Prüfungen und Handlungen waren Sie dann allgemein in diesem Zusammenhang und im Zeitraum mit der Wirecard eingebunden?

**Zeugin Felicitas Linden:** Während der Stellvertretung tatsächlich eingebunden war ich im



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Rahmen der Anzeige im April 2019. Zum Zeitpunkt des Erlasses des Leerverkaufsverbotes und in die damit stattfindende Diskussion war ich nicht eingebunden.

Dann ging das praktisch mit der Anzeige im April 2019 - - Und je länger meine Stellvertretung dauerte in der Zeit, die ich dann wahrgenommen habe, umso mehr war ich dann neben den Tätigkeiten für mein Referat dann auch in die Aufgaben oder Sachfragen oder anstehenden Dinge, was die Wirecard anbetraf - - soweit es die WA 2 damals betraf. Die Wirecard hat ja auch noch einen Aspekt in der WA 1; das ist das ganze Thema „Bilanzkontrolle und DPR“. Aber soweit es WA 2 betraf, war ich dann eingebunden, tatsächlich auch im Sinne von Mitzeichnung, dann im Rahmen mit der Anzeige im April 2019.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann würde ich so ein bisschen jetzt mich in die spezielleren Dinge vorarbeiten, bevor ich weitergebe. - Uns liegt eine Mail vor von Frau Dominika Kula, BaFin, an Herrn Dr. Micha Cless, BMF, vom 17. April 2019. Zu finden ist diese auf MAT A BMF-24.46, Blatt 72. Sie waren in dieser Mail cc gesetzt. Und Frau Kula schrieb unter der Betreffzeile „Sprachregelung Allgemeinverfügung Wirecard AG“ an Herrn Cless:

Lieber Herr Cless,

- ich zitiere jetzt wörtlich -

anbei unsere Sprachregelung in Sachen Allgemeinverfügung Wirecard AG:

Der BaFin liegen gegenwärtig keine Anhaltspunkte vor, die eine weitere Gefährdung des Marktvertrauens im Sinne der europäischen Leerverkaufsverordnung in Deutschland begründen. Die Voraussetzungen für eine Verlängerung des mit der Allgemeinverfügung vom 18.02.2019 erlassenen Netto-Leerverkaufsverbotes nach Artikel 20 EU-LVVO

- also Leerverkaufsverordnung -

sind daher nicht länger gegeben.

Können Sie sich an diese Mail und diesen Sachverhalt erinnern?

**Zeugin Felicitas Linden:** Also, an die Mail kann ich mich nicht erinnern, den Sachverhalt ja. An den Sachverhalt kann ich mich erinnern, dass dann die Überlegung stattfand, im April, als das Leerverkaufsverbot ausgelaufen ist: Verlängert man dieses Leerverkaufsverbot noch? An diese Diskussion, auch zusammen mit Jean-Pierre Bußalb, die wir hatten, daran kann ich mich erinnern.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Können Sie noch mal sagen, wer Frau Kula ist und an welcher Stelle sie in der BaFin sitzt und warum Sie dann cc sozusagen gesetzt worden sind?

**Zeugin Felicitas Linden:** Also, Frau Kula ist eine Kollegin aus der - jetzt - Pressestelle. Ich glaube, sie war das auch damals. Pressekommunikation, das war sie auch damals. cc wurde ich gesetzt, weil ich die stellvertretende Abteilungsleitung hatte. Das ist üblich, dass man dann entweder die Abteilungsleitung oder die stellvertretende Abteilungsleitung dabei cc setzt.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sie sagten eben, Herr Bußalb war zu dem Zeitpunkt involviert, -

**Zeugin Felicitas Linden:** Ich glaube, ja.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** - und auch, da fanden Gespräche zwischen Ihnen statt. Können Sie sich da noch so ein bisschen an den Inhalt erinnern und wie die Argumentationslage war, die dann letztlich zu dieser Sprachregelung und auch dem Aufheben des Netto-Leerverkaufsverbotes führte?

**Zeugin Felicitas Linden:** Wenn ich mich richtig erinnere, haben wir gesagt: Wir verlängern nicht das Leerverkaufsverbot, weil wir keinen weiteren Anstieg oder - - von Netto-Leerverkaufspositionen gesehen haben. Wir haben aufgrund der Datenlage, die wir hatten - das, glaube ich, war zum damaligen Zeitpunkt -, gesagt: Es sind jetzt keine



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Anstiege erkennbar oder nicht in dem Umfang erkennbar, dass wir sagen, das rechtfertigt noch mal eine Verlängerung. Das war, glaube ich, die Begründung, die wir damals hatten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Gut, dann würde ich zunächst erst einmal weiterreichen wollen an die Kollegen der CDU/CSU. Bitte schön, Matthias Hauer.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Danke, Herr Vorsitzender. - Frau Linden, herzlich willkommen! Mich würde zunächst einmal interessieren, ob Ihnen bekannt war beim - - oder wann Ihnen bekannt war, dass die BaFin eine Prüfung der Wirecard-Bilanzen durch die DPR beauftragt hat.

**Zeugin Felicitas Linden:** Welche meinen Sie?

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ich meine die aus Februar 2019.

**Zeugin Felicitas Linden:** Die aus Februar 2019?

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, mir würde die Information auch reichen, wenn Sie mir sagen, Sie wussten es nicht im Februar 2019, sondern erst danach.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ich wusste es, glaube ich, nicht. Also, ich erinnere mich nicht, dass ich im Februar 2019 wusste, dass wir parallel eine DPR-Prüfung gemacht haben. Ich wusste es dann in dem Jahr 2020, wo wir sehr intensiv uns ausgetauscht haben. Aber ich glaube nicht, dass ich das wusste 2019.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Hat Ihr Vorgänger hier im Zeugenstand auch schon gesagt. Der wusste es nämlich auch nicht. Da hat es mich auch schon überrascht. Ich meine, jetzt überrascht es mich schon nicht mehr. Aber da hat es mich gerade noch überrascht, weil ich davon ausgegangen bin: Eigentlich selbstverständlich, wenn so ein Thema ansteht, Jahrhundertereignis Leerverkaufsverbot, dass man dann alle Infos zusammenzieht und dazu natürlich auch so eine Information gehört wie eine Bilanzprüfung bei dem Unternehmen, um das es geht. - Okay. Aber danke noch mal, dass Sie geantwortet haben.

Zu der Aufteilung bei Ihnen im WA 2: Können Sie noch mal bitte sagen, wie das mit der Staatsanwaltschaft läuft? Also, welche Referate haben Kontakt zur Staatsanwaltschaft? Mich interessieren jetzt nur 23 und 25. Können Sie es in Bezug auf die beiden mal sagen?

**Zeugin Felicitas Linden:** Also, 23 hat aufgrund des Aufgabengebietes immer sehr starken Kontakt zur Staatsanwaltschaft, 25 aufgrund des Aufgabengebietes weitaus weniger oder gar nicht, 23 im Zusammenhang mit Marktmanipulation Insider. Dann geben wir ja ab an die Staatsanwaltschaften, und wir arbeiten mit den Staatsanwaltschaften auch zusammen. Also, da ist immer ein Kontakt; ein feststehender praktisch „single point of entry“ geht in die 23 rein. Die 25 hat keinen festen Kontakt zur Staatsanwaltschaft.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber ist denen jetzt auch nicht verboten.

**Zeugin Felicitas Linden:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Die dürfen da schon auch mit denen sprechen und angesprochen werden.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Weil es gerade immer hieß: 25 hat nichts mit der Staatsanwaltschaft zu tun; das macht 23. Also, das ist schon so, ich sage mal - habe ich verstanden -: Die Grundsatzsituation ist: 23 hat Kontakt zur Staatsanwaltschaft und 25 nicht.

**Zeugin Felicitas Linden:** Aber es ist nicht die Regelung da, zu sagen: „Es darf - - Alles, was kommt, muss über 23 gehen, und die Staatsanwaltschaft dort - - dann diesen Kontakt zu nehmen“, sondern wenn jetzt ein anderes Referat sagt: „Ich habe jetzt ein Thema, wofür ich jetzt auch die Staatsanwaltschaft brauche“, ist das wirklich in Absprache dann auch möglich.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, okay. - Die Mitarbeiterstruktur im WA 25 im höheren Dienst, da hat uns der Herr Dr. Bußalb gerade gesagt: Neben



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ihm als Leitung sind da noch drei andere im höheren Dienst, wovon aber praktisch nur einer in der Situation da tätig war, zum Beispiel wegen Krankheit oder so. Können Sie das bestätigen, wie die Situation damals war beim Leerverkaufsverbot? Ich meine, da waren Sie nicht dort zuständig, aber Sie waren natürlich stellvertretende Abteilungs-, wie heißt es?, -präsidentin?

**Zeugin Felicitas Linden:** Nee, -leitung.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** -leitung, gut. Habe ich Sie befördert? Entschuldigung!

(Heiterkeit der Zeugin sowie des Abg. Matthias Hauer (CDU/CSU))

Gut. Können Sie dazu was sagen? Also, die Frau Geilfus war da, ne?

**Zeugin Felicitas Linden:** Also, Frau Geilfus war auf jeden Fall - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und der Herr Dr. Bußalb.

**Zeugin Felicitas Linden:** Und der Herr Dr. Bußalb.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Er ist ja Jurist. Was macht sie?

**Zeugin Felicitas Linden:** Frau Geilfus ist meiner Kenntnis nach auch Juristin.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Auch Juristin.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, also, im höheren Dienst. Wenn Sie jetzt vom höheren Dienst sprechen - - Das Referat hat ja auch noch Mitglieder im gehobenen Dienst. Im höheren Dienst war das sicherlich Frau Geilfus. Ich bin mir nicht sicher, ob das damals nur die einzige Kollegin war; das weiß ich nicht mehr.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wie viele Ökonomen sind da?

**Zeugin Felicitas Linden:** In dem Referat?

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja.

**Zeugin Felicitas Linden:** Nach meinem Kenntnisstand keiner, -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja.

**Zeugin Felicitas Linden:** - also keiner im höheren Dienst.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, ich habe hohen Respekt vor Juristen - bin da auch befangen; ich bin selbst Jurist -, und das schließt auch nicht aus, dass Juristen ökonomische Kompetenz haben. Aber dennoch würde mich jetzt mal interessieren, wo man sich jetzt die ökonomische Kompetenz dann herholt. Oder machen das alles Juristen dann? Oder fragt man bei der Bundesbank, oder fragt man in einem anderen Referat, wenn man jetzt eine ökonomische Analyse haben will?

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, man fragt - - Also, wenn ich jetzt ökonomisch - - Das kann ja - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das sind ja nicht nur juristische Fragen für ein Leerverkaufsverbot.

**Zeugin Felicitas Linden:** Nee, das stimmt; da kann ja viel drunterfallen. - Also, wenn ich jetzt wissen möchte, wie ich einen gewissen Handelsverlauf einzuordnen habe, und ich habe da ein bisschen Schwierigkeiten, das selber vielleicht einzuordnen, dann haben wir ein Referat WA 24, das für die Analyse und Datenanalyse zuständig ist. Also, da können Kollegen dann hingehen und sich Informationen holen oder auch eine Einwertung holen dessen, was sie sehen. Ansonsten haben wir das - - Durch Fortbildungsveranstaltungen ermöglichen wir das. Aber es ist jetzt nicht, wenn das vielleicht ein Gedanke von Ihnen ist, dass man jetzt sagen kann: Okay, ich habe jetzt eine Frage konkret zu dem und dem Punkt, und dann gehe ich an eine Stelle hin. - Wir haben das nicht in der Dis- - sondern man geht zu dem Kollegen in dem Fachreferat, der damit stärker betraut ist, und holt sich dann die Information. Das ist das.

Wir haben in - - Insgesamt in der BaFin haben wir ja diese Querschnittsbereiche, die dann auch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

für Risikomodelle oder Bilanzthemen da sind, wo man dann auch noch mal hingehen kann und sich Informationen holen kann.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. - Also, es ist nicht so, dass jetzt bei einem Leerverkaufsverbot WA 25 zu WA 24 geht zum Beispiel.

**Zeugin Felicitas Linden:** Nein. - Da könnte in dem Fall auch WA 24 wenig zu sagen, weil WA 24 hauptsächlich dafür da ist, Handelsverläufe zu analysieren, und dafür da ist. Aber der Aufbau und die Frage „Bestehen Netto-Leerverkaufspositionen?“, das ist etwas, das ist ausschließlich im Referat WA 25. Dort laufen auch die Daten ein. Also, die sind dort auch in dem Referat.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber Ökonomen sind da, wie gesagt, nicht am Werk, habe ich jetzt festgestellt.

**Zeugin Felicitas Linden:** Nein, nicht im höheren Dienst. Ich kann es jetzt nicht sagen für den gehobenen Dienst.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Wissen Sie denn, ob zu dem damaligen Zeitpunkt sich da jetzt noch Kompetenz von anderen Referaten geholt wurde bezüglich des Leerverkaufsverbots?

**Zeugin Felicitas Linden:** Nein, das weiß ich nicht.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. - Sie haben ja in die Akten dann sicherlich Einsicht genommen, nachdem Sie dort Abteilungsleiterin geworden sind, und auch jetzt in Vorbereitung auf den Termin heute. Mich würde mal interessieren: Nachdem das Leerverkaufsverbot erlassen wurde, dieser Zwei-Monats-Zeitraum, da ist ja einiges passiert: Da kamen Bürgeranfragen, da kam Presse. Können Sie das mal beschreiben, wie sich da die Akten dargestellt haben für Sie, uns einfach mal berichten, was ist danach passiert?

**Zeugin Felicitas Linden:** Ach so. - Nach dem Erlass der Allgemeinverfügung kamen in der Tat unheimlich viele Bürgeranfragen. Also, entweder beglückwünschte man zu dem Leerverkaufsverbot, oder man kritisierte es sehr scharf. Das kam

rein. Da waren sehr, sehr viele Stimmen von Anlegern, die sich dazu gemeldet haben. Und das hatte ein ziemlich hohes Volumen, was da reinkam; das stimmt. Und wir mussten gucken, wie wir das bewerten, ob wir das jetzt letztlich bewerten als eine Meinungsäußerung, die ein Anleger macht, entweder sagen: „Oh, warum habt ihr das nicht früher gemacht?“ oder „Warum habt ihr das gemacht?“ oder „Wie müssen wir das rechtlich einordnen?“ oder „Müssen wir das unter Umständen auch als Widerspruch gegen die Allgemeinverfügung einordnen?“. Diese Prüfung muss ja stattfinden, wenn jetzt ein - - Also: Wie bewerte ich das jetzt, was kommt? Ist das eine Meinungsäußerung zu der Maßnahme der BaFin, oder ist das unter Umständen auch ein Widerspruch? Und das war tatsächlich ein außergewöhnliches, hohes Aufkommen danach.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Sie waren ja damals, als das Leerverkaufsverbot erlassen wurde, noch nicht in WA 2 in der Funktion, die Sie jetzt haben, sondern Sie waren ja nur Stellvertretung.

**Zeugin Felicitas Linden:** Genau.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Wann haben Sie denn das erste Mal da näheren Kontakt zu dem Thema gehabt oder überhaupt Kontakt zu dem Thema Leerverkaufsverbot?

**Zeugin Felicitas Linden:** Zu dem konkreten?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja.

**Zeugin Felicitas Linden:** Zu dem konkreten Leerverkaufsverbot den Montag nach dem Wochenende.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also an dem 19.

**Zeugin Felicitas Linden:** Genau.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Da haben Sie sich dann damit befasst oder - -

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, da habe ich dann erfahren, dass wir, dass die BaFin eine Allgemeinverfügung erlassen hat. Und dann habe ich mich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

damit im Rahmen der Stellvertretung beschäftigt, ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber Sie hatten vorher gesagt - - Vielleicht habe ich das aber auch falsch verstanden; vielleicht können Sie es noch mal darstellen. Ich hatte mir hier aufgeschrieben, während der Stellvertretung seien Sie im April 2019 einbezogen worden.

**Zeugin Felicitas Linden:** Einbezogen in die dann anstehenden Entscheidungen, ja. Also, so habe ich es verstanden.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ach so, so haben Sie das gemeint. - Haben Sie denn da auch mal berichtet zu dem Leerverkaufsverbot, zum Beispiel in der Abteilungsleiterrunde?

**Zeugin Felicitas Linden:** Wir haben darüber gesprochen, weil wir immer eine Tour de Table machen. Also, wir gehen immer rum, und jedes Referat berichtet, was ist. Und dann, nehme ich an - - Ich kann mich nicht mehr erinnern, aber wir werden sicherlich auch das Leerverkaufsverbot thematisiert haben.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Wie oft machen Sie diese Runden?

**Zeugin Felicitas Linden:** Einmal die Woche.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Am 22. war diese Runde? Das muss ja ein Donnerstag dann gewesen sein, wenn ich jetzt richtig hier gerechnet habe.

**Zeugin Felicitas Linden:** Mhm.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Da steht nämlich hier:

WA 2:

- Frau Linden berichtet den Sachstand bezüglich eines Falls von kritischen Presseberichten über ein Zahlungsdienstleistungsunternehmen.

22.02.2019, Ergebnisprotokoll der Abteilungsleiterrunde. - So sieht das aus.

(Abg. Matthias Hauer  
(CDU/CSU) hält Unterlagen  
hoch)

Das Geschwätzte ist jetzt irrelevant. Das ist auch hier vom BMF geschwätzt. Nur der eine Satz ist da übrig. - Also, Sie haben damals das berichtet.

**Zeugin Felicitas Linden:** Da habe ich darüber berichtet. Okay.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das kann durchaus sein, sagen Sie.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also hatten Sie sich dann ja sicherlich intensiv damit befasst, wenn Sie da in der Abteilungsleiterrunde dazu berichten, nehme ich an.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ich habe mich damit beschäftigt, ja. Das war ja dann eine Maßnahme, die die Abteilung WA 2 betroffen hat, auch in den weiteren Folgen. Und ich habe dazu berichtet, dass diese Maßnahme getroffen worden ist. Ich habe mich aber auch damit dann beschäftigt.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Genau, das habe ich mir schon gedacht. - Hatten Sie damals ein Ermessen als BaFin beim Erlass des Verbots, der Allgemeinverfügung?

**Zeugin Felicitas Linden:** Die BaFin hatte einen Ermessensspielraum, ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und was sprach dafür, es zu erlassen, und was sprach dagegen?

**Zeugin Felicitas Linden:** Also, als ich die Allgemeinverfügung gelesen habe und mich mit dem Sachverhalt vertraut gemacht habe, der dem zugrunde lag, sprach für mich dafür, als ich das gelesen habe, die Situation damals nach den Informationen, die wir hatten, sprach dafür, dass die Allgemeinverfügung mit dem Leerverkaufsverbot das Ziel hatte - im Nachhinein vielleicht stellt sich der Sachverhalt ja anders dar, aber damals das Ziel hatte -, die bevorstehende oder die ange-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nommene bevorstehende Short-Attacke zu unterbinden. Und die Kollegen hatten jetzt, so wie ich das für mich rekonstruieren konnte, das auch versucht und dann auch versucht, nachzuvollziehen an den Daten, die da waren - - und haben dann auch für sich festgestellt, dass wir tatsächlich auch einen Anstieg vor dem 15. rum von Netto-Leerverkaufspositionen hatten. Und natürlich war Gegenstand dann auch die Mitteilung von der Staatsanwaltschaft, die an dem Freitag wohl davor dann im Referat WA 23 eingegangen ist. Das weiß ich aber nicht aus eigenem Erleben, das weiß ich aus der Rekonstruktion oder aus den Gesprächen mit den Kollegen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Gut, das war jetzt das, was dafürgesprochen hat. Und was hat dagegengesprochen?

**Zeugin Felicitas Linden:** Zum damaligen Zeitpunkt hat für mich nichts dagegengesprochen. Also, mit dem, was ich damals an Informationen hatte, konnte ich die Entscheidung nachvollziehen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Was hat denn die Bundesbank dazu gesagt?

**Zeugin Felicitas Linden:** Was die Bundesbank dazu gesagt hat, war, dass sie diese Entscheidung - so hatte ich es mitgenommen - nicht kommentieren kann, dass sie sich da zurückgezogen hat, weil sie das - - weil die Diskussion war - also, ich kann es wirklich nur vom Hörensagen - - Haben wir jetzt Thema Finanzstabilität oder Marktvertrauen?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und die haben gesagt: Wir können nur was zur Finanzstabilität sagen. Da ist nämlich gar kein Problem. Und zum Thema Marktvertrauen können wir nichts sagen.

**Zeugin Felicitas Linden:** So war mein Kenntnisstand, ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Warum fragt denn die BaFin die Bundesbank, wenn Sie sowieso das auf Marktvertrauen stützen wollen und die Finanzstabilität überhaupt keine Rolle spielt? Und Sie wissen: Die Bundesbank kann nur zur

Finanzstabilität was sagen. Warum fragt man die dann überhaupt?

**Zeugin Felicitas Linden:** Ich glaube, man fragt sie, um zu klären, ob tatsächlich nur - -: „Sind wir beide, sind Bundesbank und BaFin einer Meinung, dass es in dem Fall tatsächlich nur das Marktvertrauen betrifft?“, oder sagt man - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Wieso? Die Bundesbank konnte da nichts zu sagen, haben Sie ja gerade festgestellt.

**Zeugin Felicitas Linden:** Nein, nein, also ich kann es ja auf zwei Säulen stützen. Ich kann einerseits sagen „Finanzstabilität“ und andererseits „Marktvertrauen“. Wenn ich dazu komme als BaFin und vielleicht sage: „Das ist kein Finanzstabilitätsthema aus unserer Sicht“, dann setze ich mich mit der Bundesbank ins Benehmen und sage: Teilst du die Einschätzung, dass wir hier nicht ein Thema Finanzstabilität haben?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, da hätten Sie zwei Voraussetzungen erfüllt sozusagen. Marktvertrauen, waren Sie ja selbst der Auffassung, das ist ein Problem. Und dann hätten Sie quasi zusätzlich noch gehabt: Finanzstabilität. Hätten Sie zwei Gründe, wo Sie darauf argumentieren können.

**Zeugin Felicitas Linden:** Nein, nein, ich glaube, dieses Einvernehmen setzt voraus, dass wir beide, also Bundesbank und BaFin, dasselbe Verständnis haben, welche dieser Varianten unter Umständen greift. Wissen Sie, was ich meine?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Nee, verstehe ich nicht, weil die Bundesbank sich ja nur um das Thema Finanzstabilität kümmert und nicht um das Thema Marktvertrauen.

**Zeugin Felicitas Linden:** Die BaFin kann sich den Sachverhalt ja - - Also, jetzt rein abstrakt: BaFin kann sich den Sachverhalt angucken und kann sagen: Ich glaube, hier könnte - jetzt rein abstrakt - unter Umständen damit auch das Thema Finanzstabilität betraut sein - - betroffen sein. Könnte! Jetzt setze ich mich mit ihnen als Bun-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

desbank ins Benehmen und sage: Teilst du, Bundesbank, die Einschätzung, dass wir glauben, es könnte in dem Fall vielleicht Finanzstabilität sein?

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Dann sagen die: Nein.

**Zeugin Felicitas Linden:** Dann sagt die Bundesbank: Nein, ist es nicht. - Oder wir sagen: Wir glauben nicht, dass es Finanzstabilität ist. Wir glauben, es ist die zweite Alternative, es ist ausschließlich Marktvertrauen. Teilst du, Bundesbank, auch diese Einschätzung? Und dann kann die Bundesbank sagen: Ja, teile ich. Es ist richtig, Finanzstabilität ist es nicht. Oder die Bundesbank sagt: Nein, aus unserer Sicht ist doch auch - oder, und/oder - die Finanzstabilität betroffen. - Also, die Frage „Warum setzen wir uns ins Benehmen?“ ist, dass wir ein einheitliches Verständnis davon haben, was wir ausschließen und was wir nicht ausschließen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also ist es notwendig, dass ein Benehmen hergestellt wird.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, so ist es mein Verständnis.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. Da gibt es ja auch unterschiedliches Verständnis zu dem Thema. Kommen wir vielleicht später noch mal dazu. - Aber für mich hat sich die Frage immer noch nicht so richtig beantwortet, weil wenn Sie sowieso auf Marktvertrauen stützen, dann kann Ihnen auch egal sein, ob die Bundesbank da was zum Thema Finanzstabilität sagt, wenn das was ist, was völlig abgrenzbar ist - wo ich auch meine Zweifel habe, ob das so ist. Denn die Bundesbank stellt sich ja zum Beispiel auch die Frage: Gibt es Ansteckungsrisiken? So. Das ist aber auch ein Thema Marktvertrauen, oder nicht? Mit der Frage haben Sie sich doch auch befasst.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): So. Und die Bundesbank sagt: keine Ansteckungsrisiken. Haben Sie Ansteckungsrisiken gesehen? Hat die BaFin Ansteckungsrisiken gesehen?

**Zeugin Felicitas Linden:** Die BaFin hat bei der Allgemeinverfügung Ansteckungsrisiken gesehen, ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Genau. - Und das widerspricht der Auffassung der Bundesbank, die nämlich keine Ansteckungsrisiken sieht. Und wie kommen wir zu der ganzen Diskussion jetzt? Ich habe gefragt, ob auch irgendwas gegen das Leerverkaufsverbot sprach.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und da fiel Ihnen jetzt nichts ein gerade. Und da wollte ich Sie deshalb auf diese Thematik mit der Bundesbank ansprechen. Und deshalb frage ich jetzt noch mal konkret: Ist das auch einbezogen worden in die Entscheidung, dass die Bundesbank nämlich keine Ansteckungsrisiken gesehen hat?

**Zeugin Felicitas Linden:** Ich war bei der Entscheidung nicht dabei.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber Sie haben sich ja damit befasst jetzt im Nachgang. Und Sie haben ja sogar wenige Tage später, -

**Zeugin Felicitas Linden:** Habe ich darüber berichtet.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): - in derselben Woche, in der Abteilungsleiter - den anderen darüber berichtet.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Da werden - - Vielleicht hat ja auch mal einer gefragt: Was ist denn die Begründung dafür? - Oder wurde das so hingenommen? Wurde das hinterfragt?

**Zeugin Felicitas Linden:** Das - - kann ich mich nicht mehr erinnern, ob wir das diskutiert haben in der Runde.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Aber Sie begründen in der Woche dieses Wahnsinnsereignisses - -



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Felicitas Linden:** Ich begründe nichts. Ich begründe das nicht; ich habe darüber berichtet.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut, Sie haben es berichtet, stimmt. Hier steht es auch. Sie haben berichtet den Sachstand -

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, ich habe darüber berichtet; ich habe nicht begründet.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - in dieser Woche direkt danach, also wenige Tage, nachdem dieses große Ereignis passiert ist. Und dann erinnern Sie sich jetzt nicht mehr daran, wie die Diskussion verlaufen ist oder ob überhaupt einer was dazu gesagt hat. Wie lange hat der Bericht gedauert?

**Zeugin Felicitas Linden:** Ich glaube, das war nicht lange. Wir haben das in - - Also, wenn ich jetzt die üblichen Runden nehme, die wir haben, da haben wir das nicht diskutiert, in der WA 2. Wir haben in der WA 2 ja mehrere Referate.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Nee, nicht in der WA 2, sondern in dieser Abteilungsleiterrunde, meine ich.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, das ist WA 2. Das die Runde in der WA 2. Da spricht der Abteilungsleiter mit den Referatsleitern.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, hier steht: Teilnehmer: Frau Roegele, WA 1, WA 2, WA 3, WA 4.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ach, die ED-WA-Runde dann. Okay, ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, da habe ich zitiert. Das ist hier Abteilungsleiterrunde, steht da drüber, Ergebnisprotokoll 22.02.2019: „Frau Linden berichtet ...“ usw. Und da würde ich gerne wissen: Wie gesagt, das ist ein herausgehobenes Ereignis. Da wird Ihnen doch in Erinnerung sein, was in dieser Runde besprochen wurde oder ob Sie da nur kurz eine Minute was gesagt haben und keinen hat es interessiert oder ob das intensiv diskutiert wurde vielleicht.

**Zeugin Felicitas Linden:** Also, nach meiner Erinnerung wurde es nicht intensiv diskutiert. Das ist meine Erinnerung. Vom üblichen Ablauf dieser Runden berichtet die Abteilung, jeder Vertreter aus der Abteilung, was läuft, und ich werde sehr wahrscheinlich bei meiner Erinnerung berichtet haben - wie das sonst üblich ist, zu sagen -: Wir haben jetzt eine - - WA 2 hat jetzt eine Allgemeinverfügung erlassen zum Leerverkaufsverbot. Das läuft zwei Monate. - Aber wir sind nicht, glaube ich - - erinnere ich mich nicht, dass ich eingestiegen bin in die Begründung.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Haben Sie da die Staatsanwaltschaft erwähnt? Wahrscheinlich nicht, wenn Sie nicht begründet haben.

**Zeugin Felicitas Linden:** Das glaube ich nicht. Ich kann mich nicht erinnern.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. - Haben Sie sonst noch in irgendwelchen Runden darüber berichtet? Sie hatten ja gerade WA-2-Runde oder so was gesagt.

**Zeugin Felicitas Linden:** Die Referatsleiterrunde WA 2, die wir intern auch Abteilungsrunde nennen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. Ach so. Wann ist die? Die war davor wahrscheinlich.

**Zeugin Felicitas Linden:** Das weiß ich nicht mehr.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ist die immer einmal die Woche?

**Zeugin Felicitas Linden:** Die ist auch einmal die Woche. Meistens ist sie danach, weil wir dann aus der Runde mit Frau Roegele berichten, wenn es Themen gibt für die Abteilung. Also tendent- - Sie ist meistens immer nach der AL-Runde bei Frau Roegele gewesen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. - Was wurde da diskutiert oder berichtet dazu?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Felicitas Linden:** Das weiß ich nicht mehr. Wir werden sehr wahrscheinlich auch gesagt haben, dass wir eine Allgemeinverfügung erlassen haben, die BaFin.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Wobei: Das wird sich ja wahrscheinlich in dem Referat rumgesprochen haben. War ja das zuständige.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, genau.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Dann ist jetzt leider meine Zeit für diese Runde zu Ende. Dann geht es gleich weiter.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann geht es weiter mit dem Kollegen Dr. Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Vielen Dank. - Frau Linden, Sie hatten vorhin ausgeführt auf die Frage, warum das Leerverkaufsverbot nicht verlängert wurde: Weil sich keine neuen Leerverkaufspositionen gebildet hätten. - Aber - nur um das noch mal zu verstehen - ist das nicht selbstverständlich, dass sich während der Geltungsdauer eines Leerverkaufsverbots jetzt keine neuen Positionen bilden, jedenfalls nicht signifikant viele?

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, das ist richtig. Das ist richtig, dass sich da natürlich keine - - Ja, das ist richtig. Aber wir hatten - - Was ich damit meinte, ist: Wir hatten keine Anzeichen - das war die Einschätzung -, dass wir jetzt noch mit weiteren vielleicht Short-Attacken auch rechnen müssen und sich darauf - - unter Umständen dann die Gefahr besteht, dass weitere Netto-Leerverkaufspositionen sich aufbauen. Also, das hatten wir nicht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Können Sie denn spezifizieren, woher die Einschätzung kam, dass plötzlich keine Short-Attacken mehr drohen, obwohl die Presseberichterstattung kritischer und kritischer wurde und detaillierter und detaillierter wurde?

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja. - Die Short-Attacke hatte ja den Hintergrund, dass es ein Zusammenwirken - - oder der Verdacht bestand, dass ein Zusammenwirken stattfindet zwischen Berichterstattung und Shortsellern. Also, nur der Umstand, dass negative Berichterstattung war, war ja jetzt nicht das Ausschlaggebende für die Allgemeinverfügung.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Aber was ist der Unterschied zwischen April und Oktober, April und Februar? Kritische Berichte gab es immer. Die im April waren schlimmer. Der im Oktober war noch schlimmer, der Kursauschlag im Oktober auch noch heftiger als vorher. Also, dieses kollusive Zusammenwirken ist ja eine reine Vermutung gewesen. Ich habe bisher auch noch keine Fakten gehört, die darauf hindeuten, dass es das gab oder dass Sie irgendwas wussten, außer dass es eine Koinzidenz war von einem Bericht, einem Kursauschlag und Leerverkaufspositionen, von denen wir wissen, dass sie nachher gebildet worden sind und nicht vor dem Bericht. Wo ist der Unterschied zwischen April, Oktober und dem Februar? Ich sehe den noch nicht und glaube auch nicht, dass das bisher irgendwie rausgearbeitet worden ist, dass das im Februar wirklich anders war als später.

**Zeugin Felicitas Linden:** Für die Kollegen war die Situation im Februar, an diesem besagten Wochenende, glaube ich, sehr ausschlaggebend nach meiner Wahrnehmung, dass wir den Kontakt mit der Staatsanwaltschaft hatten und dort die Mitteilung kam, dass eine Short-Attacke oder Erpressung mit einer Short-Attacke geplant ist. Dieses war, glaube ich, ein ganz ausschlaggebendes Element für die Kollegen an diesem Wochenende, weil wir da, vielleicht die Kollegen dann auch, das Indiz hatten für ein kollusives Zusammenwirken. Das fehlte in dem darauffolgenden weiteren Jahr nach meiner Erinnerung. Da hatten wir nicht noch mal ein Ereignis, wo wir einen Hinweis bekommen haben, dass unter Umständen hier eine Short-Attacke geplant ist. Durch den Kontakt zur Staatsanwaltschaft an dem Freitag mit dem Referat WA 23 und dem übermittelten Fax der geplanten Erpressung oder durchge-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

führten Erpressung mit dem Hinweis „Wir planen eine Short-Attacke“ war das eine andere Situation für die Kollegen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, ja. - Das Fax, von dem Sie sprechen, dort wird ja sinngemäß berichtet, einer oder mehrere Mitarbeiter von Bloomberg hätten sich in einem oder mehreren Anrufen - so steht es da - bei Wirecard, unter anderem beim Vorstand und Compliance Officer Jan Marsalek, gemeldet und gesagt: 6 Millionen, oder wir schreiben was. - Haben Sie das eigentlich für eine - - Also, da meldet sich einer, sagt: „Ich bin von Bloomberg“, ruft Herrn Marsalek an und sagt: 6 Millionen, oder ich schreibe was; die „FT“ ist auch dabei. - Wie fanden Sie denn die Darstellung, also jetzt mal so rein vom persönlichen Gefühl her? War das eine schlüssige, widerspruchsfreie Darstellung, plausibel? Oder hatten Sie da persönlich irgendwie eine Einschätzung zu in der BaFin?

**Zeugin Felicitas Linden:** Als ich das die Woche drauf gehört habe, was passiert gewesen sein soll an dem Freitag, Samstag - - oder am Freitag?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Mhm.

**Zeugin Felicitas Linden:** Für mich war das bis dahin nicht vorstellbar. Also, für mich war das ein Geschehen, was ich selber mir nicht habe vorstellen können, dass das passiert. So. Also, es war extrem außergewöhnlich, auch das, was passiert sein soll. Das war - - Wenn Sie mich nach meiner persönlichen Einschätzung fragen, hatte ich dieses Gefühl, dass ich dachte: Oh mein Gott, das ist passiert? - Das hatte ich schon. Das hatte ich, ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ist denn mal erwogen worden, auch vielleicht mildere Mittel anzuwenden, wie beispielsweise der Staatsanwaltschaft anheimzustellen, gegen Bloomberg zu ermitteln oder dort mal auch präventiv jemanden anzurufen? Das ist ja jetzt vielleicht auch so, dass bei Bloomberg nicht die gesamte Redaktion sofort gesagt hätte: „Wir schreiben da mit“, sondern dass da vielleicht auch ein Chefredakteur gesagt hätte: Ich passe auf, dass da nichts rausgeht; vielen

Dank für den Hinweis. - Das wäre doch ein milderes Mittel gewesen.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ich kann nicht, weil ich - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Wissen Sie nicht.

**Zeugin Felicitas Linden:** Bei der Diskussion, die da stattgefunden hat, war ich nicht da. Ich weiß nicht, ob diese Abwägung stattgefunden hat.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Na ja, okay. Man wundert sich so ein bisschen. - Ich habe noch eine Frage zu diesen sogenannten BaFin-Einzelberichten. Das ist ja ein Berichtsformat, auf das wir immer wieder stoßen. Wir können auch mal einen vorlegen, wo es uns besonders interessiert, dass Sie sich den mal kurz anschauen können - der ist eingestuft; aber es geht eigentlich erst mal nur ums Anschauen -, vom 29.04.2020. Das war direkt nach dem KPMG-Bericht. Vielleicht können Sie sich den mal anschauen. Meine Frage ist - - Ich glaube, so viel kann man noch sagen: dass das ein Bericht war, der von Frau Roegele erstattet wurde. Inhalte zitieren wir hier nicht; darauf kommt es auch gar nicht an. Aber wenn Frau Roegele als Absender da aufgeführt ist, wo geht denn so ein Einzelbericht hin? Und kannten Sie im Speziellen jetzt den, den wir Ihnen da zeigen, vom 29.04.2020?

**Zeugin Felicitas Linden:** Ach so, ich soll - -Entschuldigung!

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, Sie müssen leider - - Genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ist das ein stiller Vorhalt?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Genau.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Also, erste Frage - nur dass Sie noch mal wissen, was ich fragen will -: Kennen Sie den? Und zweitens: An wen geht so was? Was ist der Adressat eines solchen Berichts?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Der Zeugin werden am Rand des Sitzungssaales Unterlagen vorgelegt - Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand nehmen Einblick)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und kurz von mir noch der Hinweis: Sie dürfen daraus nicht zitieren oder Ähnliches. Sie können aber auf die Fragen gleich von Herrn Toncar mit „Ja, war mir bekannt“ oder „Ja, das stimmt“ oder was auch immer - - Aber zitieren Sie bitte nicht aus diesem stillen Vorhalt. Bitte schön.

**Zeugin Felicitas Linden:** Also, ich kann mich an den Bericht nicht erinnern. Das Format ist ein Berichtsformat für das Direktorium.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Für das Direktorium.

**Zeugin Felicitas Linden:** Mhm.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ist das auch ein Format für die Fachaufsicht, für das Bundesfinanzministerium?

**Zeugin Felicitas Linden:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Und kann es sein, dass im Direktorium die Entscheidung fällt, einzelne dieser Berichte auch in die Fachaufsicht zu geben, in das zuständige BMF-Referat zu geben mal bei besonderem Anlass? Oder ist das - -

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das kann sein. Das wäre eine Einzelfallentscheidung sozusagen.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, also, das ist kein Automatismus.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. Gut. - Dann habe ich noch eine andere Frage. Wenn Sie für Finanzmarktinfrastrukturen im Besonderen zuständig waren: Es gibt ein in Deutschland tätiges, nach § 53b KWG über den europäischen Pass in Deutschland tätiges Unternehmen, Bloomberg Trading Facility. Die betreiben multilaterale Handelssysteme und sind eben auf Basis § 53b KWG

auch in Deutschland tätig. Wenn Bloomberg jetzt zugetraut wird in der BaFin, erpresserisch gegen ein DAX-Unternehmen aufzutreten, wenn man das dem Unternehmen zutraut und auf diesen Verdacht sogar scharfe Maßnahmen wie ein Leerverkaufsverbot stützt, müsste man dann nicht auch die Frage stellen, ob der Konzern eigentlich in Deutschland MiFID-Dienstleistungen wie multilaterale Handelssysteme betreiben darf? Wäre das nicht irgendwie konsequent, dann zu sagen: „Mensch, so ein krimineller Verein darf doch hier nicht regulierte Tätigkeiten ausüben in Deutschland“?

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, ich weiß, was - - Ich kenne den Gedanken. Also, einmal: Finanzmarktinfrastrukturen - vielleicht das nur noch mal, um das ein bisschen zu trennen - heißt: Das Referat, was ich in der Verantwortung hatte, sind nicht diese Handels- -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Sind nicht MTFs.

**Zeugin Felicitas Linden:** - genau -, sondern das betrifft praktisch den CCP- und CSD-, also den Clearer- und Settlement-Bereich, also Eurex und Clearstream.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay.

**Zeugin Felicitas Linden:** Das ist - - Also jetzt nur, dass man das - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja, ist gut.

**Zeugin Felicitas Linden:** Okay. - Das, was Sie meinen, betreffe das Referat WA 21 oder WA 3. Und dann ist zu unterscheiden: Knüpfe ich einen solchen Vorwurf an den Vorstand oder an die Geschäftsführung? Dann habe ich tatsächlich - - Unter Umständen muss ich überlegen, ob ich ein Fit & Proper-Thema habe. Angenommen, ich habe so eine Erpressung durch Vorstand oder Gesch- -

Habe ich das durch Mitarbeiter eines beaufsichtigten Institutes, dann heißt das nicht zwangsläufig, dass ich schon da bin und sage: Ich bin dabei, die Lizenz zu entziehen. - Also, dann muss ich prüfen: Wie sind diese Mitarbeiter - - Sind



## Nur zur dienstlichen Verwendung

die tätig geworden im Rahmen ihrer Aufgabe und haben die missbraucht, also, habe ich ein Organisationsverschulden? Oder dass der - - Der Verdacht - wenn ich es richtig in Erinnerung habe -, -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ist klar.

**Zeugin Felicitas Linden:** - der hier im Raum stand, war ja: Die werden mehr oder weniger eigenständig tätig. Die arbeiten zwar bei Bloomberg, aber fahren mit dem Programm gerade eine ganz eigene Schiene, mit diesem Erpressungsversuch. Also, da bin ich - - Ich muss gucken: Wie weit kann ich das dem Institut auch in irgendeiner Form organisatorisch oder - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Verstanden. - Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Toncar. - Dann für die SPD-Fraktion Dr. Zimmermann.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Linden, ich würde gerne noch mal wissen - es tut mir auch so ein bisschen leid, weil Sie hatten ja so viele unterschiedliche Berührungspunkte auf verschiedenen Positionen mit dem Fall, wenn ich noch mal versuche, das an ein paar Stellen nachzuarbeiten -: Staatsanwaltschaft München und diese Anzeige, wo ist Ihnen dieser Umstand, diese Anzeige gegen die Shortseller, das erste Mal begegnet?

**Zeugin Felicitas Linden:** Meinen Sie mit „Anzeige“ das Fax, was reingekommen ist am - -

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau, ja, der Vermerk.

**Zeugin Felicitas Linden:** Okay. - Ich kann Ihnen nicht sagen, wann ich den zum ersten Mal gesehen habe. Aber ich habe die Woche, als ich dann wieder im Büro - also, ich war ja vorher auch im Büro, am Freitag; ich war ja da - - aber als ich dann erfahren habe an dem Montag, dass das passiert ist, habe ich gehört - das auf jeden Fall -, dass die Staatsanwaltschaft die Kollegen in der WA 23 angerufen hat und darüber berichtet hat,

dass sie dieses Fax haben und von dieser Erpressung ausgehen, und die Kollegen der WA 23 auch von den Umständen her davon ausgegangen sind, dass es sich hier um glaubhafte und belastbare Vorwürfe handelt. Also, da habe ich von gehört. Ich kann Ihnen aber nicht mehr sagen, wann ich das Fax selber zum ersten Mal gesehen habe.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber Sie haben es dann im weiteren Verlauf auch gesehen.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja. - Und dass wir auch die Verschwiegenheitspflicht - - oder Bitte, das vertraulich zu behandeln, seitens der Staatsanwaltschaft an uns herangetragen wurde.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Und das ist auch problematisiert worden, diese Vertraulichkeit, oder thematisiert worden.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, thematisiert worden; denn das zog sich ja praktisch durch alles so ein bisschen durch, wenn ich das jetzt für mich zurück- - die Retrospektive habe. Wir konnten das - - Die Schwierigkeit, das der Bundesbank zu sagen, das war - - Aber das war immer diese Hidden Agenda praktisch, die mitlief, so hatte ich das wahrgenommen, und dass dies auf Wunsch der Staatsanwaltschaft - - Also, das war meine Erinnerung an diesen Sachverhalt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Und wie Sie davon erfahren haben, was war da Ihr Eindruck, oder was haben Sie da gedacht, wenn man von so was hört?

**Zeugin Felicitas Linden:** Also, insgesamt war das für mich ein außergewöhnlicher Vorfall. Das war mein Eindruck. Und mir ging es, glaube ich, ähnlich wie den Kollegen, dass schon in dem Moment, so außergewöhnlich das wiederum klang, dass jetzt Bloomberg erpresst haben soll, also Mitarbeiter von Bloomberg - - aber dass schon durch diesen Umstand, dass die Staatsanwaltschaft uns darüber in dieser Form informiert hat, und so, wie die Kollegen das Gespräch wahrgenommen haben, dann schon, glaube ich, für mich nachvollziehbar war, dass für die Kollegen in



## Nur zur dienstlichen Verwendung

dieser Situation so ein bisschen das Gefühl der „Gefahr in Verzug“ entstanden ist.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Genau, das Gefühl von „Gefahr in Verzug“. Es ist interessant, dass Sie das sagen. Das hat noch keiner so konkret ausgesprochen. Aber, gut, was soll man auch anderes denken, wenn eine Oberstaatsanwältin anruft und sagt, so was hat sie noch nie gesehen, und: „Wirecard wird erpresst“? - Hatten Sie darüber hinaus mit der Staatsanwaltschaft München Kontakt, auch in anderen Zusammenhängen?

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja. Ich kann Ihnen aber nicht mehr sagen, zu was. Aber ich habe auch mal mit Frau Bäumler-Hösl telefoniert, zusammen mit den Kollegen der 23.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aha.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, aber das war - ich weiß gar nicht - - das war aber nicht Wirecard. Das war - - Aber bei der Staatsanwaltschaft München haben wir ja auch andere Verfahren laufen. Das kann sein. Aber ich kann Ihnen nicht mehr sagen, was das war. Aber ich habe zu ihr auch schon telefonischen Kontakt gehabt. Nicht alleine, also, ich habe sie nicht alleine angerufen, sondern im Zusammenhang eines Themas. Aber ich kann Ihnen jetzt die Frage: Haben Sie Kontakt - - Ja, aber ich hatte, glaube ich, keinen Kontakt mit ihr zu Wirecard.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Das heißt, das war nicht im Zusammenhang mit der Strafanzeige gegen Herrn McCrum von der „Financial Times“.

**Zeugin Felicitas Linden:** Nein, ich glaube, nicht.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Bleiben wir mal bei dem Thema. Waren Sie da und wie waren Sie da involviert bei diesem - -

**Zeugin Felicitas Linden:** Bei der Strafanzeige?

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Mhm.

**Zeugin Felicitas Linden:** Die Kollegen in der WA 23 haben die Strafanzeige entworfen, und die ist

mir dann im Rahmen der Stellvertretung vorgelegt worden. Und da habe ich mich mit der Strafanzeige, die ja sehr umfangreich ist, auseinandergesetzt und habe die dann auch inhaltlich mitgetragen, indem ich sie abgezeichnet habe.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wussten Sie, dass zu dem Zeitpunkt schon Ermittlungen der Staatsanwaltschaft München liefen?

**Zeugin Felicitas Linden:** Nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Und es gab dann auch - das haben Sie ja jetzt gesagt - - Also, Sie können sich zumindest nicht daran erinnern, dass es dazu noch mal einen Austausch gab.

Und noch mal in Sachen Staatsanwaltschaft München. Es gab da noch mal ein Thema „Tonbandaufnahmen von einem Nick Gold“.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, genau. Das kam - - Ich glaube, es muss - - Ich weiß es nicht - im Sommer, also nach dem April. Ich glaube, es war nach dem April, als das kam.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Mhm, 17.07.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, im Sommer. Da habe ich von gehört. Da haben mich die Kollegen im 23 informiert, dass wir diese Tonbandaufnahme - - dass die wohl da ist. Ich glaube, in München war sie zuerst und ist dann auch von der Polizei dort erst bearbeitet worden und uns dann zur Verfügung gestellt worden.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Und gab es in dem Fall auch wieder irgendeine Wertung vonseiten der Staatsanwaltschaft in München?

**Zeugin Felicitas Linden:** Da kann ich mich nicht dran erinnern. Also, das weiß ich nicht aus eigener Wahrnehmung.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber es gab jetzt auch keine Gespräche, erneut ein Leerverkaufsverbot zu initiieren in dem Kontext.

**Zeugin Felicitas Linden:** Nein, nach meiner Erinnerung nicht. Nein.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Gut, dann zeitlich noch ein bisschen früher: Stichwort „Zatarra-Bericht“. Das war 2016. Können Sie sich daran - -

**Zeugin Felicitas Linden:** Wie gesagt, 2016 war ich gar nicht in der WA 2 zu der Zeit. Das Thema Zatarra-Bericht habe ich jetzt erst in der Nachbearbeitung - - also in diesem ganzen Wirecard-Komplex gesehen, dass es dazu dann auch 2016 diese Thematik Zatarra-Bericht gab. 2016 war ich ja, wenn ich jetzt alles richtig noch kriege, in der WA 5 erst noch zu dem Zeitpunkt

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber Sie haben sich trotzdem, jetzt auch in der Nachschau, in der Aufbereitung auch mit dem Thema Zatarra-Bericht beschäftigt, oder es ist Ihnen sozusagen ja - Sie haben es ja selber erwähnt - bekannt, diese Thematik.

**Zeugin Felicitas Linden:** Also, mir ist es bekannt. Ich habe mich jetzt nicht intensiv damit beschäftigt. Mir ist es bekannt. Mir sind die Eckdaten bekannt, was WA 2 damals auf den Weg gebracht hat und wie das Verfahren ausgegangen ist. Das ist mir bekannt, ja.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wir haben ja, sage ich mal, zwei so ein bisschen unterschiedliche Stränge, auf der einen Seite Marktmanipulation potenziell und das andere Thema Bilanzmanipulation. Was ist Ihnen sozusagen über - - Oder was wissen Sie zur Zusammenarbeit mit der DPR?

**Zeugin Felicitas Linden:** Die Zusammenarbeit mit der DPR ist für mich erst richtig bewusst geworden im Jahr 2020, Ende 2019/2020, dass dort die Kollegen WA 15 mit der DPR zusammenarbeiten. Wir haben aus Sicht von WA 2 immer wieder die Konstellation, dass in dem Moment, wo wir sagen: „Es besteht der Verdacht der Finanzmanipulation oder der fehlerhaften Rechnungslegung“, eine Finanzmanipulation oder eine fehlerhafte Rechnungslegung in aller Regel dann unter Umständen als Marktmanipulation rechtlich zu werten ist, weil es eine irreführende oder falsche Angabe an den Markt ist, wenn sich das bestätigt, dass die Bilanz falsch ist. Das können wir in WA 2 nicht aus eigener Kompetenz

prüfen. Und das ist dann - - Wenn es sich um einen Emittenten handelt am regulierten Markt, ist dann WA 15 unser Einfallstor. Und ich weiß, dass die Kollegen auch dort ja auch Prüfungen der DPR in Auftrag gegeben haben, um diese Frage zu klären.

Und so lange hängen wir - das ist im Ergebnis recht unbefriedigend - fürchterlich hinten nach, weil das auf der Zeitschiene ein unheimlicher Zeit- - Wir können erst sagen: „Okay, es ist Marktmanipulation“, wenn wir die Feststellung haben, dass die Bilanz fehlerhaft ist und auch der Fehler eine entsprechende Auswirkung auf die Bilanz hat. Wir hängen praktisch an dieser Prüfung dran und können die Schritte, die wir unter Marktmanipulationsgesichtspunkten einleiten, erst dann einleiten, wenn wir das Ergebnis haben.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Jetzt ist es ja aber so - oder da wäre auch noch mal die Frage -: Wir haben den Eindruck, die DPR war jetzt nicht mit Schallgeschwindigkeit unterwegs, wenn es um die Durchführung dieser Prüfungen ging. War das auch schon ein Thema, dass es eben - - Also, Sie haben es gesagt: Sie hängen so lange in der Luft. Und diese Prüfungen haben ja mitunter doch recht viel Zeit in Anspruch genommen.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, also, Thema war das. Thema war das. Doch, da kann ich mich erinnern, dass das Thema war, dass es so ein langer Faktor ist und so lange dauert.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Dann würde ich zum Abschluss dieser Runde gerne noch wissen: Wir haben eben mit dem Kollegen über dieses Schreiben oder die Kontaktaufnahme von dieser Frau Quadir gesprochen. Da waren Sie ja auch mit involviert.

**Zeugin Felicitas Linden:** Genau.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wie hat sich dieser ganze Sachverhalt aus Ihrer Sicht dargestellt?

**Zeugin Felicitas Linden:** Wir haben die E-Mail bekommen, weitergeleitet bekommen, glaube ich. Wir haben die weitergeleitet bekommen. Und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Frau Quadir hat ein Gespräch vorgeschlagen, um ein Gespräch gebeten zu dem Leerverkaufsverbot. Und ich hatte mir das angeguckt und habe jetzt in der Situation, in der wir waren - also, wir hatten ein hohes Volumen jetzt an Dingen im Rahmen des Leerverkaufsverbotes - - und hatte - deswegen war das für mich jetzt auch - - Ich habe es anders wahrgenommen, als jetzt vielleicht von Frau Quadir beabsichtigt, aber ich habe es nicht so wahrgenommen, dass sie konkret uns Hinweise geben will, sondern sie schlug vor - ich glaube, sie hat es Ende April uns geschickt - einen Gesprächstermin in der ersten Aprilwoche, glaube ich, war das. Da hatte ich jetzt eher das verstanden, dass sie sich grundsätzlich - was absolut wir auch gar nicht ablehnen - gerne dazu austauschen wollte.

Jean-Pierre Bußalb hat ihr dann zurückgeschrieben, glaube ich, auch relativ zeitnah zurückgeschrieben. Und dann kam von ihr ja auch das Papier, was sie geschrieben hatte, mit dem ich mich dann auch auseinandergesetzt habe, was sie geschrieben hat. Und dieses Papier enthält oder enthielt für mich Themen, zu denen wir uns in der Tat immer wieder überlegen müssen, wie wir uns dazu positionieren. Ich habe daraus aber nicht gelesen, also ich für mich habe nicht daraus gelesen, dass sie Informationen hat zu Wirecard oder, was ich jetzt von ihr hörte, zu Geldwäsche. Sie hat absolut valide Punkte angesprochen, diese Thematik, die jetzt aber unter Aufsichern immer schon ein Thema ist und auch immer wieder diskutiert werden muss, weniger die Frage: Sind Leerverkäufe sinnvoll, ja oder nein? Ich glaube, da sagt keiner: Das ist nicht der Fall. - Sie haben eine absolute Funktion im Markt.

Interessant und wichtig ist die Diskussion, die sie ja auch in dem Papier angestoßen hat: die Wirkungsweise oder die Wirksamkeit - das ist, glaube ich, auch noch mal etwas, wo sie auch Ausführungen gemacht hat - von Leerverkaufsverboten. Und: Ist das überhaupt eine Form von Marktmanipulation? - Per se sicherlich nicht, also der reine Leerverkauf sicherlich nicht.

Also, das sind Diskussionen, von denen ich glaube, dass sie in der Tat immer wieder weitergeführt werden müssen und immer wieder neu

auch wir uns als Aufsicht reflektieren müssen. Aber ich habe das nicht gesehen, dass sie jetzt sagt: Ich habe jetzt Informationen zu Wirecard, die ich euch geben will. - Also, so habe ich es nicht interpretiert. So habe ich es nicht interpretiert.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Danke schön.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Und als Nächstes hat das Wort Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Guten Abend, Frau Linden!

**Zeugin Felicitas Linden:** Guten Abend!

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Um daran anzuschließen - wenn ich das jetzt mal korrekt wiedergebe -: Sie hatten nicht den Eindruck, dass Frau Quadir irgendeinen Erkenntniswert für Sie im Rahmen Ihres Aufgabenbereichs hat.

**Zeugin Felicitas Linden:** Nee, das ist nicht richtig. Nicht, dass sie überhaupt keinen Erkenntniswert hat.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber jetzt für die konkrete Entscheidung Leerverkaufsverbot.

**Zeugin Felicitas Linden:** Genau.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Genau. - Ich frage nur deswegen, weil es gibt ja hier eine Kommunikation - MAT A BMF-4.03, Blatt 179 -, da schreiben Sie unter anderem Frau Roegele. Ich darf das ja hier zitieren - das war am 25. Februar 2019 -:

Sehr geehrte Frau Roegele,

sollen wir hierfür für Sie eine Antwort vorbereiten in dem Sinne, dass BaFin zu erlassenen Maßnahmen keine Einzelgespräche mit Marktteilnehmern führt?

Haben Sie das so gemeint, dass man zu bereits erlassenen Maßnahmen keine Gespräche führt oder dass man generell keine Gespräche mit Marktteilnehmern führt?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Felicitas Linden:** Nein, also, wirklich nicht. Nein, ganz ehrlich: nicht generell nicht; das ist überhaupt nicht der Fall. Und deswegen sage ich ja: Das, was sie hier geschrieben hat, diesen offenen Brief, da sind viele Punkte drin, von denen ich wirklich denke: Das ist richtig, dass man da in einem Diskussionsprozess bleibt.

Das war: Wir haben eine Maßnahme erlassen, und dass wir jetzt nicht zu dieser Einzelmaßnahme - weil wir ja auch gewisse Verschwiegenheitspflichten haben - - äußern, was waren genau unsere Hintergründe zu dieser Einzelmaßnahme, darauf bezog sich das. Aber - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Das ist noch nie vorgekommen, dass Sie eine Maßnahme noch mal kritisch beleuchtet haben mit - - also, einfach um vielleicht auch sich - - Es gibt ja vielleicht Korrekturbedarf, ohne dass Sie eine Information mit jemandem teilen müssen, aber dass Sie sich vielleicht eine andere Perspektive reinholen, um Ihr eigenes Handeln zu überprüfen als Behörde. Das kommt auch nicht vor?

**Zeugin Felicitas Linden:** Doch, doch.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also auch, nachdem eine Maßnahme bereits erlassen wurde? Dass Sie mit Marktteilnehmern sich unterhalten und dann zu dem Ergebnis kommen: „Vielleicht war unsere Maßnahme doch nicht richtig“?

**Zeugin Felicitas Linden:** Das würde ich nicht ausschließen. Nein, das war in der Situation damals - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber weil Sie das ja vorschlagen. Also, Sie sagen ja: Wir sollten so antworten, „dass BaFin zu erlassenen Maßnahmen keine Einzelgespräche mit Marktteilnehmern führt“, grundsätzlich offenbar.

**Zeugin Felicitas Linden:** Nein, nicht grund- - Ja. Also, wir führen - - Wir haben ja verschiedene Paletten von Maßnahmen, und wir führen praktisch mit - - Also, das Problem ist: Wenn wir mit einem sprechen, dann - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Müssen Sie mit allen sprechen.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, was ja auch richtig ist. Nicht, dass ich das vermeiden will. Mich bitte jetzt nicht falsch verstehen!

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nein, nein. Aber Sie - -

**Zeugin Felicitas Linden:** Wenn wir eine Maßnahme - - Und ich hatte ihre Mail, ich habe die Mail von Frau Quadir eher allgemein verstanden. Ich habe sie eher allgemein verstanden.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Ich frage nur deswegen, weil Frau Geilfus hat betont, sie tausche sich regelmäßig mit Marktteilnehmern aus, -

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - und Sie schlagen Frau Roegele vor, hier generell zu antworten, dass bei bereits erlassenen Maßnahmen keine Einzelgespräche geführt werden. Entweder ist das hier eine zutreffende Information, oder es ist - ich sage mal -: Da ist so eine Nervensäge, und das ist, was wir ihr mal antworten.

**Zeugin Felicitas Linden:** Nein. Also, ich habe sie - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also zutreffend oder nicht?

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, es ist - - Aus meiner Sicht ist es überwiegend zutreffend, ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Überwiegend.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja. - Das heißt aber nicht, dass wir nicht grundsätzlich zu Einzelmaßnahmen nicht sprechen oder zu Allgemeinverfügungen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, dann würde ich diesen Formulierungsvorschlag, diese Herangehensweise eher als unzutreffend charakterisieren.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Felicitas Linden:** Als was?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Na ja, es ist ja auch nicht so schwer. Sie sagen: Die BaFin führt zu erlassenen Maßnahmen keine Einzelgespräche. - Und jetzt haben Sie aber ausgeführt, das tut sie durchaus. Dann ist ja das ein Antwortvorschlag, der sozusagen nicht den Tatsachen entspricht.

**Zeugin Felicitas Linden:** Der so sicherlich, in der - - Wenn Sie es, ja, so schnell - - Ich habe den - - ja, so nicht korrekt ist.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay, das wollte ich ja nur geklärt wissen.

**Zeugin Felicitas Linden:** Genau. - Dann war das jetzt zu schnell geschrieben. Dann ist es nicht korrekt.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Dann gibt es ein weiteres Dokument, MAT A BMF-4.27, Blatt 245. Das ist von Kai Krieg, eine E-Mail an Sie, und zwar vom 12. Dezember 2019:

Liebe Frau Linden,

nach der soeben erfolgten Rücksprache mit Frau Roegele werden wir zu den aktuellen Vorgängen bei Wirecard (FT-Artikel am 09.12.19) eine (RK 1-)Analyse eröffnen.

Wir werden den Vorgang sowohl im Hinblick auf eine Marktmanipulation (Szenario: Short-Attacke) als auch auf Insiderhandel (Szenario: Wissen zu FT-Artikel am 09.12.19 wurde vorher genutzt.) prüfen. Bei der Suche nach Handelsauffälligkeiten würden wir uns zunächst auf die Handelsteilnehmer konzentrieren, die in den bisherigen Untersuchungen/Analysen zu Wirecard bereits auffällig geworden sind. Dazu werden wir uns auch mit WA 23 austauschen. Sind Sie mit dieser Vorgehensweise einverstanden?

Waren Sie einverstanden mit der Vorgehensweise?

**Zeugin Felicitas Linden:** Ich glaube, ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und interessant ist ja: Selbst am 12. Dezember 2019 gab es doch diese Prüfung zugunsten von Wirecard. Aber wurde denn auch mal zulasten von Wirecard irgendwas geprüft -

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - in diesem Zusammenhang?

**Zeugin Felicitas Linden:** In welchem Zusammenhang? Was meinen Sie jetzt mit „diesem Zusammenhang“?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Na ja, Sie müssen doch auch vielleicht Informationen bewerten oder mit einbeziehen, die gegen Ihre Szenarien oder Annahmen sprechen, dass es hier um Marktmanipulation oder Insiderhandel gehen kann.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja. Und - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wo haben Sie das getan?

**Zeugin Felicitas Linden:** Das haben wir getan - - Also, wir haben - - Das ist das vielleicht, was ich vorhin meinte: Wir haben - - Wenn wir den Verdacht haben der Marktmanipulation durch Bilanzfälschung oder durch falsche Rechnungslegung, dann ist der Moment, wo wir sagen müssen: Wir brauchen dafür, wenn wir diesen Verdacht haben, ein Stück weit die Bilanzkontrolle dafür in WA 15. Und das war für mich - - Ich hatte den Eindruck, je mehr ich mich mit dem Sachverhalt beschäftigte - das ist mein Eindruck -, dass die Kollegen schon in beide Richtungen ermittelt haben; denn dann kam ja auch zustande diese DPR-Prüfung im Februar 2019, von der ich erst später erfahren habe.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** DPR, da kennen wir ja die Geschichte und die verschiedenen juristischen Bewertungen - zweistufig oder ob Sie außerhalb des Enforcement-Verfahrens da selber reaktiv werden können -; das will ich gar nicht neu



## Nur zur dienstlichen Verwendung

aufmachen. Aber Sie haben ja vorhin geschildert, wie außergewöhnlich dieser Vorgang war, also sowieso ein Single-Issue Short-Selling Ban und dann so eine Bloomberg-Erpressungsgeschichte; das ist ja eine heiße Nummer. Haben Sie sich mal ausgetauscht, auch mit Frau Roegele, ob man wirklich - - Gab es auch mal kritische Nachfragen Richtung Staatsanwaltschaft? Also, ich meine, auch Staatsanwälte sind ja keine Götter oder so, die jetzt frei von Fehlern sind. Bundestagsabgeordnete sind ja, wie Sie dieser Tage erleben, auch nicht frei von Fehlern. Deswegen: Gab es da mal eine kritische Nachfrage?

**Zeugin Felicitas Linden:** Nach meiner Erinnerung nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nein?

**Zeugin Felicitas Linden:** Aber es kann sein, dass ich nicht da - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, jetzt nicht von Ihnen persönlich.

**Zeugin Felicitas Linden:** Nein, nein. Ich weiß, was Sie meinen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber auch jetzt von jemand anderem?

**Zeugin Felicitas Linden:** Also, nach meinem Kenntnisstand nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und Frau Roegele - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr De Masi.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ach so. Ich wäre sonst auch fertig.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Dann machen Sie.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, Frau Roegele, die hat ja auch ein Gespräch geführt mit Kollegen von Ihnen, als eben dieser Anruf der Staatsanwaltschaft erfolgte, mit Herrn Kimmer, so heißt er, glaube ich.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, mit Herrn Kimmer, Frau Geilfus.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Und da war wohl sehr schnell die Option „Handelsaussetzung, Leerverkaufsverbot“ auf dem Tisch. Hat denn Frau Roegele sich vorher bei Ihnen zum Beispiel oder bei sonst wem nach Ihrer Kenntnis erkundigt: „In welchem Instrumentenkasten haben wir das?“, oder ist das so Business as usual, dass Frau Roegele sofort nach so einem Anruf innerhalb von 10, 15 Minuten weiß: „A, B, C, das sind unsere Instrumente“?

**Zeugin Felicitas Linden:** Also, sie hat sich, wie gesagt - - Sie hat keine Rücksprache jetzt, wenn Sie mich fragen, mit mir genommen. Das hat sie nicht gemacht. Ich weiß nicht, ob sie sich mit anderen Kollegen noch mal rückgekoppelt hat - das kann ich Ihnen nicht sagen -, aber jetzt nicht mit mir.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Und haben Sie sie jemals gefragt, ob - - Oder: Hatten Sie den Eindruck, dass sie irgendwelche Zweifel an der Entscheidung hatte, auch vielleicht an den Rechtsgrundlagen?

**Zeugin Felicitas Linden:** Frau Roegele?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja.

**Zeugin Felicitas Linden:** Nach meinem Eindruck nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank. - Guten Abend, Frau Linden!

**Zeugin Felicitas Linden:** Guten Abend!

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Hat sich eigentlich Frau Roegele, jetzt mal unabhängig von dem 15. Februar, kritisch gegenüber Leerverkaufsverboten geäußert? Ist Ihnen da was bekannt?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Felicitas Linden:** Ist mir nicht bekannt.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Niemals.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ist, also, mir nicht bekannt.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau, ich frage, ob Sie - - Okay. - Es gibt ja die EU-Leerverkaufsverordnung seit 2012. Und nach Ihrer Kenntnis: Hätte die BaFin auch vorher schon Leerverkäufe verhängen können?

**Zeugin Felicitas Linden:** Das kann ich Ihnen nicht sagen. Nee, das weiß ich nicht.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich zitiere mal aus § 14 WpHG:

Die Bundesanstalt

- also Sie -

kann im Benehmen mit der Deutschen Bundesbank Anordnungen treffen, die geeignet und erforderlich sind, Missstände, die Nachteile für die Stabilität der Finanzmärkte bewirken oder das Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Finanzmärkte erschüttern können, zu beseitigen oder zu verhindern.

Für mich liest sich das so: Nachteile für die Stabilität der Finanzmärkte oder Nachteile für die Finanzstabilität und Vertrauen in die Funktionsfähigkeit der Märkte, das klingt ja alles so wie Marktvertrauen. Das heißt: Hätte die BaFin 2011 ein Leerverkaufsverbot erlassen wollen, hätte sie die Bundesbank auch bei Fragen des Marktvertrauens ins Benehmen setzen müssen, wenn ich das richtig gelesen habe. Würden Sie dem zustimmen?

**Zeugin Felicitas Linden:** Ich kann es, ehrlich gesagt - ich müsste es mir selber jetzt noch mal - - Ich kann nicht sagen, ob sich die Vorschrift darauf so bezieht.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das ist die alte Welt vor dem 15. Februar, und, ich glaube, es kommt sehr klar daraus hervor, wie das zu deuten ist.

**Zeugin Felicitas Linden:** Okay.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Dann frage ich noch mal anders: Haben Sie vor dem 15. Februar 2019 schon einmal gehört, dass die Bundesbank nur in Fragen, und zwar wirklich nur in Fragen der Finanzstabilität konsultiert wird, aber nicht in Fragen von Marktvertrauen?

**Zeugin Felicitas Linden:** So explizit nicht; aber dass die Bundesbank vom Zuständigkeitszuschnitt die Finanzstabilität hat, ja, und die BaFin vom Zuständigkeitszuschnitt das Marktvertrauen und Marktintegrität hat, ja, also, dass es da eine Trennung gibt, das war für mich schon - - Das ist für mich da.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Genau. Das ist jetzt so ein bisschen die organisatorische Rechtfertigung.

**Zeugin Felicitas Linden:** Nee, nee. Entschuldigung, das ist nicht als organisatorische Rechtfertigung gemeint. Das hat für meine Wahrnehmung was auch mit der tatsächlich vorhandenen Fachkompetenz zu tun in den Bereichen. Das führt am Ende zu einer organisatorischen Trennung. Aber dass die Bundesbank die Finanzstabilitätsfragen stärker besetzt und besetzen kann und wir, weil wir näher am Markt sind - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber sehen Sie, Frau Linden, das klingt auch wieder für mich sehr stark nach Rechtfertigung. Ihr erster Teil der Antwort war ja sehr klar und ehrlich, dass Sie gesagt haben: Vor dem 15. Februar haben Sie da eigentlich nie einen Unterschied erkannt. Und jetzt wird da immer so explizit darauf hingewiesen, und wir wollen das verstehen, warum jetzt auf einmal darauf hingewiesen wird. Denn bei uns ist einfach der Eindruck - jetzt nicht nur bei Ihrer Befragung, sondern die vielen Zeuginnen und Zeugen, die wir hier in dem Prozess jetzt auch gehört haben, auch vonseiten der Bundesbank - - dass man eine - ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

sage das jetzt mal in meinen Worten - Begründung erfunden hat, nachdem man eben die negative Stellungnahme nicht zu den Akten nehmen wollte.

**Zeugin Felicitas Linden:** Wenn ich da mal sagen darf, wie ich es wahrnehme: Das ist, glaube ich, nach meiner Wahrnehmung nicht richtig, dass eine Begründung erfunden wurde. Es ist wirklich von der Thematik her, dass die BaFin und der Wertpapierbereich die Marktintegrität, das Marktvertrauen hat. Das ist im Wesentlichen damit verbunden der Börsenhandel und die Geschäfte und praktisch das Marktgeschehen an den Börsen. Das ist weniger Teil des Aufsichtsgebietes der Bundesbank. Und daneben gibt es den Komplex Finanzstabilität. Also, ich will sagen: Das ist wirklich jetzt auch nach meiner Meinung - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber wenn die Börse gestört wäre, das würde jetzt aus meiner Wahrnehmung doch sehr für eine Handelsaussetzung für ein paar Stunden, ein paar Tage von mir aus, sprechen, aber nicht für dieses Leerverkaufsverbot, für das es ja auch eine sehr gute Begründung, gerade mit Blick auf Finanzmarktstabilität insgesamt, geben muss. Warum haben Sie das Instrument denn nicht in Betracht gezogen?

**Zeugin Felicitas Linden:** Die Handelsaussetzung?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ich kann Ihnen nicht sagen, warum die Kollegen das nicht in Betracht gezogen haben. Entschieden wurde das Leerverkaufsverbot. Ich kann nicht sagen, warum nicht die Handelsaussetzung. Was ich vermute: -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vermuten Sie, ja.

**Zeugin Felicitas Linden:** - Wenn die BaFin eine Handelsaussetzung macht, dann ist es der - - Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, das muss ich jetzt wirklich - - Die Handelsaussetzung betrifft mehr oder weniger den gesamten Markt.

Die Börsen können den Handel aussetzen für einen Wert. Die Börsen haben ja auch die Möglichkeit nach dem Börsengesetz, den Handel auszusetzen. Das können sie machen für einen Wert. Und damit war das Leerverkaufsverbot, so gesehen, wenn Sie diese beiden Maßnahmen nehmen, das mildere Mittel, weil die Handelsaussetzung - wenn ich es richtig jetzt in Erinnerung habe -, wenn es die BaFin verordnet, gilt für den gesamten Markt. Also, ich stoppe den Handel, egal in welchem Wert. Es ist Pause für alle. Das können die Börsen anders. Die Börsen können sagen: „Ich stoppe den Handel in ...“, wissen Sie? Und dadurch ist das Leerverkaufsverbot das mildere Mittel, -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, ich glaube - -

**Zeugin Felicitas Linden:** - also, wenn Sie beide nebeneinanderhalten.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Mit der Einschätzung würde ich jetzt nicht ganz mitgehen - aber jetzt ist auch nicht meine Meinung an der Stelle gefragt -; denn den Handel für ein paar Stunden auszusetzen - - Also, zwei Monate ein Leerverkaufsverbot, was übrigens ja vom Kapitalmarkt, von Wirecard übrigens selbst - - Wir hatten den ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden letzte Woche hier, der gesagt hat: „Wir haben das als Signal gewertet, dass sich die Behörden auf unsere Seite gestellt haben und gegen die Kritiker“, das, was ja auch Sie, also nicht Sie persönlich, sondern die BaFin immer von sich weist. Das wurde ja auch genau so gelesen.

Ich will vielleicht die letzten Sekunden noch nutzen. - Ist Ihnen bekannt, ob es in der Wertpapieraufsicht der BaFin einen Evaluierungsprozess zur Verhängung des Leerverkaufsverbots gegeben hat? Hat man das mal aufgearbeitet? Lessons Learned, kann der Prozess besser werden?

**Zeugin Felicitas Linden:** Nee, bislang nicht. Das haben wir nicht gemacht. Jetzt im Nachgang zu Wirecard, meinen Sie.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, im Nachgang zum 15. Februar. Ich hätte jetzt



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gesagt - das ist ja ein schwerwiegender Eingriff gewesen -, dass man mal in den Wochen danach sich das genauer anschaut. Gut, ist nicht passiert. Dann hätte ich erwartet, dass man, sagen wir mal, mit dem Kollabieren von Wirecard im Juni 2020 das gemacht hätte oder spätestens jetzt, wo sich ein Untersuchungsausschuss damit beschäftigt. Aber es ist interessant, zu wissen, dass auch das eben noch nicht dazu geführt hat, sich diesen Prozess noch mal anzuschauen. - Gut, meine Zeit ist abgelaufen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Ich habe nur noch ein, zwei Fragen. Die gehen jetzt aber so ein bisschen in Richtung Stellungnahmen 15.07. für Frau Roegele, Frau Linden. Herr Udo Franke wandte sich am 15.07. an Frau Roegele und fragte bei ihr an - ich zitiere wörtlich - „ob eine Rücknahme der BaFin-Anzeige gegen die zwei Journalisten der Financial Times dazu führen würde, das die Ermittlungen der St A ... eingestellt werden“. Zu finden ist dieses auf MAT A BMF-21.68, Blatt 144. - Sie verfassten daraufhin für Frau Roegele einen Antwortentwurf, in dem es unter anderem hieß:

Ob die Staatsanwaltschaft München I die konkret geführten Ermittlungen gegen die beiden Journalisten der Financial Times einstellen würde, wenn die BaFin - ungeachtet der obigen Ausführungen - die Anzeige zurücknimmt, könnte nur durch eine Befragung der StA München in Erfahrung gebracht werden. Hiervon wäre jedoch nach unserer Einschätzung dringend abzuraten.

Zu finden ist das auf MAT A BMF-21.68, Blatt 143 f., „siehe Anlage 5“ bei mir. - Können Sie uns bitte mitteilen, weshalb Sie von einem solchen Vorgehen nur dringend abraten konnten? Was war damals - na, damals noch nicht; das ist ja jetzt noch nicht dramatisch lange her, ein Dreivierteljahr - ausschlaggebendes Momentum für Sie?

**Zeugin Felicitas Linden:** Das ausschlaggebende Momentum oder der Hauptgrund für mich, das zu empfehlen, war, dass ich es nicht für richtig

gehalten habe, auf die Staatsanwaltschaft in diesem Prozess, ob sie weiterermittelt, ja oder nein, in irgendeiner Weise zuzugehen, sondern dass sie dies komplett für sich alleine entscheidet, ob sie weiterermittelt, ja oder nein. Also, für mich war das die Abgrenzung: die Strafverfolgungsbehörde auf der einen Seite, die für sich diese weitere Ermittlung durchführt und überlegen muss: „Geht sie so weiter?“, und jetzt von unserer Seite wir, die dort, in diesen Prozess nicht in irgendeiner Weise eingreifen möchten. Deswegen habe ich gesagt, wir sollten das nicht tun.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das verstehe ich, aber das ist eine sehr - wie soll ich sagen? - In Bezug darauf: Sie hatten vorhin gesagt: offensichtlich Gefahr im Vollzuge. - Ja, ich glaube auch, da war man nachher in einer Art Tunnel innerhalb der BaFin. Und es lag ja diese anscheinend getriebene Anzeige - - und alle meinten: Oh, eine Anzeige, Erpressung! Es wird ermittelt. - Und dann entstand dieser Tunnel, von mir aus auch Tunnelblick. Aber es ist natürlich eine sehr einseitige Betrachtung, wenn man sagt: Okay, die Staatsanwaltschaft kommt auf Sie zu und löst - hätte ich jetzt beinahe gesagt - eine BaFin-Stampede aus, Richtung Leerverkauf, und auf der anderen Seite durchaus - kann ja sein - Erkenntnisprozess: Jetzt haben wir ermittelt, jetzt haben wir geguckt; da ist vieles nicht so, wie es scheint. Es geht ja auch um zwei Menschen am Ende des Tages dort, die schon ganz schön in die juristischen Mühlen unseres Landes gekommen sind. Oder ist das vielleicht schon ein Wechsel - kann ja auch sein - in der BaFin-Verhaltenskultur, der natürlich auch in Zukunft Richtung Staatsanwaltschaft gelten könnte: „Na ja, wenn jetzt mal Frau Bäuml-Hösl aus München anruft, so what? Das ist euer Ding, und wir betrachten nach unseren Maßstäben, ob eben die Finanzmarktstabilität oder das Marktvertrauen im Benehmen oder auch nicht im Benehmen mit der Bundesbank in Gefahr gerät“? - Wie darf ich das einsortieren?

**Zeugin Felicitas Linden:** Jetzt noch mal: Meine Mail meinen Sie? Das einsortieren?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Felicitas Linden:** Ich habe die Befürchtung gehabt, wenn wir uns an die Staatsanwaltschaft wenden und sagen: „Könnt ihr die Anzeige fallen lassen?“, kann das missverstanden werden. Das war mein - - Es kann missverstanden werden als - unter Umständen - der Versuch der Beeinflussung.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay, also, das war Ihr - - Also hat das nichts mit einer - -

**Zeugin Felicitas Linden:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeugin Felicitas Linden:** Das kann unter Umständen - - Wenn ich jetzt die Staatsanwaltschaft anrufe und sage - - Also, für mich ist das so.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nee, ich finde das völlig in Ordnung. Ich hätte mir jetzt aus der Diskussion und dem Erkenntnisstand gewünscht: Dann und wann wird vielleicht auch die Staatsanwaltschaft München I so eine Betrachtungsweise an den Tag legen. Das hätte uns vielleicht und auch Ihnen eine Menge Ungemach erspart. Aber ich finde das gar nicht schlecht, was Sie sagen. Deswegen: Ich wollte das nur einfach mal wissen.

Meine letzte Frage noch mal - dann bin ich für mich auch durch -: Frau Linden, aus MAT A BMF-24.55, Blatt 304 geht noch mal hervor: Am 4. August 2020 waren Sie zu einer Videokonferenz zwischen singapurianischen Behörden und dem BMF zum Fall Wirecard dabei. Das ist zumindest aus dem Protokoll der Teilnehmer zu entnehmen. Ist das richtig?

**Zeugin Felicitas Linden:** Das war, glaube ich, eine Telefonkonferenz.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ja, genau.

**Zeugin Felicitas Linden:** Also, weil Sie eben „Videokonferenz“ sagten.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Hier steht jetzt „Video-“, aber - -

**Zeugin Felicitas Linden:** Es war eine Telefonkonferenz, und wenn ich mich erinnere, waren da verschiedene Bereiche im Haus mit dabei.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay.

**Zeugin Felicitas Linden:** Wenn ich das richtig einsortiere, war da auch Geldwäsche Thema. Also, GW war, glaube ich, auch mit dabei. Da waren verschiedene Kollegen im Haus mit dabei. Und das diente dem Informationsaustausch: Wo steht jetzt wer, und wie gehen wir weiter vor?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Es soll dann am 10.08. daraufhin zu einem bilateralen Gespräch zwischen BaFin und MAS gekommen sein, nachdem sich Singapur in der Konferenz informieren wollte, ob die aktuellen Ermittlungen des US-Justizministeriums mit den deutschen Ermittlungen in Verbindung stünden. Können Sie das bestätigen? Und vielleicht: Ist Ihnen hierzu noch irgendwas bekannt? - Dann wäre ich eigentlich jetzt mal durch.

**Zeugin Felicitas Linden:** Also, bestätigen kann ich es nicht. Also, ich kann es weder verneinen noch bestätigen. Ich weiß jetzt den Weitergang nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gab es da Streit in der Telko irgendwie oder so was?

**Zeugin Felicitas Linden:** Nein, das war nicht. Nein, nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann bin ich durch, schenke dem Ausschuss eine Minute. - Und dann ist die CDU/CSU mit Matthias Hauer am Start.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, Herr Vorsitzender. - Frau Linden, Sie hatten eingangs gesagt, in die Diskussion um das Leerverkaufsverbot waren Sie nicht eingebunden, das heißt an diesem Wochenende, ich sage mal, Freitag bis Montag. Das ist richtig?

**Zeugin Felicitas Linden:** Mhm.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Okay. - Und Sie waren ja die stellvertretende Abteilungsleiterin WA 2 zu dem Zeitpunkt. Und die ordentliche Abteilungsleitung war krank, richtig?

**Zeugin Felicitas Linden:** Mhm.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Auch über einen längeren Zeitraum.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, ein Jahr.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das heißt, da die Leitung krank war, waren Sie ja die Zuständige für die Abteilungsleitung dann, WA 2.

**Zeugin Felicitas Linden:** Richtig.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und unter WA 2 fällt ja eben auch das Thema Leerverkaufsverbot.

**Zeugin Felicitas Linden:** Richtig.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Genau. - Und jetzt erklären Sie mir, wie das zusammenhängt, wie das zusammenpasst, dass Sie die Abteilungsleitung der Abteilung sind, die für das Leerverkaufsverbot zuständig ist, aber in die Diskussion um das Leerverkaufsverbot überhaupt nicht einbezogen waren.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ich kann es Ihnen nicht sagen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ich kann es Ihnen nicht sagen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ich kann es Ihnen auch nicht sagen.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ich kann Ihnen nicht sagen, warum - - Ich war nicht eingebunden an diesem Wochenende. Und was ich jetzt auch an Rückmeldungen bekommen habe, so wie ich es verstanden habe, ist man davon ausgegangen, dass ich an dem Tag nicht im Haus gewesen sei.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Ja. - Aber es waren ganz viele eingebunden, die am Samstag und Sonntag eigentlich auch nicht arbeiten, gehe ich jetzt mal von aus, wie ja viele - auch zu Recht - nicht. Und die sind trotzdem involviert und haben bis nachts da irgendwelche Texte geschrieben. Nur die Abteilungsleiterin, die dafür zuständig ist, die fragt keiner. Aber das hatten Sie ja mit Herrn Dr. Bußalb gemeinsam, der ja auch nicht gefragt wurde. Also, ich bin ein Stück weit fassungslos, muss ich sagen. Wer hat das - - Also, ich frage Sie jetzt noch mal: Warum ist das so passiert? Haben Sie das nachher mal erörtert? Sind Sie mal zu irgendwem gegangen und haben gesagt: „Wieso hat man mich nicht gefragt oder mal angerufen oder so?“?

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Und was hat Frau Roegele gesagt?

**Zeugin Felicitas Linden:** Nee, ich habe nicht Frau Roegele angesprochen, ich habe aber zum Beispiel WA 23 angesprochen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Also, Ihre Mitarbeiter sind das ja quasi.

**Zeugin Felicitas Linden:** Genau. Ist ja auch nicht mit dem Fax zu mir gekommen. Und da war dann der - -

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Der Kimmer, oder wer war das?

**Zeugin Felicitas Linden:** Nee. Nein, nein, Frau Schierhorn. Dass ich vergessen - - also, dass man gedacht hat, ich bin nicht da. Warum man dann im Weiteren jetzt das, was Sie sagen, an dem Wochenende - - das kann ich Ihnen nicht sagen.

**Matthias Hauer** (CDU/CSU): Das muss ich jetzt erst mal sacken lassen. Okay. - In der Abteilung - wir hatten ja jetzt schon das eine oder andere Mal von Krankheitsfällen und so gehört -, sind denn da eigentlich alle Stellen besetzt bei WA 2? War das damals so?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Felicitas Linden:** Ob das damals so war, kann ich mich - - Das weiß ich nicht genau, ob wirklich alle Stellen besetzt waren. In der Regel sind die Stellen besetzt. Wir haben aber wie jede Abteilung auch mit Krankheitsfällen, also, mit Langzeitkrankheitsfällen, zu tun.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, ja. - Ich komme mal zum Mai 2019. Da gibt es ja eine Mail von Ihnen an die Frau Roegele. - Das ist MAT A BMF-5.25, Blatt 15. - Da schreiben Sie:

Sehr geehrte Frau Roegele,  
ich habe gestern Abend erfahren, dass im Jahresbericht der BaFin bzgl. Wirecard eine nicht zutreffende Sachverhaltsdarstellung erfolgt ist. Ich würde Sie gern darüber informieren und das weitere Vorgehen abstimmen und wollte daher anfragen, ob sich heute die Möglichkeit für einen kurzen Termin ergeben könnte.

Vielen Dank und viele Grüße  
Felicitas Linden

Erinnern Sie sich an diese Mail?

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

- 10. Mai 2019, 7.50 Uhr? Erinnern Sie sich nicht?

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

- Okay. Dann würde ich Ihnen die einmal vorlegen, dann können Sie sich die noch mal angucken.

**Zeugin Felicitas Linden:** Also, wenn Sie es vorlesen - - Ich glaube - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Vielleicht schauen Sie einmal drauf. Vielleicht -

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, aber ich kann jetzt nicht - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** - kommt es dann wieder in die Erinnerung. Da würde mich natürlich interessieren, was diese falsche Angabe war, auf die Sie Frau Roegele da hingewiesen haben.

(Der Zeugin wird ein Dokument auf einem Notebook gezeigt - Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand nehmen Einblick)

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, die Mail kenne ich; aber ich kann Ihnen jetzt, ehrlich gesagt, nicht sagen, was das war, was wir da hatten. Das weiß ich nicht mehr.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Unter welchem Gesichtspunkt gucken Sie sich denn so einen Bericht an? Sie lesen ihn ja wahrscheinlich nicht komplett durch, nehme ich mal an, sondern Sie gucken ja wahrscheinlich nur auf die Sachen, die Sie irgendwie betreffen, oder?

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, das kann natürlich - - Eine falsche Sachverhaltsdarstellung kann sein, wenn falsche Daten angenommen - - wir haben mit dem Datum einen Dreher drin. Also, das sind jetzt aber - - das, worauf wir gucken.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. Ist eine Vermutung. Jetzt wissen Sie nicht mehr?

**Zeugin Felicitas Linden:** Nee. Wenn falsche Zeiträume drin sind, also, das können solche Sachen sein, wo ich dann sage: Wir haben einen falschen Sachverhalt; das müssen wir korrigieren.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. Ich will Sie ja auch nicht jetzt zum Spekulieren hier veranlassen. - Noch mal zurück zu dem Thema „Benehmensherstellung zwischen BaFin und Bundesbank bei Leerverkaufsverbot“. Da habe ich Sie so verstanden, dass Sie gesagt haben, dass da ein Benehmen herzustellen ist. Ist das richtig?

**Zeugin Felicitas Linden:** Mhm. So verstehe ich es, ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. - Ich würde Ihnen gerne mal ein Dokument vorlegen, und



## Nur zur dienstlichen Verwendung

zwar ist das hier der „Leitfaden zur Beteiligung der Bundesbank bei Maßnahmen nach § 14 WpHG und Artikel 18 ff. EU-Leerverkaufsverordnung der Deutschen Bundesbank“ vom 20. Oktober 2020, MAT A Bundesbank-3.02, Blatt 17. Da heißt es nämlich unter 3.4, „Stellungnahme der Bundesbank“ - das würde ich Ihnen noch mal vorlegen -, dass keine Benehmensherstellung erforderlich ist. Vielleicht können Sie diesen Absatz einmal lesen. - Wir können einmal stoppen.

(Der Zeugin werden Unterlagen vorgelegt - Die Zeugin und ihr Rechtsbeistand lesen in diesen Unterlagen)

**Zeugin Felicitas Linden:** Ich glaube, ich weiß, was - - Ich kann mir vorstellen - - Ja, ich weiß, was Sie meinen. Dieses „Benehmen“, da muss ich mich jetzt entschuldigen. „Benehmen“ in diesem Sinne heißt: Wir brauchen einen Konsens, Bundesbank und BaFin.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Den brauchen Sie nicht.

**Zeugin Felicitas Linden:** Nein. „Anders als die Bbk vertreten BaFin ..., dass bei einem Erlass ... keine Benehmen-“ - Ja, das ist die Position der BaFin. Ich meinte - dann habe ich mich - - „Benehmen“ ist für mich: Wir tauschen uns aus, also, das, was dann kommt, die Möglichkeit zur Stellungnahme.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das ist ja schon ein großer Unterschied, ob man sich austauscht oder ob man Benehmen herstellt, also quasi Einvernehmen herstellen muss.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, ja, das weiß ich. Das ist jetzt mein Fehler gewesen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. - Dann komme ich noch mal zu einem anderen Punkt. Und zwar habe ich hier vorliegen ein Aufsichtsratsprotokoll der Wirecard AG vom 18.06.2020. Das kennen Sie wahrscheinlich nicht. Ich lese Ihnen aber mal was daraus vor. Da geht es um zwei Banken, BPI und BDO. Das sind Banken, nur zu Ihrer Information. Ich lese das mal vor:

Schließlich wies der Vorsitzende des Aufsichtsrates darauf hin, dass es Indikationen durch die BaFin gebe, dass das von EY der Gesellschaft noch nicht vorgelegte Schreiben der BPI inhaltlich und in einzelnen Formulierungen (spurious) dem Schreiben der BDO sehr ähneln würde und beide daher wie abgestimmte Erklärungen wirkten. Das Schreiben sei auch „nur“ von einem Vice President der Bank unterzeichnet. (?)

Und jetzt kommt der Satz, um den es mir geht:

Es bestehe auch nach Einschätzung der BaFin die Möglichkeit, dass es sich um eine gegen die Gesellschaft gerichtete Aktion handle. (?)

Können Sie damit irgendwas anfangen?

**Zeugin Felicitas Linden:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Können Sie sich vorstellen, dass im Juni, 18. Juni 2020, jemand bei der BaFin der Auffassung ist - das ist ja schon sehr spät, ne, zu so einem sehr späten Zeitpunkt -, dass, wenn jetzt hier festgestellt wird von Banken: „Da sind Konten nicht da“, das eine Aktion gegen die Gesellschaft, also gegen Wirecard, ist?

(Die Zeugin schüttelt den Kopf)

Wir versuchen nur, rauszufinden, wer das hier bei der BaFin gesagt haben soll dem Aufsichtsratsvorsitzenden. Sie waren es nicht.

**Zeugin Felicitas Linden:** Nein.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Hätte ja sein können, ne?

**Zeugin Felicitas Linden:** Nein, ich war es nicht.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber wir haben ja die halbe BaFin hier, insofern fragen wir einfach mal alle durch. - Gut, dann würde ich auf die



## Nur zur dienstlichen Verwendung

restlichen zwölf Minuten verzichten. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann neue Runde. Ich verzichte auch. Dann ist die SPD an der Reihe.

**Cansel Kiziltepe (SPD):** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Auch keine weiteren Fragen. Dann schaue ich zur FDP. - Dr. Toncar.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ich würde, Frau Linden, gerne noch mal nachfragen: Ist Ihnen bekannt oder bekannt geworden zwischenzeitlich, dass im Februar 2019, genauer gesagt, am 13. Februar, eine Geldwäscheverdachtsmeldung im Geldwäschebereich der BaFin einging, und zwar übermittelt vom stellvertretenden Leiter der Financial Intelligence Unit, also sehr hochrangig, die das ausnahmsweise nicht nur an das Landeskriminalamt Bayern, sondern ausnahmsweise und in bewusster Entscheidung auch an die BaFin gegeben haben? 13.02.2019 eingegangen, Verdachtsmeldung gegen Markus Braun und Jan Marsalek: Ist Ihnen das je bekannt geworden, oder hören Sie das gerade zum ersten Mal? Oder wie ist da die Lage?

**Zeugin Felicitas Linden:** Also, mir ist es nicht bekannt. Ich höre es nicht zum ersten Mal, weil ich glaube, das ist der Punkt, den Sie in der Pressekonferenz auch schon erwähnt haben, und da habe ich es dann schon mal gehört.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ah, dann bin ich sozusagen trotzdem die Quelle. Ja, okay. - Ich frage das deshalb, weil ich finde, wenn wir nach vorne gucken, wenn wir eine Allfinanzaufsicht wollen, muss sie es auch werden, und man muss die Informationen zusammenführen, die unter einem Dach da sind. Deswegen: Ich bedauere das sehr, weil ich glaube, dass das wenigstens ein etwas anderes Bild erzeugt hätte von den handelnden Personen, wenn man das, was in derselben Woche in einem anderen Bereich angefallen ist, vielleicht mit denen zusammengebracht hätte, die über diese Maßnahmen entschieden haben.

Wann war denn innerhalb der Wertpapieraufsicht eine sozusagen vollständige fachliche Analyse des KPMG-Berichts, und zwar der Vollversion und der Anlagenbände, da? Wann war denn das inhaltlich ausgewertet und bewertet, sodass man auch wissen konnte, ob irgendwo noch was zu tun ist oder was da vorgetragen und vorgebracht worden ist?

**Zeugin Felicitas Linden:** Das kann ich Ihnen nicht sagen, wann das genau war. Also, müsste ich jetzt - - Kann ich nicht sagen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Es gingen ja im Mai 2020 mehrere Schreiben der Kanzlei Heuking bei der BaFin ein, ausdrücklich auch an Frau Roegele gerichtet, in denen berichtet wurde über verschiedene Dinge, unter anderem aber auch berichtet wurde, dass die wichtigste Tochtergesellschaft der Wirecard AG, CardSystems Middle-East, und der wichtigste Kunde, Al Alam, liquidiert worden seien. Ist sozusagen über diesen Vorgang, die Liquidation dieser zwei wichtigen Gesellschaften, und gegebenenfalls auch die Anzeigen gesprochen worden in der Wertpapieraufsicht?

**Zeugin Felicitas Linden:** Ja, da sind wir auch aktiv geworden; denn da war eine Prüfung dann auch von der WA 2, wenn ich mich jetzt richtig erinnere, WA 23 oder 26, also „Marktmanipulation“, „Ad-hoc“, und wir haben auch an Dubai, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, ein Auskunftersuchen erstellt: Also, ist das tatsächlich Liquidation? - Oder da war an dem Punkt auch der Verdacht ja im Raum, dass die die Gelder verschieben. So. Da sind wir auch tätig geworden, und das Referat WA 26, „Ad-hoc“, ist auch in den Austausch gegangen mit Dubai.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Genau. Das scheint mir plausibel. Aber ein Ad-hoc-Verstoß ist sozusagen die eine Denkrichtung. Die andere Frage ist ja: Das war ja, nachdem der KPMG-Bericht draußen war mit der Aussage: Untersuchungshindernis, Existenz der Mittel nicht nachweisbar, weitere Untersuchung nötig. - Und kurz danach, also nachdem KPMG das rausgebracht hat und nachdem man den Jahresabschluss schieben musste, da hätte man ja auch dran denken können, dass



## Nur zur dienstlichen Verwendung

da gerade vielleicht das letzte Geld geplündert wird. So war es ja auch. Hat der Gedanke eine Rolle gespielt, dass hier sozusagen versucht wird, den Konzern endgültig auszunehmen, die letzten Gelder abzuleiten, oder war nur Ad-hoc-Verstoß irgendwie das Thema der Diskussion?

**Zeugin Felicitas Linden:** Also, Ad-hoc-Verstoß, um die Frage zu beantworten - - Der Gedanke, dass da jetzt praktisch endgültig Geld weg ist, das war nicht. Aber ich würde gern noch mal was zum Ad-hoc-Verstoß sagen, wenn ich darf. Der Ad-hoc-Verstoß ist nicht so harmlos, wie es vielleicht erst mal klingt, dass man denkt, man kommt jetzt nur auf den Emittenten zu, weil er eine fehlerhafte oder nicht erfüllte, nicht rechtzeitig erfüllte Informationspflicht hat. Wenn ich mit dem Ad-hoc-Verstoß vorgehe - -

Den Ad-hoc-Verstoß habe ich ja nur, wenn ich tatsächlich eine Insiderinformation habe, das heißt eine Information, die wahr ist. Also, das heißt, über die Ad-hoc-Schiene versuchen wir erst mal auch häufig den Sachverhalt geradezuziehen und zu sagen: Was ist jetzt tatsächlich dran? Was ist da jetzt tatsächlich wahr? - Und wenn ich jetzt dazu komme, dass diese Information unter Umständen gar nicht wahr ist - - Also, wir müssen Sachverhaltsaufklärung betreiben. Das machen wir dann da.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ist klar. Aber das übrigens bringt mich auf die Frage - jetzt haben Sie mich noch auf eine Idee gebracht -: Angenommen, die Arbeitshypothese der BaFin im Februar 2019 beim Thema „McCrum und andere“ war manipulative Short-Attacke, kollusives Zusammenwirken; ein Artikel wird veröffentlicht, und vorher werden die Positionen eingegangen. Hätte man da nicht auch unterstellt, dass die Information vielleicht sogar wahr ist, und die Kursausschläge beobachtet, die die Veröffentlichung dieser Singapur-Sachen verursacht hat? Hätte man da nicht sofort auch an einen Ad-hoc-Verstoß denken müssen? Denn - -

**Zeugin Felicitas Linden:** Nach meiner Erinnerung ist das auch passiert. Also, nach meiner Erinnerung ist WA 26 in diesem Zusammenhang

mit den FT-Artikeln auch auf die Wirecard zugegangen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Das war das Auskunfts- und Vorlageverlangen, das dann folgte.

**Zeugin Felicitas Linden:** Das war einmal - - Ich glaube, es gab ein Auskunfts- und Vorlageverlangen von der WA 23, die gebeten hatten: Nehmt dazu Stellung. - Ich habe aber auch, wenn ich es richtig in Erinnerung habe - - dass das Ad-hoc-Referat zu diesem Zeitpunkt auf die Wirecard zugegangen ist, was einzelne Informationen anging und die Frage, ob da ein Ad-hoc-Verstoß da war - noch mal.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Und das Ergebnis? Der Singapur-Bericht war ja wahr. Also, letzten Endes hätte man ja eigentlich die Untersuchungsergebnisse veröffentlichen müssen, unabhängig von der Frage, ob Shortseller und Journalisten vielleicht irgendwie - - Aber das hätte man doch eigentlich sanktionieren müssen.

**Zeugin Felicitas Linden:** Ich weiß auch nicht jetzt - - Ich muss mich noch mal daran erinnern, inwieweit wir da auch vorgegangen sind. Aber wir sind in der Richtung vorgegangen, und dann ist ja auch die Frage: Waren die Informationen - also, wenn ich jetzt noch mal laut denke - bei der Ad-hoc-Mitteilung tatsächlich noch so wenig öffentlich bekannt, dass sie noch eine Kursbeeinflussung bewirkt haben? Das ist ja immer der Punkt der Ad-hoc-Mitteilung. Also, ich kann es Ihnen, ehrlich gesagt, im Moment nicht genau sagen; aber es war Teil der Prüfung bei den Kollegen.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Alles klar.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Toncar. - Dann als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich habe ja keine Frage mehr. Ich hätte eine Antwort für Herrn Kollegen Hauer - der ist jetzt gerade rausgegangen -, wer das mit dem Aufsichtsratsprotokoll war. Das war Herr Hufeld laut Herrn Eichelmann. Aber Sie haben so gelacht, als er die Passage vorgelesen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

hat. Das musste ich auch, als ich das das erste Mal gelesen habe. Und Lachen ist ja gut in vielen Lebenssituationen. Aber ich habe keine weiteren Fragen mehr.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Dann gucke ich noch mal zur Fraktion Bündnis 90/Die GRÜNEN.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Auch keine weiteren Fragen mehr.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Auch keine Fragen. Dann schaue ich noch einmal in das weite Rund. - Dann frage ich: Gibt es den Bedarf, in eingestufte Sitzung noch Fragen an die Zeugin Felicitas Linden zu stellen? - Auch das kann ich nicht erkennen.

Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat. Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann bis zu zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren, Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss Ihrer Vernehmung.

Und ich muss noch ein Schweigegebot, bevor ich ganz zum Ende komme, ausstellen. Frau Linden, Herr Rechtsanwalt Dr. Birke, Sie hatten Einblick in eine VS-Vertraulich eingestufte Unterlage. Sie müssen daher entsprechend § 174 Absatz 3 des Gerichtsverfassungsgesetzes zur Verschwiegenheit verpflichtet werden. Ich stelle ein solches Schweigegebot zur Abstimmung. - Ich höre keinen und stelle keinen Widerspruch fest. Dann ist das so beschlossen. Ich stelle fest: Der Ausschuss macht der Zeugin Linden und ihrem Rechtsbeistand Dr. Birke die Geheimhaltung der als Geheim oder Vertraulich eingestuften Tatsachen zur Pflicht, die ihnen durch ihre Vernehmung in der Sitzung zur Kenntnis gelangt sind. Die Zeugin Linden und ihr Rechtsbeistand Dr. Birke werden darauf hingewiesen, dass derjenige, der gegen die auferlegte Schweigepflicht verstößt, sich strafbar machen kann.

An dieser Stelle kann ich jetzt mich aber recht herzlich bei Ihnen bedanken, Ihnen eine gute Nacht wünschen, eine gute Heimreise. Vielen Dank, dass Sie hier Rede und Antwort gestanden haben. Ich wünsche allen Zeugen und ihren Rechtsbeiständen in dieser schwierigen Zeit: Bleiben Sie gesund, und passen Sie auf sich auf! - Vielen Dank.

**Zeugin Felicitas Linden:** Vielen Dank. Danke schön.

**RA Dr. Rainer Birke:** Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Gerne. - So. Das ist die - wunderbar, klasse - Stellvertretung, Geschäftsführung ohne Auftrag; aber das passt. Dann rufe ich jetzt auf: Zeugenvernehmung Susanne Bergsträsser.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

### Vernehmung der Zeugin Susanne Bergsträsser

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dann setzen wir mit der Zeugenvernehmung Susanne Bergsträsser fort. - Frau Bergsträsser, ich heiße Sie recht herzlich im Namen des Ausschusses willkommen. Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand Dr. Rainer Birke Platz genommen. Wir hatten heute auch schon das Vergnügen. Auch Sie heiße ich - ein zweites Mal - ganz herzlich willkommen am heutigen Tage. Wie Sie sicherlich wissen - das darf ich Ihnen nicht ersparen -, dürfen Sie die Zeugin beraten, Ihnen steht jedoch selbst kein Rede- und Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrer Mandantin während ihrer Aussage keine inhaltlichen Hinweise geben. Gegebenenfalls können Sie oder Ihre Mandantin selbstverständlich eine kurze Unterbrechung zum Zwecke der Beratung beantragen. - Bestehen dazu noch Fragen?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Nein.

**RA Dr. Rainer Birke:** Keine Fragen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar. - Frau Bergsträsser, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeugin und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab schriftlich übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Dafür wie für alle Zeugen an dieser Stelle meinen recht herzlichen Dank, weil in der Folge der vielen Zeugen uns das eine ganze Menge Zeit erspart.

Deshalb kann mich an dieser Stelle auf einige technische Hinweise beschränken. Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin die entsprechende Unterlage vorlegen. Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwürdige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann die

Möglichkeit, darüber zu beschließen, ob er die Öffentlichkeit ausschließen will, sowie den Geheimhaltungsgrad dieser Sitzung festzulegen. Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein. - Dann möchte ich Sie noch bitten - aber das klappt schon gut -, immer das Mikrofon einzuschalten, weil wir zwar den Stenografischen Dienst haben; aber irgendwann steht der dann auch nicht mehr zur Verfügung. Und wir haben eben als Rückfallebene eine Tonbandaufnahme laufen, und die kann nur bedient werden, wenn das Mikro läuft. Ich sehe schon: Das haben Sie drauf. Okay, dann brauche ich das auch nicht weiter zu erläutern.

Frau Bergsträsser, ich würde also dann Sie zunächst kurz zu Ihrer Person vernehmen. Ich würde Sie daher bitten, kurz Ihren Vornamen, Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohn- oder Dienort uns mitzuteilen.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ja, danke. - Ich heiße Susanne Bergsträsser, ich bin 59 Jahre alt und von der Ausbildung Juristin und arbeite und wohne in [REDACTED].

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar. Danke, Frau Bergsträsser. - Sie können nun, wenn Sie das wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand der Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ja, sehr gerne. Vielen Dank. - Vorstellen möchte ich meine Abteilungswechsel und Abwesenheiten. Dadurch erklärt sich auch, zu welchem Komplex ich Kenntnis habe. Im Untersuchungszeitraum war ich vom Januar 2014 bis Januar 2016 Gruppenleiterin der Gruppe PRO in der BaFin, zuständig für Prüfung und Billigung von Prospekten für Wertpapiere und Vermögensanlagen. 2016, im Januar, wurde dann die Gruppe eine Abteilung, WA 5, und ein Referat aus einer anderen Abteilung, das später noch eine Rolle spielt, wechselte zu WA 5. Das ist das Referat zuständig für die Beaufsichtigung von Finanzanalysten.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

2017 wechselte ich dann als Abteilungsleiterin auf die Abteilung WA 2. Dezember 2018 bis Januar 2020 war ich nicht in der BaFin. Ich war erkrankt, und ich hatte auch in dieser Zeit keinen persönlichen Kontakt zu der BaFin. Anfang 2020 kam ich wieder, ging dann aber nicht zurück auf die Abteilung WA 2, sondern als Co-Abteilungsleiterin auf die Abteilung 5.

Zu Punkt 4 des Untersuchungsauftrages, konkret zum Zatarra-Report, habe ich Kenntnisse, insbesondere wie der Bericht in meiner Abteilung in 2016 bearbeitet wurde, und ich möchte zu diesem Punkt aussagen. Das für die Beaufsichtigung von Finanzanalysten zuständige Referat wurde durch Presseberichte Ende Februar/Anfang März 2016 auf den Zatarra-Report aufmerksam. Zu dieser Zeit galten noch die §§ 34b und c WpHG. Ich erwähne das; denn im Laufe des Jahres dann hat sich die Regelung verändert.

Nach dem geltenden Recht damals war zu prüfen, ob es sich bei der Zatarra Research & Investigations LLC um einen Finanzanalysten handelt. Bei einem positiven Ergebnis hätte die Gesellschaft eine Tätigkeitsanzeige abgeben müssen bei der BaFin. Diese lag uns nicht vor. Die Webseite der Zatarra hatte kein Impressum und keine anderen Informationen zu verantwortlichen Personen, sondern nur eine anonyme E-Mail-Adresse. Die wurde zweimal angeschrieben von dem zuständigen Referat und auf die gesetzliche Anzeigepflicht hingewiesen. Die Antwort der Zatarra lautete, es würde sich um keine Finanzanalyse handeln, und die Adresse und die verantwortlichen Personen wurden uns nicht genannt.

Ich habe mir im April 2016 einen schriftlichen Sachstand geben lassen als Grundlage für ein Gespräch mit dem Referatsleiter. Meine Zuständigkeit für den Bereich bestand ja erst seit Anfang des Jahres 2016, und darum war ich interessiert, zu erfahren, wie die Vorgehensweise des Referats in solchen Fällen ist, welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen, und ich wollte diskutieren, wie es weitergeht.

Ich erinnere mich nicht mehr an jedes Detail von diesem Gespräch mit dem zuständigen Referatsleiter. Nach meiner Erinnerung haben wir alle

zur Verfügung - - Meiner Erinnerung nach sind wir in diesem Gespräch alle Optionen, die zur Verfügung standen, durchgegangen und haben überlegt, einmal wie wir die Aufgabe des Referates, nämlich dass die Anzeigepflicht erfüllt wird, erreichen könnten, und wir haben auch überlegt, wen wir noch informieren müssen oder an welche Referate wir den Bericht weitergeben sollten.

Im Grunde will ich meinen Bericht damit auch enden. Es war so: Wir hatten noch versucht, die Hintermänner der Webseite zu erfahren; aber das war uns nicht möglich.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Können Sie den Namen - das macht es uns in der Dokumentation leichter - des Referatsleiters kurz nennen?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ja. Herr Dr. Wölk.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Dr. Wölk. Gut. - Entschuldigung, dass ich Sie unterbrochen habe. Bitte.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ich war am Ende.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Alles klar. - Gut, dann beginne ich - das ist ja schon gute Sitte geworden - so ein bisschen mit den allgemeinen Fragen, also Fragen, die wir allen Zeugen hier entsprechend stellen - dann nehme ich den Kollegen schon ein bisschen Arbeit ab -: Wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet? Und können Sie für mich ganz kurz sagen, welcher Zeitrahmen das mit der Krankenschreibung war, damit ich Sie jetzt nicht zu diesem Zeitraum frage? Das halte ich für unökonomisch.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ja, das war der 4. Dezember 2018 bis 6. Januar 2020.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Alles klar. So habe ich das vermerkt. Danke schön. - Also, dann los: Wie haben Sie sich auf die Sitzung heute so vorbereitet? - Bitte.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Einmal habe ich mir die Akte angeschaut, die in WA 56 zu der Zatarra-Problematik bestand. Ich habe natürlich mit Herrn Dr. Birke gesprochen und auch mit dem



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Referat in der BaFin zur Zeugenberatung. Ich habe mit dem Referatsleiter von WA 56 gesprochen wegen einer Sache. Ja, das war es im Grunde.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Können Sie da den Namen auch noch mal kurz nennen? Wer ist WA 56?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Das ist - Entschuldigung - Herr Dr. Wölk.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ach so, okay. Alles klar. - Das haben Sie getan. Berufliche Situation? Ich frage routinemäßig alle immer hier auch: Waren Sie im Besitz von Wirecard-Aktien, bzw. waren die in Ihrem Eigentum - das ist der korrekte Ausdruck - oder auch Derivate, ob nun Long- oder Short-Positionen?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein. Gut. - In welche Prüfungen oder Handlungen - 6. Januar 2020 ist danach - oder sonstige Tätigkeiten der BaFin - - Sie haben den Zatarra-Bericht erwähnt. Waren Sie sonst noch an anderen Handlungen, die jetzt in diesen Untersuchungszeitraum fallen - das ist der 1. Januar 2014 bis zum 8. Oktober 2020 - beteiligt in irgendeiner Form?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein. - Gut, dann habe ich jetzt erst mal meine allgemeinen Fragen weg und würde zum Kollegen Matthias Hauer von der CDU/CSU weitergeben. - Bitte schön.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Bergsträsser, vielen Dank, dass Sie uns hier zur Verfügung stehen für die Fragen. Könnten Sie vielleicht eingangs mal beschreiben: Wenn jetzt ein Leerverkaufsverbot in Ihrer Abteilung, in der Sie ja zeitweise die Abteilungsleitung hatten, WA 2 - - Wenn es da um ein Leerverkaufsverbot geht, wie ist da der Entscheidungsgang? Wer bereitet was vor? Wer ist einbezogen? Wer entscheidet am Ende?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ich hatte kein Leerverkaufsverbot in meiner Zeit.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber hätte ja kommen können. Kommt ja manchmal schnell; habe ich ja gelernt hier.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ja, kommt aber nicht so häufig.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Das stimmt.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ich hatte kein Leerverkaufsverbot.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, klar. - Aber wenn jetzt so ein Problem auf Sie zugekommen wäre in Ihrer Funktion als Abteilungsleitung, wie wären Sie dann damit umgegangen? Wo hätten Sie sich, ich sage mal, versichert, ob die Tatbestandsvoraussetzungen vorliegen? Wer hätte dann so eine Verfügung geschrieben? Wen hätten Sie informiert?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ich hätte sicherlich mit dem Referat gesprochen, natürlich.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** WA 25?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Mit WA 25 und mit WA 24, mit meiner Vorgesetzten natürlich.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Was hätte WA 24 dazu beigetragen?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ist ja zuständig für Marktanalyse. Ich denke mal, um den Wert - - Ich hätte mir wahrscheinlich den Verlauf angeschaut.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Aber mehr - - Wie gesagt, ich hatte Glück. Es kam bei mir nicht vor.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm. - Gerade Ihre Vorgängerin hier auf dem Stuhl hat uns gesagt auf meine Frage zu WA 24, dass die da nicht einbezogen worden seien.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Mhm.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Vielleicht ist das Know-how auch in dem Referat 25 da vorhanden.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, da wollte ich nämlich als Nächstes drauf zu sprechen kommen.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Das kann ich aber nicht - - Wie gesagt, ich habe das nie durchgespielt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Jetzt stellen Sie sich mal eine Situation vor: Sie als Abteilungsleitung sind nicht anwesend, weil Sie ja erkrankt waren. Gleichzeitig ist die stellvertretende Abteilungsleitung, die Sie vertritt, übergangen worden; die ist also gar nicht einbezogen worden in diese Fragestellung. Der zuständige Referatsleiter war auch erkrankt, aber jetzt nur kurzfristig. Aber er war auch in dem Moment krank. Also ist da genau eine Person im höheren Dienst übrig geblieben in dem Referat, nämlich die Frau Geilfus. Die ist ja auch Juristin. Da würde ich jetzt mal Sie fragen, ob Sie der Auffassung sind, dass so eine Konstellation - - Ist da überhaupt noch Kompetenz genug beteiligt an so einer weitreichenden Maßnahme?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Also, das - - Wissen Sie, die Situation hat sich mir nicht gestellt. Ich kann dazu jetzt nichts sagen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Das kann ich nicht beurteilen. Also, ich kann es einfach nicht beurteilen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Mhm, ja. - Können Sie uns bitte darstellen, inwieweit die Themen Marktvertrauen und Finanzstabilität zusammenhängen?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ich weiß jetzt nicht genau, auf was Sie hinauswollen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ich möchte auf die Voraussetzungen für ein Leerverkaufsverbot hinaus. Das kann man ja zum Beispiel auf Marktvertrauen stützen, oder man kann es auf Finanzstabilität stützen. Ist Ihnen das bewusst?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ja, aber ich muss sagen: Ich bin hier als Zeugin geladen. Ich würde gern zu den Dingen aussagen, bei denen ich wirklich tatsächlich dabei war.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, deshalb frage ich Sie ja zum Beispiel zu Ihrer - -

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** . Ich bin nicht Sachverständige, die jetzt - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ich frage Sie ja zum Beispiel zu Ihrem Verhältnis zur Bundesbank, ob Sie da, wenn es um solche Themen geht - - inwieweit Sie sich mit der Bundesbank abgestimmt haben in Ihrer Tätigkeit. Oder stimmen Sie sich gar nicht mit der Bundesbank ab?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Jetzt in meiner Tätigkeit als - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** In der Tätigkeit bei WA 2, hatten Sie da Kontakt zur Bundesbank?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und worum ging es da?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Nicht um Sachen aus WA 25. Also, das war zum Beispiel - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ging es da um WA 23, 24 oder 25?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ich dachte jetzt gerade an WA 22, Beaufsichtigung der Clearinghäuser. Ich weiß nicht, was Sie - - Ob wir die einbinden? Oder was für einen Austausch meinen Sie?

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ich möchte wissen, bei welchen Gelegenheiten Sie sich mit der Bundesbank austauschen zu den Referaten, die ich



## Nur zur dienstlichen Verwendung

gerade genannt habe. Es geht natürlich immer um die Frage eines Leerverkaufsverbots. Ich kann Sie natürlich jetzt konkret zu einem Leerverkaufsverbot fragen. Dann werden Sie mir antworten: Ich hatte kein Verkaufsverbot. - Deshalb frage ich Sie insgesamt danach, ob es einen Austausch zwischen Ihnen als Leitung damals von WA 2 gegeben hat zur Bundesbank.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Also, wie gesagt, ich weiß jetzt nicht, zu welcher - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Nee, Sie müssen ja nur meine Frage beantworten. Sie müssen ja nicht spekulieren, was ich damit gemeint habe. Es würde ja reichen, wenn Sie mir antworten.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** In WA 22 in einer Arbeitsgruppe.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** In welcher Arbeitsgruppe?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Das war wegen Beaufsichtigung CCPs bei IOSCO.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut. Das lasse ich erst mal sacken und lasse jetzt erst mal die Kollegen vor. Aber eine Frage stelle ich noch in dieser Runde, und zwar, ob Sie der Auffassung sind, dass die BaFin über ausreichend ökonomischen Sachverstand verfügt, um die Frage eines Leerverkaufsverbots alleine beurteilen zu können.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Das kann ich nicht beurteilen. Ich habe keinen Leerverkauf - - Das habe ich ja schon mal - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber ist ja schlecht - -

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Aber ich denke: Wir haben einige Ökonomen, und da habe ich auch Vertrauen in die Kollegen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber Sie waren nun mal in einem gewissen Zeitraum für Referate zuständig, wovon eins auch für Leerverkaufsverbote zuständig ist. Das sehe ich richtig, ne?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also müssen Sie doch auch beurteilen können, ob es dafür überhaupt ökonomischen Sachverstand gab. Das wäre ja sonst schlecht, wenn es den nicht gegeben hätte und Sie dafür zuständig gewesen wären.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ja, wie gesagt, ich kann es jetzt einfach nicht beurteilen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Immer wenn ich frage: „Was haben die beruflich gemacht?“ oder „Was haben die für einen Hintergrund?“, höre ich immer: „Das sind alles Juristen.“

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ich habe das nie durchexerziert.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay. - In den gerade genannten Referaten, können Sie mir sagen, wie viel Ökonomen da sind oder Volkswirte? Oder sind alle Juristen? Ich habe bisher nur Juristen hier gefunden. Nichts gegen Juristen; ich bin selbst Jurist.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Wir haben auch Ökonomen, und in WA 24 zum Beispiel sind vornehmlich - - oder da ist kein Jurist.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Da ist kein Jurist, da sind nur Ökonomen?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ja, soweit ich weiß.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Die hat man ja nicht gefragt, die 24er. - Okay, das war es erst mal für diese Runde. Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Matthias Hauer. - Dann hat als Nächster das Wort Dr. Florian Toncar für die FDP-Fraktion.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Vielen Dank. - Frau Bergsträsser, ich würde gerne so in den Nachlauf von Zatarra noch mal einsteigen. Sie haben das Thema Registrierungspflicht ja schon angesprochen und soweit auch verstanden. Können Sie



## Nur zur dienstlichen Verwendung

vielleicht einfach noch mal einen Überblick geben, wie, nachdem Sie aufmerksam geworden sind auf diesen Bericht, auch Untersuchungen liefen, nicht nur Richtung dieser Plattform, sondern auch Richtung einerseits Wirecard, also die Frage „Ist da was dran an dem Inhalt des Berichts, an einzelnen der Vorwürfe?“, und auf der anderen Seite bekanntermaßen auch gegen die Verfasser des Berichts wegen irgendwelcher Unrichtigkeiten, Ungenauigkeiten? Es sind ja zwei verschiedene Ermittlungsrichtungen; aber wenn Sie dann noch mal einen Überblick geben könnten, wie das in der BaFin bewertet wurde, wer da zu einem Ergebnis gekommen ist und ob in Richtung Staatsanwaltschaft, die da ja auch tätig war, auch Informationen geflossen sind von Ihnen.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ich kann wieder nur auf dieses Gespräch mit dem Referatsleiter mich beziehen. Ich kann mich nicht mehr an Einzelheiten erinnern; aber ich weiß, dass wir diese beiden Stränge durchgespielt haben, einfach einmal: Was können wir tun für die Aufgaben in diesem Referat? Wie kann man unter Umständen die Hintermänner noch ermitteln? - Aber wir haben auch überlegt, welche Referate in der BaFin noch zuständig sein könnten oder sich diesen Bericht anschauen sollten.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Aber über diesen einen Termin mit dem Referatsleiter hinaus hatten Sie keine persönliche Beteiligung, ich sage mal, im Nachlauf zu Zatarra?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** So kam ich ja darauf, mir den Sachstand geben zu lassen. Es wurde - - Ich weiß nicht, ob der Referatsleiter bei mir war oder - wir haben wöchentlich eine Abteilungsbesprechung gehabt - er es in dieser Abteilungsleiterbesprechung erwähnt hat. Er hat von dem Bericht berichtet und von der Vorgehensweise des Referates, und so kam es dann zu diesem Sachstandsbericht, weil ich das nicht - - Die Regelung war mir ja neu, und ich wollte erfahren, was man machen kann und ob alles gemacht wurde.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Sie waren ja bis Dezember 2018 da noch in der Funktion. In der Zeit hat ja die Staatsanwaltschaft doch sehr

lange auch ermittelt gegen Verfasser des Zatarra-Reports. Am Ende kam es zu einer Einstellung gegen Geldauflage im Fall von Matthew Earl. Ist Ihnen bekannt, dass die BaFin während der laufenden Ermittlungen, wo die Staatsanwaltschaft ja irgendwann auch entscheiden musste, ob sie Anklage erhebt oder einstellt, da noch mal auf ein bestimmtes Vorgehen der Staatsanwaltschaft gedrungen hat oder in eine bestimmte Richtung gewirkt hat?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Da weiß ich nichts drüber. Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Hatten Sie während der Zeit, wo Sie die Abteilung auch geleitet haben, direkten Kontakt zu Vertretern von Wirecard? Gab es da mal Austausch?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Nein.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Okay. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Toncar. - Dann Dr. Zimmermann für die SPD-Fraktion.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender. - Frau Bergsträsser, guten Abend! - Mir sind leider schon als drittem Fragesteller die Fragen ein wenig ausgegangen. Also, ich könnte natürlich versuchen, Ihnen jetzt - - Hatten Sie mal mit der Staatsanwaltschaft München zu tun?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Irgendwann mal, vor 20 Jahren vielleicht.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. Das ist nicht mehr im Untersuchungszeitraum.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Hatten Sie noch mal sozusagen nach Ihrer Rückkehr und auch



## Nur zur dienstlichen Verwendung

quasi im Nachgang dann irgendwo was gehört zum Thema Whistleblowing und Frau Quadir?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Okay. - Zum Zatarra-Bericht hatte der Kollege gerade schon einiges gefragt. Dann - - Tut mir leid, dass ich Sie nicht mehr befragen kann. Aber danke, dass Sie gekommen sind.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Danke.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Zimmermann. - Dann habe ich als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Frau Bergsträsser, es gibt ja so ein Dokument, MAT A BMF-4.04, Blatt 274. Das spielte auch in der medialen Berichterstattung mal eine Rolle, weil dort auch über den mutmaßlichen kulturellen Hintergrund von Shortsellern usw. spekuliert wurde. Das sagt Ihnen etwas, der Zusammenhang? Waren Sie irgendwie involviert in der Erstellung dieses Dokuments?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nein. Okay. - Noch mal zu dem Zatarra-Bericht - das ist ganz interessant -: Also, ich habe mal eine Kleine Anfrage gemacht an die Bundesregierung, und da habe ich mich auch erkundigt nach diesem Zatarra-Bericht, und da hat die BaFin nach meiner Erinnerung geantwortet, dass man auch den Vorwürfen, die in diesem Bericht enthalten seien, nachgegangen sei oder sich damit befasst habe. Haben Sie denn Kenntnis von Handlungen, mit denen man das gemacht hat? Also, hat man Dokumente angefordert von Wirecard oder Ähnliches zu den darin enthaltenen Vorwürfen?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ich kann es einfach - - Ich habe ja schon erzählt: Ich habe mit dem Referatsleiter da länger drüber gesprochen, und wir haben uns auch überlegt: Wie ist das denn, wenn - - Wie kann man diese Vorwürfe

aufklären? - Und es war ja WA 24 mit diesem Bericht beschäftigt, WA 15, also, da gab es ein Gespräch zwischen den Referatsleitern - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Können Sie eben mal kurz dazusagen, weil ich - -

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ach so, Entschuldigung. Das ist die fortgeschrittene Stunde.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Wir haben ja auch manchmal so unsere Insider- -

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ich bitte, das zu entschuldigen. - Bilanzprüfung.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Bilanzprüfung. - Dann: Wer war denn damit noch beschäftigt? Ich glaube, auch das zuständige Bankenreferat. Ja. Aber mehr kann ich Ihnen jetzt dazu nicht sagen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Haben Sie sich denn selber jemals mit Frau Roegele über den Vorgang „Leerverkaufsverbot“ ausgetauscht?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Nein.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nein. Nie.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Nein, nie.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Es gibt in einem Aufsichtsratsprotokoll von Wirecard eine Stelle, wo geschildert wird, dass die BaFin noch zu einem Zeitpunkt, wo die philippinischen Banken gesagt haben: „Diese Bankbelege hier sind ‚spurious‘, das Geld ist nicht da“, davon ausgegangen sei, dass das eine gegen Wirecard gerichtete Aktion sein könnte. Haben Sie dazu Erkenntnisse, wer das in der BaFin vertreten haben könne?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Nein, da war ich nicht - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also, uns wurde - -

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Bitte?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Uns wurde von einem Zeugen gesagt, wer das vertreten haben soll. Aber ich will das sozusagen noch mal abklären, ob Sie dazu Kenntnisse haben.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** War vielleicht auch in einem Zeitraum, wo ich jetzt nicht da war.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Haben Sie denn irgendwie mitbekommen, als das Geld nicht mehr da war, also so um den 16. Juni herum - - Die BaFin hatte wohl davon Kenntnis davon seit dem 16. Juni. Hat das irgendwie hausintern eine Rolle gespielt? Also, haben Sie sich dazu ausgetauscht mit anderen Kolleginnen und Kollegen?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Das war natürlich - nein - in der Presse. Aber ausgetauscht, was immer - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Na, ich sage mal, da passiert so was Heftiges, dieses Leerverkaufsverbot für ein einzelnes Unternehmen, diese ganze Erpressungsgeschichte, Riesenräuberpistole, und dann liest man auf einmal in der Presse: Ups, ein Drittel der Bilanzsumme ist nicht da. - Ist ja nicht schön. Tauscht man sich da nicht so ein bisschen aus in der BaFin: „Haben wir da vielleicht falschgelegen?“? Oder - -

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ich war ja in einer Abteilung, die damit wirklich keine Berührung hatte. Natürlich war das - - Mit Sicherheit - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Also - ich weiß nicht -, in der Kantine oder so, mit dem Hausmeister? Ich weiß es nicht. Ich quatsche auch immer mit dem Hausmeister.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Also, nein, ich kann mich nicht erinnern; sagen wir es so. Ich kann mich nicht erinnern.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Jetzt sind mir auch irgendwie die Fragen ausgegangen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Dann schaue ich Dr. Bayaz von Bündnis 90/Die Grünen an.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Moin, Frau Bergsträsser!

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Hallo!

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie sagten, bei dem Zatarra-Report, bei dem Vermerk zum Zatarra-Report, da waren Sie nicht involviert. Warum ist das nicht über Ihren Tisch gegangen?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Noch mal. Bei was war ich nicht - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Beim Vermerk zum Zatarra-Report. Der Herr De Masi hat Sie gerade nach dieser Geschichte mit dem kulturellen Hintergrund gefragt. Dann hatten Sie gesagt, Sie waren da nicht involviert. Aber hätten Sie das nicht abzeichnen müssen? Das hätte doch über Ihren Tisch gehen müssen.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Das war doch WA 2, oder? Das war nicht die Abteilung WA 5. Von wann ist das?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** 2016.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ja, da war ich in der Abteilung WA 5, also nicht auf der Abteilung WA 2, wo das erstellt wurde.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber kam das nur aus dieser einen Abteilung? Ich hatte gedacht, da waren mehrere involviert.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ja. - Dann würde ich aber den Beitrag sehen, der aus meiner Abteilung kommt, und der wird geliefert und irgendwo koordiniert.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und das Gesamtergebnis läuft dann gar nicht mehr bei Ihnen über den Tisch, über den Dienstweg?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Also, da fragen Sie mich jetzt was. Ob das in der - - Ich kann mich nicht erinnern, dass ich das gesehen habe. Nein, kann ich nicht erinnern.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Hatten Sie nach der Kenntnisaufnahme des Zatarra-Reports Kontakt zu WA 1, also den Kollegen, die für Bilanzkontrolle und dergleichen zuständig sind?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ich selber nicht, aber der Referatsleiter.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und was hat der Ihnen berichtet?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Der hat mir dann berichtet, dass der Bericht dort bekannt ist, der Zatarra-Bericht. Also, das ist jetzt verkürzt. Das war nämlich genau der Punkt, den ich jetzt noch mal nachgefragt habe bei Herrn Dr. Wölk. Als ich hier die Ladung bekam -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Zur Vorbereitung, okay.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** - und zur Vorbereitung die Akten angeschaut habe, habe ich gesehen, dass der Sachstandsbericht, den ich angefordert hatte, in den Akten war. Aber es war nicht zu sehen, was dann passiert ist. Darum habe ich ihn noch mal gefragt, weil ich mich erinnerte, dass ich mit ihm darüber sprach, dass WA 15, also das Referat zuständig für Bilanzkontrolle, informiert werden sollte. Das war damals in unserem Presse-Clipping natürlich auch groß drin. Die Referate lesen das ja auch und nehmen wie wir auch, wie das Referat oder Herr Dr. Wölk - - Der hatte das ja in der Presse gelesen und aufgenommen und dann das untersucht, und er sagte mir, dass es dort bekannt ist. Aber mehr kann ich Ihnen jetzt dazu auch nicht - - Meine Erinnerung ist da einfach - - Das ist fünf Jahre her. Das weiß ich einfach nicht.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und es ist auch danach nie wieder Thema geworden, dass es einen Grund gab, sich das noch mal vorzunehmen, das Thema?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Nein.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Sie erinnern sich nicht daran?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Also, nee, ich - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ich möchte Sie aber noch was fragen zu der Frage rund um das Leerverkaufsverbot. Es gibt ein sogenanntes Ablaufschema für Leerverkaufsverbote aus dem Jahr 2017. Das ist angefertigt von Ihrer Kollegin Frau Geilfus. Kennen Sie dieses Ablaufschema?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Nein.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Noch nie gehört?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Wann war - - 2017, wann?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** 2017 wurde - -

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Wann war das denn?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Weiß ich nicht. Wenn ich Ihnen das Datum raus suche, dann können Sie mir die Frage besser beantworten, oder? Dann mach ich mir die Mühe.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Nein, weil ich da ja gewechselt habe. Also, ich bin erst 2017 - -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Aber es klingelt da bei ihnen nichts? Ein Ablaufschema?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Nein, es klingelt nichts.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Manche sagen auch „Leitfaden“ dazu.

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Ich habe ja schon vorhin gesagt: Ich habe mit dem Thema nie zu tun gehabt, weil ich es nicht anwenden musste.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Und auch in der Rückschau bzw. nach dem Verhängen des Leerverkaufverbotes: Ist Ihnen da irgendwie bekannt, dass es in der Wertpapieraufsicht einen Evaluierungsprozess dazu gab?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Was meinen Sie jetzt mit „Evaluierungsprozess“?

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wie dieses Leerverkaufsverbot, um das sich ja so vieles hier dreht - - Also, da gibt es ja offenbar Fragen, und ich glaube, auch sehr berechtigte Fragen: Ob es einen Prozess dazu gab, auf welcher Grundlage diese Entscheidung getroffen wurde, wer wann mit wem gesprochen, möglicherweise welche SMS geschickt hat usw. Wurde das mal aufgearbeitet aus Ihrer Sicht?

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Also, nicht - ich war ja nicht zuständig - mit mir. Nein, ich kann dazu nichts sagen.

**Dr. Danyal Bayaz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Gut, dann schenke ich uns auch die letzte Minute, weil ich auch keine Fragen mehr habe, und bedanke mich bei Ihnen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. - Ich hatte auch nicht so viele Fragen, und die sind jetzt abgeräumt. Insoweit passe ich an der Stelle und habe auch keine Fragen mehr.

Dann schaue ich zu den Kollegen der CDU/CSU. - Ich stelle fest: keine Fragen mehr. Ich schaue noch mal zu den Kollegen der SPD-Fraktion. - Nein. Ich schaue noch mal zu meiner linken Seite: FDP, Linke, Bündnis 90/Die Grünen? - Nein. Dann stelle ich zunächst fest: In öffentlicher Sitzung nicht.

Der guten Ordnung halber frage ich noch mal, ob im nichtöffentlichen Bereich noch Fragen gestellt werden sollen. - Ich kann nicht erkennen, dass das der Fall ist. Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat.

Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr

wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren, Ihre Aussage gegebenenfalls inhaltlich richtigzustellen oder auch zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss über den Abschluss Ihrer Vernehmung.

Ich darf ich mich jetzt an dieser Stelle zu später Stunde für Ihre Geduld und für Ihre Aussage bedanken. Ich wünsche Ihnen auf jeden Fall jetzt heute eine angenehme Nacht und eine gute Heimkehr und wünsche allen Zeugen nebst Rechtsbeistand in dieser schwierigen Zeit: Bleiben Sie gesund, passen Sie gut auf sich auf, und danke, dass Sie hier waren. Auf Wiedersehen!

**Zeugin Susanne Bergsträsser:** Vielen Dank. Auf Wiedersehen!

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ansonsten stelle ich fest: Der Zeuge Mark wird ja schriftlich vernommen. Damit stelle ich fest, dass wir für heute - und ich kann tatsächlich sagen: für heute - mit unserer Beweisaufnahme fertig sind. Wir könnten zum Beispiel Fußball schauen. Ich weiß nicht, wie das Spiel ausgegangen ist. Aber an dieser Stelle bedanke ich mich für die sehr zügige Beweisaufnahme und schließe um 23.31 Uhr unsere Sitzung. Bis morgen früh um 9 Uhr! - Danke.

(Schluss: 23.31 Uhr)

## Anlage 1

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen der  
Zeugin Regina Schierhorn



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Hause eine andere, wenn ein Name dahintersteht?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Wenn man daneben noch versucht, aufzuklären, ob etwas richtig ist, dann spielt es natürlich auch irgendwie - - Oder es spielt eine Rolle, wie glaubwürdig ich dieses Dokument wie diesen Zatarra Research Report einschätzen kann. Kann ich daraus konkret etwas ableiten? Und es ist halt damals, nach meiner Erinnerung, schon aufgefallen, dass einmal dieses Zatarra Research als Research-Haus oder überhaupt als Einrichtung überhaupt nicht bekannt war, dass der Bericht zunächst auf einer Seite veröffentlicht wurde, die unmittelbar vorher erst eröffnet wurde, und dass der Bericht ein paar Tage später, wenn ich mich richtig erinnere, auch nicht mehr dort abrufbar war. Also, insofern kam da eben noch etwas hinzu, was sozusagen die Zweckrichtung, dass es in Richtung einer solchen Täuschungshandlung gehen könnte, unterstrichen hat.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. - Kann ich sagen: „Short-Attacke“, wenn Sie den Terminus im Hause der BaFin verwenden, ist das schon negativ konnotiert bzw. eine Wertung? Oder ist „Short-Attacke“ bei Ihnen im Hause eher ein neutraler Terminus?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, wir - - Ich muss es vielleicht noch mal kurz auseinanderdröseln. Die „sonstige Täuschungshandlung“ ist eigentlich der formale Begriff, und es hat sich eben eingebürgert, dass man - - Wenn nach oben gepusht wird, da sagt man „Scalping“. Das ist so ein Schlagwort. Und wenn die Richtung nach unten geht, dann hat sich dieses Wort „Short-Attacke“ eingebürgert, aber, wie gesagt, nur wenn dieses kollusive Zusammenwirken zusammenkommt. Es geht nicht drum, dass auf der einen Seite Käufe per se kritisiert werden oder auf der anderen Seite Leerverkäufe per se kritisiert werden.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich frage nämlich nur deshalb, weil das könnte ja ein Reizwort gewesen sein. Weil Frau Bäumler-Hösl sprach ja: „Ist mir noch nie untergekommen“, und „Da kommt eine Short-Attacke auf euch zu.“ Und

wenn dieser Ausdruck so negativ im Hause belegt sein sollte, dass da einfach so ein Trigger dann beim Kollegen Kimmer und bei anderen, die wir schon hier hatten, ausgelöst wurde, wenn eine Staatsanwältin dann von diesem Begriff der Short-Attacke spricht. Und mein Eindruck ist aber - Sie können das ja bestätigen oder sagen, nee, da liege ich falsch -, Short-Attacke ist schon eine Wertung im Hause der BaFin dann. Also, mit dem Hintergrund, dass der Kurs durch manipulative Handlungen nach unten gedrückt wird zum wirtschaftlichen Wohl eines Dritten oder Vierten, vielleicht einer Gruppe, die wir noch nicht kennen.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Es beschreibt diese von mir vorhin dargestellte Form der Marktmanipulation mit einem, wenn Sie so wollen, Schlagwort.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Mhm, okay, gut. Ich wäre dann erst mal so weit durch, schau. - Und dann ist der Matthias Hauer für die CDU/CSU an der Reihe.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Herr Vorsitzender. - Frau Schierhorn, vielen Dank für Ihre Ausführungen. - Ich würde gerne einsteigen direkt mit dem Leerverkaufsverbot, und zwar würde mich mal interessieren, ob Sie aus heutiger Sicht der Auffassung sind, dass das Leerverkaufsverbot die richtige Maßnahme war.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, das Problem mit der Antwort auf die Frage ist, dass es weder damals noch heute im Rahmen meines Zuständigkeitsbereichs ist. Also, mein Referat untersucht eben Marktmanipulationsfälle. Und Leerverkaufsmaßnahmen finden - - oder die Thematik Leerverkaufsmaßnahme findet in einem anderen Referat statt.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Da gibt es also keine Überschneidungen aus Ihrer Sicht, keine thematischen Zusammenhänge?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Überschneidungen, würde ich sagen, gibt es nicht. *Damit meine ich, dass es zwar keine Überschneidungen, aber thematische Zusammenhänge geben kann.*



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Marktmanipulation erkannt, und die haben wir dann auch, am 2. Juni, angezeigt. Möglicherweise hätte man auch noch diese Ad-hoc-Mitteilung mitnehmen müssen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Mit welchem Ergebnis?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Die Anzeige?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Ja.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Informationsgestützte Marktmanipulation durch die Wirecard AG.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Und dann wurde das mit der Insolvenz ein paar Wochen später nicht mehr weiterverfolgt, weil Sie gesagt haben: „Das hat sich jetzt eh alles zerschlagen“, oder?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Wir haben es ja verfolgt, wir haben es ja angezeigt bei der Staatsanwaltschaft.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Ja, genau. Und was ist daraus geworden? Wissen Sie das?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Meiner Meinung ist es noch nicht abschließend - - Also, wir haben noch -

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Also, die Ermittlungen laufen noch.

**Zeugin Regina Schierhorn:** - keine Rückmeldung bekommen, dass es - - Genau, das müsste eigentlich noch laufen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Also, das Interessante, finde ich - deswegen reite ich ein bisschen auf dem Punkt rum -, ist, dass Herr Geschonneck - das ist der Autor des KPMG-Sondergutachtens oder der verantwortliche Partner der Firma KPMG, der auch hier als Zeuge im Untersuchungsausschuss geladen war - die Frage, ob denn aus seiner Sicht die Ad-hoc-Mitteilung von Wirecard eine Grundlage gehabt hat zu dem

Zeitpunkt der Veröffentlichung, also 3. Mai, klar verneint hat. Das heißt, das Wissen gab es, aber da hatten Sie offensichtlich eine andere Perspektive, Sie wussten es nicht.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Wir wussten zu dem Zeitpunkt noch nicht definitiv, dass Wirecard die Bilanzen gefälscht oder - - Habe ich Sie jetzt falsch verstanden? Ich weiß nicht.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Ja, man muss sich das so vorstellen: Es gibt das KPMG-Sondergutachten, wo draufsteht: „Wir können nicht nachweisen, ob 1 Milliarde Euro auf dem Treuhandkonto nun steht oder nicht“ - und lässt diese Frage offen. Und eine Woche später veröffentlicht Wirecard eine Ad-hoc-Mitteilung, die dem sozusagen widerspricht und sagt: Wir sind von allen Anschuldigungen freigesprochen. Die Bilanz ist korrekt testiert. - Das ist ja ein Widerspruch, und mit diesem Widerspruch muss man sozusagen umgehen. Deswegen komme ich nicht ganz sozusagen auf den Trichter, warum das für Sie nicht irgendwie Alarmglocken hätte bedeuten müssen, einem Vorwurf der Marktmanipulation an der Stelle nachzugehen zu dem Zeitpunkt.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Marktmanipulation in Bezug - - durch - - mittels dieser Ad-hoc-Mitteilung?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Genau.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ja, da haben Sie recht. Die hätten wir vielleicht als Nachtrag noch hinterherschicken müssen. Aber wir hatten ja schon - das kann ich jetzt nur so sagen - zwei Ad-hoc-Mitteilungen kurz vorher als marktmanipulativ angezeigt. Ich kann Ihnen jetzt nicht sagen, warum die dritte nicht auch.

*zu demselben Thema*

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Vielleicht die letzten Sekunden. - Ich komme noch mal auf den Zatarra Report zurück, den Report, den die BaFin im Jahr 2016 bewertet und als Vermerk auch dem BMF zur Verfügung gestellt - - Frau Geilfus war bei uns hier im Aus-



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(RA Dr. Matthias Dann, an  
RD Robert Fritz (BMF)  
gewandt: Mit den Persönlichkeitsrechten des  
Mitarbeiters haben Sie  
keine Bedenken?)

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Ja? - Sprechen Sie weiter.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Wie gesagt, ich kann nicht mit Bestimmtheit mehr sagen - ich habe es versucht, als damals die Fragen dazu kamen, aufzuklären -, ob ich den explizit abgesegnet habe. Ich kann es nicht mehr genau sagen. Ich weiß nur, dass ich ein paar Tage vorher mal auf Dienstreise war, mehrere Tage im Ausland. Ansonsten kann ich dazu nur sagen, dass die Formulierung nicht richtig ist und nicht in Ordnung ist. Sie führt völlig auf ein Gleis, wo weder der Bearbeiter noch ich hinwollten oder jemals hinwollen. Ich glaube, es war der Versuch, eine Einheitlichkeit im Hinblick auf die geografische und staatsangehörigkeitliche - da fängt das Adjektiv schon schwierig an - - diese Gemeinsamkeit auszudrücken, und da ist dieser unglückliche Begriff gewählt worden. Eigentlich hätte man „staatsangehörigkeitliche Gemeinsamkeit“ sagen müssen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Ja. Also, der kulturelle Hintergrund ist das eine, die Staatsangehörigkeit das andere. Sie schreiben ja auch von israelischen Staatsangehörigen; ich wüsste jetzt gar nicht, wer das sein sollte. Oder wissen Sie das?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Bayaz.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Ja?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Da waren, also in der Strafanzeige mit den auffälligen Handelspositionen, mehrheitlich Personen aus zwei Jurisdiktionen betroffen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**  
Gut. Meine Zeit ist abgelaufen. - Danke. Aber, es ist, glaube ich, auch wichtig, dass Sie noch mal richtiggestellt haben, was da Ihre Intention war.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank. -  
Dann Kollege Hauer für die CDU/CSU-Fraktion.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Herr Vorsitzender. - Frau Schierhorn, mich würde interessieren: Bevor ein Leerverkaufsverbot erlassen werden kann, da wird doch bestimmt eine Analyse der Nettolerverkaufspositionen durchgeführt, oder?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Das weiß ich nicht. Ich habe noch nie mitgearbeitet an einer solchen Anordnung.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ich wundere mich halt, dass Sie damit eigentlich nichts zu tun haben, aber bei doch einigen Gesprächen dann, die auch im kleinsten Kreis erfolgt sind, dabei gewesen sind. Also, warum sind Sie denn zum Beispiel bei dem Gespräch mit Herrn Kimmer und Frau Roegele dabei gewesen, wenn Sie überhaupt nichts mit dem Ganzen zu tun gehabt haben als WA 23?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Na ja, wir sind - - Ich habe ja explizit um das Gespräch mit Frau Roegele gebeten, als diese Information von der Staatsanwaltschaft am 15. Februar in der BaFin in meinem Referat ankam und - -

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Aber das Thema Marktmanipulation spielt gar keine Rolle bei Leerverkaufsverboten?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein, *soweit ich weiß kann*  
*Aber ich bin nicht im Bereich Leerverkaufsverbote*  
*tätig.*  
**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Gut, das ist ja eine Aussage; da können wir ja mit arbeiten. - Der Kollege Toncar hatte ja gerade schon auf die Diskrepanz zwischen Ihrer Aussage und der von Frau Geilfus hingewiesen, zwischen WA 23 und WA 25, dass man jeweils dem anderen da sozusagen die Verantwortung zuschiebt, ohne dass wir jetzt eine Feststellung oder ich eine Feststellung vornehme, wer da jetzt richtig liegt. Das klären wir dann sicherlich mit einer anderen Ebene.

Dann würde mich als Nächstes interessieren: Nach Erlass des Leerverkaufsverbots gab es ja - das ist ja befristet erlassen worden - - Wissen Sie,



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** - das akzeptiere ich. - Vielen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Fabio De Masi. - Und dann haben wir noch mal Dr. Bayaz für Bündnis 90/Die Grünen.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank. - Frau Schierhorn, ich habe noch mal eine Frage. Wir hatten uns vorher über das Thema Marktmanipulation in der Ad-hoc-Meldung unterhalten. Sie erinnern sich? Ist ein Stündchen her. Können Sie mal aus Ihrer Rückschau beschreiben, wann bei Ihnen das erste Mal der Moment aufgekommen ist, wo Sie gesagt haben: „Vielleicht ist ja doch was dran an diesen Vorwürfen“?

**Zeugin Regina Schierhorn:** <sup>Nach meiner Erinnerung</sup> ~~Definitiv~~, als der KPMG-Sonderuntersuchungsbericht draußen war. Was man da so gelesen hat mit den Prüfungshemmnissen und dass Unterlagen nicht vorgelegt werden konnten, das fand ich zumindest bemerkenswert, ja.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Wurden Sie eigentlich vorab mal irgendwie über Zwischenstände dieses Gutachtens auch auf informellem Weg oder so informiert, oder war es wirklich das allererste Mal am 28. April, glaube ich, oder 27., wo Sie mit dem Thema konfrontiert gewesen sind?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, ich habe erst dann diesen Bericht gesehen. Vorher - - Ich hatte auch keinen Kontakt zu KPMG.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und jetzt sagen Sie, das hat zumindest ein Umdenken - - Was heißt „ein Umdenken“? Sie haben es in Betracht gezogen oder ernster in Betracht gezogen. Hat es denn bei Ihnen zu einer Reaktion geführt, dass Sie sich alte Entscheidungen noch mal angeschaut haben in dem Lichte der Erkenntnisse der Sondergutachten, also sei es Zatarra Report - welcher Vermerk wurde damals geschrieben? - oder sei es die Entscheidung zum Leerverkaufsverbot? Hat es zu einer Wiedervorlage geführt?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, die Entscheidungen, die in meinem Referat getroffen wurden - das wäre ja dann die Zatarra-Strafanzeige gewesen. Bei der ist ja tatsächlich - - Da ist ja tatsächlich auch ein Strafbefehlsantrag erstellt worden, und der ist dann nachher in den § 153a StPO, Einstellung gegen Auflage, gemündet. Insofern war das Verfahren da ja schon abgeschlossen. - Und was hätte ich noch überdenken sollen?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Leerverkaufsverbot.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Das war nicht mein Bereich, zu überdenken.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Na ja, gut, die Marktmanipulationen in dem Kontext ja schon.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Sie meinen die, die wir von den drei Artikeln - - die wir angezeigt haben, diese Anzeige vom 10. April sozusagen?

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Reden wir 2019 oder - -

**Zeugin Regina Schierhorn:** 2019.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nee, weil die für ein anderes Thema stand. Die stand ja nicht für das Thema, ob die Aussagen in den „FT“-Berichten richtig oder falsch waren.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Also, ich fasse mal - -

**Zeugin Regina Schierhorn:** Es war ja nach wie vor die Frage offen: Was ist jetzt eigentlich mit der Bilanzierung bei Wirecard? Und da hat es zugegebenermaßen gedauert, bis aus der Bilanzkontrollecke ein Ergebnis kam bzw. kommen sollte. Aber, ja, die Short-Attacken-Anzeige war ja deswegen nicht unwichtig geworden.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Und die Anzeige oder die Ermittlungen gegen



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Und gab es Punkte, wo Herr Hufeld auch beteiligt war bei Entscheidungen rund um Untersuchungen, die sich 2019 oder 2020 gegen Wirecard gerichtet haben?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Da ist mir nur in die Richtung erinnerlich, dass wir berichtet haben. Also, wir haben mal nach dem - - Es gab ja mal einen BMF-Bericht so im Februar, den 20. rum, und es gab danach noch mal eine Briefing-Bitte um den 7./8. März herum, wo wir noch mal den Sachstand, was wir da alles machen, liefern sollten. Da habe ich mit zu beigetragen. Aber persönlich gesprochen habe ich nur einmal mit Herrn Hufeld. Ich weiß nicht mehr genau, wann das war. Da war er auch in Frankfurt, und da wurde ich mehr oder weniger spontan zu einer Besprechung hinzugerufen, die er mit Frau Roegele hatte, und da ging es drum, wie genau der Amtshilfeaustausch mit der Behörde in Singapur war. Da hat er sich die Akte noch mal angeguckt.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Mhm. Okay. - Hatten Sie jemals Kontakt mit Vertretern der Wirecard AG oder deren beauftragten Anwälten, Beratern, Dienstleistern im Haus?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ich jetzt persönlich?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ja.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein. Also, ich hoffe, ich sage jetzt nichts Falsches bei Dienstleistern, wenn die in anderem Zusammenhang mal aufgetaucht sind, aber - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nee, nee, natürlich offen, offene Vertretung. Aber zum Beispiel Rechtsanwalt Enderle?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nee, den kenne ich gar - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nee. Aber zum Beispiel bei Frau Rahmstorf hat sich Burkhard Ley immer wieder mal telefonisch gemeldet, wie wir aus den Akten wissen.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Okay. Auch den kenne ich nicht persönlich.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Kennen Sie nicht. - Wie sieht es bei Frau Roegele aus? Hatte Frau Roegele Kontakt mit Wirecard-Management oder mit Anwälten, Beratern?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Ist mir nicht bekannt. Tut mir leid. Weiß ich nicht.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Nein, das ist ja eine vollständige Aussage. - Was wissen Sie über die Involvierung des Bundesfinanzministeriums rund um das Thema Leerverkaufsverbot?

**Zeugin Regina Schierhorn:** ~~Bech~~, was weiß ich darüber? Das, was ich zuletzt jetzt gelesen habe. Ich meine, ich habe - - ~~Bech~~, das ist jetzt schwierig. Ich glaube, aus BMF-Berichten weiß ich, dass BMF zu bestimmten Zeitpunkten informiert wurde, aber -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ist Ihre einzige Erkenntnisquelle - -

**Zeugin Regina Schierhorn:** - ich kann es nicht aus eigener Anschauung - -

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Ist die einzige Erkenntnisquelle BMF-Berichte, oder haben Sie eigene Erinnerungen, eigene Korrespondenz, eigene Erlebnisse, irgendwas, wo Sie mit dabei waren?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, ich kann mich an kein Telefonat oder Gespräch, wo ich jetzt mit dem BMF - - wo ich dabei gewesen wäre, erinnern.

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Alles klar. - Ist irgendwann mal erwogen worden, das DPR-Verfahren auf die zweite Stufe zu heben und in die BaFin zu ziehen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** DPR?

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Die Bilanzkontrolle durch die DPR; von der hatten wir es ja schon. Ist irgendwann mal erwogen worden, gewissermaßen die nächste Stufe zu zünden und das Verfahren in die BaFin zu holen?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Weiß ich nicht. Nee.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Dr. Florian Toncar (FDP):** Alles klar.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Vielen Dank, Dr. Toncar. - Dann als Nächstes Fabio De Masi für die Fraktion Die Linke.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ich habe eigentlich nur noch eine Frage, Frau Schierhorn. Es gibt ja von der Unternehmensberatung Sopra Steria die Empfehlungen, Einsparungen vorzunehmen. Es gibt auch eine Organisationsuntersuchung, die bis heute bei der BaFin andauert, und in diesem Zusammenhang soll die zuständige Exekutivdirektorin darum gebeten haben, dass an sie Repriorisierungsvorschläge unterbreitet werden, um, ich sage mal, die Arbeit in der BaFin zu bewältigen. Haben Sie Kenntnisse davon?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, es gab schon länger immer mal wieder so Repriorisierungsrunden, wo man eben aus dem eigenen Bereich Vorschläge machen konnte, sollte, welche Dinge vielleicht effizienter gestaltet werden können oder wo man auch einsparen könnte, als Vorschläge quasi.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. - Ist es korrekt, dass diese Unternehmensberatungsgesellschaft von allen Abteilungen im Geschäftsbereich Wertpapieraufsicht eine pauschale Einsparung von 16 Prozent der Arbeitskräfte gefordert hat? Ist das mit Ihrem Kenntnisstand übereinstimmend?

**Zeugin Regina Schierhorn:** Also, ich kann mich dunkel erinnern, dass es so eine Art Daumenregel da gab, aber wie konsequent das angewandt wurde, weiß ich nicht.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Aber Sie hatten jetzt nicht - ich frage das vor diesem Hintergrund - den Eindruck, dass, ich sage mal, die Personalsituation bei Ihnen oder so in der Abteilung es verhindert hat, dass Sie vielleicht die Dinge, die wir jetzt heute hier aufbereitet haben, etwas eingehender hätten untersuchen und beurteilen können.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Nein, weil uns klar war, dass der Fall wichtig ist und - -

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Okay. Das heißt, das hätten Sie leisten können, aber Sie haben es nicht geleistet.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Na ja, die letzte Schlussfolgerung <sup>möchte</sup> ~~würde~~ ich jetzt nicht ganz mittragen. Wir haben das getan, was wir machen konnten.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Ja? Also, wenn ich jetzt für mich noch mal zusammenfasse: Staatsanwaltschaft schreibt Vermerk mit Kronzeugen, britischer Drogendealer, über eine vermeintliche Erpressung, von der die Staatsanwaltschaft später behauptet, dass sie diese gar nicht verfolgt hätte, und BaFin erlässt auf der Grundlage nach Empfehlung von Staatsanwaltschaft Leerverkaufsverbot. - Dann klingt das für mich nicht wie ein, sage ich mal, besonders sauberes Behördenhandeln, aber vielleicht haben wir da einfach unterschiedliche Auffassungen.

**Zeugin Regina Schierhorn:** Mhm. Soll ich das jetzt kommentieren?

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Nee, müssen Sie nicht.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Dr. Bayaz hat keine Fragen mehr. Dann schaue ich ein letztes Mal in die Runde. - Ich stelle fest, dass hier in öffentlicher Sitzung kein Bedürfnis mehr besteht. Besteht Bedürfnis, in eingestufte Sitzung noch Sachverhalte zu befragen? - Auch das kann ich nicht erkennen. Wunderbar. Dann stelle ich fest, dass keine Fraktion noch Fragen hat.

Dann können wir Ihre Befragung für heute beenden. Im Rechtssinne abgeschlossen ist Ihre Vernehmung damit allerdings noch nicht. Vielmehr wird Ihnen noch das Protokoll Ihrer Vernehmung übersandt. Sie haben dann zwei Wochen Zeit, um etwaige Protokollierungsfehler zu monieren oder Ihre Aussage inhaltlich zu korrigieren, richtigzustellen oder zu ergänzen. Erst danach beschließt der Ausschuss den Abschluss Ihrer Vernehmung.

Bevor ich Sie beide aber nun entlassen kann, müssen wir noch ein Schweigegebot erlassen;

## Anlage 2

Korrektur- und Ergänzungsanmerkungen des  
Zeugen Jean-Pierre Bußalb



## Nur zur dienstlichen Verwendung

(Wiederbeginn des  
Sitzungsteils Zeugen-  
vernehmung, Öffentlich:  
18.18 Uhr)

**Vernehmung des Zeugen  
Dr. Jean-Pierre Bußalb**

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Herr Bußalb, ich heiße Sie recht herzlich im Namen des Ausschusses willkommen. Neben Ihnen hat Ihr Rechtsbeistand, Herr Dr. Matthias Dann, Platz genommen. - Auch Ihnen ein zweites Mal ein herzliches Willkommen im Namen des Ausschusses! Herr Dann, wie immer darf ich Sie recht herzlich darum bitten, dass Sie den Zeugen nicht beraten. Ihnen steht auch kein Rede- und Fragerecht zu. Insbesondere dürfen Sie Ihrem Mandanten während der Aussage keine Hinweise, vor allen Dingen inhaltlicher Natur, geben. Aber selbstverständlich können Sie gegebenenfalls zum Zwecke der Beratung eine kurze Unterbrechung beantragen. - Bestehen zu diesen Ausführungen noch Fragen?

**RA Dr. Matthias Dann:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar, danke. - Herr Dr. Bußalb, Informationen zum Gegenstand der Vernehmung, zu Ihren Rechten und Pflichten als Zeuge und zur Strafbarkeit vorsätzlicher Verstöße gegen die Wahrheitspflicht wurden Ihnen vorab übersandt. Sie haben sich vor diesem Hintergrund mit einem Verzicht auf eine mündliche Zeugenbelehrung in der Sitzung einverstanden erklärt. Dafür vielen Dank, weil das spart uns in der Summe sehr, sehr viel Zeit.

Daher kann ich mich an dieser Stelle auf einige technische Hinweise beschränken. Werden Ihnen bei Ihrer Vernehmung Vorhalte aus Akten gemacht, wird Ihnen der Fragesteller auf Ihren Wunsch hin entsprechend die Unterlage vorlegen.

Sollten Sie während Ihrer Vernehmung zu der Auffassung gelangen, dass Sie als VS-Vertraulich oder höher eingestufte Informationen oder sonstige Dinge zur Sprache bringen müssen, deren öffentliche Erörterung überwiegende schutzwür-

dige Interessen verletzen würde, bitte ich um einen kurzen Hinweis. Der Ausschuss hätte dann über den Ausschluss der Öffentlichkeit sowie den Geheimhaltungsgrad dieser Sitzung zu beschließen. - Haben Sie zu diesen Hinweisen noch Fragen?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nein, keine Fragen.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wunderbar. - Den nächsten Hinweis haben Sie auch schon antizipiert: Immer das Mikro einschalten, weil wir als Rückfallebene und auch für späte Stunden immer das Tonband hier mitlaufen haben. Das Mikro ist eingeschaltet, wenn der rote Button und LED-Leuchtring leuchten; dann ist Ihr Mikro scharfgeschaltet.

Herr Bußalb, ich würde Sie nun zunächst kurz zu Ihrer Person vernehmen. Daher würde ich Sie bitten, uns kurz Ihren Vornamen, Ihren Nachnamen, Ihr Alter, Ihren Beruf und Ihren Wohn- oder Dienstort mitzuteilen.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ich bin Jean-Pierre Bußalb, bin promovierter Jurist, ~~wohnhaft~~ *Dienstort* [REDACTED]. Ich *Marie-Curie* leite das Referat WA 25 - Bereich Leerverkäufe, *- 4. Apr. 24* Directors' Dealings, Handelsaussetzungen -, bin *- 28* 52 Jahre. - Habe ich was vergessen?

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Nein, wunderbar. Danke schön, Herr Bußalb. - Herr Dr. Bußalb, Sie können, wenn Sie das nunmehr wünschen, im Zusammenhang darlegen, was Ihnen über den Gegenstand dieser Vernehmung bekannt ist. Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, also, ich nehme an, das ist ~~so ein bisschen~~ das Eingangsstatement, was ich machen darf, und davon würde ich ganz gern Gebrauch machen. Da bedanke ich mich auch dafür.

Da möchte ich gleich zu Beginn zwei Punkte herausheben, einmal, dass ich selbst die Leerverkaufsmaßnahme nicht erlassen habe. Ich bin letztlich dafür nicht verantwortlich und war ab dem 15.02.2019 und über dieses Wochenende gar



## Nur zur dienstlichen Verwendung

nicht in den Prozess mit einbezogen. Ich hatte am 15. Februar 19 eine zahnärztliche Behandlung und war schon gar nicht in Frankfurt.

Mir wurde gesagt, dass Frau Roegele in dieser Zeit sozusagen das Heft in die Hand genommen hat und die Maßnahme dann ergriffen hat. Sie hat mich in diesem Zeitraum nicht informiert, und ich erhielt auch keine Weisung oder Anweisung, ins Büro zu kommen. Und als ich dann am 18.02.19 ins Büro kam, da war letztlich diese Maßnahme schon ausgesprochen. - Das vielleicht nur mal so als Rahmen und als ersten Punkt.

Der zweite Punkt, den ich gleich hier an der Stelle anmerken möchte, das ist so der Komplex Sakhnet Capital und die Fondsmanagerin Frau Quadir, die bis zum 25.02.19 ja in WA 25 unbekannt war, und auch ihr Fonds war nicht bekannt.

Sie wandte sich am 25.02. an Frau Roegele in einer E-Mail mit der Bitte, diese Leerverkaufsmaßnahme zu besprechen. Und schon in dieser Eingangs-E-Mail outete sie sich jetzt nicht irgendwie als Whistleblowerin, als Hinweisgeberin, sondern wollte allgemein in Bezug auf die Maßnahme diesen Ban besprechen, diese Maßnahme besprechen. Und sie bot jetzt schon hier in Bezug auf Wirecard keinerlei Hintergrundinformation an.

Nach Abstimmung im Haus mit der stellvertretenden Abteilungsleiterin, Frau Linden - und diese wiederum, die sich mit Frau Roegele abgestimmt hat - - habe ich schon am 26.02. Frau Quadir dann geantwortet und ihr gleich zu Beginn in der E-Mail - - habe ich sie darum gebeten, auf jeden Fall Hintergrundinformationen, was auch immer, der BaFin zur Verfügung zu stellen.

Danach ist ein bisschen Zeit ins Land gegangen, und am 15. März 19 sendete Frau Quadir dann eine E-Mail und wies auf einen allgemein gehaltenen Brief, an mich adressiert, hin, der auch immer noch ~~oder~~ im Internet auch zu lesen ist und den sie im Internet veröffentlicht hat. Darin kann man lesen, dass es ihr in erster Linie um diesen Ban ging. Also, es wurde, wenn man das genau

liest, schon auf Seite 1 und auf den beiden letzten Seiten klar, dass, ja, sie sich nicht so sehr als Whistleblowerin hier geoutet hat. Sie hat - - Ihr geht es in erster Linie um den Ban, aber sie führt hier keine stichhaltigen Punkte oder Kritiken oder Sonderwissen in Bezug auf Wirecard an. Also schon gar nicht, wie ich später dann in der Presse auch gelesen habe, hat sie Geldwäschehinweise angeboten oder hier Hinweise in Bezug auf Vorstände. Das ist ja auch - - Na ja, wäre auch ein bisschen sonderbar in einem im Internet veröffentlichten Brief.

In der Tat wurden dann noch mal die „FT“-Vorwürfe bzw. diese Ausführungen von ihr zusammengefasst. Und dann, so ab Seite 7, kritisiert sie die BaFin massiv dahin gehend, wir seien voreingenommen, wir würden protektionistisch handeln, seien parteilich, nicht auf der Höhe der Zeit, so in diesem Duktus. Also, das kann ich nur zurückweisen.

Letztlich, in unseren Augen - und auch das habe ich natürlich im Haus abgestimmt -, ergab zu diesem Zeitpunkt - in diesem Stadium der Brief keinerlei neue Erkenntnisse. Und daher empfanden die Hausleitung und Frau Linden und ich, dass wir jetzt keinen Gesprächsgrund hier erkennen konnten.

Das wären so die beiden Punkte, die ich gleich zu Beginn darlegen wollte. Und dafür bedanke ich mich.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Sehr gerne. Und das ist auch Ihr gutes Recht. - Dann würde ich wie immer die Runde einleiten mit allgemeinen Fragen, die wir allen Zeugen hier stellen: Wie haben Sie sich auf die heutige Sitzung vorbereitet? Hatten Sie Gelegenheit, Akten aus dieser Zeit - ich glaube, Sie sind zwischenzeitlich versetzt worden - noch einzusehen? Sind Sie noch mal von Kollegen kontaktiert worden, die Sie dann vielleicht mit Wissen oder anderen Dingen informieren wollten oder aufschlauern wollten?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also zunächst: Ich bin nicht versetzt worden. Ich bin seit dem 1. September 2017 Referatsleiter von WA 25.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Und wann waren Sie das erste Mal in Prüfungen im Zusammenhang mit der Wirecard AG eingebunden?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Entschuldigen Sie, In was einge-

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Entschuldigung, ja. Wann waren Sie das erste Mal im Zusammenhang mit der Wirecard AG in Prüfungen eingebunden, also bezüglich der Wirecard AG? Wann das erste Mal?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Da müssten Sie mir das Wort „Prüfungen“ präzisieren.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also die in Ihren Tätigkeit- - Überwachung, Prüfungen, dass also tatsächlich die Wirecard sozusagen in Ihr Tätigkeitsfeld eingetreten ist.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Na ja, also letztlich eingetreten an jenem Montag, dem 18.02., wobei ich am Sonntag zuvor abends in meinen Blackberry geschaut habe und da ein, zwei E-Mails - mehr waren das nicht - gesehen habe, dass da etwas ~~im Busch~~ ist oder wahrscheinlich schon entschieden. Da wurde mir eine E-Mail weitergeleitet - ich meine, es war von Frau Roegele -, dass BoS eine positive Stellungnahme abgegeben hat in Bezug auf den Ban. Aber letztlich ~~das ganze Ausmaß~~ am Montag, nach Erlass des Bans. *die Entscheidung selbst*

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Ich würde da noch mal nachfragen wollen. Wir hatten ja Herrn Kimmer hier, und in dem Zuge haben wir natürlich auch alles, was so Herr Kimmer im Hause kommuniziert hat, angeschaut. Und ich habe damals auch schon Herrn Kimmer mit einer Mail vom 5. Februar 2019 konfrontiert, nachzulesen auf MAT A BMF-4.33, Blatt 81. Und da erkundigte sich Herr Kimmer im Hinblick auf die Untersuchung von WA 23 im Zusammenhang mit den „Financial Times“-Artikeln bei Ihnen über Leerverkäufe in Aktien der Wirecard AG. Wie setzte sich dieser Austausch fort, bzw. stand da schon erstmalig dieses Leerverkaufsverbot für Sie im Raum, sozusagen wie der berühmte rosa Elefant?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nee, keineswegs. Also zunächst: Ich kann mich an diese E-Mail nicht erinnern. Aber auf jeden Fall in dem Zeitraum bis zum 15.02. wurde das überhaupt nicht in WA 25 diskutiert.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Wir legen Ihnen die mal vor.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, legen Sie sie mir vor.

(Dem Zeugen werden  
Unterlagen vorgelegt - Der  
Zeuge liest in diesen Unter-  
lagen)

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Schauen Sie sich die in Ruhe an.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Kann ich mich nicht mehr dran erinnern. Aber gut, ich nehme das zur Kenntnis.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber das sind Sie? Ich sage jetzt mal, es gibt jetzt keinen Namensdoppelgänger in der BaFin?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nein.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Das kann ja auch alles sein. Ich habe auch schon ganz viele Dinge erlebt.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nee.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Also, insoweit frage ich da auch noch mal nach.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Nein, aber ich kann mich - -

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Aber Sie können sich an diesen Austausch mit Herrn Kimmer - -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ich kann mich daran nicht mehr erinnern; das tut mir leid.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Okay. Das nehme ich so dann zur Kenntnis. - Es gibt noch auf MAT



## Nur zur dienstlichen Verwendung

ich da mit Frau Linden noch mal gesprochen habe. Ich glaube, ich habe es ihr zur Kenntnis gegeben zumindest. Aber natürlich bei der Korrespondenz im Frühjahr 2019: Das ist in enger Abstimmung von meiner Seite mit Frau Linden erfolgt, und ich denke, die hat sich mit Frau Roegele abgestimmt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Gab es dann im Zuge sozusagen der Insolvenz und dann auch der Aufarbeitung, sofern es eben noch in den Untersuchungszeitraum fällt - - Ist das noch mal dann aufgearbeitet worden und intern noch mal irgendwo diskutiert worden, der Umgang damit?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, ich meine, wir mussten bei einigen Kleinen Anfragen da noch mal drauf eingehen. Mir fällt eine ein, wo wir noch mal Stellung genommen haben und wo Frau Linden und ich auf jeden Fall die Korrespondenz noch mal gesichtet haben, weil wir es ja auch nicht mehr so in Erinnerung hatten nach zwei Jahren - oder nach anderthalb.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Aber da ist dann auch - - Da sind Sie auch nicht - - Also, sozusagen, da haben nicht plötzlich die Alarmglocken geläutet, und man hatte so das Gefühl, man hat da eine Leiche im Keller.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Na ja, gut, es wurde ja sehr früh in der Presse, wie Sie auch zu Recht bemerkt haben, gesagt, sie hätte da - - sie ist Whistleblowerin, und sie hätte bestimmte Hinweise, zum Beispiel in Bezug auf Geldwäsche. Und natürlich habe ich geschaut: Habe ich was überlesen? Oder - - Aber nein.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Ja, genau. Ich habe es - - Ich konnte es ja auch nicht finden. - Herzlichen Dank.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Danke schön, Dr. Zimmermann. - So, jetzt wäre Die Linke dran. - Dann wären Bünd-

(Abg. Fabio De Masi (DIE LINKE) betritt den Sitzungssaal - Dr. h. c. (Univ

Kyiv) Hans Michelbach  
(CDU/CSU): Ist schon da!

- Wow! Also, das ist - - Wir haben es abgesprochen. Das ist eine Punktlandung hier; da ist Herr De Masi. Das ist gut, prima. Lassen Sie sich Zeit. Sie sind jetzt dran, aber die Uhr läuft noch nicht. - Bitte schön.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Vielen, vielen Dank. - So, ich muss mich jetzt kurz sortieren. - Herr Bußalb, sagen Sie mal, haben Sie denn Kenntnis davon erlangt, dass es an der Rechtmäßigkeit des Leerverkaufsverbots, also an der Rechtsgrundlage, Zweifel gab intern, innerhalb der BaFin?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, mir wurde mitgeteilt, dass man an jenem Freitag oder Wochenende auf jeden Fall die Tatbestandsmerkmale des Artikel 20, ja, durchaus kritisch beleuchtet hat.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Kritisch beleuchtet und im Zuge dieser kritischen Beleuchtung vielleicht auch sich nicht immer hundertprozentig sicher war, ob das rechtmäßig ist?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gut, ich meine, bei einer Ermessensentscheidung, die ja notwendigerweise den Blick auch in die Zukunft weist oder wo man nicht alle Tatsachen dahat, aber dennoch bestimmte Anhaltspunkte da sind - ich habe sie vorhin erwähnt -, muss man schauen, ob man eben als Jurist das auch sauber subsumieren kann.

Und ich denke, die Kollegen haben eine vertretbare Entscheidung damals getroffen, immer Blick ~~auch~~ damals. Dass das jetzt alles ganz anders aussieht, das ist - - das weiß ich. *auf*

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Es gibt ja sehr klare Tatbestandsvoraussetzungen, also was die Frage von, ja, globaler Wichtigkeit von Finanzinstituten und Ähnliches angeht. Gab es denn da irgendeine Person, die nach Ihrer Auffassung - - Also, haben Sie mitbekommen, dass spezifische Personen, die in diese Entscheidungsprozesse einbezogen waren, da Zweifel geäußert haben?



## Nur zur dienstlichen Verwendung

liefern wird, Informationen liefern wird, hat an der Stelle auch nichts Konkretes zu Wirecard angeboten, keinerlei Hinweise.

Und dann kam eben - - Dann ging noch mal geraume - - etwas Zeit ins Land. Doch am 15.03., meine ich, ja, kam dann eben noch mal eine E-Mail und auch, ich meine, die Verlinkung mit dem Brief.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Mhm. Was war, sage ich mal, Ihre Auffassung damals zu diesem ganzen Vorgang? Also, wie haben Sie das empfunden?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Na ja, man guckt natürlich zunächst mal auch mit der juristischen Brille drauf: Ist das Ganze als Widerspruch zu werten zum Beispiel? Da ist die E-Mail - - Gut, die vielleicht noch nicht, aber der Brief. Und das haben wir dann doch sehr schnell verworfen, habe ich auch mit Frau Linden besprochen. Also, einmal gibt es da keine Wörter, die darauf hindeuten, wie „I oppose to“ oder - - Auch die Form, dass sie das wirklich ins Internet stellt, ist jetzt nicht typisch für einen Widerspruch. Aber letztlich: Sie war ja in WA 25 - oder vielmehr ihr Fonds da - völlig unbekannt.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Und hatten Sie den Eindruck, dass die Frau Quadir quasi einfach das - - Ich meine, wenn man den Brief dann liest: Das ist eine sehr lange Abhandlung, warum sie eben der Meinung ist, dass ein „short selling ban“ die falsche Entscheidung ist, also dass sie das quasi eher so eben einfach sagen wollte: Also, ich halte es für eine falsche Entscheidung, und das hat auch negative Auswirkungen auf meinen - - auf die Effizienz am Kapitalmarkt usw. Oder hatten Sie den Eindruck, dass sie quasi als Whistleblowerin Informationen an Sie geben wollte in dieser Sache?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ich hatte überhaupt nicht den Eindruck - weder bei ihren E-Mails noch bei ihrem Brief -, dass sie sich als Hinweisgeberin, als Whistleblowerin, hier outen will. Es gibt keinerlei Anhaltspunkte.

Sie schreibt in der Tat sehr viel auch in Bezug auf die wirtschaftlichen guten ~~Zeiten~~ der Leerverkäufer, die ich auch allgemein gesprochen unterstreiche. Also, ich sehe in der Tat das Positive darin in Bezug auf Liquidität, Markteffizienz, Preisbildung. Aber hier in Bezug auf Whistleblowing oder konkrete Hinweise in Bezug auf die Vorstände von Wirecard oder, wie ich später in der Presse gelesen habe, dass sie gegebenenfalls Geldwäschehinweise hätte geben wollen: Also, ich kann da nichts finden. Seite

Sie schreibt ja - ich kann da vielleicht mal zitieren, zum Beispiel Seite 1 -:

However, the purpose of my correspondence is not to discuss the many reasons my fund is short Wirecard.

Na ja, ich hätte mir dann schon gedacht: Wenn ich Whistleblower bin - - Gut, ich muss jetzt vielleicht nicht sagen, ich bin jetzt zu dem und dem Zeitpunkt short, aber ich habe doch hier gewichtige Gründe, warum ich short bin; denn bei Wirecard ist a), b), c), d) im Argen.

Und dann auch gegen Ende schreibt sie - und das hört sich für mich doch sehr wie Mutmaßung an -, also auf Seite 14:

In this letter ... enforcement to Wirecard because the company may be lying, misleading the markets, and taking advantage of its investors. It may be an unbridled unprecedented abuse of public trust ...

Also, ein Hinweisgeber, der sagt: „is lying because first, second, third“. - Und das fehlt hier.

**Dr. Jens Zimmermann (SPD):** Wie wäre, sage ich mal, wenn sie damals - quasi in der ersten Kontaktaufnahme an Frau Roegele - - wenn sie da geschrieben hätte: „Hello, I am a whistleblower“, wäre das dann - - Hätte das einen anderen Prozess ausgelöst?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, auf jeden Fall. Also, ich denke auf jeden Fall, dass wir dann



## Nur zur dienstlichen Verwendung

Dabei handelt es sich nach der abschließenden Aufzählung in Artikel 24 Absatz 1 um Handlungen, Ergebnisse, Tatsachen oder Ereignisse, von denen vernünftigerweise anzunehmen ist ...

Also, ein offizielles Dokument der BaFin - hat hier den Briefkopf usw. usf. - kommt zu einer anderen Auffassung, als Sie geschildert haben. Möchten Sie darauf noch mal eingehen?

*auf das*  
**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Gut, letztlich ist natürlich der Artikel 24 mit seinen Buchstaben abschließend. Aber ich will vielleicht auch drauf hinweisen, um es vielleicht - - um es zu präzisieren: Insbesondere die Begriffe hier wie, ich meine, „Finanzinstitut“ - - fällt in dem 24 c. Das ist ja jetzt keine Definition. Da wird nicht Bezug genommen in den Kommentaren oder in den ESMA-Statuten oder auch in anderen Verordnungen auf bestimmte Definitionen - zum Beispiel ~~im~~ Kreditwesengesetz hätte man ja Bezug nehmen können - oder auf andere bankrechtliche Regularien.

Also, insofern ist man da bei der Auslegung - und das meinte ich damit - durchaus auch offen. Man muss sich hier nicht entlanghangeln, nicht unbedingt, an engen Definitionen, wie Sie in der Norm vorgehen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** Na ja, entweder sind die Definitionen abschließend oder nicht.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Hier sind sie es nicht in meinen Augen.

**Fabio De Masi (DIE LINKE):** In Ihren Augen sind sie es nicht, aber in den Augen Ihrer Behörde waren sie es, und insofern ist das ja durchaus relevant.

Meine Zeit ist aber um, und ich glaube, Herr Kollege Bayaz setzt das dann fort.

**Vorsitzender Kay Gottschalk:** Genau. - Dann hat der Kollege Bayaz für die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen das Wort.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Ja, wenn ich den Auftrag von dem Kollegen bekomme, dann will ich den natürlich ausführen.

Sie sehen, Herr Bußalb, das ist ja tatsächlich so ein Widerspruch, der im Raum steht, weil Sie hatten jetzt vor fünf Minuten gesagt, das sei - - Oder: Sie haben das als nicht abschließende Liste gesehen und jetzt gerade dem Kollegen De Masi doch zugestanden, dass der Paragraph, aus dem er zitiert hat, doch abschließend war. So, und deswegen können Sie verstehen, dass wir auch uns da besonders reinhängen, -

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Mhm, verstehe ich.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** - um das irgendwie aufzuklären, weil wir das schon ein paarmal gehört haben - jetzt nicht nur von Ihnen, sondern auch gerade vonseiten der BaFin -, aber offenbar schwarz auf weiß uns ja etwas anderes vorliegt. Wenn das die rechtliche Grundlage ist, auf die man sich gestützt hat, und sie abschließend ist, dann ist für uns immer noch unklar, was jetzt eigentlich der Sachverhalt war, auf dem diese Entscheidung gefällt wurde.

Sie sagten gerade ja, das seien so Finanzunternehmen - ein nichttechnischer Begriff. Aber wenn man mal genau reinschaut - ich habe das jetzt gerade nicht vorliegen, aber wir haben es hier auch rauf und runter gekaut; ich würde sagen, ich traue mir jetzt da zu, ein halber Experte zumindest zu sein -, dann ist das natürlich eine Genese vor dem Hintergrund der Finanzkrise gewesen: systemrelevante Institute. - Ich sage jetzt mal, „Lehman Brothers style“. Sie würden mir zustimmen, dass es sich bei der Wirecard nicht um so eine Größenordnung gehandelt hat.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Mit Wissen jetzt auf jeden Fall.

**Dr. Danyal Bayaz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Das hat sogar Herr Wexeler, der Vorstandsvorsitzende der Wirecard Bank - selbst Herr Zielke, alle möglichen Zeugen, die wir hier gehört haben -, auch so gesehen. Und deswegen fragen wir, was jetzt eigentlich die Grundlage genau gewesen ist.



## Nur zur dienstlichen Verwendung

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, nicht in diesem Februarmonat 2019. Ab wann das dann uns bekannt wurde, das kann ich exakt nicht sagen, später jedenfalls *Mit DMF-Bericht vom 20. Februar*

*2019 Am 20. Februar*  
*Prüfung bei der Wirecard*  
*auftrag wurde.*  
*Details liefern*  
*insbesondere*  
*ab und wann die Prüfung*  
*stattfinden sollte,*  
*woran mir nicht bekannt*  
**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja. Das heißt, die Abteilung, die für den Erlass des Leerverkaufsverbots zuständig war, hat nicht gewusst bei Erlass, dass es im Raum - - oder: dass es eine DPR-Prüfung der Bilanzen von Wirecard gab, obwohl es gerade um Vorwürfe rund um Wirecard sich handelte.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ich wusste es nicht. Ich gehe davon aus, dass Frau Geilfus es auch nicht wusste oder auch die anderen Kollegen nicht.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, ich muss gestehen, das schockiert mich jetzt ein Stück weit. Es war jetzt zwar eine Frage von mir, aber ich habe jetzt gedacht, Sie sagen: Natürlich haben wir das gewusst. Das haben wir ja zugrunde gelegt, ist ja ein wichtiger Punkt.

Es ist ja auch kein alltäglicher Punkt, dass so eine Prüfung hinsichtlich der Bilanzen von Wirecard in einem behördlichen Verfahren stattfindet, wenn es auch um dieses Unternehmen ging. Okay, das, finde ich, ist jetzt eine sehr interessante Information.

Dann würde ich Sie bitten, mal darzulegen: WA 25 - das ist ja Ihre Abteilung oder Ihr Referat - - Können Sie mal sagen: Über wie viel Menschen reden wir da? Wie viel arbeiten da?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, wie viel sind denn das? - Das ist so - - Zwölf. Ja, zwölf. Das kommt so ein bisschen drauf an. Manchmal haben wir noch jemand ausgeliehen, aber so 12, 13. Ich weiß jetzt nicht - - Wie viel waren es Februar 2019? Noch ein, zwei mehr.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Okay, so um die zwölf, sagen wir mal.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Ja, ja.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und was ist so der fachliche Background dahinter? Was machen - - Was sind das so für Leute, die da arbeiten?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Also, der höhere Dienst, mit mir, wir sind zu dritt - also ich, und ich habe noch zwei Referentinnen und noch einen Referenten, der allerdings schwer krank ist. Wir sind Juristen. Also, hD ist - - Wir sind alles Juristen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also dreimal höherer Dienst?

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Genau. - Also, der Referatsleiter bin ich, hD, und dann noch drei weitere Juristen im hD.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also Sie plus drei.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Genau.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, mich interessiert jetzt vor allem der höhere Dienst. Okay, also Sie plus drei.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Wobei: Ein hD macht letztlich nur die Directors' Dealings und die Handelsaussetzungen.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Also, für das Leer- Oder, ich sage mal, Kompetenz im Bereich Leerverkauf haben Sie natürlich.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Und Frau Geilfus.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Und Frau Geilfus.

**Zeuge Dr. Jean-Pierre Bußalb:** Und dann haben wir die Sachbearbeiter - das ist im Grunde meistens Fachhochschule -; das sind Wirtschaftswissenschaftler.

**Matthias Hauer (CDU/CSU):** Ja, finde ich krass, muss ich sagen, weil ich stelle jetzt fest, dass bei Ihnen, ich sage mal, zwei Leute im Referat da Kompetenzen mitbringen im Bereich Leerverkauf. Jetzt kommt ein, ich will jetzt nicht sagen: Jahrhundertereignis. Aber es kommt ein einmaliges Ereignis im Leben einer BaFin-Karriere,